

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ANDREW G. WHITESIDE

Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918

SIEGFRIED BAHNE

Die ultralinke Opposition in der KPD

HELMUT HEIBER

Der Tod des Zaren Boris

MARTIN BROSZAT

Betrachtungen zu Hitlers Zweitem Buch

DOKUMENTATION

Zu Papens Preußenschlag

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Andrew G. Whiteside* Nationaler Sozialismus in Österreich
vor 1918 333
- Siegfried Bahne* Zwischen „Luxemburgismus“ und
„Stalinismus“ 359
- Helmut Heiber* Der Tod des Zaren Boris 384

MISZELLE

- Martin Broszat* Betrachtungen zu „Hitlers Zweitem
Buch“ 417

DOKUMENTATION

- Zur Geschichte des „Preußenschlags“ am 20. Juli 1932 (*Rudolf
Morsey*) 430

- NOTIZEN 440

- BIBLIOGRAPHIE 49

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 4 36 51.
Preis des Einzelheftes DM 7.— = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 24.— = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 19.—. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrück-
licher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer
10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der
Deutschen Industrie vom 14.6.1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen
zu erteilen.

Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei:

„Politik und Recht“ des Verlags Ludwig Röhrscheid, Bonn / „Bücher zur Zeitgeschichte“ des Sig-
bert Mohn Verlags, Gütersloh/Westf., sowie ein Prospekt des Verlags Rombach & Co. in Freiburg

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

9. Jahrgang 1961

4. Heft/Oktober

ANDREW G. WHITESIDE

NATIONALER SOZIALISMUS IN ÖSTERREICH VOR 1918

In den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg gelangten viele österreichische Arbeiter tschechischer und deutscher Nationalität zu der Überzeugung, daß ihre soziale und wirtschaftliche Not nur im Rahmen eines Nationalstaats behoben werden könne, nicht aber in einem übernationalen Staatsverband, der Nationalitäten von so unterschiedlicher Tradition, d. h. von solcher Verschiedenartigkeit des kulturellen und sozialen Entwicklungsstandes vereinigte. Zwar waren zwei Drittel der organisierten österreichischen Arbeiterschaft Sozialdemokraten, doch eine ganze Anzahl von ihnen verhielt sich zur nationalen Bewegung opportunistisch. Enttäuscht durch das Unvermögen der Sozialdemokratie, ihre politischen Zusagen gegenüber der Arbeiterschaft einzulösen, wandten sich einzelne Arbeiterführer tschechischer wie deutscher Nationalität von ihr ab und gingen auf die Suche nach neuen radikalen Ideen, die zu tatkräftigerem Handeln anspornen mochten. Einige von ihnen glaubten, daß eine Zusammenarbeit mit den nationalistischen radikal-demokratischen Parteien eine Alternative zur marxistischen Reformpolitik darstelle. Die anderen setzten ihre Hoffnungen auf die Gründung einer neuen Partei, die national und sozialistisch zugleich sein sollte. Auf Grund dieser Vorstellung kam es bei den Tschechen 1898 zur Gründung des *Česka Strana Narodni Socialni*. Auf deutscher Seite trat eine ähnliche Gruppe 1904 in Trautenau zusammen und begründete die Deutsche Arbeiterpartei.

Ein Parteimitglied stellte später fest, die bei der Gründung maßgebenden Persönlichkeiten seien „alle Arbeiter“ gewesen¹. In der Tat handelte es sich in allen Fällen um Lohnarbeiter in Fabriken oder kleineren Handwerksbetrieben. Was ihre soziale Stellung angeht, so unterschieden sie sich von der Mehrzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht. Das Organisationskomitee der Partei bestand aus Ferdinand Burschofsky (Mährisch-Trübau), Hans Knirsch (damals in Linz), Josef Heidlau (Brüx), Karl Proch (Teplitz), Anton Grimm (Karlsbad), Josef Pfeiffer (Reichenberg), Isidor Knirsch (Gablonz), Franz Höger (Arnau), Josef Richter (Sternberg), Franz Gottwald (Brünn), Karl Löwe (Jägerndorf), Hans Feller (Graz) und Gustav Ainspinner (Klagenfurt)². Der grundsätzliche Teil des von ihnen vorgelegten „Trautenauer Programms“, das die Grundlagen und Ziele der neuen Partei umriß, spiegelt die proletarische Herkunft der Verfasser wie insbesondere die Tatsache wider, daß sie aus vorwiegend deutsch-böhmischen Industrieorten stammten, in

¹ Alois Ciller, *Die Vorläufer des Nationalsozialismus* (Wien 1932), S. 43.

² Ebenda.

denen noch in jüngster Zeit eine starke tschechische Einwanderung stattgefunden hatte. Das Programm führte aus³:

„Wir sind eine freiheitliche nationale Partei, welche mit aller Schärfe die reaktionären Bestrebungen, die feudalen, klerikalen und kapitalistischen Vorrechte sowie jeden fremdvölkischen Einfluß bekämpft.“

Die Geltendmachung von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft ist das Ziel – die wirtschaftliche und politische Organisation des arbeitenden deutschen Volkes das Mittel zur Erreichung dieses Zieles der Deutschen Arbeiterpartei.“

Allgemein-politisch, so hieß es im Programm weiter, gehe es um „die freie Entwicklung des Volkswesens“ in einem einheitlich organisierten demokratischen und deutschen Staat. Die Wirtschaftspolitik solle „sich den Interessen der großen Volksmassen“ anpassen, das kulturelle Leben mit der demokratischen und nationalen Entwicklung des Deutschtums in Einklang stehen.

Im wesentlichen folgte dieses Programm in seinen Forderungen denen des Linzer Programms von 1882, mit dem eine radikal-demokratische Gruppe, die sich von den deutschen Altliberalen abgewendet hatte, hervorgetreten war und worin sie grundlegende Verfassungsreformen verlangte, um den deutschen Charakter des kaiserlichen Österreich zu gewährleisten. Auch das Trautenaue Programm erstrebte die Personalunion mit Ungarn, die Sonderstellung Galiziens und der Bukowina, die gesetzliche Festlegung der deutschen Staatssprache, die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, die nationale Abgrenzung der Wahlkreise, eine durchgreifende Ausdehnung der politischen Selbstverwaltung, dreijährige Parlamentsperioden, freies Vereins- und Versammlungsrecht sowie Rede- und Pressefreiheit. Daneben trat man für das Verbot politischen Drucks auf die Arbeiterschaft von seiten der Unternehmer, für die Abschaffung der Ausnahmegesetzgebung nach § 14 des Staatsgrundgesetzes und für eine umfassende Sozialgesetzgebung ein, die die Arbeitsverhältnisse regeln und das Versicherungswesen der Industriearbeiterschaft reformieren sollte. Ferner forderte man ein Arbeitsministerium und auf kulturellem Gebiet die vollständige Trennung von Staat und Kirche, die Verbesserung der Rechtsstellung der Frau, die Liberalisierung des Schulwesens „im Sinne des modernen Volksgeistes“ und die Umwandlung der stehenden Armee in ein „Volksheer“.

Diese Zielsetzungen der DAP verließen nicht die Linie des Linzer Programms, das seit langem die Politik der bürgerlichen Gruppen, insbesondere der 1895 gegründeten Deutschen Volkspartei bestimmte. Sie brachten aber der deutschnationalen Arbeiterschaft zum Bewußtsein, daß ihre Interessen weder mit denen der radikaldemokratischen Alldeutschen noch denen der Sozialdemokraten übereinstimmten. Das Programm war ein Schritt zu einer unverhüllten nationalsozialistischen Ideologie, die auf öffentliche Wirkung rechnen konnte.

³ Zitiert nach Ferdinand Burschofsky, Beiträge zur Geschichte der Deutschnationalen Arbeiterbewegung, 2 Bde. in 1 Bd., Hohenstadt 1913; II, S. 55ff.; Ciller a. a. O., S. 41f. Deutsche Arbeiterstimme (Gablonz), 3. 10. 1906, S. 1.

Die Sozialdemokraten ihrerseits zogen die unbestimmten Versprechungen und die verworrenen und häufig widerspruchsvollen Zielsetzungen der DAP bewußt ins Lächerliche. Sie machten darauf aufmerksam, daß die Forderung nach „Geltendmachung von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft“ einer näheren Erklärung bedürftig sei, daß „die soziale Hebung der Arbeiterschaft“ ohne eine Bestimmung des Lohnniveaus, auf das dieser Aufstieg erfolgen sollte, keinen Sinn gebe, daß schließlich Ausdrücke wie „wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit“, „ehrliche produktive Arbeit“ und „fremdvölkischer Einfluß“ definiert werden müßten. Sie kritisierten, daß liberale Ideen wie der Glaube an den freien Markt der Produktivkräfte, die staatsbürgerliche Gleichheit usw., mit der Ablehnung der liberalen Laissez-faire-Politik⁴ widerspruchsvoll vermischt würden. Andererseits bezeichneten Schönerer und seine Parteigänger im Ärger über den Abfall ihrer Anhängerschaft in der Arbeiterklasse das Trautenaus Programm als „schwarz-gelb“ und behaupteten, alles Fortschrittliche darin sei vom Egerer Programm von 1899 übernommen, das aus einer Zeit stammte, als Schönerer noch Führer und Initiator der nationalen Arbeiterbewegung gewesen war⁵.

Das Programm versuchte, Zukunftsziele darzulegen und doch unter den bestehenden Verhältnissen praktisch anwendbar zu sein; es war gemäßigt und reformistisch im Ton, aber schloß als Fernziel eine durchgreifende gesellschaftliche Umwälzung ein. Es war antimarxistisch und antikapitalistisch, wandte sich gegen ausländische Einflüsse wie gegen die österreichische Tradition. Der Sache nach richtete es sich im wesentlichen gegen die bestehenden sozialen Verhältnisse. Es verwarf alle Elemente einer ideologischen Theorie, die nicht die konkreten materiellen Interessen der deutschen Bevölkerung auf einen gemeinsamen und vereinfachenden Nenner zu bringen geeignet waren. Für die rational eingestellten Sozialdemokraten mußte ein solches politisches Programm, das nicht auf eine klare und historisch fundierte Gesellschaftstheorie zurückging, absurd erscheinen.

Von den Parteigründern war Ferdinand Burschofsky, dessen 1913 veröffentlichte Memoiren ihm als gewissenhaften, wenn auch nicht gerade einfallsreichen und temperamentvollen Gewerkschaftler zeigen, der älteste und besaß die größte politische Erfahrung. Aber die hervorstechendste Persönlichkeit des Kreises war Hans Knirsch (1877–1936)⁶; er entstammte einer mährischen Weberfamilie und wurde selbst im 14. Lebensjahr Weberlehrling. Die konkrete Erfahrung der niederdrückenden Armut in den kleinen Textilbetrieben Böhmens und Mährens führte ihn zum Sozialismus. Ebenso wie Burschofsky erblickte er die Hauptsache der Not in der tschechischen Einwanderung. Nach seinem Militärdienst war er mit Burschofsky zusammen im Mährisch-Trübau Verband tätig; 1899 beteiligte er sich mit Burschofsky und Franz Stein maßgeblich an der Einberufung des Egerer Kon-

⁴ Der Freigeist (Reichenberg), 25. 8. 1904, S. 1.

⁵ Eduard Pichl (Pseud. Herwig), Georg von Schönerer und die Entwicklung des Alldeutschtums in der Ostmark, 2. Aufl., 6 Bde., Oldenburg-Berlin 1938; VI, S. 228.

⁶ Vgl. Rudolf Zeidler, Hans Knirsch, ein sudetendeutscher Edelmann (Schwerin/Mecklenburg 1938) passim.

gresses der deutschen nationalen Arbeitervereine. Er arbeitete danach für kurze Zeit wieder als Weber in Linz, das damals ein Zentrum des deutschen Nationalismus und zugleich eine sozialdemokratische Hochburg war.

Während seines Linzer Aufenthalts, scheint er auf den Gedanken gekommen zu sein, das demokratische antiliberalistische Programm der radikalen Nationalisten mit dem antikapitalistischen der Sozialdemokratie zu verbinden. Seit 1904 gehörte er zu den entscheidenden Befürwortern einer von Alldutschen wie Sozialdemokraten unabhängigen deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Nach der Errichtung der CSR war er einer der Führer der Sudetendeutschen Nationalsozialistischen Partei, nach deren Verbot durch die tschechische Regierung von 1934 bis zu seinem Tode Mitarbeiter Konrad Henleins und der Sudetendeutschen Partei. Hitler widmete ihm 1938 einen ehrenvollen Nachruf.

Die Schlagkraft der DAP beruhte mindestens ebenso sehr auf den radikalen Arbeiterforderungen wie auf ihrem Nationalismus. Darin lag ein theoretisches Dilemma. Denn solange Österreich ein Staatswesen war, in dem die Deutschen eine Minderheit darstellten, bedeutete Demokratie die Herrschaft der Slawen. Daher konnte die Partei in der Kernfrage des demokratischen Programms keinen klaren Standpunkt beziehen und mußte sich den wirkungsvollen Appell an das Volk versagen. Ihr Organ, die „Deutsche Arbeiterstimme“ umging eine Entscheidung mit der leeren Formulierung: „Angewidert vom parteipolitischen Ringen und von Haarspaltereien wird die unabhängige deutsche Arbeiterschaft eine gesunde Volkspolitik treiben. Wir kennen nur ein Ziel und das ist die soziale Reform auf nationaler Grundlage, die Lösung der sozialen Frage auf der ganzen Linie“⁷. So war die Haltung der Partei in der Frage des allgemeinen Wahlrechts opportunistisch, da sie es zwar theoretisch befürwortete, seine Verwirklichung aber wegen der slawischen Mehrheit in Österreich fürchten mußte. Andererseits bekannte sie sich nicht zu Schönerers übersteigter Forderung, ganz Böhmen als einheitliche deutsche Provinz zu behandeln, und vertrat die von allen deutschen Parteien angestrebte nationale Zweiteilung Böhmens⁸.

Für die Führer der DAP stand das taktische Problem im Vordergrund, ob sie mit den deutschnationalen Parteien, vor allem mit den radikalen kleinbürgerlichen Gruppen, zusammengehen sollten. Sie benutzten ebenso wie diese das Argument, daß die deutsche Arbeiterschaft zum „nationalen Besitzstand“ gehöre und daß ein beschäftigungsloser Arbeiter einen Verlust für die ganze deutsche Nation darstelle. Wenn etwa im deutschen Sprachgebiet von Pilsen und Budweis deutsche Arbeiter durch tschechische Arbeiter ersetzt wurden, so machte man für diesen Einbruch in den „nationalen Besitzstand“ eigennützige deutsche Unternehmer und mißleitete deutsche Sozialdemokraten gleichermaßen verantwortlich. Von hier aus verurteilte

⁷ Deutsche Arbeiterstimme vom 28. 11. 1906, S. 1, gez. Dietmar Miksche, Wien. Vgl. die Ausg. v. 16. 2. 1907, S. 1.

⁸ Die Deutsche Arbeiterstimme begründete die Opposition der Partei gegen das allgemeine Wahlrecht verschiedentlich, s. bes. die Nummern vom 3. 8. 1907, S. 1 f. und 18. 1. 1908, S. 1.

man die Hartnäckigkeit, mit der die „Wiener Marxisten“ am Klassenkampf festhielten, und betonte, daß der Klassenstandpunkt der DAP nicht Klassenkampf bedeute⁹. So begannen sich die Anhänger der Partei als Nationale Sozialisten und in zunehmender Häufigkeit – mit einer bemerkenswerten Nuancenverschiebung – als Nationalsozialisten zu bezeichnen.

Ein Teil der Arbeiterschaft neigte dazu, sich den Alldeutschen Schönerers oder den Freialldeutschen Wolfs anzuschließen, diese zu durchsetzen und umzuwandeln in eine Partei der „deutschen Arbeiterstände“ – ein Ausdruck, unter dem die nationalen Sozialisten die breite und sozial heterogene Schicht zusammenfaßten, deren politische Vertretung sie beanspruchten¹⁰. 1906 trat Hans Knirsch, der Vorsitzende der böhmischen Parteiorganisation, an den Deutschen Volksrat, eine lokalkere Vereinigung nationaler Organisationen auf lokaler Ebene, heran, um die Chancen einer Zusammenarbeit mit der DAP abzutasten¹¹. Daraus wurde schon deshalb nichts, weil der Volksrat sich nicht in der Lage sah, seinen Mitgliedern verbindliche politische Richtlinien vorzuschreiben. Jeder Versuch einer Zusammenarbeit mit Schönerer aber scheiterte an seiner intransigenten Haltung, die er gegenüber jedem einnahm, der in grundsätzlicher oder taktischer Hinsicht mit ihm differierte, wie dies beispielsweise für die DAP-Führer in der Frage der Aufteilung Böhmens galt. Obwohl Schönerer sein Interesse an der Arbeiterschaft und seine Überzeugung, daß soziale und nationale Fragen identisch seien, nie völlig preisgab, hatte er doch 1904 die Gefolgschaft der meisten nationalen Arbeiterverbände verloren¹². Er setzte sich im Reichsrat vorwiegend für die Bauern und das Kleinergewerbe ein. Zusammen mit der Corpstudentenschaft bildeten diese Gruppen, nicht aber die Lohnarbeiter, den Anhang der Alldeutschen Partei.

Wolf und die Freialldeutschen, die stets beweglicher gewesen waren als Schönerer, schienen hingegen geneigt, die DAP als willkommene Verstärkung des nationalen Lagers zu betrachten¹³. So gingen 1907 DAP und Freialldeutsche in Österreichisch-Schlesien, wo die nationale Arbeiterpartei niemals den gleichen Umfang wie in Böhmen und Mähren erreichte, im Reichsratswahlkampf zusammen. Der von ihnen durchgebrachte Kandidat Rudol Kroy, der Führer der nationalen Eisenbahnergewerkschaft, war zwar nominell freialldeutscher Abgeordneter, löste sich jedoch weitgehend vom Einfluß Wolfs und suchte für seine Person den Kern

⁹ Die Deutsche Gewerkschaft (Wien) vom 1. 1. 1913, S. 1 u. vom 1. 8. 1913, S. 1, vgl. Alexander Schilling, Walter Riehl, Leipzig 1935, S. 21 ff.; Walter Riehl in: Deutsche Worte (Karlsbad) vom 28. 1. 1911, S. 3.

¹⁰ Ferdinand Ertl, Über die Hürden, Wien 1909, S. 123.

¹¹ Ciller a. a. O., S. 60; Zeidler a. a. O., S. 20 ff.

¹² Fichtl a. a. O., V, S. 302–324, 343–375; Erwin Mayer-Löwenschwerdt, Schönerer, der Vorkämpfer, Wien–Leipzig 1938, S. 210–233.

¹³ Deutsche Wacht (Iglau), zit. nach Hans Knirsch, „Die Fahne hoch“, Deutsche Arbeiterstimme vom 24. 10. 1906, S. 2; vgl. Leitmeritzer Zeitung vom 2. 2. 1907. Ähnliche Stimmen vorsichtiger Zustimmung erschienen in der liberal-nationalen Reichenberger Zeitung. Einige Alldeutsche setzten sich weiterhin für die Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeiterpartei ein.

einer „Vereinigung deutscher Arbeiter“ zu bilden; reichlich großspurig forderte er alle deutschen Abgeordneten zum Beitritt auf¹⁴. Auch in einigen böhmischen Wahlkreisen einigten sich die beiden Parteien auf gemeinsame Kandidaten, während sie in anderen getrennt vorgingen. Die Stimmenzahlen der DAP sind umstritten. In Reichenberg erhielt ihr Kandidat, der von Wolf unterstützt wurde, 448 Stimmen, der Anhänger Schönerers dagegen nur 42. Im Vergleich zu den 3427 Stimmen, die der angesehene deutschbürgerliche Politiker und Landsmann-Minister Heinrich Prade, und den 1522 Stimmen, die der Sozialdemokrat Josef Strasser, der damalige Herausgeber des Reichenberger „Vorwärts“, erhielten, waren diese Ziffern belanglos. Im Wahlkreis Gablonz erhielt der DAP-Kandidat nach parteioffiziösen Angaben 618 Stimmen gegenüber 2808 alldutschen und 5053 sozialdemokratischen. Im Bezirk Dux-Bilin unterlag Franz Hackel als DAP-Kandidat gegenüber den Freialldutschen. Die DAP behauptete, in den Bezirken Reichenberg, Aussig, Oberleutensdorf, Gablonz und Hohenelbe insgesamt ca. 6000 Stimmen gegenüber 15 000 sozialdemokratischen erhalten zu haben, in ganz Zisleithanien 31 000 Stimmen, denen 170 000 für die deutsche Sozialdemokratie und 71 500 für die tschechischen Nationalsozialisten gegenüberstanden; aber nach dem statistischen Handbuch von Böhmen betrug die Stimmenzahl der DAP in Böhmen, wo sie am stärksten war, nicht mehr als 3 500¹⁵. Unmittelbar nach der Wahl beklagten sich die Bergarbeiter darüber, daß Wolf und seine Partei die Bewegung für ihre Zwecke ausnützen wollten. Entsprechende Versuche einer taktischen Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen begegneten ähnlichen Protesten¹⁶.

Das Rückgrat der DAP wurde von den nationalen Gewerkvereinen gebildet, und nur durch sie kam sie mit den Massen der arbeitenden Bevölkerung in Berührung. Die Gewerkschaftsführer ließen es jedoch durchweg an der notwendigen Disziplin fehlen und gingen eigene Wege. Knirsch versuchte Partei und Gewerkschaft zusammenzuhalten, indem er in beiden eine Rolle spielte. So wurde er 1906 zum „Deutschen Gewerkschaftsführer“ gewählt, aber es kam nicht viel mehr als ein Ehrenposten dabei heraus, und es gelang ihm in keiner Weise, die eifersüchtigen Selbständigkeitsbestrebungen des Gewerkschaftsflügels einzudämmen. 1909 begründeten Knirsch, Hans Krebs und der Gewerkschaftsführer Walter Gattermeyer ein Zentralbüro zur Koordination aller nationalen Gewerkvereine, das als „Spitzenverband“ oder „Allgemeiner Gewerkverein“ bezeichnet wurde und verschiedene Berufsverbände, Arbeitervereine einzelner Branchen und Regionalorgani-

¹⁴ Deutsche Arbeiterstimme vom 18. 5. 1907, S. 2f. und vom 25. 5. 1907, S. 3; vgl. Ciller a. a. O., S. 64ff.

¹⁵ Deutsche Arbeiterstimme vom 25. 5. 1907, S. 3. Statistisches Handbuch des Königreichs Böhmen (Prag 1913), S. 56. Für Böhmen sind die folgenden Wahlergebnisse von 1907 mitgeteilt: Tschechoslawische Sozialdemokraten: 278 113; Realisten (Masaryk): 6133; Christlichsoziale (tschechisch): 83 519; (deutsch): 28 765; Deutsche Sozialdemokraten: 169 012; Freialldutsche: 56 313; Alldutsche: 17 597; Deutsche Volkspartei: 17 084; Deutschfortschrittliche: 32 949. Insgesamt wurden 1 165 962 Stimmen abgegeben.

¹⁶ Der Bergmann (Karbitz) vom 15. 5. 1909, S. 1; Deutsche Arbeiterstimme vom 2. 9. 1911, S. 1f.; Ciller a. a. O., S. 44f.

sationen lokaler Gewerkvereine zusammenfügte. Die meisten nationalen Gewerkvereine zogen jedoch vor, unabhängig zu bleiben und sich auf die Wahrnehmung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder im lokalen Bereich zu beschränken.

Nach der Auffassung der „Deutschen Gewerkschaft“, dem Organ des „Allgemeinen Gewerkvereins“ in Wien war die Aufgabe der nationalen Gewerkvereine eine doppelte: das Los der arbeitenden Klassen zu erleichtern und die Verdrängung der deutschen Arbeiter durch tschechische Einwanderer zu verhindern. Ohne Sicherung der Arbeitsplätze, so erklärte das Organ, sei der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen sinnlos. Sieht man von den Verteidigungsrücksichten gegen die tschechische Konkurrenz ab, so standen die gewerkschaftlichen Forderungen – im Unterschied zu dem politischen Programm der DAP – mit dem reformistischen Geist in Einklang, der nach 1900 in der europäischen Arbeiterbewegung vorherrschte¹⁷.

Im allgemeinen vermieden die Gewerkvereine, sich politisch zu betätigen, sofern es nicht um erstrebenswerte wirtschaftliche Reformmaßnahmen ging. Ihre Enthaltsamkeit beruhte einmal darauf, daß die Behörden gegen politisch aktive Gewerkvereine mit Verhaftungen und sonstigen, teilweise ungesetzlichen Unterdrückungsmaßnahmen einschritten¹⁸, zum andern darauf, daß nach Ansicht der nationalen Gewerkvereine die sozialdemokratischen Gewerkschaften das in sie gesetzte Vertrauen gerade deshalb enttäuscht hätten, weil sie materielle Erfolge den politischen Zielen der Sozialdemokratischen Partei unterordneten¹⁹. Auch erschien es zweifelhaft, ob man angesichts der fragwürdigen Resultate größere Anstrengungen auf die Reichsratswahlen verwenden sollte (von den Wahlen zum böhmischen Landtag, die bis 1918 noch auf dem alten Kurien-Wahlrecht beruhten, war die Arbeiterschaft ohnehin ausgeschlossen). So wurde auf Gewerkschaftstagen zwischen 1900 und 1918 eine Reihe von Resolutionen angenommen, wonach sich

¹⁷ Die Deutsche Gewerkschaft (Wien) vom 1. 11. 1909, S. 1; vgl. vom 1. 1. 1913, S. 1, 5 u. 6; Deutsche Arbeiterstimme vom 22. 8. 1908; Der Bergmann (Karl Betz) vom 17. 11. 1909, S. 1 und vom 16. 12. 1909, S. 4. Vgl. Leo Haubenberger, Der Werdegang der Nationalen Gewerkschaften, Wien 1932, S. 49; Walter Gattermeyer, Die Völkischen Gewerkschaften, ihre Grundsätze, ihre Ziele, ihre Gegner, Wien 1931, passim.

¹⁸ Die Verfolgung von Gewerkschaftlern durch die lokalen Polizeibehörden, besonders bei ihrer politischen Betätigung, stand häufig im Widerspruch zu den verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheitsrechten in der Monarchie. Victor Adler beschrieb die „Freiheit in Österreich“ als „ein zusammengesetztes Wesen, welches die Mitte hält zwischen der Freiheit in Rußland und der Freiheit in Deutschland. In der Form ist sie deutsch, in der Ausführung ist sie russisch. Abgesehen von Frankreich und England hat Österreich vielleicht in ganz Europa die freisinnigsten Gesetze . . . Leider verfährt man nur in der Praxis nicht nach dem, was das Gesetz vorschreibt . . . wir haben den Despotismus gemildert durch Schlamperei.“ Aus Adlers Rede an den Internationalen Kongreß in Paris 1889 in: Victor Adlers Aufsätze, Reden, Briefe, 11 H., Wien 1922–28. VI, S. 18.

¹⁹ Vgl. Anton Erkclany, Die Freiheitlich-Nationale Arbeiterbewegung, München 1910 (Broschüre); Der Bergmann vom 15. 6. 1910, S. 1; Deutsche Gewerkschaft vom 1. 6. 1913, S. 2. Diese Klage häuft sich in der ganzen nationalen Arbeiterpresse der Zeit von 1904 bis 1914.

die Gewerkschaften auf die Sicherung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse konzentrieren und der politischen Stellungnahme enthalten sollten.

Die Führer der DAP bemühten sich vergeblich, diese politische Apathie zu bekämpfen. Es war schwierig, die widerstrebenden Gewerkschaftsfunktionäre von der Tatsache zu überzeugen, daß die politische Tätigkeit und die straffe Parteidisziplin entscheidend zu den sozialdemokratischen Erfolgen beigetragen hatten. Hans Knirsch, der offizielle Deutsche Gewerkschaftsführer, unterlag daher auf einer Arbeiterkonferenz mit seinen Vorschlägen der Opposition, die sich unter Anton Peyerl bildete, und es kam zum offenen Konflikt²⁰. Der Bruch wurde noch einmal geheilt, aber er ist für die dauernde organisatorische Schwäche der nationalsozialistischen Bewegung bezeichnend. Die Masse der Anhängerschaft wurde durch die persönlichen Rivalitäten der Führer verwirrt, die nicht nur in den Versammlungen, sondern auch in den Spalten der „Deutschen Arbeiterstimme“ und der „Deutschen Volksstimme“ Kleinliche Vorwürfe gegeneinander erhoben.

Durch regionale Gegensätze wurde die Verwirrung noch vermehrt. Es war nur natürlich, daß die westböhmische Berg- und Industriearbeiterschaft andere Interessen und andere Auffassungen hatte als die Handwerksgesellen, die im östlichen Böhmen überwogen. Die Uneinigkeit in der nationalen Gewerkschaftsbewegung übertrug sich auf die politische Partei, und das ganze Unternehmen wäre wohl in eine Vielzahl miteinander verzänkter Gewerkvereine auseinandergebrochen, hätte sich nicht 1908 Walter Riehl ihm angeschlossen. Riehl war ein ausgesprochener Enthusiast und bereit, seine ganze Kraft der nationalen Arbeiterbewegung zu widmen. Er war mit den deutschböhmischen Arbeitern gefühlsmäßig verbunden, die für ihn nichts Abstraktes, nicht die „Arbeiterklasse“, sondern einfach böhmische Deutsche waren, denen er helfen wollte. Seiner Familientradition, persönlichen Vergangenheit und seinem zur Aktivität drängenden Temperament nach war er ein typischer Radikaler bürgerlicher Herkunft. Sein Großvater hatte in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 auf der Linken gesessen. Er selbst war in seiner Vaterstadt Wiener-Neustadt schon als Kind und junger Mann häufig mit den sozialdemokratischen Politikern Pernerstorfer, Schuhmeier und Ausobsky zusammengekommen und von ihnen stark beeinflusst worden²¹. Während seines Studiums in Wien, Leipzig und Berlin beteiligte er sich an der sozialistischen Agitation, sprach in Arbeiterversammlungen, schrieb für sozialistische Zeitungen und half beim Aufbau der sozialistischen Gewerkschaften. Als die DAP 1904 gegründet wurde, war er noch eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratie²².

Nach seiner juristischen Promotion in Berlin trat er 1905 in den österreichischen Verwaltungsdienst ein und kam nach Reichenberg. Es war für ihn eine entscheidende Erfahrung, in einer Industriestadt inmitten des nationalen Grenzgebietes zu einer Zeit zu leben, als sich bei Tschechen wie bei Deutschen der nationale Chauvinismus

²⁰ Deutsche Gewerkschaft vom 1. 9. 1910, S. 3.

²¹ Unterredung mit dem Autor im Büro Dr. Riehls (Wien I, Stephansplatz 5) im November 1951; vgl. Schilling a. a. O., S. 9–16.

²² Ebenda, S. 12ff.

durchsetzte. Im Reichsrat des allgemeinen Wahlrechts von 1907 triumphierte verantwortungslose nationalistische Demagogie. Zahlreiche Sokol-Demonstrationen ließen den tschechischen Nationalismus in seiner provozierendsten Gestalt hervortreten, Unruhen auf dem Graben in Prag wurden im Oktober 1908 mit der Verhängung des Ausnahmezustandes beantwortet. Die nationaltschechische Agitation trieb Riehl noch tiefer in das Lager des deutschen Nationalismus. In einem Artikel der „Reichenberger Zeitung“ vom September 1908 distanzierte er sich von den „nationslosen Großbürgern“ wie den internationalen Sozialdemokraten, bezeichnete sich aber gleichwohl noch als „revisionistischer Sozialist“²³. Weitere Artikel in der Reichenberger Presse richteten sich an das radikale nationalistische Bürgertum und erklärten, daß eine Bewegung, die die böhmischen Deutschen vor tschechischer Fremdherrschaft bewahren solle, Vertreter aller Klassen in sich aufnehmen müsse, wann immer sie für nationale Freiheit und soziale Gerechtigkeit einträte²⁴. Riehl wandte sich an die Arbeiterschaft mit dem Hinweis darauf, daß die antinationale Politik der Sozialdemokratie nicht imstande sei, die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen; ironisch meinte er, Pernerstorfer, einer der am meisten national gesinnten Sozialdemokraten, „sollte einmal in Deutsch-Böhmen sozialdemokratisch zu bleiben versuchen“²⁵. Angesichts der tschechischen Bedrohung sei das erste Erfordernis aller Deutschen in Böhmen ihre nationale Einigkeit. „Die deutschen Arbeiter Böhmens müssen . . . klassenbewußte, aber auch nationalbewußte Sozialisten“ sein. Er setzte sich für die völkischen Arbeiterführer ein, die die wahren Bedürfnisse des deutschen Volkes erkannt hätten, und behauptete, daß diese den internationalen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Nationalisten in der nächsten Zeit die Führung entreißen würden. Er hoffte damals (1908), daß der Revisionismus in der sozialdemokratischen Bewegung nach dem Vorbild der DAP diese in eine „mächtige nationalsozialistische Partei“ verwandeln würde, die auch die nichtproletarischen Schichten ansprechen und so die gemeinsamen Ideale verwirklichen werde²⁶. Die von Renner vorgetragene theoretische Lösung des Nationalitätenproblems, die „personale Autonomie“, lehnte Riehl ab, da sie dem von der tschechischen wirtschaftlichen Konkurrenz bedrängten deutschen Arbeiter keine Erleichterung schaffen würde²⁷.

Seine Äußerungen liefen auf den Versuch hinaus, nationale und sozialistische Ideen zu verknüpfen, indem er einerseits die tschechischen Lohnforderungen befürwortete, weil sie ja die Gefahr der Unterbietung verringerten, andererseits allen Maßnahmen widersprach, die den tschechischen Arbeitern das Eindringen in die Arbeitsplätze der Deutschen erleichterten. Riehl erkannte die Notwendigkeit des

²³ Reichenberger Zeitung vom 2. 9. 1908, S. 3.

²⁴ Deutsche Volkszeitung (Reichenberg) vom 12. 9. 1908, zit. bei Schilling a. a. O., S. 29f.

²⁵ Riehl, „Zur Antwort“, in: Reichenberger Zeitung vom 28. 8. 1908, S. 3.

²⁶ Deutsche Volkszeitung vom 12. 9. 1908, S. 1.

²⁷ Vgl. Deutsche Volkszeitung vom 25. 12. 1908, S. 3, sowie Reichenberger Zeitung vom 29. 11. 1908, ferner Schilling a. a. O., S. 30 u. 40f.

Klassenkampfes an, betonte aber, dieser würde durch die Unterbindung der tschechischen Einwanderung wesentlich gemildert werden. Er verglich auf einer großen Arbeiterversammlung in Reichenberg die Tschechen mit jenen chinesischen Kulis, welche von amerikanischen Arbeitern mit Gewalt aus den Arbeitsstätten herausgeworfen worden seien²⁸. Dabei klang seine Bereitschaft, gegenüber verachteten Ausländern rücksichtslosen Zwang anzuwenden, deutlich an.

1909 oder 1910 veranlaßte das von tschechischen Richtern kontrollierte Reichsgericht in Prag, Riehl auf Grund seiner nationalistischen Agitation aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Er war dann eine Zeitlang als Angestellter in Reichenberg tätig, wurde jedoch im November 1910 durch den deutschen Bürgermeister seiner Stellung enthoben, diesmal wegen seines Auftretens als sozialistischer Agitator. Er hatte schon Ende 1909 die Hoffnung aufgegeben, daß eine wirksame Hilfe für die deutschen Arbeiter in Böhmen von der Sozialdemokratie oder von radikalen Nationalisten ausgehen könne, und arbeitete nun für die DAP²⁹. Er organisierte nach 1909 eine Reihe von Massenversammlungen in Reichenberg und anderen deutsch-böhmischen Städten, um das Nationalbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft zu steigern. Im Februar 1909 brüstete er sich auf einer vorwiegend von proletarischen deutschen Gesellen und Lehrlingen besuchten Versammlung in Reichenberg, durch diese Agitation die tschechische Flut bereits eingedämmt und einige Arbeitgeber veranlaßt zu haben, deutsche Arbeiter anstelle von Tschechen zu beschäftigen³⁰. Riehl gründete außerdem eine Reihe von nationalen Jungmannen-Vereinigungen, u. a. in Reichenberg, Gablonz und Karlsbad. Es ist mit der wichtigste Beitrag, den Riehl für die nationale Arbeiterbewegung leistete, daß er ihr zahlreiche junge Leute zugeführt und sie in den Jungmannen-Vereinigungen sozialistisch und zugleich völkisch erzogen hat³¹. Wir wissen aus diesen Jahren von einem vermutlich nicht alleinstehenden Fall, daß er eine Gruppe von zwanzig Jungarbeitern unter der schwarzrotgoldenen Fahne der deutschen Einheit und Demokratie in eine tschechische Gewerkschaftsversammlung führte, wo man dann die „Wacht am Rhein“ sang und sich so lange mit dem tschechischen Publikum prügelte, bis die Polizei erschien und die Versammlung auflöste. Riehl glaubte, mit seinen Jungmannen einen solchen Schrecken verbreiten zu können, daß die Tschechen auf öffentliche Versammlungen und auf die Teilnahme an der tschechischen nationalen Politik in Deutsch-Böhmen verzichten würden³². Da aber auch die Sozialdemokraten Ordner hatten, die den Nationalsozialisten mindestens ebenbürtig waren, entstand ein harter Dreieckskrieg um die Beherrschung der Straße, der den Frieden in Reichenberg in zunehmendem Maße untergrub.

²⁸ Ebenda, S. 23 ff.

²⁹ S. Anm. 21.

³⁰ Reichenberger Zeitung vom 8. 2. 1909, S. 4.

³¹ „Zur deutschen Jungmannenbewegung“, in: Der Bergmann vom 17. 11. 1909, S. 3; vgl. Deutsche Arbeiterstimme vom 27. 3. 1909 sowie Deutsche Arbeiterjugend (Wien) vom 20. 12. 1910.

³² S. Anm. 21; vgl. Schilling a. a. O., S. 23 f. u. 58 f.

Riehl bemühte sich ständig um neue Unterstützungsmöglichkeiten für die deutschen Arbeiter. Er organisierte eigene Kindergärten, damit junge deutsche Mütter ihren Arbeitsplatz nicht an Tschechinnen abgeben mußten, und setzte sich für die Errichtung deutscher Arbeitsvermittlungen ein, um jede freiwerdende Stelle mit deutschen Bewerbern zu besetzen. Vor allem aber trat er in seinen Jungmannen-Vereinigungen nachdrücklich für politische Aktionen ein³³. Den Sinn seiner agitatorischen und organisatorischen Wirksamkeit sah er darin, die breite öffentliche Meinung für die Bewahrung des deutschen Charakters von Deutsch-Böhmen zu gewinnen und einen gesunden Nationalismus zu erzeugen, insbesondere aber die deutsche Arbeiterschaft zur Verteidigung ihrer Interessen gegen die Tschechen zu bewegen. Er gab sich alle erdenkliche Mühe, um den Arbeitern klarzumachen, daß die sozialdemokratische Lösung des Nationalitätenproblems wertlos und daß die Versprechungen der radikalen Nationalisten nicht aufrichtig seien. Er glaubte, in der DAP den Kern einer zukunftsreichen Bewegung vor sich zu haben, der die freiheitlichen Kräfte von Sozialismus und Nationalismus zu einer bislang ungekannten Einheit verschmolz. Nur eine solche Partei konnte nach seiner Überzeugung dem Deutschtum in Österreich Rettung bringen³⁴.

Neben Riehl ist auch die Persönlichkeit Rudolf Jungs von Interesse: er war in Plass in Böhmen geboren und einfacher Eisenbahnarbeiter. Seine Jugend verbrachte er größtenteils in der deutschen Sprachinsel Iglau, wo seit 1880 starke völkische Spannungen bestanden. Er versteifte sich auf die Idee, daß die tschechische Einwanderung nur ein Teil einer umfassenden Verschwörung sei, die darauf hinführe, die Deutschen aus ihrer angestammten Heimat zu vertreiben. 1909 machte er die Bekanntschaft Riehls, und vermutlich traten sie gemeinsam der DAP bei. Sie unterschieden sich im Temperament von Grund auf: während Riehl gesellig, gefühlsbetont und unverbildet war, fiel Jung durch Zurückhaltung und Besinnlichkeit auf, und er war eher am Schreibtisch als am Versammlungspult zu Hause. So plante er, eine Theorie der Gesellschaft zu schreiben, welche die Marxsche an Gründlichkeit übertraf. Wegen seiner politischen Betätigung wurde er von der Staatseisenbahn-Direktion 1910 als Lokomotivführer entlassen und hat danach seinen Lebensunterhalt schlecht und recht als hauptamtlicher Angestellter der DAP bestritten. Eine weitere Erwerbung der Partei von 1909 war Hans Krebs, ein außerordentlich gewandter, aber nicht gerade einfallsreicher Schriftsteller, dessen fragwürdige historische Arbeiten über Böhmen, die während der nationalsozialistischen Zeit erschienen, in die Kampagne Hitlers gegen die ČSR hineingehören. Krebs und Jung bekleideten 1938 beide hohe SS-Ränge³⁵.

³³ S. Der Bergmann vom 10. 11. 1910, S. 1 u. 3.

³⁴ S. Anm. 21.

³⁵ S. Anm. 21.; vgl. Reichenberger Zeitung vom 8. 2. 1909, S. 4.

³⁶ Über Jung gibt es wenig biographisches Material. Unsere Darstellung stützt sich auf die Erinnerungen Riehls, die er 1951 dem Verfasser mündlich mitteilte, und auf die Angaben von Zeidler, Knirsch.

Knirsch, Burschofsky, Seidl und Ertl wurden neben zwei Delegierten aus Linz und Villach zu Parteiführern gewählt. Die DAP erzielte 1910 – nicht zuletzt durch Riehls unermüdliche Aktivität – günstigere Wahlergebnisse. Ihr Kandidat Wilhelm Prediger erhielt damals in der Nachwahl von Gablonz immerhin 1724 Stimmen, also das dreifache von 1907 und 20% der gesamten Wählerschaft³⁶. Für die Reichsratswahlen von 1911, die letzten vor dem Kriege, hatte die DAP 20 Kandidaten aufgestellt, von denen 3, Knirsch (Dux), Fahrner (Gablonz) und Seidl (Troppau) gewählt wurden. Auch die unterlegenen Kandidaten konnten beträchtliche Stimmennzahlen verbuchen, namentlich in den proletarischen Bezirken von Aussig-Land und Teplitz-Land. Nach parteioffiziösen Quellen erhielt Burschofsky in Mährisch-Schönberg 8161 Stimmen gegenüber den 9328 für den erfolgreichen sozialistischen und den 1734 für den christlich-sozialen Kandidaten. Weiter wurden Jung und zwei andere DAP-Leute (Preyon und Rogelböck) in den mährischen Landtag gewählt. Diese Erfolge verschafften der DAP größere politische Wirkungsmöglichkeiten, zumal aus der Vertretung im Reichstag Erleichterungen für die Propaganda erwuchsen. Den offiziellen Wahlstatistiken nach betrug ihre Stimmennzahl in Böhmen das Siebenfache von 1907, und zwar 21 951. In Zisleithanien überhaupt erhielt sie 26 670 Stimmen, während die Alldutschen die 17 000 Stimmen von 1907 gerade behaupten konnten³⁷.

Nicht zufällig wurden die größten nationalsozialistischen Stimmennzahlen in Wahlkreisen erzielt, die eine beträchtliche tschechische Einwanderungsquote aufwiesen³⁸. Ideologisch war freilich die Stellung der Partei in keiner Weise gefestigt. Erhofften sich Jung, Riehl und Knirsch von radikalerem Auftreten einen Machtzuwachs, so lehnten Gewerkschaftsführer wie Walter Gattermeyer ein revolutionäres Auftreten ab, zumal sie sich nicht der Hoffnung hingaben, durch radikale Forderungen eine Massenanhängerschaft zu gewinnen³⁹. 1912 gingen Jung und Riehl an die Neufassung des Parteiprogramms, die im September 1913 vom Iglauer Parteitag angenommen wurde. In der Einleitung des Iglauer Programms, die auf Riehl zurückging, heißt es⁴⁰:

„Die moderne Arbeiterbewegung nahm ihren Ausgang von England. Die namenlose Ausbeutung der Arbeiter durch den jungen Kapitalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts führte zu blutigen Aufständen, die kein praktisches Ergebnis für

³⁶ Der Bergmann vom 22. 9. 1910, S. 1.

³⁷ SHKB, S. 56; dort auch die folgenden Daten für 1911: gültige Stimmen insgesamt 1 159 054; Sozialdemokraten (tsch.): 255 000; Sozialdemokraten (dt.): 165 000; Christlich-soziale (tsch.): 83 000; Christlichsoziale (dt.): 28 000; Freialldutsche: 69 000; Alldutsche: 17 000; Deutsche Volkspartei: 3500; Deutschfortschrittliche: 26 000. Vgl. dazu die DAP-Angaben bei Ciller a. a. O., S. 91 ff. u. Berner, Gesellenverein, S. 148.

³⁸ Vgl. dazu den Aufsatz des Verfassers: Industrial Transformation, Population Movement and German Nationalism in Bohemia, in: Zschr. f. Ostforsch. X (1961), H. 2.

³⁹ Vgl. Gattermeyer, „Die Deutsche Arbeiterpartei“, in: Deutsche Arbeiter-Zeitung vom 13. 5. 1913, S. 1 u. 3.

⁴⁰ Das Programm wurde in der Deutschen Arbeiter-Zeitung vom 11. 9. 1913, S. 1 u. 3 veröffentlicht. Vgl. Burschofsky, Beiträge II, S. 65 ff.; Schilling a. a. O., S. 63 f.; Ciller a. a. O., S. 95 ff.

die Arbeiter brachten. Französische und deutsche Gelehrte und Forscher, durchwegs Angehörige der reichen Volksschichten, waren es, die die uralten Ideen des Kommunismus und Sozialismus neu verarbeiteten und jene Grundsätze schufen, die später Lassalle bei Gründung des ersten Arbeitervereines in Deutschland verwertete. Karl Marx erst schuf jenes Lehrgebäude des internationalen Sozialismus, dem heute noch, zumindest prinzipiell, die deutschen Sozialdemokraten anhängen, während die Sozialisten fast aller Völker längst den Weg zur gesunden völkischen Gesinnung, wenigstens in der Praxis, wiedergefunden haben. Die Lehrsätze des sozialdemokratischen Parteiheiligen Marx sind heute zum großen Teile als veraltet abgetan, sein Werk behält aber großen Einfluß auf die selbständige, politische Sammlung aller Arbeitermassen.

Verfehlt und für das Deutschtum Mitteleuropas von unermeßlichem Schaden waren und sind seine Lehren vom Internationalismus. Die Arbeiterschaft hat ein ganz besonderes Interesse an der Machtstellung, an der Erhaltung und Erweiterung des Lebensraumes ihres Volkes. Nicht Launen der Fürsten sind es, die heute noch zu Gegensätzen zwischen den Völkern führen, sondern wirtschaftliche Konkurrenzkämpfe. Gerade in den höchst entwickelten Ländern entstand bald Nachfrage nach Arbeitskräften, fremde Arbeiter niederer Kultur verdrängten vielfach die alterbessenen. Die Erscheinung trifft vor allem die deutsche Nation, als die zentralgelegene, mit voller Wucht.

Die Sozialdemokratie in Österreich ist ein Kind der reichsdeutschen, und die internationalen Grundsätze sollten hier ihre Feuerprobe bestehen. Das Lehrgebäude brach unter der Wucht der Tatsachen schwächlich zusammen. Nur die armen Genossen „deutscher Zunge“ hängen ihm mit übel angebrachter Treue an – zu ihrem eigenen Schaden. Sie, die mit ihren Geldern die Sozialdemokratie groß machten, wurden von den warm aufgenommenen slawischen Genossen in vielen Gebieten von den Arbeitsplätzen verdrängt. Der deutsche Unternehmer nahm den billigeren slawischen Arbeiter, die rote Organisation aber versagte den pflichtgemäßen Schutz ihren alten deutschen Parteiveteranen. Da begann sich endlich auch in den deutschen Arbeiterköpfen gesunder Selbsterhaltungstrieb zu regen. Angeregt von der großen deutschnationalen bürgerlichen Bewegung der neunziger Jahre in Deutschösterreich, gründeten sie in den verschiedenen Städten deutschvölkische Arbeiter- und Gesellenvereine. Man erkannte die Verderblichkeit der internationalen Lehren für das eigene Volk und die Unaufrichtigkeit der von Juden geleiteten und dem mobilen Großkapital verschwisterten Sozialdemokratie. In gleicher Weise nahm man Stellung gegen den Versuch der schwarzen Internationale, eine klerikale Arbeiterpartei zu gründen.“

Das Iglauer Programm war im Vergleich zum Trautenausauer intellektuell anspruchsvoller und stellte dem marxistischen Sozialismus als einer für das deutsche Volk in Österreich schädlichen Lehre einen wahren Sozialismus gegenüber, der für die Behauptung und Ausdehnung des deutschen Siedlungsgebietes eintrat. An der tschechischen Unterwanderung der deutschen Siedlungsgebiete, die die kapitalistische Nachfrage nach billigerer Arbeitskraft hervorrief, übte man noch schärfere Kritik als früher. Die Entfesselung dieser bedenkenlosen Konkurrenz der tschechischen Handarbeiter wurde als Ursache für die Spannungen zwischen beiden Völkern hingestellt. Die deutschen Arbeiter, deren Stimmen und Leistung die Sozialdemokratie zu einer kraftvollen Partei gemacht hätten, würden von ihr mit moralischen Gemeinplätzen vom Internationalismus und mit dem Versprechen künftiger Errun-

genschaften über den Verlust ihrer Arbeitsplätze an den tschechischen „Kollegen“ hinweggetröstet. Die Verantwortung für die gegenwärtigen Zustände sei daher nicht bloß deutschen Unternehmern zuzuschreiben, sondern auch den internationalen Gewerkschaften, welche ihrer Verpflichtung, die deutsche Arbeit zu schützen, nicht nachkämen. Die DAP sei der lebendige Ausdruck des Verlangens der deutschen Arbeiter nach Gerechtigkeit, sie sei daher der wahre Repräsentant der deutschen Arbeiterschaft:

„Unsere Verpflichtung für unser Volk heißt uns von dem haßerfüllten Klassenkampf fernstehen, denn wir erkennen, daß in dem vielsprachigen österreichischen Staat die Sicherheit des deutschen Volkes allein davon abhängt, daß es gegenüber den anderen Nationalitäten gemeinsame Sache macht . . . Sie erfordert, daß in den deutschen Siedlungsgebieten die Arbeitsplätze deutschen Arbeitern vorbehalten werden.“

Die Präambel hatte einen aufreizenden und arroganten Ton, der die früheren querulierenden Klagen und teilweise radikalen Forderungen der Partei an Schärfe übertraf. Zum ersten Mal war die Partei in einem offiziellen Dokument als „Bewegung“ bezeichnet worden. Ihre „Mission“ sollte darin bestehen, den Boden und die Arbeit der Vorväter zu bewahren. Das Programm selbst schmeichelte der Eitelkeit der Massen mit ebenso vagen wie großartigen Versprechungen und erklärte sich mit wohl bewußt schwammigen Formulierungen für „schöpferische Reform“, für die „Vergesellschaftung der Monopole“, die „Ächtung arbeitslosen Einkommens“ und gegen Tradition, Klerikalismus, Juden, Kapitalismus und Marxismus. Es war „bodenständig“ und „völkisch“. Darin war an den Haß und die Eifersucht der Arbeiter, an ihren deutschen Nationalstolz und an ihre Furcht appelliert, ihre Arbeitsplätze und ihre Heimat zu verlieren. Humanitätsidee und Liberalismus hatten im Programm keinen Platz. Sein Begriff der „Volksgemeinschaft“ stand den Vorstellungen der totalitären Regime der Zwischenkriegszeit näher als den Ideen von Jean Jacques Rousseau.

Was die Presse der nationalen Gewerkschaften angeht, so war sie im allgemeinen zurückhaltender als die Parteipropaganda. Zahlreiche Leitartikel traten für die Einigkeit der arbeitenden Stände des deutschen Volkes ein und behaupteten, daß allein die nationalen Gewerkschaften in der Lage seien, die Arbeitslosigkeit bei den Deutschen wirksam zu bekämpfen. Nur gelegentlich drohte man mit weitergehenden Maßnahmen: so meinte Anfang 1915 die „Deutsche Gewerkschaft“, man werde jeden nichtdeutschen Arbeiter aus deutschen Betrieben hinauswerfen, wenn die nationalen Gewerkschaften die Stärke erreicht haben würden, die die Sozialdemokratischen Gewerkschaften „noch“ hätten⁴¹. Die Nationalsozialisten besaßen ohne Frage keinerlei klare und irgendwie konsistente Gesellschaftstheorie. Zwar sprachen sie von der Notwendigkeit des Sozialismus und den Mißständen des Kapitalismus, forderten aber keineswegs eine gänzliche Verstaatlichung des privaten Eigentums. Sie hatten im Unterschied zu den Altliberalen und den Marxisten nicht viel für Theorien übrig. Am marxistischen Sozialismus lehnten sie konkret nur die

⁴¹ Deutsche Gewerkschaft vom 31. 1. 1914, S. 1 f.

Theorie und Praxis der Gleichheit der Arbeiter ohne Rücksicht auf die Nationalität ab. Sie verdankten ihre Existenz allein den nationalen Ressentiments. Bei einem stärkeren Einfluß des deutschnationalen Flügels auf die sozialdemokratische Parteiführung – vergleichbar demjenigen der tschechischen Nationalisten auf die tschechoslowakische Sozialdemokratie – wäre die nationalsozialistische Bewegung nie entstanden, und sie wäre ebensowenig denkbar gewesen, wenn Österreich in den 80er Jahren als ein überwiegend deutscher Staat reorganisiert worden wäre, wie es das Linzer Programm verlangt hatte.

Die Nationalsozialisten beriefen sich zuweilen auf Eugen Dühring (1833–1923), der ihre Ideologie als erster formuliert habe. Schon 1900 empfahl ein nationalistischer Arbeiter- und Gewerkschaftsführer in Böhmen, Matthäus Joks, die Schriften von Dühring und verlangte eine „durchgreifende Umgestaltung der Verhältnisse zugunsten jeder ehrlichen Arbeit in der Weise, daß dem Kapital für seine Benutzung nur eine mäßige Entschädigung zukommt und anstelle der bisherigen Mietung der Arbeit durch das Kapital in Zukunft die Mietung des Kapitals durch die Arbeit tritt“⁴². Riehl, Jung, Krebs und andere Nationalsozialisten erwähnten gelegentlich die Anregungen, die sie von Dühring empfangen hätten. Gleichwohl kann dieser nicht als „Vater“ ihrer Ideologie gelten, da er in vielen Punkten dem Programm der Nationalsozialisten widersprach. Diese übernahmen Dührings Ablehnung des Klassenkampfes und seine Betonung der Gewerkschaftstätigkeit und des Tarifvertragswesens als spezifisches Mittel der Arbeiterbewegung. Die Haltung der österreichischen Nationalsozialisten gegenüber prinzipiellen Fragen war nicht viel mehr als eine Mischung von Opportunismus und Interesselosigkeit. Sie bestritten, deutsche Imperialisten zu sein und über fremde Völker herrschen zu wollen, und behaupteten, nichts als die Gewährleistung des vollen Arbeitsertrages für die deutsche Arbeiterschaft im deutschen Siedlungsgebiet anzustreben. Aber derartige Beschönigungen ihrer Friedensliebe blieben immer einigermaßen vage, zumal ihre politischen Vorstellungen zweifellos auf einen untergeordneten Status für die Slawen abzielten. Die gleiche Doppeldeutigkeit ist bei der Haltung der DAP zum Judentum zu beobachten. Riehls bewundernder Biograph meinte in der Situation von 1933, dieser sei stets ein überzeugter und dafür allgemein bekannter Antisemit gewesen⁴³, aber der Antisemitismus wurzelte doch nie so tief im Denken Riehls und seiner Parteigenossen, wie das bei den radikalen bürgerlichen Nationalisten, insbesondere bei der Gruppe um Schönerer und den studentischen Verbindungen, der Fall war. Die kulturellen Teile der Parteiprogramme richteten sich durchweg gegen klerikale Einflüsse (so wurde 1907 eine Ausgabe der parteiamtlichen „Deutschen Arbeiterstimme“ wegen Angriffen auf die Religion konfisziert⁴⁴); der Antisemitismus stand demgegenüber im Hintergrund. Auch die Haltung zum österreichischen Staat war opportunistisch. Gewiß unterhöhle das Programm letzten Endes den habsburgischen Staatsgedanken, doch vermied es die DAP natürlich, sich dem Vorwurf

⁴² Zitiert bei Ciller a. a. O., S. 28 f.

⁴³ Schilling a. a. O. passim, insbes. S. 95 f.

⁴⁴ Deutsche Arbeiterstimme vom 19. 1. 1907, S. 1.

des Hochverrats auszusetzen, denn keine Partei konnte offen für die Auflösung der Monarchie eintreten. Immerhin vertrat Riehl den Standpunkt, sich nur insoweit für das Heil Österreichs einzusetzen, als es dem völkischen Interesse entsprach⁴⁵.

Die politische Aktivität der Partei endete praktisch bei Kriegsausbruch, obwohl es keinen Burgfrieden wie im Deutschen Reiche gab. Von den drei Reichsratsabgeordneten der DAP fiel Seidl 1915 in Galizien. Riehl und ein großer Teil der Mitgliedschaft waren eingezogen, während Jung, Burschofsky, Gattermeyer und einige andere Parteiführer vom Militärdienst verschont blieben. Ihre politische Tätigkeit beschränkte sich jedoch nach Lage der Dinge darauf, die Parteiorganisation zusammenzuhalten. Die vergeblichen Anstrengungen vieler Deutsch-Österreicher, die Monarchie durch grundlegende konstitutionelle Veränderungen noch in den letzten Kriegsjahren zu retten, sind in den Tagebüchern von Josef Redlich dramatisch geschildert⁴⁶. Die DAP war demgegenüber damit beschäftigt, den zum Militärdienst verpflichteten deutschen Arbeitern ihre Arbeitsplätze zu sichern⁴⁷. Die Mitgliedschaft in den drei bedeutendsten nationalen Arbeiterverbänden, dem „Allgemeinen deutschen Gewerkverein“, dem „Reichsbund deutscher Arbeitnehmer-Vereinigungen“ und der „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmer-Verbände“, ging naturgemäß zurück. Allein die in der Zentralkommission vertretenen Gewerkschaften hatten 1916 bereits 12 000 Mitglieder verloren⁴⁸.

Riehl prophezeite 1916, der Krieg werde soziale Umwälzungen mit sich bringen, die zum Siege des Nationalsozialismus führen würden⁴⁹. Die Wirklichkeit gab freilich zu derart optimistischen Prognosen keinen Anlaß. Der Krieg hatte Vollbeschäftigung gebracht. Zudem machten Patriotismus und Zensur die deutschen Arbeiter in erster Linie zu Verteidigern des bestehenden Zustandes. Die patriotische Welle der ersten Kriegstage, die der, wie es schien, brutale Angriff gegen die gemeinsame Heimat des tschechischen und des deutschen Volkes auslöste, hatte zwar eine kurze Versöhnungsperiode eingeleitet; doch wurde der alte Gegensatz durch die auseinander tretenden Kriegsziele ziemlich rasch verschärft. Die militärischen Erfolge Deutschlands, wie sie in Mackensens Sieg über die Rumänen von 1916 zum Ausdruck kam, beeindruckten Tschechen und Deutsche, aber mit entgegengesetzten Wirkungen. Bei den Tschechen riefen sie eine Mißstimmung über die Verstärkung der „teutonischen“ Macht hervor und bestärkten sie in ihrer Hinneigung zur russischen und französischen Seite. Voller Stolz auf ihre Erfolge sahen sich die Deutschen hingegen in ihrer Absicht bestätigt, das Nachkriegs-Österreich zu beherrschen.

Auch bei der DAP läßt sich dieser Stimmungsumschwung beobachten. Nachdem der Ausdruck Nationalsozialisten sich weithin durchgesetzt hatte, beantragte

⁴⁵ Vgl. Deutsche Arbeiter-Zeitung vom 8. 2. 1915, S. 1 u. vom 11. 10. 1915, S. 1.

⁴⁶ Josef Redlich, Tagebücher, 2 Bde. (Wien 1953/54), II.

⁴⁷ Vgl. Walter Gattermeyer, „Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft“, in: Deutsche Gewerkschaft vom 1. 10. 1917, S. 2 u. 6.

⁴⁸ Deutsche Gewerkschaft (Sonderfolge, Wien, Nov. 1917), S. 2ff. u. 17f.

⁴⁹ Feldpostbrief vom 3. 11. 1916, zit. nach Schilling a. a. O., S. 180.

Walter Gattermeyer auf einer Parteivertreter-Tagung in Aussig im April 1918, den Namen auch formell in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) zu ändern, wovon man sich eine größere agitatorische Wirkung versprach. Übrigens führte Gattermeyer später die nationalen Gewerkschaften der neugegründeten österreichischen Republik und half, die österreichische Arbeiterschaft für Hitler zu mobilisieren⁵⁰. Die Namensänderung wurde auf einem Treffen der Parteiführer im Mai 1918 in Mähren gebilligt. Die Partei als ganzes stimmte auf dem Kongreß in Wien im August 1918 zu und verkündete ein neues Programm⁵¹. Wieder war Jung Hauptverfasser dieses Programms, das über die grundsätzliche Haltung der Partei folgendes ausführte:

„Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei erstrebt die Hebung und Befreiung der arbeitenden deutschen Volksschichten aus wirtschaftlicher, politischer und geistiger Unterdrückung und ihre volle Gleichberechtigung auf sämtlichen Gebieten völkischen und staatlichen Lebens.

Sie bekennt sich rückhaltlos zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des gesamten deutschen Volkes und geht dabei von der Überzeugung aus, daß sich der Schaffende nur innerhalb der natürlichen Grenzen des Volkstums zur vollen Geltung seiner Arbeit und Verstandeskraft durchringen kann.

Er verwirft daher den Zusammenschluß auf allvölkischer Grundlage als wider-natürlich. Eine Besserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände ist vielmehr nur durch Zusammenfassung aller Schaffenden auf dem Boden des einzelnen Volkstums erreichbar. Nicht Umsturz und Klassenkampf, sondern zielbewußte schaffende Reformarbeit allein kann die heutigen unhaltbaren Verhältnisse in der Gesellschaft überwinden . . .

Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei ist keine engherzige Klassenpartei, sie vertritt die Belange aller ehrlich schaffenden Arbeit überhaupt. Sie ist eine freiheitliche und streng völkische Partei und bekämpft daher alle rückschrittlichen Bestrebungen, kirchlichen, adeligen und kapitalistischen Vorrechte und jeden fremdvölkischen Einfluß, vor allem aber die überwuchernde Macht des jüdisch-händlerischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Der Einfluß von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft ist das Ziel, der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß des arbeitenden deutschen Volkes das Mittel zur Erreichung dieses Zieles.“

Weiter enthält das Programm als auffallende Neuigkeiten Forderungen wie die einer „Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes in Europa zum sozialen deutschen Reiche“, energischen Schutzes des Auslandsdeutschtums sowie gesetzlicher Einführung der deutschen Staatssprache. Im übrigen setzte die Propaganda der DNSAP die alte DAP-Opposition gegen die tschechische Arbeiterschaft und ausländische Arbeitskräfte im allgemeinen sowie gegen das Finanzkapital, die Juden und den Marxismus fort. Sie fügte nur hinzu, daß, wie Hans Krebs später schrieb, „deutscher Arbeiter“ ein Ehrentitel sei, der nicht nur auf die Handarbeit, sondern auf alle Schaffenden Anwendung finden müsse, den Zimmermann und den

⁵⁰ Vgl. Gattermeyer, Die Völkischen Gewerkschaften, S. 43.

⁵¹ Das Programm wurde von Riehl als Broschüre gedruckt unter dem Titel: „Unser Endziel. Eine Flugschrift für den deutschen Nationalsozialismus“, Wien 1918, 5. Aufl., Anh. S. 36–41.

Bergmann, den Ingenieur und den Bauern, den Universitätsrektor und den Straßenkehrer⁵².

1918 ging Jung an die Abfassung seines, wie erwähnt, schon lange geplanten größeren theoretischen Werkes⁵³. Was das geistige Niveau angeht, so handelte es sich dabei um eine Häufung von Trivialitäten; gleichwohl ist das Buch für die Gedankenwelt der frühen österreichischen Nationalsozialisten aufschlußreich. Es wandte sich an alle arbeitenden Deutschen als die Hauptleidtragenden der Niederlage der Mittelmächte und beschrieb die neue Gesellschaft, zu der man das deutsche Volk hinführen wollte. Jung ging von der Auffassung aus, daß das gegenwärtige Elend des deutschen Arbeiters auf der Zerstörung seiner eigenständigen Kultur durch fremde Einflüsse – vom römischen Recht bis zur modernen „internationalen“ Zivilisation – beruhe. Der wahre deutsche Geist schien ihm in einem waffenberechtigten Freibauerntum und in einem genossenschaftlichen Handwerkertum verkörpert, welche in Treue ihren Führern anhängen und von ständischer Untertänigkeit ebenso unberührt wären wie von klassenkämpferischer Gesinnung. Die zersetzenden Kräfte der modernen Zivilisation hatten neue Formen des Eigentums, Lohnarbeit auf den Gütern und in den Fabriken, Zins, Kredit, liberale Demokratie und marxistischen Sozialismus hervorgebracht. Ihre Durchsetzung bedeutete nach Ansicht Jungs den Triumph des Materialismus und des „Mammonismus“. Diese seien Werkzeuge des nach Weltherrschaft strebenden Judentums. Die Sozialdemokraten unterstützten derartige unnatürliche fremdvölkische Mächte, was sich in der Verbindung von Sozialismus und Internationalismus zeige. Juden seien Demokraten, Terroristen und Marxisten. Jung betonte, daß es deutsche liberale Unternehmer und deutsche und jüdische Sozialdemokraten gewesen seien, die vor 1914 „die tschechischen Minderheiten im deutschen Siedlungsgebiet der Sudetenländer geschaffen und gefördert“ hätten. Er rühmte Schönerer „als einzigen Politiker von Ruf, der Verständnis für die Lage seiner armen Volksgenossen besaß“, und bedauerte, daß dieser seine Partei zu einer egoistischen Clique habe verfallen lassen. Nur die DAP repräsentiere daher den wahren Sozialismus⁵⁴.

Das konkrete Programm des nationalen Sozialismus, wie Jung es entwickelte, blieb äußerst unbestimmt, nahm aber in seiner Terminologie manches voraus. So finden sich darin bereits Parolen wie „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, wie „Würde der schaffenden Arbeit“, wie „gerechte Verteilung des Einkommens“ oder „rückhaltloses Bekenntnis zu unserem Volke“. Das zersetzende Finanzkapital wird dem „schaffenden nationalen Kapital“ entgegengestellt. Grundrenten und Zinsen werden abgelehnt, Monopole, Warenhäuser und Großgrundbesitz sollen verstaatlicht werden, während persönliches Eigentum, sofern es „ehrlicher schaffender Arbeit“ entspringt, als wertvoll erscheint. Das große nationale Ziel sei die „Werkgemeinschaft aller Schaffenden“, aus der die moralische Wiederherstellung der

⁵² Vgl. Hans Krebs, *Kampf in Böhmen* (Berlin 1938), S. 37 ff.

⁵³ Rudolf Jung, *Nationaler Sozialismus*, 3. Aufl., München 1922, Einleitung.

⁵⁴ Ebenda, S. 1–79.

Rasse hervorgehen werde. Im Gegensatz zu Umsturz und Klassenkampf könne allein eine „zielbewußte, schaffende Reformarbeit die heutigen unhaltbaren Verhältnisse überwinden“. Die nationalsozialistische Partei sei „die Klassenpartei der schaffenden Arbeit“⁶⁵. Zweifellos war Jung von den gängigen Vorstellungen der politischen Publizistik des beginnenden 20. Jahrhunderts in starkem Maße beeinflusst; er berief sich auf Bodenreformer wie Henry George und A. Damaschke, die Freiland-Freigeld-Bewegung (Silvio Gesell), die konservative Revolution, die Neo-Feudalisten, die Katheder-Sozialisten, ferner auf das marxistische Schrifttum und auf Persönlichkeiten wie Oswald Spengler, Paul Lensch und Henry Ford.

In den ersten Kriegsjahren, in denen der Reichsrat nicht zusammentrat, bildeten die Führer der deutschen Fraktionen zur Vertretung der Interessen des Deutschtums in der Monarchie eine lockere Vereinigung, die 1911 als Nationalverband begründet worden war. 1916 erklärte der Nationalverband in der Osterbegehrgschaft, daß das gemeinsame politische Ziel nach dem gewonnenen Kriege nur ein starkes und gesundes Österreich unter deutscher Führung sein könne. Es braucht hier nicht erörtert zu werden, wie die Ereignisse seit dem Tode Franz Josefs, das Oktobermanifest Kaiser Karls von 1918, die Bildung des tschechischen Nationalkomitees (Česky Vítbor) in Prag, solchen Zielen den politischen Boden entzogen. Nur wenige Mitglieder des Nationalverbandes waren auf die plötzliche Erkenntnis, daß der Krieg endgültig verloren war, vorbereitet. Nur die Sozialdemokraten hatten sich politische Vorstellungen für den Fall einer Niederlage gemacht. Die provisorische Nationalversammlung, die am 21. Oktober von den deutsch-österreichischen Reichsratsabgeordneten zur Vorbereitung der Wahlen für eine Konstituante gebildet wurde, bestand aus 39 Sozialdemokraten, 70 Christlichsozialen und 101 Vertretern der nur locker verbundenen deutschnationalen Gruppen. Die von Josef Schraffl geführten Christlichsozialen und die Mehrheit der Deutschnationalen unter dem gemäßigten Demokraten Otto Steinwender gaben dem Wunsche Ausdruck, die konstitutionelle Monarchie aufrechtzuerhalten. Nur Hans Knirsch als Sprecher der Nationalsozialisten und ein anderer unabhängiger Abgeordneter widersprachen jeder Form eines föderalistischen Bundes mit den slawischen Staaten und bestanden auf dem bedingungslosen Anschluß an Deutschland. Indem er einen österreichischen Staat ablehnte, rief Knirsch in der Versammlung aus: „Lange lebe ein freies, soziales Alldeutschland!“ Victor Adler erklärte für die Sozialdemokraten, daß seine Partei einen föderalistischen Verband mit den slawischen Völkern Österreichs und für den Fall, daß dieser nicht möglich sei, eine Föderation mit einer demokratischen deutschen Republik anstrebe. Er betonte, daß der neue Staat auf dem Prinzip der Volkssouveränität und dem allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht beruhen müsse. Otto Bauer, der nach Friedrich Adlers Inhaftierung die Führung der Linken übernommen hatte, stand einem föderalistischen österreichischen Staate ablehnend gegenüber, weil er glaubte, ein für die sozialistische Revolution reifes Deutschland werde Deutsch-Österreich ein glanzvolles neues Schicksal anbieten; er fügte sich aber der Mehrheitsentscheidung.

⁶⁵ Ebenda, S. 81 ff.

Den meisten Sozialisten erschien die Auflösung des alten Österreich als Teil des allgemeinen Siegeszuges der Demokratie in der Welt und als ein Schritt zum Triumph des Sozialismus über den Kapitalismus. Ihre Haltung entsprach dem Geist jener Monate von 1918 und 1919, in denen die alte Ordnung fast überall in Europa vollständig diskreditiert war. Die Richtung, in welche die Sozialisten zielten, konnte von einer großen Zahl von Antimarxisten, radikalen Demokraten und extremen Nationalisten eingeschlagen werden, zumindest vorläufig. Nachdem aber die Sozialisten die Trümmer der alten Ordnung weggeräumt hatten, mußten die Fronten zwischen Marxisten und Nationalsozialisten offen aufbrechen.

Am 29. Oktober 1918, also zehn Tage nach der tschechischen Unabhängigkeitserklärung, errichteten die deutschen Abgeordneten aus Böhmen eine eigene Provinzialregierung für Deutsch-Böhmen, und am folgenden Tage geschah das gleiche in Mähren und Schlesien. Beide Regierungen erklärten, daß ihre Gebiete zu Deutsch-Österreich gehörten. Aber es gelang keiner dieser spontan gebildeten Provinzialregierungen – mit der vorübergehenden Ausnahme von Znaim – angesichts des von den Alliierten bestärkten tschechischen Widerstandes eine funktionierende Verwaltung in Gang zu setzen. Die umstrittenen Provinzen waren nachgerade die Hochburg der DNSAP. Während in Paris die Zukunft Habsburgs zur Entscheidung stand, waren die deutschen Arbeiter in Böhmen gänzlich erfüllt von der bedrückenden Sorge einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den Tschechen. Die tschechische Sozialdemokratie unterstützte die tschechischen nationalen Parteien in der Forderung nach den historischen Grenzen der böhmischen Länder mit Einschluß der Slowakei. Die Führer der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie ihrerseits entzogen sich dem Abwehrkampf gegen die nationale Bedrohung nicht. Josef Seliger, der immer ein guter internationaler Sozialist gewesen war, sprach auf Massenversammlungen in leidenschaftlichem Ton von der „Liebe zu unserem Volke“, welche ihn und seine Anhänger beseele. Die gesamte deutsche Bevölkerung Böhmens von den bürgerlichen Liberalen unter Rudolf von Lodgman, der die Teilung des Landes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes verlangte, bis hin zu den Sozialdemokraten unter Seliger und den Nationalsozialisten unter Knirsch, verwahrte sich einmütig gegen die Einverleibung Deutsch-Böhmens in einen slawischen Staat⁶⁶. In jenen schicksalhaften Monaten von 1918/19 standen sich zwei feindliche „Volksgemeinschaften“ gegenüber. Die tschechische Regierung in Prag lehnte es jedoch ab, über eine Teilung Böhmens zu verhandeln, und setzte bei den Alliierten ihren Anspruch auf die historischen Grenzen durch. Die deutschen Provinzialregierungen mußten Reichenberg und Troppau bald tschechischen Truppenverbänden preisgeben. Letzten Endes unterlag das vielberufene Selbstbestimmungsrecht der Macht der tschechischen Armee und dem, was man in Paris für politische Klugheit hielt. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain am 22. September 1919 stimmte die Wiener Regierung der Eingliederung der deutschen Gebiete Böhmens und Mährens in die ČSR zu. Das bedeutete

⁶⁶ Vgl. Josef Hofbauer u. Emil Strauß, *Josef Seliger. Ein Lebensbild*, Prag 1930, S. 133–165.

für die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich eine deutliche Zäsur, über die hinaus sie hier nicht weiterverfolgt werden soll. Dagegen erscheint ihre grundsätzliche Charakterisierung angezeigt.

Die unter dem Begriff des Nationalsozialismus im Vorkriegsösterreich zusammengefaßten Ideen waren weit weniger geschlossen als die des Liberalismus oder Sozialismus. Auf die einfachste Formulierung gebracht, liefen sie im wesentlichen auf die Forderung hinaus, die Interessen der Nation den Interessen des Individuums oder einer sozialen Klasse voranzustellen. Die nationalsozialistische Ideologie ließ offen, wie sie sich zu den zentralen politischen und wirtschaftlichen Institutionen des modernen Europa, wie dem Privateigentum, dem Prinzip der Volkssouveränität, den Freiheitsrechten und dem Prinzip der wirtschaftlichen Chancengleichheit stellte. Der österreichische Nationalsozialismus war gleichwohl eine radikale demokratische Bewegung; die revolutionären Bestandteile ihrer Ideologie traten in den offiziellen Erklärungen nicht immer hervor, enthüllten sich aber im Irrationalismus, im bedenkenlosen Opportunismus, in der nationalen Anmaßung und dem sozialen und rassischen Extremismus der Bewegung. Sie hatte mit den Idealen der Revolutionäre des 19. Jahrhunderts nichts gemein, wie sie auch in das Schema von „rechts“ und „links“ nicht einzuordnen ist, und ihre Revolution richtete sich gegen Vernunft und Humanität.

Die nationalsozialistische Partei war freilich, wie alle deutschen Parteien in das Dilemma verstrickt, daß sie den habsburgischen Staat, der trotz der formalen Gleichberechtigung der Nationalitäten ein überwiegend deutscher Staat war, nicht so rückhaltlos ablehnen konnte, wie die slawischen Parteien es taten, und daß sie dadurch in ihrer Radikalität behindert war. Vor allem in Böhmen, wo es zu allererst auf die Einigkeit der deutschen Bevölkerung ankam, konnten die Nationalsozialisten nicht Revolution predigen, solange das deutschnationale Bürgertum am österreichischen Staatsgedanken festhielt. Die hauptsächliche Triebkraft der nationalsozialistischen Bewegung war daher der Haß der deutsch-böhmischen Arbeiter gegen die tschechischen Einwanderer, ihr konkretes Ziel die Beseitigung der tschechischen Konkurrenz. Die Nationalsozialisten betrachteten die Tschechen als Halbmenschen, und ihre Betonung der Überlegenheit des Deutschtums war im Grunde nur eine Rationalisierung ihres Willens, die ökonomische Bedrohung durch die Fremdarbeiterschaft abzuwenden. In seinem Buch über den Nationalsozialismus warf Jung Tschechen, Juden und andere Fremdvölkische in einen Topf und machte sie für die Nöte der deutschen Arbeiterschaft verantwortlich. Die Niederlage der Mittelmächte, die Auflösung des habsburgischen Reiches und die Entstehung unabhängiger slawischer Staaten auf seinem Boden erschien von hier aus als Ergebnis eines langen auf Gedeih und Verderb geführten Kampfes der fremdvölkischen Einflüsse, der sich auf die Zerstörung des deutschen Volkstums richtete. Der österreichische Nationalsozialismus lag daher bei aller lokalen Bedingtheit auf einer Linie mit dem sich in ganz Europa ausbreitenden übersteigerten oder, nach der Formulierung von Charles Mauras, „integralen Nationalismus“. Dieser war als Kult einiger weniger Intellektueller unbedeutend, als Kern einer Volksbewegung

indessen sehr viel ernster zu nehmen. Nach nationalsozialistischer Auffassung hing die Existenz der Deutschen in Deutsch-Böhmen nicht vom Ausgleich mit den Tschechen, sondern von deren Austreibung ab – war es daher auch nicht mit individuellen Anstrengungen getan, um die Stellung der deutschen Nationalität zu wahren, sondern bedurfte es einer planmäßigen Erweiterung des deutschen Lebensraumes. Nur in einem deutschen Staate, so hieß es, könne ein deutscher Arbeiter seinen vollen Arbeitslohn erhalten. Von solchen Ideen bis zur gewaltsamen „Endlösung“ des tschechischen Problems war nur ein Schritt.

Das Versprechen, den tschechischen Wettbewerb zu beseitigen und den Deutschen Arbeit, ausreichende Löhne und soziale Sicherheit zu gewährleisten, war zwar keineswegs von einer einleuchtenden Darstellung der Mittel begleitet, wie das zu erreichen wäre. Dennoch besaßen diese Versprechungen eine gewisse Anziehungskraft, weil ihre Erfüllung nicht nach Art der sozialdemokratischen Programme von langfristigen politischen und ökonomischen Entwicklungen abhängig gemacht, sondern für die unmittelbare Zukunft in Aussicht gestellt wurde.

Auch sonst kam das nationalsozialistische Programm über eine Sammlung vieldeutiger Phrasen nicht hinaus. Aus opportunistischen Erwägungen trat die DAP sowohl für legales wie spontan-revolutionäres Vorgehen, für Privateigentum wie Verstaatlichung, für staatsbürgerliche Gleichheit wie deutsche Vorherrschaft in der habsburgischen Monarchie und für die Loyalität gegenüber Österreich wie gegenüber einem Gesamtdeutschland ein. Die Postulate des Programms waren darauf berechnet, die Gunst der Massen zu gewinnen, indem man ihnen schmeichelte und ihr Selbstmitleid, ihre moralische Entrüstung und ihre Hoffnung auf einen radikalen Umbruch erweckte. Daß damit ein Teil triftiger Kritik an der hochkapitalistischen Industriegesellschaft und an der spezifischen sozialen Situation in Österreich verbunden war, ist gewiß nicht zu bestreiten. Jungs Traum von einer glücklichen Bauern- und Handwerksgesellschaft mit Ordnung ohne Unterordnung, mit Priorität der gemeinsamen vor den individuellen Bedürfnissen, voll schöpferischer Reform und moralischer Erneuerung und ohne Luxus und Materialismus, steht im Denken der Zeit nicht allein.

Die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, welche die Klassenunterschiede ausgleichen würde, erschien so als eine Möglichkeit, die gefährliche Zerspaltenheit der österreichischen Gesellschaft zu beseitigen. Die unabstreitbaren Nachteile der liberalen Demokratie und des marxistischen Sozialismus schienen darin überwunden. Man berief sich gern auf eine in der Form „voluntaristische“ Demokratie, die mit innerer Logik in eine totalitäre Diktatur ausmündet.

Kann die österreichische nationalsozialistische Bewegung in einer Hinsicht als radikaldemokratische Strömung gelten, so gaben ihr die Ablehnung des Kapitalismus und des Parlamentarismus sowie der Glaube, daß die soziale Ungerechtigkeit in nicht schlechthin unabänderlichen gesellschaftlichen Institutionen begründet sei, zugleich eine sozialistische Färbung. Indessen widersetzte sie sich vielen grundlegenden sozialistischen Prinzipien, insbesondere dem internationalen und dem Klassenkampfgedanken. Freilich wird man sie deshalb nicht zu der Spielart von

faschistischen Bewegungen rechnen, die mit der politischen Mobilisierung der reaktionären kleinbürgerlichen Massen im Interesse des kapitalistischen Unternehmertums die Arbeiterschaft niederzuhalten suchten. Die nationalen Gewerkschaften hatten zwar in den 80er Jahren in hohem Maße ständisches Gepräge, jedoch trug ihnen die Flutwelle des Nationalismus, die der Badeni-Krise von 1897 folgte, Tausende von Industriearbeitern zu. So hatte der Nationalsozialismus sowohl im nordwestböhmisches Kohlenrevier, wo die Großbetriebe dominierten, wie bei den proletarisierten Gesellen des nordöstlichen Böhmen starken Rückhalt. Es entsprach der allgemeinen, von Burschovsky bewußt bejahten Tendenz im Strukturwandel der Mitgliedschaft, wenn er den Titel seiner Zeitung von „Deutscher Geselle“ in „Deutscher Arbeiter“ veränderte. Praktisch stammten alle nationalsozialistischen Führer aus den arbeitenden Schichten, waren Partei und Gewerkschaften demokratisch organisiert und geführt, die Gewerkschaftsführer und der Parteivorstand von der Mitgliedschaft gewählt und wurde die Parteipolitik vom Vorstand oder einer breiteren Körperschaft gewählter Delegierter diskutiert und bestimmt. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß das Unternehmertum, die Aristokratie oder Teile des Großbürgertums entscheidenden Einfluß gehabt und die Bewegung etwa gegen die demokratischen Tendenzen ausgespielt hätten.

Übrigens stimmt die regionale Ausbreitung des Nationalsozialismus mit der Verbreitung der tschechischen Einwanderung nicht genau überein. Sein Einfluß war vielmehr durch lokale wirtschaftliche und soziale Verhältnisse und durch den mehr zufälligen Faktor der lokalen Führerschaft mitbedingt. Gleichwohl kann man für die Zentren des Nationalsozialismus einige charakteristische gemeinsame Merkmale nachweisen: 1. Ein nicht lange zurückliegender tschechischer Andrang auf die industriellen Berufe im deutschen Sprachgebiet (auch Graz und Wien erfuhren den tschechischen Einwanderungsdruck, und so erneuerte sich hier in mehrfacher Hinsicht die sozialökonomische und ethnische Situation Nordböhmens). 2. Herausbildung scharfer Konkurrenz auf dem übersättigten Arbeitskräftemarkt auf Grund einer Krise in den dominierenden Industriezweigen. 3. Überwiegen industrieller Beschäftigungsarten, die handwerkliche Fertigkeiten voraussetzen und ein starkes soziales Zusammengehörigkeits- und Gruppenbewußtsein erzeugen. 4. Vorhandensein einer ungewöhnlich stark entwickelten Bindung der deutschen Arbeiter an ihre Heimat und ein daraus entspringender Widerwille gegen die freizügige Ausnützung der Arbeitschancen an anderen Orten. Es sind daher bestimmte und für Österreich weithin spezifische Umstände, auf denen die besondere Wirksamkeit der nationalsozialistischen Ideologie im nördlichen Grenzland der Monarchie beruhte. Die allgemeine soziale Unsicherheit der deutschen Arbeiterschaft, ihr Unwille darüber, daß sie auf dem Arbeitsmarkt von den „niedriger stehenden“ Tschechen überspielt wurden, und ihre Weigerung, sich kampfflos in die Dinge zu fügen, wirkten zusammen und erzeugten ein für die Entstehung totalitärer Bewegungen ausgesprochen günstiges psychologisches Klima.

Weiterhin wurden die deutschen Arbeiter, die sich zu ihrer Selbstverteidigung in Schutzverbänden zusammengeschlossen hatten, durch kollektive Sympathie-

bezeugungen und vor allem durch die Demagogie ihrer nationalistischen Führer in ihrer Furcht vor den Tschechen und ihrem Haß gegen sie bestärkt. Diese in Dachverbänden verknüpften Arbeitervereine bildeten eine Art „deutschnationaler Arbeiterbewegung“, die neben dem tschechischen Wettbewerb den liberalen Kapitalismus und den Marxismus bekämpfte. Unter den gegebenen Umständen, so hieß es von seiten der nationalen Arbeiterführer, mußten die deutschen Arbeiter realistisch sein und für ihre unverwechselbaren Interessen mit allen verfügbaren Mitteln eintreten. Der Führer der Alldeutschen, Georg von Schönerer, dessen Name nach der Badeni-Krise in aller Munde war, fungierte auf der Konferenz der nationalen Schutzverbände, die 1899 in Eger stattfand, als Protektor; das starke Interesse, das er ihnen zuwandte, trug nicht wenig zu ihrer Kräftigung bei. Seine zündenden Ansprachen förderten den Mitgliederzulauf und vermittelten den Führern das Gefühl, eine Mission zu haben, die über das bloße Feilschen um Arbeitsplätze und Löhne weit hinausreichte. Schönerer verfocht extrem-nationalistische Rassevorstellungen und wagte es, mit der traditionellen deutsch-österreichischen Loyalität gegenüber dem habsburgischen Staat und der katholischen Kirche zu brechen. Man geht schwerlich fehl, wenn man seinem Einfluß auf die Popularisierung der mystischen Idee der „Volksgemeinschaft“ große Bedeutung zumißt.

Ein anderer Faktor, der zum Aufstieg der nationalsozialistischen Ideologie und Bewegung beitrug, war die Haltung der Sozialdemokraten im deutsch-tschechischen Konflikt. Indem sie die Notwendigkeit proletarischer Solidarität ständig betonten und an der Auffassung festhielten, daß die nationalen Unterschiede von der Arbeiterbewegung bewußt vernachlässigt oder überwölbt werden müßten, stießen sie viele deutsche Arbeiter ab. Die These, daß eine Lösung des Problems der tschechischen Konkurrenz nur in Richtung einer Hebung des tschechischen Lebensstandards zu suchen sei, rief bei vielen Deutschen das Gefühl hervor, als nähmen sie einseitig für die Tschechen Partei. So schauten Teile der deutschen Arbeiter nach Abhilfe von anderer Seite aus. Die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Organisationen in Böhmen und Mähren und der Steiermark ging denn auch infolge der Einwirkung des Nationalismus auf die Arbeiterschaft zwischen den Wahlen von 1907 und 1911 beträchtlich zurück. Darüber hinaus wurde der internationale Sozialismus in zunehmendem Maße von den der sozialdemokratischen Partei nahestehenden Gewerkschaften angefochten. Für einige deutsch-böhmische Arbeiterführer schien ein Bündnis mit dem Bürgertum der eigenen Nationalität einen sichereren Weg zu eröffnen, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, als ihm das Festhalten an der proletarischen Solidarität bot. Ausobsky, Schumeier und vor allem Pernerstorfer repräsentierten einen beinahe nationalsozialistischen Flügel innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie. Die offenkundige Unvereinbarkeit von proletarischer Geschlossenheit und nationaler Freiheit stellte die Sozialdemokratie vor ein Dilemma, von dem die Nationalsozialisten profitierten.

Auch allgemeine Faktoren der österreichischen Situation kamen der Bewegung zu Hilfe. Nach 1897 machte sich eine starke Strömung zur Anwendung von Gewalt und Korruption für die Durchsetzung politischer Zwecke geltend. Bei mehr als

einer Gelegenheit dominierten die Methoden der Straße im österreichischen Reichsrat. Korrekte parlamentarische Beschlüsse lösten Aufruhr und Blutvergießen aus. Gewiß erklärt diese Atmosphäre von Zynismus und Gewalttätigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht, aber sie bildete doch eine wichtige Voraussetzung dafür, daß so mancher Arbeiter dem Programm der DAP, das zur unmittelbaren nationalen Aktion drängte, vor dem gradualistischen und humanitär gefärbten Vorgehen der Sozialdemokraten den Vorzug gab.

Seitdem die DAP ihren Rückhalt hauptsächlich bei der böhmischen Industriearbeiterschaft fand, mußte sie größten Wert darauf legen, die materiellen Interessen der deutschen Facharbeiter nachdrücklich herauszustellen. Ganz abgesehen von ihrer völkischen Ausrichtung vertrat die DAP eine ganze Reihe von Zielsetzungen, die ihr in den breiten Schichten Resonanz verschaffen mußten. Unter den verschiedenen österreichischen Parteien, die sich für die Interessen der Industriearbeiterschaft einsetzten, war sie die einzige, in der die Führung nicht und auch nicht teilweise in den Händen von intellektuellen Überläufern aus anderen Klassen lag. Die von ihr verfochtenen Ideen waren in den arbeitenden Schichten bereits weit verbreitet, und zahlreiche Sozialdemokraten, Christlichsoziale und demokratische Radikale stimmten ihren Kampfparolen insgeheim zu.

Die Frage, warum sich die DAP nicht zu einer mächtigen Massenpartei entwickelt hat, ist einesteils damit zu beantworten, daß ihr Wachstum durch die gleichen Faktoren begrenzt wurde, die maßgebend zu ihrem Erfolge beigetragen hatten. Sie spiegelte den Geist der Zeit – den Trieb nach Reichtümern und Macht –, aber sie war nicht die einzige Partei, die diese Tendenz befolgte und von ihr profitierte. Auch die Sozialdemokraten, Christlichsozialen und radikalen Nationalisten legten auf die materiellen Zielsetzungen entscheidenden Nachdruck, und je mehr sie in dieser Beziehung erreichten, desto weniger hatten ihre proletarischen Anhänger Anlaß, sie zugunsten einer neuen Partei im Stich zu lassen. Die relative Prosperität des Jahrzehnts zwischen 1904 und 1914 begünstigte den Drang der Arbeiterschaft nach höheren Löhnen, geringerer Arbeitszeit, kollektivem Arbeitsvertrag und Erweiterung der politischen Demokratie. Die Sozialdemokraten besaßen in dieser Beziehung unbestritten die Führung. Noch mehr im Sinne eines begrenzten Erfolges der DAP wirkte vielleicht der Umstand, daß der deutsche Flügel der sozialdemokratischen Partei unter dem Eindruck des sich in der tschechischen Sozialdemokratie durchsetzenden Nationalismus nun auch seinerseits das Bestreben der Unternehmer bekämpfte, billigere tschechische Arbeitskräfte zu bevorzugen, und daß sie in den Wahlen als Gegner der tschechischen Arbeiterpartei auftrat. Das mußte natürlich der DAP den Wind aus den Segeln nehmen.

Einige weitere Gründe dafür, daß die Mitgliedschaft der DAP über eine gewisse Grenze nicht hinaus gelangte, mögen hier kurz aufgezählt werden. Das anwachsende politische Selbstbewußtsein der kleinen Bauern veranlaßte diese zwar zum Bruch mit den Alldeutschen, nicht aber zum Übergang in das Lager der DAP. Sie waren vielmehr bestrebt, sich der „Deutschen Agrarpartei“ anzuschließen, deren allgemeine Richtlinien und deren Agrarprogramm den späteren nationalsozialistischen

Bauernprogrammen ähnlich waren. Die Masse der Handwerksmeister und Gewerbetreibenden hingegen fühlte sich mit den bürgerlichen Klassen zu eng verbunden, um einer Partei beizutreten, die in so hohem Maße Ausdruck der Wünsche der Lohnarbeiterschaft war wie die DAP. Daß sich die DAP fast ausschließlich mit den Nöten der deutschen Arbeiter in Böhmen und Mähren befaßte, schwächte ihre Ausstrahlungskraft in anderen Gebieten und auf soziale Gruppen, für die das Problem des tschechischen Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt noch nicht akut oder noch nicht voll bewußt geworden war. Die Mitgliedszahlen wurden natürlich auch dadurch herabgedrückt, daß sich die Marxisten mit den nationalen Gewerkschafts- und Parteifunktionären prügeln, was von den Marxisten als „Partei-disziplin“, von den Nationalsozialisten als „Parteiterrorismus“ bezeichnet wurde.

Entscheidend war schließlich, daß die nationalsozialistische Bewegung in Österreich keinen Massenführer von Rang, wie Schönerer bei den Alldeutschen oder Lueger bei den Christlichsozialen, hervorbrachte oder doch für sich gewann. Die Bewegung besaß wohl eine revolutionäre Idee, aber keinen dynamischen Redner, der die Massen mit feurigen Bekundungen des revolutionären Willens zu erregen verstand. Ihre Führer verkannten den Wert eines kühnen kompromißlosen Auftretens oder befürchteten, dann wegen Hochverrats angeklagt zu werden. Da die DAP nicht das Zeug hatte, eine rasche Gesinnungsänderung der Massen herbeizuführen, so konnte sie nur hoffen, mittels der Schocktaktik einer rücksichtslosen Minderheit Macht zu gewinnen. Dafür aber fehlte ihr die schlechthin unentbehrliche „Unbedingtheit“, welche Schönerer und später Hitler in politische Münze umzusetzen wußten. Die eigenständigen Programmpunkte des österreichischen Nationalsozialismus wurden doch nur mit halbem Herzen vorgetragen und enthielten nur ganz wenige durchschlagende Schlüsselworte wie „Blut“, „Boden“ und „Führertum“.

Das Ausmaß und die Art der Beziehungen zwischen der österreichischen Nationalsozialistischen Partei, die sich aus der DAP herausbildete, und der NSDAP Hitlers sind hier im einzelnen nicht zu erörtern. Man kann nicht sagen, daß diese den Boden für jene bereitet oder ein Modell für sie dargestellt hätte, und doch sind die Ähnlichkeiten zwischen ihnen zu zahlreich und offenkundig, um nur als zufällig gelten zu können. Die personalen Verbindungslinien kamen hinzu. Sie wurden auch durch die allmähliche Auflösung der Partei nach Kriegsende nicht unterbunden. Ihre Mitglieder wurden Angehörige verschiedener Staaten, und die Partei zerfiel in selbständige Sektionen innerhalb der Deutsch-österreichischen Republik, der Tschechoslowakei und Polens. Knirsch und Jung waren die führenden Persönlichkeiten der tschechoslowakischen Partei, welche von etwa einem Dutzend lokaler Zeitungen gestützt wurde. In dem früher zu Österreichisch-Schlesien, jetzt zu Polen gehörenden Bielitz lag der Vorsitz bei Oskar Kotschi, in der Deutsch-österreichischen Republik bei Riehl, der zugleich als geschäftsführender Vorsitzender der sogenannten „Zwischenstaatlichen Kanzlei“ fungierte, welche die zerschlagene Partei zusammenhalten sollte. Als 1919 die NSDAP in München gegründet wurde, föderierte sie sich unter dem Vorsitz Riehls mit der österreichischen,

tschechoslowakischen und polnischen Sektion. Die hauptsächliche Tätigkeit der Nationalsozialisten – wie sie nunmehr im modernen Wortsinne bezeichnet werden können – in Österreich, der Tschechoslowakei und Polen während der frühen 20er Jahre bestand in der Agitation für den Anschluß und in der Propaganda und Organisationstätigkeit für die Bildung einer einflußreichen politischen Massenbewegung. 1923 strebte ein Flügel der Partei ihre vollständige Unterordnung unter Hitler an; 1926 stimmte die Mehrheit auf einer Konferenz der österreichischen Parteiführer, die in München und bezeichnenderweise unter Hitlers Vorsitz stattfand, für die unbedingte persönliche Führerschaft Hitlers und für sein 25-Punkte-Programm, wie das die deutsche Partei 1925 getan hatte. Seitdem war der österreichische Nationalsozialismus auf das engste mit der Person Hitlers verknüpft, und er wurde häufig einfach „Hitlerbewegung“ genannt.

SIEGFRIED BAHNE

ZWISCHEN „LUXEMBURGISMUS“ UND „STALINISMUS“

Die „ultralinke“ Opposition in der KPD

In den ersten Jahren nach der Gründung des Sowjetstaates hatten die bolschewistischen Führer auf den baldigen Sieg der „proletarischen Revolution“ in Mittel- und Westeuropa gehofft¹. Die Niederlagen der deutschen und bulgarischen kommunistischen Parteien im Jahre 1923 zeigten jedoch das Ende der revolutionären Periode in Europa nach dem ersten Weltkrieg an²; es folgten die ruhigeren Jahre bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise, von den Kommunisten als Periode der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ bezeichnet. Die geänderte Situation bedingte eine Überprüfung der kommunistischen „Strategie“³. Gerade in dieser Zeit aber wurde die kommunistische Bewegung ihres wichtigsten Führers beraubt. Nach dem Tode Lenins erschütterten die Kämpfe um seine Nachfolge und um die

¹ Vgl. z. B. W. I. Lenin, *Ausgew. Werke*, Bd. II, S. 552; J. Stalin, *Werke*, Bd. VI, S. 246.

² Die hoffnungsvollen Worte G. Sinowjews im Oktober 1923: „Die proletarische Revolution pocht an Deutschlands Türe, was nur ein Blinder nicht sehen kann. . . . Nach einiger Zeit wird es jedem klar werden, daß die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern . . . in der Geschichte der ganzen Menschheit, einen Wendepunkt darstellen . . .“ (*Internat. Presse-Korrespondenz* – zit. *Inprekorr* – 3, 1923, S. 1387) erwiesen sich als eine der vielen Fehlprognosen des ersten Komintern-Vorsitzenden.

³ Vor allem Engels und Lenin hatten militärtheoretische Aspekte in den Marxismus und Leninismus eingefügt. Stalin definierte 1924: „Die Strategie ist die Festlegung der Richtung des Hauptschlags des Proletariats. . . . Sie ändert sich mit dem Übergang der Revolution von einer Etappe zur anderen, bleibt jedoch während der ganzen Zeitdauer der gegebenen Etappe unverändert. . . . Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Handelns des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode der Flut oder Ebbe der Bewegung . . . Die Taktik ist ein Teil der Strategie, der ihr untergeordnet ist und ihr dient.“ (*Werke*, Bd. VI, S. 154–156).

tschechoslowakischen und polnischen Sektion. Die hauptsächliche Tätigkeit der Nationalsozialisten – wie sie nunmehr im modernen Wortsinne bezeichnet werden können – in Österreich, der Tschechoslowakei und Polen während der frühen 20er Jahre bestand in der Agitation für den Anschluß und in der Propaganda und Organisationstätigkeit für die Bildung einer einflußreichen politischen Massenbewegung. 1923 strebte ein Flügel der Partei ihre vollständige Unterordnung unter Hitler an; 1926 stimmte die Mehrheit auf einer Konferenz der österreichischen Parteiführer, die in München und bezeichnenderweise unter Hitlers Vorsitz stattfand, für die unbedingte persönliche Führerschaft Hitlers und für sein 25-Punkte-Programm, wie das die deutsche Partei 1925 getan hatte. Seitdem war der österreichische Nationalsozialismus auf das engste mit der Person Hitlers verknüpft, und er wurde häufig einfach „Hitlerbewegung“ genannt.

SIEGFRIED BAHNE

ZWISCHEN „LUXEMBURGISMUS“ UND „STALINISMUS“

Die „ultralinke“ Opposition in der KPD

In den ersten Jahren nach der Gründung des Sowjetstaates hatten die bolschewistischen Führer auf den baldigen Sieg der „proletarischen Revolution“ in Mittel- und Westeuropa gehofft¹. Die Niederlagen der deutschen und bulgarischen kommunistischen Parteien im Jahre 1923 zeigten jedoch das Ende der revolutionären Periode in Europa nach dem ersten Weltkrieg an²; es folgten die ruhigeren Jahre bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise, von den Kommunisten als Periode der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ bezeichnet. Die geänderte Situation bedingte eine Überprüfung der kommunistischen „Strategie“³. Gerade in dieser Zeit aber wurde die kommunistische Bewegung ihres wichtigsten Führers beraubt. Nach dem Tode Lenins erschütterten die Kämpfe um seine Nachfolge und um die

¹ Vgl. z. B. W. I. Lenin, *Ausgew. Werke*, Bd. II, S. 552; J. Stalin, *Werke*, Bd. VI, S. 246.

² Die hoffnungsvollen Worte G. Sinowjews im Oktober 1923: „Die proletarische Revolution pocht an Deutschlands Türe, was nur ein Blinder nicht sehen kann. . . . Nach einiger Zeit wird es jedem klar werden, daß die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern . . . in der Geschichte der ganzen Menschheit, einen Wendepunkt darstellen . . .“ (*Internat. Presse-Korrespondenz* – zit. *Inprekorr* – 3, 1923, S. 1387) erwiesen sich als eine der vielen Fehlprognosen des ersten Komintern-Vorsitzenden.

³ Vor allem Engels und Lenin hatten militärtheoretische Aspekte in den Marxismus und Leninismus eingefügt. Stalin definierte 1924: „Die Strategie ist die Festlegung der Richtung des Hauptschlags des Proletariats. . . . Sie ändert sich mit dem Übergang der Revolution von einer Etappe zur anderen, bleibt jedoch während der ganzen Zeitdauer der gegebenen Etappe unverändert. . . . Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Handelns des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode der Flut oder Ebbe der Bewegung . . . Die Taktik ist ein Teil der Strategie, der ihr untergeordnet ist und ihr dient.“ (*Werke*, Bd. VI, S. 134–136).

zunehmend einzuschlagende Politik nicht nur die KPdSU, sondern in zunehmendem Maße die gesamte Kommunistische Internationale (Komintern). In allen ihren Sektionen vollzog sich dann seit 1924 der allmähliche Übergang zum „Stalinismus“, begleitet von der sogenannten „Bolschewisierung“ der Parteien, die mit ihrer vollständigen Unterordnung unter die Moskauer Zentrale endete⁴. Gleichzeitig änderte sich die Funktion der III. Internationale: aus einem Instrument der proletarischen Weltrevolution wurde sie in zunehmendem Maße zum Hilfsmittel der sowjetrussischen Außenpolitik⁵.

In Deutschland, wo in der KPD zunächst der Einfluß Rosa Luxemburgs den Lenins und der Bolschewiki übertroffen hatte – wenngleich die Partei, wie schon der Gründungsparteitag zeigte, keineswegs „luxemburgistisch“ war –, widersetzen sich Mitte der 20er Jahre einige „ultralinke“⁶ Oppositionsgruppen der sogenannten „Bolschewisierung“, die die „sozialdemokratischen Traditionen“ in den kommunistischen Parteien ausrotten und die bolschewistischen Organisationsmethoden sowie die – „stalinistisch“ interpretierte – leninistische Theorie an ihre Stelle setzen sollte. Dagegen unterstützte die „linke“ Maslow-Fischer-Zentrale (April 1924 bis Oktober 1925) zunächst Stalins und Sinowjews Politik, die für die deutsche Sektion der Komintern nicht zuletzt den Kampf gegen den sogenannten „Luxemburgismus“ zum Inhalt hatte. Nachdem auf der 1. KPD-Konferenz⁷ Ende Oktober

⁴ Vgl.: St Antony's Papers Nr. 9, London 1960, S. 23–71 (R. Lowenthal); Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 660ff. (S. Bahne); C. Kabaktschieff, Die Entstehung und Entwicklung der Kommunist. Internationale, Hamburg-Berlin 1929, S. 155ff. Ulbricht erklärte damals (Inprekorr 5, 1925, S. 1091), „daß Bolschewisierung der KP auch bedeutet: Schaffung einer bolschewist. Arbeitsdisziplin, Arbeitsuteilung durch die zuständigen Parteileitungen an jedes Parteimitglied und strengste Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse“. – Der Terminus „Stalinismus“ stammt von der Linksoption; seine Hauptkennzeichen: „Nationaler Sozialismus“, Ersetzung der Diktatur der KPdSU durch die Diktatur Stalins und des ihm hörigen „Apparats“ sowie völlige „Bolschewisierung“ aller Kommunist. Parteien.

⁵ Seitdem im Herbst 1924 (2. Aufl. von Stalins „Fragen des Leninismus“) mit der Parole des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ ein Ziel gesetzt worden war, das auch ohne die vorläufig gescheiterte Revolution in West- und Mitteleuropa erreichbar werden konnte, war es das Hauptbestreben sowohl der Kominterntaktik als auch der sowjetrussischen Außenpolitik, die Verwirklichung dieser Parole zu erleichtern.

⁶ „Ultralinks“ wurde seit ca. 1924 die von Lenin als „linker Radikalismus“ verurteilte Politik genannt, das „Nichtbegreifen der Probleme der Massen und der taktischen Aufgaben, nämlich der Aufgabe der Einheitsfront und der wirklich intensiven opferwilligen Arbeit in den Gewerkschaften“ (N. Bucharin in: Protokoll des 6. Plenums des EKKI, 17. 2.–15. 3. 1926, S. 231; vgl. Sinowjew und Scholem, ebd., S. 486 u. 75). In der Komintern bestand die Tendenz, die jeweiligen Gegner innerhalb des Kommunismus als „Rechte“ oder „Ultralinks“, die auch nur verkappte Rechte seien, zu diffamieren, die eigene Position aber als „links“ und leninistisch zu bezeichnen.

⁷ Mannilski sprach damals von einem „historischen Umschwung in der KPD“ und der „Liquidierung der Überreste der KAPD-istischen Ideologie, die eine defaitistische Stimmung der am wenigsten aktiven Schichten des deutschen Proletariats zum Ausdruck brachte“ (Inprekorr 6, 1926, S. 1413–17). Vgl. F. Borkenau, The Communist International, London 1938, S. 253ff., 271.

1925 eine neue Parteiführung mit Ernst Thälmann an der Spitze gewählt worden war, lehnten aber auch die „Linken“ um Arkadij Maslow und Ruth Fischer den „neuen Kurs“ ab⁸.

Dieser Kurs wurde von der gesamten linken und „ultralinken“ kommunistischen Opposition heftig bekämpft. Der 15. Parteitag der KPD(SU) (2.–19. 12. 1927), auf dem Trotzki, Sinowjew und Kamenew aus der Partei ausgeschlossen wurden, setzte den Schlußpunkt hinter diesen Abschnitt der Geschichte des Kommunismus. Im Laufe des Jahres 1928 wechselte die Komintern, im Zusammenhang mit der Kollektivierungs- und Industrialisierungskampagne in der Sowjetunion, zur „ultralinken“ Politik hinüber, wobei sie viele Parolen und taktische Vorschläge der von ihr weiterhin scharf bekämpften linken Kritiker übernahm. Diese Schwenkung hatte zur Folge, daß nunmehr auch die bis dahin teilweise eng mit der – von der Linksoption als „zentristisch“⁹ bezeichneten – Stalin- und Thälmann-Führung verbunden gewesenen „Rechten“ und „Versöhnler“¹⁰ in die Opposition gedrängt wurden. Erst nachdem alle diese Gruppen besiegt oder aus der KPD entfernt worden waren, war diese zu einer „monolithischen“ Partei „neuen Typs“ und zu einem willfähigen Werkzeug der „stalinistischen“ Führung geworden. Vorher hatte sie aber einen nicht geringen Teil ihrer Aktivität darauf verwenden müssen, die gefährliche Opposition von links zu überwinden. Diese bisher wenig erforschte Periode der KPD-Geschichte stellt so einen wichtigen Abschnitt in der Entwicklung des deutschen Kommunismus von seinen „luxemburgistischen“ Anfängen zum „funktionalen Leninismus“ und zum „Stalinismus“ dar¹¹.

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung hatte die KPD ein relativ großes Maß an Selbstständigkeit besessen. 1923 versuchte Karl Radek, die KPD und die polnische KP zur Unterstützung der Position Trozki in Moskau heranzuziehen; daraufhin wandten sich Sinowjew und Stalin endgültig gegen den damaligen „rechten“ KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler und dessen Gruppe (zu der auch Wilhelm Pieck gehörte). Im April 1924 übernahm, gegen den Wunsch der Moskauer Zentrale, statt einer „Koalition“ der Mittel- und Linksgruppe die mit dem

⁸ Über die „Linksoption“ der Ruth Fischer-Maslow-Urbahn-Gruppe und ihre Haltung gegenüber den „Ultralinken“ soll demnächst an anderer Stelle berichtet werden.

⁹ L. D. Trotzki (Was nun? Berlin 1932, S. 70, 74f.) definierte den „Zentrismus“ so: „Formal und beschreibend ausgedrückt sind Zentrismus alle jene Strömungen im Proletariat und an dessen Peripherie, die sich zwischen Reformismus und Marxismus ausbreiten...“ Dagegen: Stalin, Werke, Bd. X, S. 49 f.

¹⁰ In der KPD-Zentrale spielten allerdings weniger die Anhänger Brandlers, sondern die – später so genannten – „Versöhnler“ wie E. Meyer, A. Ewert und G. Eisler eine große Rolle.

¹¹ Die bislang ausführlichste Information über die KPD-Opposition bis 1927 in: R. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1950. Vgl. den Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) v. 30. 12. 1918–1. 1. 1919. o. O. (1919); Die Gründung der KPD, Protokoll der wissenschaftl. Tagung ... am 22.–23. 1. 1959, Berlin 1959; Zs. f. Geschichtswiss. (ZfG) 2, 1954, S. 3–56 (M. Kölling), 701–758 (A. Schreiner), 6 (1958), Sonderm. S. 51 f. (W. Ulbricht), 84–109 (H. Kolbe); O. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, S. 125 ff.

Komintern-Vorsitzenden G. E. Sinowjew sympathisierende „Linke“ unter Führung Maslows und Ruth Fischers allein die Leitung der Partei¹². Im Frühjahr 1925 bildete sich jedoch aus bisherigen Mitgliedern der Maslow-Fischer-Gruppe eine – nach offiziellem Sprachgebrauch – „ultralinke“ Opposition, die von Werner Scholem, dem ehemaligen Organisationsleiter in der KPD-Zentrale (nach den Worten Sinowjews bis dahin „der einflußreichste Mann in der Partei, im Orbüro¹³ der Diktator“), Iwan Katz, dem ehem. Leiter der Kommunalabteilung, und Arthur Rosenberg geführt wurde. Sie war der Meinung, daß die „Führer-Karikatur der Ruth-Fischer-Gruppe“ (Rosenberg) in die „alten Fehler“ der Brandler- und Ernst-Meyer-Zentrale zurückgefallen sei; Maslows Volksblocktheorie nannten sie eine „rechte Abweichung“. Außerdem wollten sie die zunehmende Einflußnahme „Moskaus“ auf die KPD und die auf dem 5. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI)¹⁴ verkündete Parole von der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ bekämpfen. In ihrer Resolution vom 3. Mai 1925 kritisierten sie die Mängel der KPD, ihre „bürokratische Schablone“ und das Fehlen der – neben dem „revolutionären Schwung“ – für eine KP unerläßlichen „amerikanischen Sachlichkeit“; die schwierige Situation könne nur durch eine „wirklich bolschewistische . . . Arbeit“ überwunden werden, aber nicht durch einen „Zickzackkurs, der die Partei verwirrt und zwischen wirklich ultralinken Abweichungen . . . und reinem Opportunismus“ hin und her schwanke. Scholem griff die kommunistischen Führer an, die zu glauben schienen, „daß die preußische Armee vor dem Kriege ungefähr das verkörperte Ideal einer leninistischen Partei sei“. Die notwendige Zentralisierung der Führung müsse mit einer „Dezentralisierung der Durchführung unserer politischen Aufgaben“ verbunden werden¹⁵. Auf dem 10. Parteitag in Berlin (12.–17. 7. 1925) bekämpfte Ruth Fischer, von Ernst Thälmann, Ernst Schneller und Hermann Remmele unterstützt, ihre früheren Bundesgenossen sehr scharf. Man warf ihnen Inkonsistenz, mangelndes Verständnis für die bolschewistische Taktik und falschen Radikalismus vor. Besonders schwerwiegend war

¹² E. H. Carr, *The Interregnum 1923–1924*, London 1954, S. 234f., 242; R. Fischer in: Bericht über die Verhandlg. des 10. Parteitages der KPD (12.–17. 7. 1925), Berlin 1926, S. 751: „Eine Partei, die noch nicht bolschewistisch ist, muß bolschewisiert werden. . . . Bolschewisierung heißt: daß wir uns ernsthaft und mit der ganzen Kraft auf die Grundlage des Leninismus stellen.“ Vgl.: I. Deutscher, *The Prophet Unarmed. Trotsky: 1921–1929*, Oxford UP 1959, S. 141–147; Bericht, 9. KPD-Parteitag (7.–10. 4. 1924), S. 24–40 (EKKI-Beschlüsse); Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 667 (Sinowjew); O. Wenzel, *Die KPD im Jahre 1923*. Phil. Diss. (ungedr.) FU Berlin, 1955.

¹³ Organisationsbüro.

¹⁴ 21. 3.–6. 4. 1925.

¹⁵ *Die Internationale*, Zs. f. Praxis u. Theorie des Marxismus-Leninismus 8 (1925), S. 694, 697 (Rosenberg), 695 (Resolution), Sonderheft S. 65 (Scholem); *Der neue Kurs*. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Berlin 1925, S. 37; vgl. Protokoll, 6. EKKI-Plenum. Zur „Amerikanisierung“ vgl. Stalin, *Werke*, Bd. VI, S. 164ff.; L. Trotzki, *Europa und Amerika*, Berlin 1926, S. 49. – Rosenberg wandte sich scharf gegen die Übung, alle linken Gegner der Fischer-Gruppe als „Ultralinke“ zu bezeichnen. Scholem und er distanzieren sich von der KAPD und den kommunistischen Syndikalisten Weyer und Schumacher.

der Vorwurf, die „Ultralinken“ betrachteten den Bolschewismus als eine „bürgerliche Verirrung“¹⁶. Noch in ihrer Rede auf dem 6. EKKI-Plenum am 24. Februar 1926 griff Ruth Fischer die „Ultralinken“ als die „Nachkommen der KAP vom Jahre 1921“ heftig an¹⁷.

Stalin, der sich bis dahin kaum mit internationalen Fragen beschäftigt hatte, wandte sich den Problemen des deutschen Kommunismus zu, noch ehe Sinowjew nach der Auflösung der sogenannten „Troika“ (Sinowjew, Kamenew, Stalin) aus der Führung der Komintern ausgeschaltet wurde. Im Februar 1925 griff er mit dem Herzog-Interview und einem Brief an Maslow in die Politik der KPD ein. Als sich jedoch Maslow und Fischer seinem Wunsch versagten, ihn zu unterstützen und die „innerparteiliche Politik des ZK der KPD elastischer“ zu gestalten, sorgten Stalin, Bucharin und – der Parteidisziplin folgend – Sinowjew dafür, daß sie im Herbst 1925 durch ein sogenanntes „leninistisches Zentralkomitee“ (ZK) aus ehemaligen Angehörigen der Linksgruppe, Apparatfunktionären und gemäßigten Rechten mit dem „Ehrenproletarier“ Thälmann an der Spitze abgelöst wurden¹⁸. Seitdem konnte von einer Selbständigkeit der KPD-Zentrale keine Rede mehr sein. Es dauerte allerdings noch einige Zeit, ehe die Thälmann-Gruppe ihre Stellung gegenüber den in die Opposition gedrängten „Linken“ und „Ultralinken“ endgültig als gesichert betrachten konnte.

Neben der vereinigten trotzkistisch-sinowjewistischen Linksoption in der KPD-SU darf die deutsche Opposition zu jener Zeit (1925–27) als die wichtigste in der Komintern bezeichnet werden, obgleich ihre zahlenmäßige Stärke auch nicht annähernd zuverlässig zu ermitteln ist^{18a}. Aber diese Opposition war geschwächt, weil sie in eine Anzahl miteinander rivalisierender oder sich offen bekämpfender Gruppen zerfiel. Im März 1927 konnten zehn verschiedene kommunistische Gruppierungen in Deutschland verzeichnet werden: In die Führung der KPD teilten sich die Thälmann-Gruppe, die Gruppe der Parteibürokratie und die „versöhnlerische“,

¹⁶ Bericht 10. KPD-Parteitag, S. 381, vgl. 378–382, 412–414, 493 b, 516, 637–646 (Fischer), 384–388, 519–544, 634 (Thälmann), 3371–342, 398–406 (Schneller), 570 f. (Reinmele), 391–398, 557–564 (Scholem), 545–550 (Rosenberg), 204–208 (Resolution); Inprekorr 5 (1925), S. 885–887 (J. Lenz); Die Internationale 8 (1925), Sondernr. S. 66–70 (Schneller). Ferner: A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1955, S. 449 f.; W. Z. Foster, History of the Three Internationals, New York 1955, S. 535 ff.

¹⁷ Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 163–180.

¹⁸ Stalin, Werke, Bd. VII, S. 29–40, Bd. VIII, S. 98; Fischer, Stalin, S. 607, vgl. 530 ff., 545 ff.; F. Borkenau, Der europäische Kommunismus, Bern 1952, S. 53; Flechtheim, a. a. O., S. 152 f.; Der neue Kurs, S. 2: „Man muß der Partei eine solche Leitung schaffen, die imstande ist, zu begreifen, welche neue Situation wir haben.“ (Bucharin am 12. 8. 1925). – Thälmann hatte bis 1925 zur Maslow-Fischer-Gruppe gehört.

^{18a} Pfemfert schrieb im Juni 1926 (Aktion 16, Sp. 148), „daß die KPD-Opposition nahezu die Hälfte der Partei darstellt“; das war sicherviel zu optimistisch. Wenn Stalin tatsächlich im Sommer 1927 die Zahl der deutschen Linksoptionellen mit 12 000 (d. h. ca. 10% der KPD) angegeben hat (Die Fahne des Kommunismus I, 1927, S. 104), könnte man das als untere Grenze betrachten.

halbrechts stehende Gruppe um Ernst Meyer¹⁹. Zur „linken“ und „ultralinken“ Opposition gehörten folgende „Fraktionen“²⁰: Die Gruppe um Maslow, Ruth Fischer und Hugo Urbahns, die Chemnitzer Opposition mit größerem Anhang im Bezirk Erzgebirge-Vogtland (Paul Bertz), die Pfälzer Gruppe (Hans Weber) und die mit Salutzkis Leningrader Opposition sympathisierende Weddinger Opposition in Berlin (Paul Kötter, Friedrich Engel, Max Riese — Max Kuss)²¹, sowie die Gruppen um Karl Korsch und um Ernst Schwarz. Keine Rolle mehr spielte bereits zu dieser Zeit der „Spartakusbund Nr. 2“ (Iwan Katz und Franz Pfemfert), während Scholem und Rosenberg sich von ihren bisherigen Verbündeten getrennt hatten²². In den Hintergrund gerückt war damals die „rechte“ Brandler-Fraktion, deren Führer Heinrich Brandler und August Thalheimer sich in Moskau im Exil befanden; sie besaß indes noch großen Anhang unter den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären — Jakob Walcher, Paul Böttcher, Paul Frölich, August Enderle und nicht zuletzt Clara Zetkin gehörten ihr an —, und sie stimmte in ihrer „luxemburgistischen“ Grundhaltung weitgehend mit der Ernst Meyer-Gruppe überein²³.

Anders als die letzte offene Opposition in der KPD, die der „Rechten“ von 1928 bis 1929, stellten die „Linken“ und „Ultralinken“ in den Jahren 1925/26 noch eine ernsthafte Gefahr für die neue „stalinistische“ Parteiführung dar. Einige Bezirke, darunter Berlin-Brandenburg (der wichtigste KPD-Bezirk), standen 1925 zunächst stark unter oppositionellem Einfluß; im Herbst 1925 stimmten z. B. die Bezirks-

¹⁹ Vgl. E. Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, 2. Aufl. Berlin 1956, S. 472, 537 f., 545, 542 (der Wert dieser begrüßenswerten Ausgabe wird durch die Unzuverlässigkeit des Textes herabgemindert; vgl. z. B. Bd. I, S. 253, 422 f., mit dem Protokoll des 7. EKKI-Plenums, S. 634, 754 f.); Die Kommunistische Internationale (zit. KI) 7, 1 (1926), S. 282 (Bucharin); Stalin, Werke, Bd. VIII, S. 101; Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 185, 187 (Rosenberg). — Neumann hatte sich im Frühjahr 1923 von den Linken getrennt, Th. Neubauer gehörte 1925/26 — wie P. Maslowski — zur Linksoption (vgl. 6. EKKI-Plenum, S. 97).

²⁰ Der Begriff „Fraktion“ bezeichnet in der marxist.-leninist. Terminologie eine Gruppe „mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen“ (Lenin, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 801).

²¹ Ihre Plattform in: Die Internationale 9 (1926), S. 725–729, 756–760; vgl. ferner: ebd., 10, S. 789–794 (irrtüml. Forts. d. Zählg. von Jg. 9!), S. 45–56, und Jg. 11, S. 83–86, 114–121; Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 105–107, 587 f. (Engel), 199 ff. (Thälmann).

²² Scholem, 1895–1940; 1915 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD; Redakteur, 1921 MfL (Preußen), 1924–28 MdR., seit 1933 im KZ. — Rosenberg, 1889–1943; Dr. phil. (Schüler von Ed. Meyer), 1914 Priv.-Doz., 1930 Prof. in Berlin; 1919–27 KPD, 1924–28 MdR., 1933 Emigration (England, USA). — Auf dem 6. EKKI-Plenum hat sich Rosenberg unerwartet (Mitteilung v. Erich Wollenberg) von Scholem getrennt und dann der Thälmann-Gruppe angeschlossen (vgl. Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 181–187, 594 f.; The Communist International, Hrsg. J. Degras, Bd. II, Oxford UP 1960, S. 286). Bis zu seinem Austritt aus der KPD war er seitdem einer ihrer Hauptsprecher im Reichstag.

²³ Der „Vorwärts“ vom 19. 5. 1927 (Jg. 44, Nr. 132) hatte diese zehn Fraktionen aufgezählt, von dort könnte Fischer (Stalin, S. 735 f.) sie übernommen haben. Vgl. Sinowjews Aufzählung in: Der neue Kurs, S. 35 f.; ferner H. Weber in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 1959, S. 407 f.; Flechtheim S. 134; Die Aktion 16 (1926), Sp. 51.

leitung und der Zentralvorstand des Bezirks Berlin gegen den EKKI-Brief, der die Absetzung der „linken“ Parteiführung eingeleitet hat. Ernst Schneller wies damals darauf hin, daß die „Ultralinken“ zeitweilig Mißtrauen gegen die Parteiführung hätten säen und die „Antibonzenstimmung“ unter der Mitgliedschaft hätten ausnutzen können. Manche der „obersten Funktionäre“ waren „angekränkt von ultralinken Stimmungen“, und die Mehrheit der Delegierten des im Mai 1925 tagenden Zentrallausschusses der KPD hatte ebenfalls Sympathien für die Opposition²⁴. Daß die oppositionellen Gruppen dennoch keine entscheidenden Erfolge bei ihrem Kampf zu erringen vermochten, ist einmal auf die wirtschaftliche und politische Stabilisierung in Deutschland zurückzuführen, die auch die kommunistischen Anhänger beeinflusste²⁵, vor allem aber auf die Zersplitterung jener Opposition und den grundsätzlichen Erfolg, den die „stalinistische“ „Bolschewisierungs“-Aktion, trotz vieler Fehlschläge im einzelnen, aufweisen konnte.

Gleichzeitig kam es in der Sowjetunion zum Kampf zwischen der seit Anfang 1926 vereinigten trotzkistisch-sinowjewistischen Linksopposition und den mit ihr verbündeten radikaleren Oppositionsgruppen – den Resten der „Arbeiteropposition“ unter Führung Schljapnikows und den „Dezisten“ (demokratischen Zentralisten) unter Führung Saporonows – auf der einen und den „Stalinisten“ auf der anderen Seite, und in den kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs und Italiens fanden ebenfalls heftige Richtungs- und Führungskämpfe statt²⁶. In der KPD müssen wir in den 20er Jahren, dem Zeitpunkt ihres Auftretens und ihren Forderungen nach, mehrere linke Oppositionsgruppen unterscheiden: Bereits seit der Gründung der KAPD im April 1920, die damals die im Herbst 1919 fast 107 000 Mitglieder zählende KPD fast halbiert hatte, standen die Anhänger der Arbeiterunionsidee und Gegner einer zentralistischen leninistischen Partei, des „revolutionären Parlamentarismus“ und jeder gewerkschaftlichen Arbeit *außerhalb* der KP²⁷. Erst nach der Niederlage im Herbst 1923 erlebten radikale, „ultralinke“ Bestrebungen in der deutschen KP 1924/25 eine Renaissance. In der Mitte der 20er Jahre gab es neben der Linksopposition um Ruth Fischer, Urbahns und Maslow noch die verschiedenen „ultra-

²⁴ Inprekorr 5 (1925), S. 868f. (Schneller); Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 81 (Scholem), 58 (Sinowjew); Der neue Kurs, S. 86 (Thälmann).

²⁵ Vgl. A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte, S. 449.

²⁶ Vgl. L. Schapiro, The Communist Party of the Soviet Union, New York 1960, S. 198ff., 286ff.; M. K. Dziewanowski, The C.P. of Poland, Harvard UP 1959; G. Walter, Histoire du P.C. Français, Paris 1948.

²⁷ Vgl. außer Lenins Radikalismus-Schrift u. a.: Flechtheim S. 60f., 116f.; Protokoll d. 3. Kongresses der Komm. Internat., 22. 6.–12. 7. 1921, S. 618ff., 944f., 1052ff. – Zur KAPD: B. Reichenbach, „Zur Geschichte der KAPD“, Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arb.bew. 13 (1928), S. 117–140; Programm der KAPD, Berlin (1921); Proletarier, Zs. f. revolut. Klassenkampf, Berlin (bis 1927); An die Mitglieder der KAPD, Hamburg 1921. Im November 1921 war die AAU, die damals angeblich 10–12 000 Mitgl. zählte, aus der eben gegründeten Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) mit der Erklärung ausgetreten, „daß in Rußland schon keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur der Kapitalisten herrscht“ (Die RGI 1, 1921, Nr. 10, S. 29ff.). Die KAP sah in der Komintern eine „Organisation eines bürgerlichen Staates“ (Proletarier, Jg. 1925, S. 211).

linken“ Gruppen, deren Widerstand wesentlich mehr prinzipieller Art war; er ist am ehesten mit der Haltung der Arbeiteropposition und der „Dezisten“ in der KPD zu vergleichen. Arthur Rosenberg hat die „Ultralinken“ einmal die „konsequente Richtung innerhalb der Linken“ genannt²⁸. Mit den Zielen und dem Charakter der wichtigsten dieser Gruppen und ihrer Kritik an der nach ihrer Meinung unheilvollen Entwicklung des Kommunismus seit 1917 wollen wir uns hier näher beschäftigen.

1. Der „Spartakusbund Nr. 2“ (Katz-Gruppe)

In Niedersachsen, vor allem in Hannover, entstand Anfang 1926 unter der Führung des – wie S. A. Losowski, der Sekretär der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI), ihn nannte – „Oberlinken“ Iwan Katz²⁹ eine „Linke KPD“, die vom März bis Dezember 1926 ein für ihre Mitglieder bestimmtes „Mitteilungsblatt“ veröffentlichte, dessen Auflagenhöhe im März 1500, im April 3000 betrug. Katz und die anderen Führer dieser niedersächsischen „ultralinken“ Opposition waren am 8. Januar 1926 als erste linke Oppositionsgruppe aus der KPD ausgeschlossen worden³⁰. Diese Linksopposition (LO), die sich schon vor ihrem Ausschluß aus der KPD als eine relativ feste „Fraktion“ konstituiert hatte (am 2. 4. 1926 fand bereits ihre 3. Reichskonferenz statt), trennte sich auf ihrem niedersächsischen Bezirksparteitag am 16. Mai 1926 von der bisher mit ihr verbündeten Gruppe um Karl Korsch und Ernst Schwarz. Auf dieser Zusammenkunft erklärte sich die Katz-Gruppe, die außerhalb Hannovers angeblich über fünfzehn Ortsgruppen verfügte, zur „Reichsopposition“ mit eigenem Beitragseinzug³¹. Sie distanzierte sich besonders deutlich von der KPD und der Komintern und betrachtete es z. B. als „eine Ehre“, antibolschewistisch genannt zu werden, solange es bolschewistisch sei, die „Interessen des internationalen Proletariats zugunsten des russischen Staats, d. h. der russischen kapitalistischen Bauernmehrheit“ zurückzustellen und innerhalb der KP Parteidisziplin durch „Kadavergehorsam“ zu ersetzen³².

Am 28. Juni 1926 gründete die Katz-Gruppe gemeinsam mit zwei anderen linksradikalen Splitterorganisationen, die sich bereits einige Jahre früher von der KPD getrennt hatten – nämlich der „Allgemeinen Arbeiter-Union/Einheitsorganisation“

²⁸ A. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart, Berlin 1932, S. 204.

²⁹ Katz, 1889–1956; Studium in Berlin und Hannover, nach 1920 Redakteur, KPD-Mitgl., 1921–24 preuß. MdL., 1924–28 MdR., 1924–25 Leiter der KPD-Kommunalabt., 1925 im EKKI-Präsidium, nach 1945 (bis ca. 1951) i. d. SED.

³⁰ Am nächsten Tag sollen sich ihnen angeblich 362 Funktionäre angeschlossen haben. Vgl. auch: Die Aktion 16 (1926), Sp. 16–19.

³¹ Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD-Opposition (Linke KPD) des Bezirks Niedersachsen, hrsg. v. Iwan Katz. Hannover 1926. Nr. 5, 10, 33. – Am 5. 6. wurde der Übertritt von drei thür. Landtagsabg. zur LO gemeldet (ebd., Nr. 12).

³² Mitteilungsblatt Nr. 2.

(AAUE) unter Führung des Herausgebers der Zeitschrift „Die Aktion“, Franz Pfemfert³³, und dem „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe“ in Berlin –, den „Spartakusbund der linkskommunistischen Organisationen“ (oder „Spartakusbund Nr. 2“) als sogenanntes „Kampfkartell“, nicht als Partei. Die neue Organisation, die Parteien und Gewerkschaften durch die Räteorganisation ersetzen wollte, sollte an die alte Spartakustradition, an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und den Lenin aus der Zeit vor der Oktoberrevolution (nicht den „Staatsmann“!) anknüpfen. Zu der kleinen KAPD wurden zunächst freundliche Beziehungen aufgenommen, die aber nach der Ablehnung des politischen Führungsanspruchs der KAPD in erbitterte Feindschaft umschlugen. Bereits am 31. Oktober 1926 trat der „Industrieverband“ wieder aus dem Kartell aus, weil er im Widerspruch zum Programm des Bundes an den Betriebsräten festhalten wollte. Daraufhin vereinigten sich auf dem „Spartakustag“ in Göttingen Mitte November 1926 die „Linke KPD“ und die „AAUE“. Es zeigte sich jedoch bald, daß der neue Spartakusbund nicht lebenskräftig war und ohne politische Wirkung blieb. Nach seiner Auflösung hat dann die „AAUE“ selbständig fortexistiert³⁴.

Als Hauptziel war bei der Gründung der niedersächsischen Linksoption der Aufbau einer „selbständigen revolutionären Partei“ zur Beseitigung des Kapitalismus und Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mit Hilfe einer Räte-diktatur genannt worden. Die Opposition sollte zur „Massenbewegung“ werden und die KPD-Führer „verjagen“. Als erster Schritt dazu sollten die „Zehntausende“ von Anhängern der KPD-Opposition sowie der syndikalistisch-antiparlamentarischen Gruppe der KAPD, der dieser nahestehenden „Allgemeinen Arbeiter-Union“ (AAU), ferner der „AAUE“ unter Führung Pfemferts und Rühles und der roten gewerkschaftlichen Kampfverbände (Richtung Paul Weyer/Wilhelm Schumacher) in einer „revolutionären Einheitsfront“ zusammengefaßt werden. Zu diesem Zweck war der Spartakusbund „wiedergegründet“ worden in der Hoffnung, daß die KPD dann zwischen einem „mächtigen Bund der revolutionären Verbände und der starken reformistischen SPD“ zerrieben werden würde, denn „dazwischen

³³ Pfemfert (1879–1954) bekämpfte seit 1920 die „Antibolschewisten-Liga im Moskauer Kreml“ und versuchte die Ideen Bakunins mit dem Marxismus zu verbinden (vgl. Aktion 14, 1924, Sp. 108). – Eine andere linksradikale Gruppe, die anarcho-syndikalist. „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) unter Führung Max Nettlaus und Rudolf Rockers, orientierte sich völlig an Bakunin und Kropotkin. Vgl.: Der kommunist. Aufbau des Syndikalismus ... Das Rätesystem von unten auf! Berlin o. J.; Die Internationale (Zs. der FAUD).

³⁴ Mitteilungsblatt Nr. 16, 19, 33; Aktion 16, Sp. 115, 137–148, 197 ff., 241 ff., 273 ff. – Die AAUE vertrat einen „kommunist. Anarchismus“, lehnte Parteien und Gewerkschaften als „vorrevolutionäre“ Institutionen ab und wollte mit Hilfe von Betriebsorganisationen und Räten zur klassen- und herrschaftslosen Gesellschaft kommen. Die russ. Revolution war für sie „von Anfang an nur eine bürgerliche Revolution“, die bolschewist. „Partei-Diktatur“ ein „umgestülpter Zarismus“. Vgl.: O. Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden (1924); ders., Grundfragen der Organisation, Frankfurt/M. o. J.; R. Rockers und F. Pfemferts Vorworte zu: John Most, Für die Einheitsfront des revolut. Proletariats, Berlin 1921; R. Geist, Vom Manifest zum Gesetz, Frankfurt-Wien-New York o. J.

wird kein Platz sein“³⁵. Das Programm des neuen Spartakusbundes forderte u. a. die Bildung einer „geschlossenen Front des klassenbewußten Proletariats auf dem Boden des Rätessystems aus den Betrieben heraus“ und lehnte jede „Bevormundung durch Führercliquen und Parteidiktatur“ ab. Es erkannte zwar die bolschewistische Revolution von 1917 „begeistert“ an, verwarf jedoch „die jetzige nationale und internationale Politik des russischen Staates und der Kommunistischen Internationale als eine bürgerlich-kapitalistische Politik“. Jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit wurde als unvereinbar mit dem „Kampf Klasse gegen Klasse“ abgelehnt, weil jede Gewerkschaft notwendigerweise eine konterrevolutionäre Rolle spielen müsse. „Keinen Pfennig den Gewerkschaften und ihren Pfaffen!“ und „Heraus aus den Gewerkschaften!“ lauteten die Parolen des Bundes, der dazu aufforderte, stattdessen „revolutionäre Betriebs-Organisationen“ zu bilden³⁶. Auch Lenins These vom revolutionären Parlamentarismus wurde verworfen, weil das Bürgertum nach dem Kriege so klassenbewußt geworden sei, daß es die „propagandistische Ausnutzbarkeit des Parlaments“ beseitigt habe. Jede Mitarbeit im Parlament lähme daher nur das proletarische Selbstbewußtsein³⁷.

Mit ihren Forderungen fühlten sich die Führer des Spartakusbundes Nr. 2 als Schüler Karl Liebknechts und besonders Rosa Luxemburgs, dieses „gefährlichen Feindes“ des „entarteten“ Kommunismus³⁸. Im Gegensatz zur KAPD, die die Bildung einer neuen KP forderte³⁹, erstrebte der Bund – unter Berufung auf Liebknecht – zunächst nur eine *taktische Einheit* selbständiger Organisationen, die „in konsequenter Durchführung des Rätessystems auf dem steten Selbstbestim-

³⁵ Mitteilungsblatt Nr. 1, 7, 13; vgl. Jb. f. Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925–1926, Hamburg 1926, S. 746f., 760. Die KAP lehnte den „Spartakusbund“ ab (Proletarier, Jg. 1926, S. 149ff.). – Die drei „Industrieverbände“ hatten zus. ca. 10 000 Mitgl.

³⁶ Mitteilungsblatt Nr. 16 (Programm), 30: „... Wer die Gewerkschaften unterstützt, hindert die Weltrevolution. Wer die Weltrevolution will, muß die Gewerkschaften zerstören.“ Vgl. G. Sinowjew, Die Weltpartei des Leninismus, Hamburg 1924, S. 138–154; Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus.

³⁷ Mitteilungsblatt Nr. 31: „Wer für den Parlamentarismus ist, ist gegen die Revolution. Wer die Revolution will, muß den Parlamentarismus bekämpfen.“ Vgl. dagegen Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, Wien-Berlin 1930, S. 698–705; K. Liebknecht, Reden und Aufsätze, Hamburg 1921, S. 340. Zwar war auf dem KPD-Gründungsparteitag mit 62:23 Stimmen die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen worden, jedoch gehörten Luxemburg, Liebknecht und Paul Levi zu den Gegnern dieses Beschlusses.

³⁸ Besonders Luxemburgs Haltung gegenüber den Gewerkschaften hat sie beeindruckt. Vgl. Bericht 1. KPD-Parteitag, S. 80, und Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. IV, Berlin 1928, S. 397: „Die Gewerkschaft darf nicht zum Selbstzwecke und dadurch zum Hemmschuh für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. ... Es ist das eine ganz mechanische, undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorangehen müssen. Die Organisation wird umgekehrt selbst im Kampfe geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung.“ (1905). Vgl. Geist a. a. O., S. VI, 89.

³⁹ Die KAP bekämpfte u. a. die „Führerkaste“ der Komintern, die als „Zutreiber der bluttriefenden Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entlarvt“ werden sollte (Proletarier, Jg. 1924, S. 3ff., 17ff., 45ff.); sie kritisierte aber Luxemburg und Liebknecht mehr als Lenin (Proletarier, Jg. 1926, S. 67f., 95ff.).

mungsrecht jeder Betriebs- und Nachweisorganisation ... sich von unten nach oben ... aufbaut“ und sowohl Anhängern Marx' und Lenins als auch Bakunins Platz bieten sollte. Eine Eroberung der „kapitalistischen KPD“ von innen her wurde als illusionär abgelehnt. Seine Ziele wollte der neue „Spartakusbund“ mit Hilfe der Dauerarbeitslosen erreichen, ohne zu bedenken, daß gerade diese Schicht zur zuverlässigen Unterstützung einer konsequenten Politik denkbar ungeeignet war⁴⁰.

Ein Teil der politischen Forderungen des Bundes, vor allem die heftige Kritik an der Entwicklung in der Sowjetunion und der KPdSU, war bereits 1924/25 von den damaligen Führern der „Ultralinken“, Scholem, Rosenberg und Katz, sowie von Hans Weber und Heinrich Giwan vorgebracht worden⁴¹. Die Katz-Gruppe trieb diese Forderungen und die Kritik an der Komintern und der KPD bis zur äußersten Konsequenz vor. Sie beschuldigte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Komintern-Führung, den Weg Lenins verlassen zu haben. Seit der Niederlage der KPD im Oktober 1923 sei der russische Staat gezwungen worden, sich innen- und außenpolitisch den kapitalistischen Mächten anzupassen. Der Glaube an die Weltrevolution sei in der Komintern erloschen, und Rußland sei inzwischen zum Verbündeten des internationalen Kapitalismus, zum letzten „Bollwerk der Bourgeoisie“ geworden⁴². Denn in der Sowjetunion herrsche die kapitalistische Wirtschaft „mit den infamsten Ausbeutermethoden“; der „Bauernkönig“ Stalin sei „genau der Repräsentant einer kapitalistischen Staatsmacht wie Poincaré, Hindenburg oder Pilsudski“. Deshalb müsse das Proletariat auch gegenüber der Sowjetunion, deren „Führerclique“ den Kapitalismus wieder eingeführt habe, die gleiche Haltung einnehmen wie gegenüber jedem anderen kapitalistischen Staat⁴³.

Bei dem Kampf innerhalb der KPdSU waren die Sympathien der Katz-Gruppe auf der Seite Sinowjews, der nach ihrer Ansicht die „Reste der proletarischen Diktatur“ gegen Stalin, den Anführer der „kleinbürgerlichen Demokratie“ und des „Eroberungsdranges des russischen Imperialismus“, verteidigte. Dabei wurde Stalin mit Napoleon I. verglichen („Bauernnapoleon“). Unter seinem Druck – er brauche Anleihen von den kapitalistischen Ländern und verabscheue deshalb revolutionäre Umtriebe – verwandle sich die KPD in eine zweite SPD; sie sei daher

⁴⁰ Mitteilungsblatt Nr. 16, 19, 26, 33, vgl. 17: „Nur eines hilft: Die Moskauer Schmeißfliegen aus der Versammlung, aus dem Dorfe jagen. Werdet ihr dafür ausgeschlossen, um so besser. Fast alle Kommunisten sind schon außerhalb der KP ... die Millionenheere der Erwerbslosen stehen hinter uns.“ – Vgl. Liebknecht, a. a. O., S. 322–355; Bericht 1. KPD-Parteitag, Programm. Zur Luxemburg-Diskussion vgl. Bericht 9. KPD-Parteitag, S. 278, 10. KPD-Parteitag, S. 534, 663, sowie Der neue Kurs, a. a. O., S. 18, 24.

⁴¹ Vgl. Bericht 9. KPD-Parteitag, S. 79, 83 (Sinowjew), 164f.; 10. KPD-Parteitag, S. 310–318 (Samuely-Manuilski), 571–579 (Weber), 586–591 (Giwan).

⁴² Mitteilungsblatt Nr. 7, 13, 10.

⁴³ Mitteilungsblatt Nr. 23, 4, 28: „Tatsächlich sind die Bolschewiki die Sachwalter und ausführenden Organe der infolge Einführung des Kapitalismus auf unblutige Weise an die Herrschaft gelangten Klasse der Besitzenden. Als solche können sie, ob sie nun eine revolutionäre oder reaktionäre Vergangenheit haben, nur solchen Gesetzen die Wege ebnen, die aus der Wirtschaft zwangsläufig geboren werden.“

jetzt ein „Feind des Proletariats“. Insgeheim hätten sich seit der Verwandlung der Sowjetunion in eine „nationalkapitalistische Großmacht“ die Komintern-Sektionen, die mit der französischen Fremdenlegion und den Kolonialtruppen zu vergleichen seien, in „Druckmittel“ gegenüber den anderen kapitalistischen Regierungen verwandelt⁴⁴.

Zwar hatte Katz sich für die Unterstützung Sinowjews in der KPdSU mit der Parole (im Sinne eines Entweder-Oder) eingesetzt: „Mit oder gegen Stalin; mit oder gegen die Konterrevolution“, und der „Spartakusbund“ prophezeite auch im November 1926, der nächste Konflikt werde Bucharin an der Seite Sinowjews und Trotzki sehen. Die deutschen Sinowjew-Anhänger, die sich um Maslow und Ruth Fischer gruppierten, wurden jedoch heftig von ihm bekämpft⁴⁵.

Nachdem sich Korsch und Schwarz im Mai 1926 wegen Unstimmigkeiten in der Gewerkschafts- und Parlamentarismusfrage von der Katz-Gruppe getrennt hätten, befahl diese die ehemaligen Verbündeten als „skrupellose Verräter“ und Komplizen des ZK der KPD. Der „Spartakusbund“ forderte alle anderen linksoppositionellen Gruppen auf, die KPD und Komintern offen zu bekämpfen und das Kampfprogramm des Bundes anzunehmen⁴⁶. Es gelang ihm jedoch nicht, sich durchzusetzen, und im Frühjahr 1927 löste der in drei Richtungen (Pfemfert, Katz, Fittko) gesplante Bund sich wieder auf.

2. Die Gruppe „Kommunistische Politik“ (Korsch-Gruppe)

Seit Ende März 1926 erschien in Berlin ein „Diskussionsblatt der Linken“ unter dem Namen „Kommunistische Politik“, als dessen Herausgeber der Bauarbeiter Heinrich Schlagewerth aus München-Gladbach verantwortlich zeichnete, das jedoch in Wirklichkeit maßgebend von Karl Korsch und anfänglich auch von Ernst Schwarz inspiriert und redigiert wurde⁴⁷. Hatte die Katz-Gruppe ihre Hauptgefolgschaft in

⁴⁴ Mitteilungsblatt Nr. 25, 11, 1, 33, vgl. 17, 8: „Nie gab es zwischen KPR und KPD ein Verhältnis kameradschaftlichen Miteinanders, sondern immer nur das Verhältnis . . . des hohen Chefs gegenüber dem Laufburschen. . . Es ist gerade, als ob ein Teil des deutschen Proletariats, der den demütigen Glauben an einen Gott als Schwindel durchschaut und tapfer abgestreift hat, gar nicht schnell genug sich einen neuen Gott schaffen könnte.“

⁴⁵ Den beiden Führern der Gruppe wurde vorgeworfen, mit ihrer „ultrarechten Volksblocktheorie“ die „KPD am weitesten in den Sumpf getrieben“ und die „Bolschewisierung“ nach Deutschland übertragen zu haben. Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 4, 33, 5, 7, 23; Stalin, Werke, Bd. VIII, S. 101. Pfemfert vermutete Anfang 1926, daß Stalin gegen die Opposition zu einem Robespierre werden könnte (Aktion 16, Sp. 16).

⁴⁶ Mitteilungsblatt Nr. 8, 10, 11, 14, 20, 23, 26, 33, 29: „Trotz aller Ausschlüsse nimmt die Opposition sichtlich zu. Auf der Berliner Stadtdelegiertenkonferenz vom 5. 10. erhielt die Zentrale 806, die Opposition 344 Stimmen. Davon erklärten sich 250 Delegierte bei 33 Enthaltungen für den Gen. Giwan, der . . . offen zu einer zweiten Revolution in Rußland und zum Sturze der jetzigen russ. Regierung aufruft.“ – Stalin bezeichnete den „Spartakusbund“ als „Katz-Bande“ (Werke, Bd. VIII, S. 102).

⁴⁷ Korsch, geb. 1886; 1910 Dr. jur., 1912–14 in London (Mitgl. d. Fabian Society), 1914 bis 1918 Kriegsteiln.; USPD, 1920 KPD; 1919 Priv.-Doz., 1923 Prof. in Jena, 1923 thür. Justizminister, 1924 thür. MdL., 1924–28 MdR., 1933 Emigration (Dänemark, England, seit Ende 1936 USA). – Schwarz, geb. 1886; Dr. phil., 1922 Studienrat in Berlin, 1924–28 MdR.

Niedersachsen, so verfügte die Korsch-Schwarz-Gruppe über Anhang vor allem in den Bezirken Ruhrgebiet, Niederrhein, Halle-Merseburg, Pfalz, Hessen-Frankfurt und in Berlin. Im April 1926 war z. B. anscheinend die Mehrheit der KPD-Mitgliedschaft in Düsseldorf, Hagen und München-Gladbach sowie in Neuß, Kleve und Goch für die „Entschiedene Linke“, wie sich die Korsch-Schwarz-Gruppe damals nannte⁴⁸.

Der „wildgewordene Kleinbürger“ (Sinowjew) Korsch sowie Schwarz waren am 3. Mai 1926 aus der KPD ausgeschlossen worden; ihr Ausschuß wurde am 22. Juni vom EKKI-Präsidium gebilligt. Vorher hatte Korsch im Reichstag bereits die Bildung einer selbständigen parlamentarischen „Gruppe Internationaler Kommunisten“ bekanntgegeben, die zwar im Reichstag anfänglich neben ihm nur Schwarz und Schlagewerth vertraten; im Juli 1927 aber standen 33 KPD-Abgeordneten 11 linkskommunistische („linke“ und „ultralinke“) Reichstagsmitglieder gegenüber, und später traten noch zwei weitere Abgeordnete aus der KPD-Fraktion aus (im preußischen Landtag gab es bis 1928 sechs „linkskommunistische“ Abgeordnete). Der Versuch der KPD-Führung, die „Intellektuellen“ Korsch und Schwarz von ihren Arbeiteranhängern zu isolieren, schlug fehl; daraufhin wurden auch Schlagewerth und andere „proletarische“ KPD-Funktionäre ausgeschlossen⁴⁹. Schon bald kam es jedoch innerhalb der „Entschiedenen Linken“ zur Ausbildung zweier Flügel, nämlich der radikalen, für eine „revolutionäre“ Gewerkschaftspolitik eintretenden Schwarz-Gruppe und der gemäßigteren Korsch-Gruppe, die für ein taktisches Zusammengehen mit der Linksoption um Maslow und Ruth Fischer plädierte. Nach einer Reichskonferenz der „Entschiedenen Linken“, auf der Korsch seine politische, taktische und organisatorische „Linie“ billigen lassen konnte, während gleichzeitig Schwarz die Mehrheit in der „Reichsleitung“ erhielt, wurde der Korsch-Schlagewerth-Flügel am 28. September 1926 aus der Organisation ausgeschlossen. Vorausgegangen war ein heftiger „Fraktionskampf“ innerhalb der Opposition⁵⁰. Fortan benutzte die Schwarz-Gruppe den alten Namen der Organisation („Entschiedene Linke“), während Schlagewerth und Korsch die Zeitschrift „Kommunistische Politik“ weiterführten. Trotz dieser Kämpfe innerhalb der

⁴⁸ Kommunistische Politik (zit. KP), Jg. I, Nr. 1, 3, 5. Zu den Hauptmitarbeitern der Zs. gehörte Rolf Katz (Mitteilg. v. Dr. Hanna Kosterlitz). – Der Kampf gegen die „Ultralinken“ wurde am Niederrhein von ihrem ehem. Gesinnungsgenossen Dr. Th. Neubauer und von A. Creutzburg geleitet.

⁴⁹ Der neue Kurs, S. 22 (Sinowjew); KP I, Nr. 4, 9/10, 13/14; Reichstagsverhandlungen, Bd. 390, S. 7443 (Korsch); vgl. Stalin, Werke, Bd. IX, S. 44 (über Korsch).

⁵⁰ KP I, Nr. 17, vgl. Nr. 15/16: „Die Genossen in unseren Reihen, die sich heute davor fürchten, durch eine neue Berührung mit Ruth Fischer ihre ... neuerworbene revolut. Reinheit wieder zu verlieren und die sich einbilden, sie könnten die neue Zimmerwalder Linke ... schaffen ohne nach Zimmerwald zu gehen, scheinen nichts davon zu ahnen, daß sie damit nur die Geschäfte derer besorgen, die die Einheit der Linken von rechts sabotieren. ... Ein altes Leninwort fand hier ... eine neue Bestätigung: daß eine allzu heftige Bekämpfung der Zentrismen häufig die beste Unterstützung für den Zentrismus ist.“ Dagegen: Entschiedene Linke I, Nr. 17/18.

Opposition scheint in einigen Bezirken die Linke damals ihren Anhang vergrößert zu haben; die KPD-Führung reagierte mit dem Ausschluß zahlreicher Mitglieder⁵¹.

Der 11. Parteitag der KPD in Essen im März 1927, der die bisherige Rechtspolitik bestätigte, schloß nach Ansicht der Korsch-Gruppe eine bestimmte Entwicklungsphase ihrer eigenen „theoretisch-kritischen und praktisch-politischen Aktion für die Aufrechterhaltung des revolutionären, marxistischen Kommunismus“ ab. Auf der 3. Reichskonferenz der Gruppe „Kommunistische Politik“ im Mai 1927 sollte die Politik für die neue Periode festgelegt werden. Diese Konferenz beschloß, die Führung zu dezentralisieren und der Gruppe einen Zwischenstatus zwischen einer KPD-Fraktion und einer neuen Partei zu geben⁵². Wie fast alle anderen linksoppositionellen Gruppen hat sich auch die Gruppe „Kommunistische Politik“ nach der Linksentwicklung in der Komintern-Taktik 1928 aufgelöst⁵³.

Die „Plattform“⁵⁴ der Korsch-Schwarz-Gruppe vom 2. April 1926 ging von der Voraussetzung aus, daß statt der von der Komintern behaupteten „relativen Stabilisierung“ in den meisten kapitalistischen Ländern und vor allem in Deutschland akute Krisenerscheinungen zu bemerken seien, so daß „alle objektiven Elemente für eine konkret revolutionäre Politik“ bestünden, welche die Intensität des täglichen ökonomischen und politischen Klassenkampfes steigern und mit Kampflosungen wie der von der „revolutionären Kontrolle der Produktion“ die Revolution vorbereiten müsse. Der „parlamentarische Kretinismus“ der KPD wurde abgelehnt. Das Ziel der geforderten „klaren revolutionären Klassenpolitik“ sollte die „Alleinherrschaft der auf die breitesten Massen der Werktätigen in Stadt und Land gestützten revolutionären Arbeiterräte“ sein, jedoch müßten die organisatorischen Formen des Kampfes den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden. Zwar nannte die „Plattform“ als wichtigste Aufgabe der KPD die Gewinnung der „Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten der Arbeiterklasse“⁵⁵; aber Korsch hatte schon vor seiner Trennung von der KPD gemahnt, daß keine revolutionäre Klasse ihre „revolutionären Aufgaben“ allein erfüllen könne, sondern dazu der Hilfe „aller unterdrückten, aller ausgebeuteten Schichten, der armen Bauern in Rußland, der

⁵¹ So wurde am 1. 10. 1926 Heinrich Giwan ausgeschlossen. Im Sept. 1926 erhielt z. B. die LO auf einer Unterbez.konferenz in Frankfurt/M 36 von 88 St. (bei 8 Enthaltg.), und auf der Groß-Berliner Stadtdeleg.konferenz erhielt sie ca. 30% der St.: KP I, Nr. 17, 18; vgl. Die Rote Fahne v. 30. 9. 1926.

⁵² KP II, Nr. 6, 8, dort bes. die Thesen 12 und 13.

⁵³ KP II, Nr. 19/20. – Die „KP“ stellte Ende Dezember 1927 das Erscheinen ein; als Ersatz wurde den Lesern die Wochenzs. des „Dt. Industrieverband/Einheitsorganisation“, „Kampffront“, empfohlen.

⁵⁴ Abgedruckt in: Karl Korsch, Der Weg der Komintern, Berlin (1926), S. 17–24. – Eine „Plattform“ bedeutet im Leninismus die Zusammenfassung der politischen und theoretischen Forderungen einer kommunistischen Gruppe oder „Fraktion“ (vgl. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 801 ff.).

⁵⁵ Diese wie viele andere der weiter unten genannten Forderungen der LO wurden in der Periode der „ultralinken“ Taktik nach 1928 von der KPD übernommen.

unterdrückten Völker Indiens und Afrikas, aller Schichten des Mittelstandes in Europa und in Amerika“ bedürfe⁵⁶.

Für ihre revolutionäre Politik erhoffte sich auch diese Gruppe vor allem die Unterstützung der „Millionenscharen der Erwerbslosen“, zu deren Organisierung die Linke „selbständig die ersten einleitenden Schritte“ zu tun versuchte. Obwohl sie außerhalb der KPD stand, verlangte sie von dieser Partei die sofortige Einberufung eines Reichserwerbslosenkongresses und eines Reichsvollzugsrates sowie die kommunistische Führung von Streikkämpfen „über den Kopf des ADGB hinweg“⁵⁷. Dazu waren Gewerkschaften erforderlich oder wenigstens erwünscht. Deshalb trat die Korsch-Gruppe auch für eine selbständige kommunistische Gewerkschaftspolitik ein, jedoch waren ihr gewerkschaftliche Organisationen lediglich Hilfsmittel des revolutionären proletarischen Klassenkampfes – der „Kampf der Unorganisierten in seinen mannigfachen Formen“ wurde vielmehr als grundsätzlich gleichwertig anerkannt. Als notwendig erachteten die Korsch-Anhänger ferner eine „selbständige Betriebsräte- und Vertrauensleutebewegung“. Die damals von den Kommunisten im ADGB eingeschlagene Taktik, die freien Gewerkschaften von innen heraus erobern zu wollen, hielt die Gruppe für utopisch, denn jede revolutionäre kommunistische Gewerkschaftsarbeit werde sicherlich zur „Spaltung“ des ADGB, d. h. zum Ausschluß der aktiven Kommunisten und damit zum Fehlschlag des Experiments führen⁵⁸. Die Korsch-Gruppe beherrschte einige Bezirks- und Ortsorganisationen von fünf revolutionären „Industrieverbänden“⁵⁹ und verfolgte das Ziel, diese zu einer „einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsorganisation“ zusammenzuschließen, die als „Unterbau“ einer „wirklich revolu-

⁵⁶ KP I, Nr. 2, 19; Reichstagsverhandlungen, Bd. 386, S. 2995 (Korsch, 10. 7. 1925). Korsch bejahte – unter Berufung auf Rosa Luxemburg! – prinzipiell den „roten revolutionären Terror als letztes, äußerstes Kampfmittel der bedrängten Revolution“ (Reichstagsverhandlg., Bd. 393, S. 11053, 24. 6. 1927).

⁵⁷ KP I, Nr. 2, 9/10, 11/12, 13/14, 15/16, 18. – Arbeitslosigkeit im Reich: 1925 8,3%, 1926 17,9%, 1927 8,8%, 1929 14,6% (nach J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. II, 2, 6. Aufl. Berlin 1954, S. 236).

⁵⁸ KP I, Nr. 19, II, Nr. 8, 17/18, vgl. Nr. 6: „Der gewerkschaftliche Kampf ist gerade in seiner ersten ökonomischen Ausgangsform, über die er in der heutigen Periode in den meisten Fällen nicht hinausgelangt, nur ein Teilkampf innerhalb des allgemeinen revolut. Befreiungskampfes der proletar. Klasse. ... (Wer) aus einer subjektiv revolutionären Tendenz heraus die reformist.-konterrevolut. Beeinflussung des Arbeiterklassenkampfes durch die beiden(!) heutigen politischen ‚Arbeiterparteien‘ im Wege einer Neugründung ‚revolut.‘ Gewerkschaften ... zu beseitigen versucht, begibt sich nur auf den Boden einer in ihrer praktischen Auswirkung reaktionären, revolutionären Utopie.“

⁵⁹ Es handelte sich um: Ind.verband f. d. Baugewerbe (P. Kaiser), I. V. f. d. Bekleidungs-gewerbe (W. Schumacher), Deutscher I. V. (P. Weyer), I. V. Einheitsorganisation (Schmittke) u. Verband d. Schiffs- und Bootsbauer. Vgl. K. Korsch, Um die Tariffähigkeit, Berlin 1928, S. 55f. – Bei diesen Verbänden handelte es sich um Relikte aus der Periode der KPD-Gewerkschaftspolitik vor 1924, in der man versucht hatte, eigene revolutionäre Gewerkschaften nach dem Industrieprinzip (im Gegensatz zum Berufsprinzip) zu gründen.

tionären politischen Partei“ für unentbehrlich gehalten wurde⁶⁰. Gegen diese Bestrebungen wandten sich die Führer der „Industrieverbände“, die einer Art kommunistischen Syndikalismus anhängen.

Die Gruppe „Kommunistische Politik“ wollte die Theorie und Praxis des Marxismus „wiederherstellen“; auch sie identifizierte ihre Position mit der Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Lenins zu Beginn des ersten Weltkrieges, die der „stalinistischen“ KPD und Komintern hingegen mit dem „Verrat“ der sozialistischen Parteien im August 1914. Die zustimmende Haltung der KPD gegenüber dem deutsch-russischen Neutralitätsvertrag betrachtete Korsch als ein Vertrauensvotum für die Reichsregierung; das verstöße jedoch gegen Lenins 21 Bedingungen für die Zugehörigkeit zur III. Internationale⁶¹. Korsch erklärte, der „Reformismus“ der von Stalin und Bucharin gelenkten KPdSU und Komintern sei zwar „spezifisch verschieden“, aber „doch zugleich vollkommen analog“ den beiden durch die Namen Bernstein und Kautsky gekennzeichneten Spielarten des „Vorkriegsreformismus“ in der Sozialdemokratie. In wichtigen Fragen der kommunistischen Theorie und Praxis stünden die KPD und die gesamte Komintern bereits im Lager der Sozialdemokratie. Im August 1926 forderte die Gruppe den Zusammenschluß aller, die den „Grundsätzen des revolutionären internationalen Kommunismus“ treu geblieben seien, zu einer in *allen* kommunistischen Parteien (auch in der KPdSU!) vertretenen „Fraktion des Kommunismus“, die Bildung einer „neuen Zimmerwalder Linken“ mit dem alten Schlagwort Lenins „Gegen den Strom!“⁶². Innerhalb der Komintern-Sektionen plädierten Korsch und seine Gefolgschaft für die „Wiederherstellung der Parteidemokratie und der Diskussionsfreiheit“ sowie für die „sofortige Einstellung der sogenannten ‚Reorganisation‘ der Partei auf Betriebszellen“, die ein wichtiger Bestandteil der „Bolschewisierung“ war⁶³. Sie scheuten aber davor zurück, außerhalb der Sowjetunion schon die Gründung neuer „zweiter“ kommunistischer Parteien neben den Komintern-Sektionen vorzuschlagen; vielmehr sahen sie ihre Aufgabe darin, sich den „gegenwärtigen und wirklichen Kämpfen der Arbeiterklasse“ zu widmen und „jenen toten ‚Kommunismus‘, der als ein betrübliches und bisweilen närrisches Gespenst in der heutigen proletarischen Arbeiterbewegung umgeht, zu seinen Toten heimzuschicken“. Die III. Internationale war für sie lediglich die „erste und vorübergehende Form“ eines historischen Versuchs. Sie wollten allmählich die *Voraussetzungen* für die spätere Gründung völlig neuer „selbständiger kommunistischer Parteien“ und einer „selb-

⁶⁰ KP II, Nr. 17/18.

⁶¹ KP I, Nr. 4, 9/10, 19/20; Reichstagsverhandlungen, Bd. 390, S. 7444, Bd. 393, S. 11052 f. (Korsch). Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden bei dieser Gruppe mehr geschätzt als Lenin. Korsch (Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig 1929, S. 80, vgl. 125 f.) rechnete Lenin und die Bolschewiki wie Kautsky zum „marxistischen Zentrum“ – allerdings „als einen besonderen Ausläufer“. Doch hieß es in der KP (II, Nr. 19/20), alle Kommunisten müßten für „die Vergangenheit Leninisten sein“.

⁶² Korsch, Weg, a. a. O., S. 8 f., 15; KP I, Nr. 11/12, 13/14, 15/16.

⁶³ KP II, Nr. 11/12.

ständigen Kommunistischen Internationale“ schaffen, die von sowjetrussischem Einfluß frei sein sollte⁶⁴.

Denn die Sowjetunion war nach Ansicht der Korsch-Opposition „seit langem“ keine proletarische Diktatur mehr, sondern „die Diktatur gegen das Proletariat, die Diktatur der Kulaken“ geworden, die Komintern keine „wirklich revolutionäre, wirklich kommunistische Partei“ mehr, sondern auf dem Wege, „eine zaristisch bonapartistische, eine preußisch wilhelminische oder eine kaiserlich-königliche Gesinnungszwangsanstalt“ zu werden⁶⁵. In ihr bestehe jetzt ein „Belagerungszustand“, Theorie und Praxis seien voneinander getrennt, und dieser Widerspruch müsse „durch die Erzwingung der wirklichen und ernsthaften Diskussion aller Fragen der russischen Revolution einschließlich der russischen Frage“ aufgehoben werden. Man stehe in der „Periode des Kampfes gegen die Liquidatoren und das Liquidatorentum“, das sich in der offiziellen Parteiführung verkörpere⁶⁶. Die Führer der von einer „Klassen-“ zur „Staatspartei“ gewordenen KPdSU und der Komintern sowie die „Thälmannzentrale“ in Deutschland seien die gefährlichsten Antibolschewisten, weil sie nicht den Mut hätten, das Proletariat über die unvermeidlichen Widersprüche und die tatsächliche Entwicklung in Sowjetrußland aufzuklären, sondern die „Fiktion“ eines Fortbestehens der proletarischen Diktatur nährten und die „neue revisionistische Theorie von der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem einzelnen, industriell rückständigen Lande“ verträten. 1917 habe die Möglichkeit bestanden, in Rußland die Periode des voll entwickelten Kapitalismus zu überspringen und sofort mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Jetzt aber, wo die revolutionäre Bewegung des internationalen Proletariats zeitweilig zurückgeworfen sei, zeige es sich, daß die isolierte russische Revolution einen „radikal-bürgerlichen Charakter“ besitze (s. die Thesen Korsch!). „Im Namen Lenins“ wandte man sich gegen die Preisgabe der „Hegemonie des Proletariats“ zugunsten einer Gleichberechtigung der Bauernschaft und gegen die Ersetzung des „Arbeitens auf revolutionäre Art“ durch eine „Amerikanisierung der Betriebe“⁶⁷, sowie gegen die angeblich „klassenfriedliche“ Politik der „Arbeits-

⁶⁴ KP II, Nr. 19/20: „... die Hauptaufgabe für die revolutionären Arbeiter in Deutschland besteht heute (Dez. 1927) ganz und gar nicht mehr darin, an jenen ... 'häuslichen Streitigkeiten' der verschiedenen rechten, mittleren und linken Strömungen in den kommunistischen Parteien und um die kommunist. Parteien teilzunehmen.“

⁶⁵ KP I, Nr. 2, 18, vgl. II, Nr. 9/10, 17/18, 19/20; Inprekorr 6 (1926), S. 795.

⁶⁶ KP I, Nr. 2, 6, 17, vgl. 5: „Wir werden um unsere Partei, trotz alledem die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, kämpfen!“ – Hier läßt sich bis in die Terminologie hinein das Vorbild des Kampfes in der russ. Sozialdemokratie vor 1914 erkennen! Zum Begriff „Liquidatorentum“ vgl. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. I, S. 602ff.

⁶⁷ KP I, Nr. 13/14, 5, 19/20; vgl. Die Internationale 9 (1926), S. 562–567 (A. S.), sowie die Rede N. Krupskajas auf dem 14. KPdSU-Parteitag (18.–31. 12. 1925), in der sie sich gegen die Politik der Stalin-Bucharin-Gruppe wandte und an Lenins Worte erinnerte: „In der Geschichte sind Fälle zu verzeichnen, wo die Lehren großer Revolutionäre nach ihrem Tode entstellt worden sind; man machte aus ihnen unschädliche Götzen, und indem man ihrem Namen Ehre erwies, stumpfte man die revolutionäre Schärfe ihrer Lehren ab.“ (Sic!

gemeinschaft“ zwischen der UdSSR und der deutschen „monarchistischen Republik“ (Korsch), welche „die erneute völlige Liquidierung der kommunistischen Staatstheorie“ bedeute. Rosa Luxemburg habe dies schon im September 1918 vorausgesehen⁶⁸. Auch in der damaligen Taktik der KPD, vor allem gegen die Rechtsparteien statt gleichmäßig gegen die *gesamte* „Bourgeoisie“ mit Entschiedenheit zu kämpfen, erblickte die Korsch-Gruppe die „ungeheuerliche Gefahr eines offenen Verrats des deutschen Proletariats“⁶⁹. Die „Kommunistische Politik“ proklamierte: „Wir sind die Partei!“. Sie wandte sich auch gegen alle anderen linkskommunistischen Gruppen in Deutschland – mit Ausnahme der Weddinger Opposition. Sinowjew, Trotzki und der „Trotzkismus“ wurden ebenfalls kritisiert⁷⁰, während die radikalere Saporonowgruppe und die „Arbeiteropposition“ Schljapnikows in der Sowjetunion, sowie vor allem die italienisch-französische Oppositionsgruppe um Amadeo Bordiga als Bundesgenossen begrüßt wurden⁷¹.

Karl Korsch selbst ist ohne Zweifel einer der interessantesten Theoretiker im deutschen Kommunismus⁷². Korsch, der sich schon 1923 sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der kommunistischen „Marx-Orthodoxie“ distanziert hatte, veröffentlichte 1932 in der parteilosen Zeitschrift „Gegner“ (Hrsg. Franz Jung, H. Schulze-Boysen) einige bemerkenswerte Aufsätze, darunter „Thesen über

lt. KP II, Nr. 19/20; vgl. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 160). Stalin erklärte auf diesem Parteitag noch: „Die Partei kann nur kollegial geführt werden. Es wäre Unsinn, von einer anderen Art der Parteiführung nach Lenins Tod zu träumen.“ (Inprekorr 5, 1925, S. 2548).

⁶⁸ KP I, Nr. 4, 11/12; Reichstagsverhandlungen, Bd. 385, S. 2008, Bd. 388, S. 5281, Bd. 390, S. 7444, vgl. Bd. 393, S. 1054 (Korsch); vgl. Spartakusbriefe (Neudruck), Berlin 1958, S. 457 ff. – Nur ein Jahr vorher hatte Korsch die Zustände in der Sowjetunion noch sehr gelobt! (Reichstagsverhandlungen, Bd. 387, S. 4211).

⁶⁹ KP I, Nr. 5, vgl. über die KPD bes. ebd., Nr. 4, 5, 7/8, 15/16: „Mit Riesenschritten zur Kleinbürgerpartei.“, ferner II, Nr. 4/5, 6, 7. – Korsch lehnte 1926 eine Unterstützung der UdSSR im Kriegsfall ab und forderte zum Sturz der „entarteten“ KPdSU auf (s. Protokoll, 7. EKKI-Plenum, S. 93, 330; Reichstagsverhandlungen, Bd. 390, S. 7443 f.; Die Kommunistische Internationale 7, 2, 1926, S. 72–76 – Jablonski –, 7, 1, S. 342–365 – Manuilski –).

⁷⁰ KP I, Nr. 19, II, Nr. 19/20: Trotzki „müßte als marxistischer Dialektiker die Notwendigkeit begreifen, mit der aus der konkreten Wahrheit der Leninschen Theorie und Taktik für die erste aufsteigende Phase der russ. Revolution gegenwärtig unter den veränderten histor. Bedingungen der absteigenden Phase die konkrete Unwahrheit des modernen Leninismus geworden ist“.

⁷¹ KP II, Nr. 19/20, I, Nr. 19, 20. Vgl. L. Schapiro, The Communist Autocracy, Harvard UP 1956, S. 223, 267, 284, und: Vor dem Oktober, Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland, Die Plattform der linken Opposition in der bolschewist. Partei (Saporonow, Smirnow usw.), Fuhlsbüttel (1927), u. a. S. 44 u. 51: „Die Gefahr des konterrevolutionären gewaltsamen Umsturzes wurde abgelöst von der Gefahr einer Entartung der proletarischen Diktatur. ... Die Liquidierung der Partei und ihre Umwandlung in einen Hilfsapparat des Staates beginnt.“

⁷² Hingewiesen sei hier auf: Quintessenz des Marxismus, Berlin-Leipzig 1922; Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, Berlin-Leipzig 1922, S. 5–24; Marxismus und Philosophie, Leipzig 1923; Die materialist. Geschichtsauffassung, Leipzig 1929; „Lenin und die Kommunist. Internationale“, in: Die Internationale 7 (1924), S. 320–327; „Die Theorie der Grundrente bei Varga und bei Marx“, ebd. 8, S. 42–47; Die Aktion 18 (1928), Sp. 234–238,

Hegel und die Revolution“. Sie wollten die Hegelsche Philosophie und vor allem die dialektische Methode „in ihrem Zusammenhang mit dem bestimmten geschichtlichen Charakter der damaligen revolutionären Bewegung“ und als „Philosophie der Restauration“ begreifen. Auf der Übernahme der Hegelschen dialektischen Methode durch Marx beruhte jedoch Korsch zufolge „der ganze formelle Vorzug der Marxschen Wissenschaft“. In jenen Aufsätzen⁷³ vertrat er die Ansicht, daß alle Richtungen des russischen Marxismus die marxistische Lehre, die der „theoretische Ausdruck einer proletarisch-sozialistischen Revolutionsbewegung“ sei, in eine bloße „sozialistische“ Ideologie einer bürgerlich-kapitalistischen Aufbaubewegung“ verwandelt hätten; sowohl der „Stalinismus“ als auch der „Trotzkismus“ basierten im Grunde genommen auf der „neu-narodnikischen“ Negation der Möglichkeit einer normalen kapitalistischen Entwicklung in Rußland⁷⁴. Aber nicht nur in der Sowjetunion sei die marxistische Theorie zu einer „förmlichen Staatsreligion“ degeneriert, auch in Westeuropa habe sie sich in eine „bloße Ideologie“ umgewandelt. Als geradezu verhängnisvoll betrachtete es Korsch, daß neben Luxemburg und dem linken Flügel in der SPD auch Lenin den Kampf gegen den sozialdemokratischen Revisionismus vor dem ersten Weltkrieg von einer „völlig ideologischen Plattform“ aus geführt habe. Es sei falsch gewesen, daß Lenin „die Garantie für den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung nicht in ihrem wirklichen ökonomischen und sozialen Klasseninhalt suchte, sondern ausdrücklich nur in der *Führung des Kampfes durch die von einer richtigen marxistischen Theorie geleitete revolutionäre Partei*.“

Bereits 1922/23 hatte Korsch es als einen Irrtum erklärt, im Marxismus eine

Jg. 19, Sp. 176–184; Jg. 21, Sp. 60–64; Neue Rundschau, Jg. 1951/II, S. 289–302. – 1922 hatte Korsch auf die Entwicklung von der „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter zu einem nach seiner Ansicht vornehmlich im „bürgerlichen“ Interesse liegenden „Koalitionszwang“ hingewiesen: Arbeitsrecht für Betriebsräte, Berlin 1922; vgl. Um die Tariffähigkeit, a. a. O., ferner über Sozialisierung und Verstaatlichung: Was ist Sozialisierung? Hannover (1919), bes. S. 18f.

⁷³ Der Gegner, Jg. 1932: „Zur Geschichte der marxist. Ideologie in Rußland“, Nr. 3, S. 9–11; „Thesen über Hegel und die Revolution“, ebd. S. 11f.; „Thesen zur Kritik des faschistischen Staatsbegriffes“, Nr. 4/5, S. 20; „Ausgang der Marx-Orthodoxie“, Nr. 6, S. 7–9; „Die alte Hegelsche Dialektik und die neue materialist. Wissenschaft“, Nr. 11/12, S. 20–22; ferner: „Kommunistischer Klassenkampf gegen Marx' Kapital“, Die Aktion 22 (1932), Sp. 36–42. Vgl. I. Fetscher, „Das Verhältnis des Marxismus zu Hegel“, in: Marxismus-Studien, 3. Folge, Tübingen 1960, bes. S. 113ff.; J. Ritter, Hegel und die franz. Revolution, Köln-Opladen 1957. Die „Thesen über Hegel“ und von 1950 datierte „Zehn Thesen über den heutigen Marxismus“ sind abgedruckt in: Arguments 3 (Paris 1959), Nr. 16, S. 24–28. Vgl. auch: Korsch, „State and Counter Revolution“, in: The Modern Quarterly, XI (1939), Nr. 2, S. 60–67; ebd., S. 80, (A. Rosenberg).

⁷⁴ Den Sündenfall sah Korsch aber schon bei Lenin, „der um die Jahreswende 1920/21 vollkommen bewußt entgegen all seinen früheren Erklärungen den neuen marxistischen Mythos von dem an sich sozialist. Charakter des Sowjetstaates ... aufgestellt hat“ (Gegner Nr. 3, S. 11; vgl. Rosenberg, Geschichte d. Bolschewismus, S. 196ff.). – Korsch kritisierte dann auch die „orthodoxe“ Angewohnheit, Marx abstrakt zu zitieren, „just as the schoolmen quoted the words of Aristotle or the bible“ (Korsch, Karl Marx, London 1938, S. 12).

Philosophie oder überhaupt eine Wissenschaft „im wohlstandigen, gutbürgerlichen Sinne des Wortes“ erblicken zu wollen. Die wissenschaftliche Form, in der der Marxismus auftritt, erschien ihm aber als die *notwendige* Voraussetzung für die Erfüllung seiner Aufgabe, der „angemessene“ Ausdruck des „neuen Bewußtseinsinhalts“ der – sich gerade von der bürgerlichen revolutionären Bewegung lösenden und als selbständige Klasse konstituierenden – „proletarischen Klasse“ zu werden und gleichzeitig „dieses proletarische Klassenbewußtsein auf eine höhere Stufe seines Daseins“ emporzuheben. 1932 ließ er die Beantwortung der Frage, „ob und wie weit dieser große Wurf“ – nämlich, „in seinem Werk die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen ‚naturgeschichtlichen Prozeß‘ darzustellen“ – „dem materialistischen Geschichts- und Gesellschaftsforscher Marx im ‚Kapital‘ grundsätzlich gelungen“ sei, offen. In seinem Marx-Buch (1938) ging er noch weiter, indem er erklärte, daß der historische Materialismus als empirische Methode keiner philosophischen Basis bedürfe⁷⁵. Etwa seit 1930 entfernte er sich allmählich vom Marxismus, den er zwar nicht völlig preisgab – vielmehr noch 1938 als „the genuine social science of our time“ bezeichnete –, aber doch kritisch in Frage stellte und relativierte. Bei ihm hatte sich schon früh die Tendenz gezeigt, Marx' „wissenschaftlichen Sozialismus“ in seiner historischen Bedingtheit und Begrenztheit zu sehen⁷⁶. 1932 wollte er dem Marxismus oder genauer der marxistischen Dialektik nur einen Übergangscharakter zuerkennen, denn es handle sich tatsächlich um eine „Hinüberrettung“ der mit den „Muttermalen“ der jakobinischen bürgerlichen Revolutionstheorie⁷⁷ gezeichneten Dialektik in den Materialismus. In den „Thesen über den heutigen Marxismus“ aus dem Jahre 1950 bezeichnet Korsch alle Versuche, „die marxistische Doktrin als Ganzes und in ihrer ursprünglichen Funktion als Theorie der sozialen Revolution der Arbeiterklasse“ wiederherzustellen, als „reaktionäre Utopien“. Marx ist für ihn nur noch einer der zahlreichen sozialistischen Theoretiker und Führer – von den „utopischen Sozialisten“, Blanqui, Proudhon und Bakunin bis zur Gegenwart. Heute hält er den Marxismus für wichtiger in seiner Eigenschaft als „soziale Bewegung“ (action

⁷⁵ Vgl. Kernpunkte, a. a. O., S. 7; „Die Marxsche Dialektik“, in: Inprekorr 3 (1923), S. 330f.; Korsch's Vorwort zu: K. Marx, Das Kapital, Berlin 1932, S. 8; Marxismus und Philosophie, a. a. O.; Arguments a. a. O., S. 26; Korsch, Marx, a. a. O., S. 230f., 179.

⁷⁶ 1923 hatte er im Marxismus „ein durchaus notwendiges Element innerhalb jenes großen historischen Entwicklungsprozesses, in dem die proletarische Klassenbewegung sich von der bürgerlichen revolüt. Bewegung ‚3. Standes‘ allmählich löste“, gesehen: „Nur dadurch, daß er die Form strenger ‚Wissenschaft‘ annahm, konnte sich jener Komplex proletar. Klassenanschauungen, der den Inhalt des ‚modernen Sozialismus‘ ausmacht, von den bürgerlichen Anschauungen, mit denen er kraft seiner Entstehung ursprünglich untrennbar zusammenhängt, radikal reinigen . . .“ (Inprekorr 3, a. a. O.).

⁷⁷ In einem Aufsatz über „Marx' Stellung in der Europäischen Revolution von 1848“ (Die Schule, Hrsg. A. Grimme, Jg. 3, 1948, Nr. 5) wirft Korsch Marx vor, er habe 1848 eine „allzu abstrakte und ungeschichtliche“ Politik proklamiert und sich dabei zu sehr „jakobinischer Losungen“ bedient. Vgl. Korsch in: Encyclopaedia of the Social Sciences, Bd. X (1933), S. 172ff.

sociale) denn als Wissenschaft oder als theoretisches Dogma. Seine Kritik am Marxismus richtet sich u. a. gegen die „unbedingte Anhänglichkeit“ an die politischen Formen der bürgerlichen Revolution und die Übernahme des ökonomisch fortgeschrittenen England als Modell für die zukünftige Entwicklung aller Länder. Sie wendet sich gegen die Überschätzung des Staates als entscheidendes Instrument der gesellschaftlichen Revolution und die „mystische Identifizierung der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit der sozialen Revolution der Arbeiterklasse“, schließlich gegen die Einteilung des kommunistischen Revolutionsprozesses in zwei Phasen, weil sie die Arbeiterklasse um ihre sofortige wirkliche Befreiung betrüge. Der marxistische Sozialismus sei nunmehr, als revolutionäre Theorie, zur „bloßen Ideologie“ geworden⁷⁸.

Überblickt man den Gedankengang Korsch's von seinem Ausgangspunkt an, nämlich der Auffassung, daß der „Marxismus“ die in Form und Inhalt notwendige und adäquate Theorie – und gleichzeitig das „Erziehungsmittel“ – der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse gewesen sei, bis zu seinem heutigen Standpunkt, so kann man kaum bestreiten, daß wir es hier mit dem ernsthaften Versuch eines „Marxisten“ zu tun haben, einmal das Marx'sche Postulat der historischen Bedingtheit aller Theorien konsequenterweise auch auf den Marxismus selbst anzuwenden, andererseits aber darauf hinzuweisen, daß aus den Lehren von Marx immer noch fruchtbare Anregungen für die modernen Sozialwissenschaften gewonnen werden können⁷⁹. Selbstverständlich wird ein solcher Versuch von den Vertretern des offiziellen „Marxismus-Leninismus“ als Ausdruck einer unmarxistischen, „bürgerlichen“ Haltung betrachtet und scharf abgelehnt⁸⁰.

3. Die „Entschiedene Linke“ (Schwarz-Gruppe)

Um Ernst Schwarz und dessen Zeitschrift „Entschiedene Linke“ scharte sich eine radikale kommunistische Oppositionsgruppe, die sich im Herbst 1926 von

⁷⁸ Korsch, Marx, a. a. O., S. 23; Arguments, a. a. O., S. 26 (M. Rubel), 27f. (Korsch); Neue Rundschau, a. a. O. (Korsch); vgl. L. Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative, München 1960, S. 28: „Die Entwicklung des Marxismus aber hat die Wissenschaft in eine Mythologie . . . verwandelt, aus der das Rückgrat der Vernunft entfernt worden ist. Sie wirkte nach denselben Schemata, die für die Ideologie typisch sind, verbarg sich aber dabei auf Grund ihrer Tradition hinter einer wissenschaftlichen Fassade.“

⁷⁹ The Journal of Philosophy, Bd. XLII (1945), S. 717f. (Korsch): „... it is certainly true that the historical and sociological approach of Marx and Engels to the phenomena of knowledge has resulted in the accumulation of a vast . . . reservoir of pregnant thought that is only waiting for its complete disentanglement from the residua of a now obsolete philosophical language. . . . this important development was not continued by the Marxian scholars of the subsequent generations. They either ignored and forgot these problems or . . . tended to reverse the whole process by reading Hegelian philosophy back into the scientific and pragmatic theory of Marx.“ — Noch bis 1958 hat Korsch sich mit der Deutung des Marxismus und der modernen Revolutionen und Gegenrevolutionen beschäftigt (Mitt. v. Dr. Hedda Korsch).

⁸⁰ Vgl. D. Bergner – W. Jahn, Der Kreuzzug der evangelischen Akademien gegen den Marxismus, Berlin 1960, S. 14f., 24.

Korsch und der „Kommunistischen Politik“ getrennt hatte. Die Hauptursache dieser Trennung von Korsch, der als „neuer Lenin“ und „mißglückter Ledebour“ beschimpft wurde, waren – abgesehen von persönlichen Differenzen – Meinungsverschiedenheiten in der Gewerkschaftsfrage. Von Anfang an unterhielt die neue Gruppe engere Beziehungen zur KAPD, und auf der Sitzung des Zentralausschusses der „Entschiedenen Linken“ Anfang Juni 1927 in Berlin wurde schließlich einstimmig die Verschmelzung mit dem „revolutionären Vortrupp des Proletariats“, der KAPD und der AAU, beschlossen⁸¹.

Das Motto der Politik der Schwarz-Gruppe lautete: „Alle Macht den Räten!“ Sie betrachtete sich ebenfalls als neue „Zimmerwalder Linke“, wollte Liebknecht und Rosa Luxemburg nachfolgen und die Spartakustraditionen wieder aufnehmen; sie vertrat den revolutionären Rätegedanken und plädierte für die Gründung einer neuen „revolutionären Arbeiterpartei, in der proletarische Ehrlichkeit und Lauterkeit und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitermassen“ die „Korruption“ eines „diktatorischen Bürokratenklüngels“ ersetzen sollten. Die Gruppe forderte, die „Anti-Gesetzlichkeit“ von jedem proletarischen Kämpfer zu verlangen und lehnte Lenin ab⁸².

Neben dem Rätegedanken als der Grundlage ihrer Politik hatte die „Entschiedene Linke“ mit anderen ultralinken Gruppen auch die Ablehnung jeder Gewerkschaftsarbeit gemeinsam. Sie erklärte, eine Revolution sei noch niemals auf dem Weg über eine Eroberung der Gewerkschaften, vielmehr stets durch den Kampf geschlossener rücksichtsloser Minderheiten zum Erfolg geführt worden. Deshalb müsse eine „machtvoll“, auf dem Räteprinzip aufgebaute Organisation, eine „Union der Betriebsorganisationen“ geschaffen werden, die sich zum Ziel setze, wirtschaftliche Kämpfe zum „Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse“ auszuweiten⁸³.

Die „ultralinken“ Kommunisten seien die Erben der von Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin begründeten kommunistischen Bewegung, so erklärte die Schwarz-Gruppe. In der Einschätzung der Sowjetdiktatur stimmte sie völlig mit der Korsch-Gruppe überein: Das „entartete“ Sowjetrußland unter der Führung des „Renegaten“ Stalin sei eine „aufstrebende bürgerliche Diktatur“; die Politik dieses Staates trage einen völlig „unproletarischen Charakter“ und lasse keine

⁸¹ Entschiedene Linke (zit. EL), Jg. I (Berlin 1926), Nr. 17/18, 19, II, Nr. 9, 10. – Die Zs. wurde „fast nur“ aus den Diäten von Schwarz finanziert; sie stellte im Juli 1927 ihr Erscheinen ein.

⁸² EL I, Nr. 15/16, 17/18, 19, II, Nr. 6: „Die Leninsche Broschüre ‚Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus‘, ist ein Dokument dafür, mit welchen elenden Argumentationen die bolschewist. Erfahrungen, die in Wirklichkeit nicht existierten, dem Weltproletariat begründet wurden.“

⁸³ EL I, Nr. 15/16, 17/18, 19, 20, II, Nr. 4, 9. Die EL erklärte, daß „der reformistische und konterrevolutionäre Charakter der Gewerkschaften mit ihrem Wesen in Verbindung steht.“

„Entwicklung zum Kommunismus“ erkennen⁸⁴. Anlässlich der 15. KPdSU-Parteikonferenz (26. 10.–3. 11. 1926), unmittelbar nach der Absetzung Sinowjews als Komintern-Vorsitzender und der Entfernung Trotzki und Kamenews aus dem Politbüro, stellte die „Entschiedene Linke“ fest, daß ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den westeuropäischen Staaten nunmehr „durchaus auf der Linie der gewöhnlichen Konflikte der bürgerlichen Staaten untereinander“ liegen würde. Die Komintern sei tot, die KPD zum „Anhängsel der schwarz-rot-goldenen Einheitsfront“ geworden, während die Rationalisierung des Produktionsprozesses in Sowjetrußland und in den kapitalistischen Ländern im Grunde genommen den gleichen arbeiterfeindlichen Charakter trage. Aus der von ihr behaupteten „zwangsläufigen“ Verbürgerlichung des Bolschewismus seit 1921 zog die Schwarz-Gruppe im September 1926 – ähnlich wie Korsch – den Schluß, daß auch in Rußland die „Organisierung der proletarischen Revolution“ auf der „Tagesordnung“ stehe⁸⁵.

Alle kommunistischen Gruppen, welche die Komintern und ihre Sektionen noch für sozialistisch hielten und sie lediglich reformieren wollten, wurden von den „revolutionären Kommunisten“ um Schwarz abgelehnt. Ihre Sympathie war auf der Seite des radikalen, noch links von der russischen „Arbeiteropposition“ stehenden Mjasnikow⁸⁶.

Sowohl Stalins Parole vom Aufbau des nationalen Sozialismus in Rußland als auch die „Bolschewisierung“ der Komintern-Sektionen mit all ihren Konsequenzen waren nicht zuletzt eine Folge der nach 1920/21 gewonnenen, 1923 endgültig bestätigten Einsicht, daß mit einer Beendigung der Isolierung der Sowjetunion in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei⁸⁷. Als Folge ihrer Niederlage im Herbst 1923 und ihres Verbots (1923/24) war die KPD in ihrer organisatorischen Stärke⁸⁸ und politischen Schlagkraft erheblich geschwächt worden. Trotz des heftigen Widerstandes der linken und vor allem der „ultralinken“ Opposition in der KPD,

⁸⁴ EL II, Nr. 9, I, Nr. 17/18, 19, 20: „Es führt eine Linie von Bernstein zu Stalin. Die Praxis des Stalinismus ist natürlich die Praxis des nationalen Aufbaues der kapitalist. Wirtschaft in Rußland mit allen ihren ... Begleiterscheinungen für das Proletariat. ... Die kommunist. Arbeiter müssen begreifen, daß es für die Kommunist. Internat. als Organisation keinen Rückweg mehr gibt.“

⁸⁵ EL I, Nr. 15/16, 17/18, 20, II, Nr. 10. Zur Parteikonferenz vgl.: Stalin, Werke, Bd. VIII, S. 188ff.; I. Deutscher, *The Prophet Unarmed*, S. 293–310. Vgl. ferner: J. Ermanski, *Theorie und Praxis der Rationalisierung*, Berlin 1928.

⁸⁶ EL I, Nr. 15/16, 17/18, 20, 21/22, II, Nr. 1, 2, 7/8; Reichstagsverhandlungen, Bd. 391, Sp. 8636–39; vgl. Schapiro, *Autocracy*, S. 327f.

⁸⁷ Vgl. Sinowjew (*Der neue Kurs*, S. 35f.) über den 3. Komintern-Kongreß von 1921, „der uns die Taktik gegeben hat, als wir gesehen haben, daß wir die Minderheit sind. ... Wenn man in diesem Moment die Taktik des dritten Weltkongresses kompromittieren will, so heißt das, daß man der Internationale das Genick brechen will. ... Die Jahre 1925–1930 sind absolut entscheidend für das Schicksal der sozialist. Republik in Rußland. ... Das ist der Schlüssel zur Lage ...“ (gegen Maslow und Fischer).

⁸⁸ Inprekorr, 4, S. 1165f. (A. Rosenberg, 29. 11. 1924).

der ohne die sowjetrussische Unterstützung der „stalinistischen“ Thälmann-Führung und bei größerer Geschlossenheit der oppositionellen Kräfte nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, ist es den „Stalinisten“ in den Jahren 1925–1928 gelungen, den Charakter der Partei zu ändern. Am Ende des Bolschewisierungsprozesses war die KPD nicht mehr jene radikale deutsche Arbeiterpartei, als die sie an der Jahreswende 1918/19 gegründet worden war.

Sowohl die „Ultralinken“ als auch die „Rechten“, die 1928/29 als letzte „Fraktion“ in der KPD gegen diese Entwicklung opponierten, stützten sich in ihrem Kampf gegen den „Stalinismus“ auf Rosa Luxemburg⁸⁹ und Karl Liebknecht. Allerdings hatten viele Thesen der „ultralinken“ Gruppen nichts mit dem sogenannten „Luxemburgismus“ zu tun, sondern trugen vielmehr einen „KAPistischen“, anarchistischen oder syndikalistischen Charakter. Daß Rosa Luxemburgs Theorien in manchen Punkten denen Lenins widersprachen und sie unter Umständen die Basis für eine selbständigere Politik sein konnten, ist vor allem die Ursache für die heftigen Angriffe Stalins⁹⁰ und seiner Parteigänger gegen Luxemburgs „Zentrismus“ gewesen, die 1931/32 ihren Höhepunkt erreichten.

Die Opposition von links war in der Komintern – und in der KPD – zwar das Werk einer aktiven Minderheit unter den Kommunisten, hat jedoch in der Mitte der 20er Jahre Sympathien bei einer größeren Anzahl von Parteimitgliedern besessen und zeitweilig, nach kommunistischen Angaben nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit, eine „ernste Gefahr“ für die Parteiführung dargestellt⁹¹. Die Änderung der Zusammensetzung der Mitgliedschaft von KPD und KPdSU⁹² ist neben der taktisch und vor allem organisatorisch geschickten und gleichzeitig skrupellosen Politik der „Stalinisten“ und der Schwächung der oppositionellen Kräfte durch ihre eigene – typisch sektenhafte – Zersplitterung sicherlich eine wichtige Ursache für die Niederlage der linken Opposition gewesen. Dazu beigetragen hat aber auch die wirtschaftliche und politische Beruhigung in Europa in der Periode der „relativen Stabilisierung“ (mit ihrem Höhepunkt 1927/28) zwischen den Jahren der Nachkriegskrise (bis 1923) und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Auf ihrem Parteitag in Essen im März 1927 hatte die KPD-Führung bereits ihren endgültigen Sieg über die Linksoption kon-

⁸⁹ Vgl. bes.: Luxemburg in: Die Neue Zeit 22/II (1903/04), S. 484–492, 529–535; dies. Die russische Revolution, 1. Aufl. Berlin 1922; Lenin, Werke, Bd. VII, Berlin 1956, S. 480–491.

⁹⁰ Stalin, Werke, Bd. XIII, S. 76–91, 116f.; dagegen L. Trotsky, Ecrits 1928–1940, Bd. I, Paris 1955, S. 321–331.

⁹¹ Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 184f. (Rosenberg); Protokoll, 5. EKKI-Plenum, S. 322 (Neumann); Internationale 8, S. 527, Jg. 9, S. 227ff., 485, 565f.; Inprekorr 5, S. 1060, 1413 (Manuilski), Jg. 6, S. 82ff., 417ff. (Stalin). Vgl. Anm. 57.

⁹² 1922 zählte die KPdSU 325 000 Mitgl. (die KPD 226 000), das Lenin-Aufgebot im Frühjahr 1924 erhöhte innerhalb weniger Wochen die Mitgliedszahl von 472 000 auf 670–680 000. Am 1. 11. 1925 hatte die KPdSU bereits 1,025 Mill. Mitgl., von denen etwas mehr als die Hälfte Arbeiter, knapp ein Viertel Bauern waren. – Über die Fluktuation in der KPD vgl. Das Ende der Parteien, S. 660ff. (Bahne).

statieren können⁹³. Die im Winter 1927/28 eingeleitete „ultralinke“ Taktik der – nunmehr „stalinistischen“ – Komintern, die fast alle Forderungen der „ultralinken“ und „linken“ Opposition übernahm, sowie die als Folge der „Bolschewisierung“ eingetretene Änderung der Parteistruktur haben dann das Wiederaufleben einer schlagkräftigen, die Parteiführung bedrohenden Linksoption in den Jahren der großen Wirtschaftskrise verhindert. Trotz ihrer Niederlage aber ist die Kenntnis der Bestrebungen und der Kritik dieser Oppositionsgruppen an dem in diesen Jahren entstehenden nachrevolutionären Kommunismus wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil auch die Beschäftigung mit der unterlegenen „anderen Seite“ notwendig ist, wollen wir ein objektives historisches Bild der Entwicklung des deutschen und europäischen Kommunismus gewinnen.

⁹³ Vgl. Degras a. a. O., S. 352 ff. (Resolution d. EKKI-Präsidiums, 7. 1. 1927); Thesen und Resolutionen des 11. Parteitags der KPD, Essen 2.–7. 3. 1927, Berlin 1927, S. 33 f., 37–41; hier wurden 3 linke Gruppierungen unterschieden: 1. die Gruppen um Katz, Schwarz und Korsch, die als „offen konterrevolutionär“ und deshalb relativ ungefährlich bezeichnet wurden, 2. die Gruppe um Maslow-Fischer-Urbahns als „prinzipienloseste und darum gefährlichste aller ‚linken‘ Gruppen“, 3. die Gruppe Weber-Kötter, die noch die Parteidisziplin anerkannte.

HELMUT HEIBER

DER TOD DES ZAREN BORIS

Trotz der Dokumentenflut, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ergossen hat, gibt es nicht wenige Ereignisse und Zusammenhänge, die bis heute noch ziemlich im Dunkel liegen. Dazu gehört – von einem kleinen Volk im Südosten Europas als beängstigendes Zeichen heraufziehenden Unheils aufgefaßt – das plötzliche Ableben des bulgarischen Königs Boris III. am 28. August 1943. Der 49jährige Zar war kaum tot, als allenthalben Beschuldigungen und Verdächtigungen hervortraten¹. Denn daß es hier nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, darüber schienen sich zumindest unter der Hand alle einig zu sein: dazu war der König zu jung und zu rüstig gewesen, dazu war die Lage seines Landes zu eigenartig und prekär. Jedoch ließen sich auf die Frage „Cui bono?“ die differenziertesten Antworten geben. Und so ist denn seitdem der Verdacht auf eine ganze Reihe potentieller Täter gefallen: auf Hitler und seine Leute, den Secret Service, das italienische Königshaus, die Sowjets – von den zahlreichen Feinden des Zaren im eigenen Lande ganz zu schweigen. Die folgende, wesentlich auf Akten des deutschen Auswärtigen Amtes beruhende Schilderung der Ereignisse kann lediglich einen Beitrag zur Aufhellung, nicht aber des Rätsels Lösung bieten. Wenn überhaupt irgendwo, dürfte diese nur in Sofia oder aber in Moskau zu finden sein.

Den ersten Niederschlag fanden die zum bulgarischen Thronwechsel führenden Vorgänge in den deutschen Akten am 24. August 1943. An diesem Tage suchte in Sofia der Gesandte Handjefeff vom bulgarischen Außenministerium den deutschen Luftattaché, Oberst von Schoenebeck², auf und bat ihn, den deutschen Arzt des Königs, einen gewissen Dr. Sajitz³, umgehend mit einem Sonderflugzeug aus Berlin holen zu lassen, da der Monarch plötzlich schwer erkrankt sei und die bulgarischen Ärzte keine rechte Diagnose stellen könnten. Göring, mit dem sich der Attaché

¹ Bereits am Todestage meldete z. B. die New York Times, auf Boris sei ein Attentat verübt worden: ein bulgarischer Polizeiinspektor habe auf einer Bahnstation in der Nähe von Sofia mehrere Schüsse auf den König abgegeben und diesen in den Unterleib getroffen. Boris habe sich auf der Rückreise von einem Besuch im deutschen Hauptquartier befunden. (Neue Zürcher Zeitung v. 29. 8. 43.)

² Generalmajor a. D. Carl August v. Schoenebeck besitzt noch einige Notizen über die damaligen Ereignisse, die der Verf. nach Abschluß der vorliegenden Arbeit einsehen durfte. Sie bieten zusätzliche Belege für einige Stellen der an Hand der Akten gegebenen Schilderung.

³ Dr. Sajitz war Ende der dreißiger, Anfang der vierziger Jahre ein bekannter Modearzt des Berliner Westens, der neben manch anderem Prominenten der damaligen Zeit auch Göring behandelt und erfolgreich um einige Kilo erleichtert hat. In den Strudeln des Zusammenbruchs ist er dann untergetaucht. Das Gerücht, daß er – wie es heißt, unter anderem Namen – jetzt in Madrid praktizieren soll, ist durch die soeben erschienenen Memoiren der letzten bulgarischen Königin Joanna (Giovanna) bestätigt worden (in der Zeitschrift „Oggi“, Mailand; vom Tod des Zaren handelt die 10. Fortsetzung in Nr. 36 v. 7. 9. 61). Dr. Sajitz, so heißt es da, sei jetzt noch in Madrid Hausarzt der Ex-Königin.

direkt in Verbindung setzte, veranlaßte sofort das Erforderliche, so daß die Maschine mit dem Arzt fünf Uhr nachmittags in Berlin starten konnte.

Die Meldung, die der deutsche Gesandte in Sofia, SA-Obergruppenführer Beckerle, über diesen Vorfall erstattete⁴, gelangte mit einiger Verzögerung – die später noch zum Stein des Anstoßes werden sollte – in das Auswärtige Amt. Die Uhr zeigte daher am Abend dieses 24. August bereits auf ein Viertel nach Neun, als die Wilhelmstraße die erste Nachricht von dem plötzlichen Zusammenbruch des Zaren erhielt, der bereits mehr als 24 Stunden zuvor erfolgt war.

In Sofia sprach reichlich eine Stunde später, noch bevor Dr. Sajitz dort gelandet war, der Gesandte Handjefi erneut beim deutschen Luftattaché vor und teilte mit, die bulgarischen Ärzte des Zaren⁵ hätten inzwischen eine Diagnose auf schwere Gallenerkrankung gestellt. Er bat daher, mit einer zusätzlichen Sondermaschine noch den Internisten Professor Eppinger, Chefarzt der 1. Medizinischen Klinik der Universität Wien⁶, kommen zu lassen. Göring, der wiederum sofort telefonisch in Kenntnis gesetzt wurde, stellte auch dieses gewünschte Flugzeug bereit, das gegen fünf Uhr morgens mit Professor Eppinger an Bord von Wien abflog⁷.

Inzwischen war Dr. Sajitz um ein Uhr nachts bereits in Sofia eingetroffen, kurz vor Mittag landete dann auch Professor Eppinger. Das Befinden des Patienten an diesem Vormittag war weiterhin bedenklich, erst in der Mittagszeit trat eine leichte Besserung ein. Infolge der Schwäche des Herzens war jedoch die Lebensgefahr trotzdem alles andere als behoben⁸. Am folgenden Tage lauteten die Berichte optimistischer: die Ärzte hofften, daß die Krise in zwei Tagen überstanden sein würde, wenn alles gut ginge. Im übrigen habe man inzwischen erkannt, daß es sich primär um eine schwere Herzerkrankung handele, während die Gallensymptome nur sekundärer Natur seien. Der König sei, wenn er nicht schlafe, bei Bewußtsein und

⁴ Tel. Dt.Ges. Sofia an RAM (Nr. 1239) v. 24. 8. 43, 18.10 Uhr (Nürnberger Dokument NG-2609). – Beckerle wurde beim Seitenwechsel Bulgariens verhaftet und an die Russen ausgeliefert, nachdem er in der Hoffnung auf Diplomaten austausch bereits bis nach Svilengrad an der türkischen Grenze gelangt war. Mit dem ersten Transport nach dem Moskaubesuch Adenauers im September 1955 kehrte er aus der Gefangenschaft zurück.

⁵ Es behandelten den König der Hofarzt Daskaloff sowie zwei weitere Ärzte, Balbanoff und Kirkowitsch (nach einer Meldung der Morgenausgabe der Neuen Zürcher Zeitung v. 30. 8. 43). Königin Joanna spricht in ihren Erinnerungen von einem mindestens zehnköpfigen Ärztekollegium. Eigenartigerweise ist ihr aber die – weiter unten erwähnte – Konsultation von Prof. de Crinis offenbar entgangen.

⁶ Prof. Hans Eppinger wurde als Zeuge in den Nürnberger Ärzteprozeß verwickelt, da sein Name in lockerem Zusammenhang mit den Meerwasser-Trinkversuchen im Konzentrationslager Dachau auftauchte. Am Tage seiner Zeugenaussage in der Hauptverhandlung machte der bekannte Internist und Pathologe seinem Leben ein Ende. – Ihn als „Spezialisten für Giftgase“ zu bezeichnen (N. P. Nikolaev: *La règne et la mort de Boris III.*, Uppsala 1952, S. 89), dürfte wohl kaum zutreffend sein.

⁷ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1245) v. 25. 8. 43, 11.15 Uhr (NG-2609).

⁸ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1249) v. 25. 8. 43, 13.25 Uhr (NG-2609).

unterhalte sich mit seinen Ärzten⁹. Am Nachmittag erhielten die Ärzte in Sofia per Luftkurier Medikamente, die aus dem Reich bestellt worden waren. Bei dieser Gelegenheit berichtete Handjiev in der deutschen Gesandtschaft, daß sich der Zustand des Königs verschlechtert habe und sehr ernst sei¹⁰.

Abends um neun Uhr gaben Professor Eppinger und Dr. Sajitz intern folgenden lakonischen Untersuchungsbericht heraus: „Das Befinden Seiner Majestät ist unverändert ernst, eher verschlechtert¹¹.“ Erst zu diesem Zeitpunkt scheint man sich in Berlin Gedanken über die Lage gemacht und sich mit der Frage des „Was nun?“ befaßt zu haben. Und es spricht dabei, wenn auch vielleicht nicht für die Weitsicht, so doch für das gute Gewissen der Wilhelmstraße, daß sie erst jetzt über Qualifikation und politische Haltung der präsidenten Nachfolger des erkrankten Herrschers Erkundigungen einzog.

Bulgariens Staatsform wurde damals – dem Zuge der Zeit entsprechend – als „autoritär“ deklariert, wenngleich sie aus der Sicht eines konsequenten Totalitarismus mit einer Anzahl entstellender Schönheitsfehler behaftet war. Das Land hatte, seitdem Zar Boris nach der – durch den an der Seite Deutschlands verlorenen Krieg erzwungenen – Abdankung seines Vaters Ferdinand¹² am 3. Oktober 1918 den Thron bestiegen hatte, einen bunten Reigen von Regierungsformen und -schattierungen über sich ergehen lassen¹³. Das kurzlebige Koalitionskabinett des Volksparteilers Theodoroff von 1918 war nach einem Jahr durch die bald kaum noch verschleierte Diktatur des Bauernparteführers Stambolijsky abgelöst worden. Am 9. Juni 1923 hatte ein Staatsstreich des Reserveoffiziersverbandes und der mazedonischen Extremisten dieses Regime beseitigt, Stambolijsky war ermordet worden. Unter dem Volkswirtschaftler Professor Alexander Zankoff, einem ehemaligen Sozialdemokraten mit nunmehr allerdings autoritären Neigungen, und dem ihm 1926 als Regierungschef nachfolgenden Liapscheff, einem führenden Mazedonier, hatte dann in den folgenden acht Jahren eine sogenannte Demokratische Union regiert, die jedoch im wesentlichen auf der rücksichtslosen Unterdrückung von Bauernpartei und Kommunisten aufgebaut war. Die ersten relativ freien Wahlen vom Juni 1931 hatten eine liberale Parteienkoalition, den „Volksblock“, an die Regierung gebracht, und es war eine Periode der Wiederherstellung bürgerlicher Rechte und parlamentarischer

⁹ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1256) v. 26. 8. 43, 13.25 Uhr (Polit. Archiv AA, Büro des Staatssekretärs, Bulgarien, Bd. 5). – Auch Nikolaev berichtet auf S. 90, daß Boris am 26. für kurze Zeit das Bewußtsein wiedererlangt, nach dem Datum gefragt und mit der Königin und den Ärzten gesprochen hat. Ebenfalls hat nunmehr die Königin bestätigt, daß Boris am Nachmittag des 26. August noch einmal bei Bewußtsein gewesen ist und mit ihr einige Worte gewechselt hat.

¹⁰ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1257) v. 26. 8. 43, 17.30 Uhr (NG-2609).

¹¹ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1261) v. 26. 8. 43, 21.54 Uhr (NG-2609).

¹² Zar Ferdinand hat im Exil seine beiden Söhne um einige Jahre überlebt, er starb 1948 beinahe neunzigjährig.

¹³ Zur Geschichte Bulgariens vgl. Kurt Haucke: Bulgarien, Bayreuth 1942; L. A. D. Dellin: Bulgaria, New York 1957, S. 17 ff.; Nikolaev, a. a. O., S. 28 ff.; Richard Busch-Zantner: Bulgarien, Leipzig 1941, S. 142 ff. u. a.

Regierungsform gefolgt. Dann aber hatte der in Europa modern werdende autoritäre Trend erneut das Land erfaßt: am 19. Mai 1934 stürzte ein Putsch des sogenannten Zweno-Kreises unter Damian Weltscheff¹⁴ das demokratische Regime.

Bis dahin hatte sich König Boris, der als junger Mann von 24 Jahren auf den Thron gelangt war, damit begnügen müssen, als Zuschauer das turbulente Geschehen zu verfolgen und zu versuchen, mit den jeweils gerade erfolgreichen Staatsstreichlern ein Auskommen zu finden. Nun jedoch bot die hemdsärmelige Manier der Zweno-Leute dem König die Gelegenheit, sich in das politische Spiel einzuschalten. Mit Unterstützung der Armee übernahm er, wohl mehr durch die Umstände, als durch eigenen Ehrgeiz veranlaßt, im April 1935 die Zügel der Regierung und installierte ein gemäßigt-autoritäres Regime mit parteilosen Kabinetten, deren Chiefs Toscheff, Kiosseiwanooff und schließlich – seit Februar 1940 – Bogdan Filoff lediglich Handlanger des Zaren waren.

Im Oktober 1937 führte Boris sogar das Parlament wieder ein – allerdings ohne die 1934 von den Zweno-Leuten aufgelösten Parteien. Trotz dieser Vorsichtsmaßnahme und obwohl das passive Wahlrecht auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt wurde, setzte sich das neu entstandene Sobranje zu siebzig Prozent aus Gegnern des Regimes zusammen. Da durch verschiedene kleinere Manipulationen – wie etwa die Festsetzung der vierzehn kommunistischen Abgeordneten – keine befriedigende Lösung erreicht werden konnte, wurde das Parlament nach zwei Jahren durch einen königlichen Ukas wieder aufgelöst. Neuwahlen, bei denen jeder Kandidat praktisch das Placet der Regierung benötigte, hatten dann unter innenministerieller Ägide zu einer soliden Regierungsmehrheit von 88 Prozent geführt¹⁵.

Auf solche Weise war es dem Monarchen gelungen, seine Stellung als Staatsführer – wenngleich mit fragwürdigen Mitteln – zu festigen, er allein bestimmte die Politik des bulgarischen Reiches, das übrigens zufälligerweise ebenfalls ein „Drittes“ war¹⁶. Auf die Person des Königs war also das ganze Regime zugeschnitten. Der

¹⁴ Zweno – wörtlich „Kettenglied“ – nannte sich ein Anfang der dreißiger Jahre gegründeter Geheimbund von einigen hundert Offizieren und Intellektuellen, der ohne klar erkennbare ideologische Zielsetzung einfach nach der Macht strebte (an sich also eine faschistische Organisation par excellence) und seitdem an allen Verschwörungen und Putschversuchen beteiligt war. Innenpolitisch vertrat der Kreis die autoritäre Regierungsform, außenpolitisch die unbedingte Annäherung an Jugoslawien zur Verwirklichung des Groß-Südslawischen Reiches. Da die bulgarische Dynastie mit Recht als Hindernis für diesen Zusammenschluß angesehen wurde, war der Bund republikanisch. Oberst Damian Weltscheff wurde nach dem Staatsstreich vom 9. September 1934 Kriegsminister, 1946 jedoch wieder abgesetzt, nachdem in dem Schauprozess Titos gegen Draža Mihailović angebliche konspirative Verbindungen zu dem Tschetnikführer aufgedeckt worden waren. Weltscheff wurde bulgarischer Gesandter in der Schweiz, von wo aus er seinen letzten Putsch zu organisieren versuchte. Er starb 1954 als Emigrant. (Wolfgang Bretholz: Ich sah sie stürzen, München 1955, S. 54ff.; Haucke, a. a. O., S. 51 f.)

¹⁵ Vgl. dazu auch die Aufz. UStSchr. Pol. 485 v. 27. 8. 43, als Fernschreiben an Sonderzug RAM (NG-2609).

¹⁶ 1. Bulgarisches Reich 618 n. Chr.–1018; byzantinische Fremdherrschaft 1018–1186; 2. Bulgarisches Reich 1186–1396; türkische Fremdherrschaft 1396–1878; Gründung des 3. Reiches 1878 auf dem Berliner Kongreß.

Thronfolger Simeon jedoch war jetzt, im Jahre 1943, erst sechs Jahre alt, und damit kam bei einer eventuellen Regentschaft bisher im Hintergrund stehenden Personen erhöhte Bedeutung für den künftigen Kurs der bulgarischen Politik zu.

So ersuchte Staatssekretär Baron Steengracht in der Nacht vom 26. zum 27. August den Gesandten Beckerle zunächst einmal um eine kurze Charakteristik des Prinzen Kyrill, des Bruders und einzigen nahen männlichen Verwandten des kranken Königs, wobei die Berliner Zentrale allerdings Wert darauf legte, daß etwa notwendige Ermittlungen nur intern angestellt und unter gar keinen Umständen irgendwelche bulgarischen Stellen befaßt würden¹⁷. Das Urteil, das der Gesandte daraufhin über den bulgarischen Prinzen abgab, war nun zwar nicht gerade schmeichelhaft, in Anbetracht der gegebenen Lage und der momentan wünschenswerten Qualifikationen jedoch schien Kyrill immerhin akzeptabel zu sein. Er habe den Eindruck – so berichtete Beckerle am 27. August¹⁸ –, daß der Prinz nur wenig Einfluß besitze und auch nicht immer ernst genommen werde. Über seine allgemeine politische Einstellung sei aus diesem Grunde recht wenig bekannt, da er lediglich „im Schatten des Königs bei allen repräsentativen Veranstaltungen anwesend“ sei und sich „stets im Sinne des Königs“ äußere. Er sei daher der Ansicht, fuhr der Gesandte fort, daß Prinz Kyrill keine besondere eigene Meinung habe, aber infolge der Umgebung, in der er lebe, durchaus als in deutschem Sinne orientiert anzusprechen sei.

„Gewisse Tendenzen zum Nationalsozialismus“ allerdings, von denen der Staatssekretär im Zusammenhang mit dem Prinzen gehört haben wollte, glaubte Gesandter Beckerle ihm nicht unterstellen zu können. Und er bot für die Entstehung jener – nach seiner Meinung irrigen – Auffassung eine Interpretation an, welche freilich nicht besonders schmeichelhaft war für die Einschätzung, die der Nationalsozialismus offenbar nach Ansicht von SA-Obergruppenführer Beckerle in Bulgarien genoß. Der Ruf, zu dieser Weltanschauung zu tendieren, sei nämlich in „führenden Kreisen“ wohl dadurch entstanden, daß der Prinz als Lebemann bekannt sei, der „mit seinen nicht immer einwandfreien Freunden oft auch in nicht ausgewählten Kneiplokalen gezecht haben soll, was natürlich das Mißfallen dieser Kreise hervorrief, die von Nationalsozialismus keine Ahnung haben“. Daher hätten jene „Kreise“ wohl das ihnen bei einem königlichen Prinzen unverständliche Verhalten damit verwechselt. Wobei noch hinzukomme, daß Kyrill selbst anscheinend darauf Wert lege, als „sozialer Prinz“ zu gelten¹⁹.

Gleichzeitig hatte sich aber auch Ribbentrop persönlich für die Bestimmungen der bulgarischen Verfassung in Fragen der Regentschaft und Vormundschaft inter-

¹⁷ Tel. AA an Dt.Ges. Sofia (Nr. 1306) v. 27. 8. 43 (NG-2609).

¹⁸ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1264) v. 27. 8. 43, 12.03 Uhr (NG-2609).

¹⁹ Ähnlich urteilte auch der bulgarische Gesandte in Madrid, Draganoff, Botschafter Dieckhoff gegenüber: Kyrill sei ein verkrachter Lebemann, der ein ihm in jungen Jahren zugefallenes großes Vermögen verschleudert habe und keinerlei Ansehen beim bulgarischen Volk genieße. (Tel. Dt.Botsch. Madrid an AA (Nr. 5017) v. 30. 8. 43; Polit. Archiv AA, a. a. O.)

essiert und sich die einschlägigen Artikel kabela lassen²⁰. Ihr Kernpunkt war, daß sich die Regentschaft aus drei vom Großen Sobranje zu wählenden Persönlichkeiten zusammensetzen müsse. Zwar könne der Zar noch zu seinen Lebzeiten die etwaigen Regenten für den minderjährigen Thronfolger bestimmen, jedoch wäre auch hierfür Billigung und Einverständnis des Großen Sobranje erforderlich.

Bei diesem Gremium handelte es sich um eine speziell für Thronfolge- und Regentschaftsfragen zuständige Nationalversammlung, die in doppelter Kopffzahl des gewöhnlichen Parlaments besonders gewählt werden mußte und in der alten bulgarischen Metropole Tirnowo zusammenzutreten hatte²¹. Nun unterschieden sich damals bulgarische Volksvertretungen nicht wesentlich von entsprechenden deutschen Institutionen nationalsozialistischer Prägung, so daß bei voller Aktionsfähigkeit des Zaren jene Mitwirkung und letztliche Entscheidungsgewalt des Sobranje wenig mehr gewesen wäre als eine freundliche Arabeske. Jetzt allerdings, in der augenblicklichen Situation, bestand die Möglichkeit – und so sollte es schließlich auch kommen –, daß der Zar sterben würde, ohne seine Handlungsfreiheit wiedererlangt zu haben.

Unter diesen Verhältnissen konnten die gerade unter der trügerischen Oberfläche autoritärer Gleichschaltung um so gefährlicher fortschwellenden persönlichen Feindschaften und Interessenrivalitäten unheilvolle Mächtigkeit erlangen. Hier vermochte auch der reichlich dehnbare Verfassungsartikel 29 keine verlässlichen Grenzen zu ziehen, der den für eine Regentschaft qualifizierten Personenkreis folgendermaßen beschränkte: Minister, Vorsitzender und Mitglieder des Obersten Gerichts (des sogenannten Kassationshofes) sowie Personen, die jene Posten früher einmal bekleidet hatten, ohne sich etwas zuschulden kommen zu lassen²². Infolge der bewegten Vergangenheit des Landes boten sich selbst in einem so relativ engen Rahmen reiche Möglichkeiten.

Zudem trug zur Erhöhung der Unsicherheit bei, daß sich die allgemeine Stimmung in Bulgarien seit dem Frühjahr erheblich verschlechtert hatte²³. Der Glaube an einen deutschen Endsieg war seit dem Katastrophenwinter 1942/43 ins Wanken geraten, und man begann sich Sorgen um das eigene Schicksal zu machen. Denn obwohl sich Bulgarien, abgesehen von dem unverbindlichen Beitritt zum Antikominternpakt am 25. November 1941, aus dem Rußlandabenteuer herausgehalten hatte und obwohl daher bis zu der sowjetischen Kriegserklärung vom 6. September 1944²⁴ ein Geschäftsträger der UdSSR in Sofia akkreditiert war, stand es doch außer

²⁰ Tel. Dt.Ges. Sofia an RAM (Nr. 1265) v. 27. 8. 43, 15.05 Uhr (NG-2609).

²¹ Ein Großes Sobranje war bisher zusammengetreten zur Zarenwahl am 17. 4. 1879 (Alexander von Battenberg) und am 25. 6. 1887 (Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha).

²² Tel. Dt.Ges. Sofia an RAM (Nr. 1265) v. 27. 8. 43, 15.05 Uhr (NG-2609).

²³ Vgl. die Lagebeurteilung in der Aufz. UStSchr. Pol. 483 v. 27. 8. 43, als Fernschreiben an Sonderzug RAM (NG-2609).

²⁴ Mit dieser Kriegserklärung wurde die Besetzung Bulgariens durch die Rote Armee eingeleitet und motiviert, die dann in dem „Staatsstreich vom 9. September“ durch die sogenannte „Vaterländische Front“ (Kommunisten, Zweno, Bauernpartei, Sozialisten) unter

Zweifel, daß das Land mit dem Beitritt zum Dreimächtepakt am 1. März 1941 sowie mit der Mitte Dezember des gleichen Jahres nachfolgenden Kriegserklärung an die Westmächte²⁵ auf die deutsche Karte gesetzt hatte, zumal es sich ja von Deutschland mit rumänischem, griechischem und jugoslawischem Gebiet in einem Ausmaß hatte beschenken lassen, das selbst die kühnsten Wünsche der „Balkanpreußen“ zufriedenstellte²⁶. Vielen schien also nunmehr das Staatsschiff am Rande des deutschen Geleits ebenfalls dem Abgrund entgegenzutreiben.

Als für Deutschland besonders bedenklich galt dabei – und das betonte eine Aufzeichnung der Abteilung Politik für Ribbentrop vom 27. August –, daß jene pessimistische Einstellung sich nicht etwa auf die zahlenmäßig recht unbedeutende Arbeiterschaft²⁷ beschränkte, sondern „Teile der Bauern wie auch der bürgerlichen Kreise ergriffen hatte, die an sich überwiegend deutschfreundlich eingestellt waren.“ Die wie überall im deutschen Macht- und Schwarzmarktbereich grassierende, ständig ansteigende und nicht einzudämmende Teuerung hatte ihr Teil dazu beigetragen, dem Volke auch an den allergischen Punkten des Magens und des Geldbeutels das Prekäre der Situation eindrucksvoll zu demonstrieren. Als Menetekel hatte das Jahr 1943 daher bereits zahlreiche terroristische Aktionen gegen deutschfreundliche Bulgaren gebracht, die nur durch energisches Zugreifen der Polizei teilweise unterbunden werden konnten. Besonders alarmierend mußten in Berlin Nachrichten wirken, nach denen sich selbst in einigen Truppenteilen der seit Menschengedenken deutschfreundlichen Armee kommunistische Tendenzen bemerkbar gemacht hatten.

Wenn nun trotz solcher Symptome die Wilhelmstraße und die deutsche Gesandtschaft ebenso wie die Regierung Filoffes ablehnten, bisher von einer ausgesprochenen „Zuspitzung der innerpolitischen Lage“ zu sprechen, so nur, weil als Hauptgarantie gegen einen möglichen Umsturz oder eine Krise in Bulgarien nach wie vor die Person des Zaren Boris erschien. „Der Tod des Königs“, so fährt jene von Steengracht unterschriebene Lagebeurteilung vom 27. August fort, „der in den Augen des Volkes weniger Monarch als Führer ist und der in seiner Person das Symbol des bulgarischen Zusammenhalts darstellt, könnte allerdings eine Änderung der inner-

Kimon Georgieff gipfelte. Die rechtzeitige Kriegserklärung der seit dem 2. September, dem Tag des Erscheinens der Roten Armee an der bulgarischen Grenze, amtierenden demokratischen Regierung Bulgariens an Deutschland soll durch den im Auftrag der Sowjets handelnden Kriegsminister unter dem Vorwand technischer Schwierigkeiten verhindert worden sein (vgl. Bretholz, a. a. O., S. 54 ff.).

²⁵ Es handelte sich um eine Art Massendemonstration sämtlicher im Dreimächtepakt zusammengeschlossenen Satelliten, ausgelöst durch den Beginn der Kampfhandlungen zwischen dem Dreierpakt-Mitglied Japan und den Westmächten.

²⁶ Unter deutschem Druck trat Rumänien im September 1940 die Süd-Dobrukscha (7700 qkm) an Bulgarien ab; aus der jugoslawischen Erbmasse erhielt der Zarenstaat nach dem Südostfeldzug fast das gesamte jugoslawische Nord-Mazedonien mit Skopje sowie ein serbisches Randstück an der Morawa (zusammen 27 000 qkm), von Griechenland West-Thrazien zwischen Dedeagatsch und der Struma (15 000 qkm) als deutsches Geschenk.

²⁷ Bergbau, Industrie und Handwerk beschäftigten etwa acht Prozent der bulgarischen Berufstätigen (Hauke a. a. O., S. 64).

politischen Lage herbeiführen. Das bulgarische Volk, das ohne den König in gewisser Hinsicht führerlos und damit unsicher würde, könnte dadurch in stärkerem Maß unter den Einfluß der kommunistischen und anglophilen Opposition geraten... Zusammenfassend ist zu sagen, daß unter König Boris uns unerwünschte innerpolitische Veränderungen in Bulgarien vorerst nicht ernsthaft zu befürchten wären, daß aber sein Hinscheiden eine Situation schaffen könnte, die außer einer innerpolitischen Krise auch eine andere außenpolitische Orientierung herbeiführen könnte.“

Trotz dieser relativ klaren Interessenlage war der Ruf des Dritten Reiches aber schlecht genug, um die Propagandathese eines Zusammenhangs zwischen dem Tod des Königs und „unbefriedigenden Verhandlungen mit dem Führer“²⁸ glaubhaft zu machen. Ansatzpunkt für die kursierenden Vermutungen war und ist auch heute noch ein damals zunächst nicht publizierter Besuch des Königs in Hitlers Hauptquartier am 15. August 1943. Entweder soll Boris in der Erregung über die dort an ihn gestellten Forderungen einen Herzschlag oder irgend etwas Ähnliches erlitten haben, oder aber er soll bei jener Gelegenheit vergiftet worden sein, weshalb denn auch sein Tod verschiedentlich in Hitlers Hauptquartier verlegt worden ist oder auf einen Zeitpunkt unmittelbar nach seiner Rückkehr²⁹. Ist die erste Behauptung völlig unsinnig, so ist auch die zweite bei genauer Betrachtung unhaltbar.

Gegen beide Versionen spricht zunächst schon die Tatsache, daß Boris eben bereits am 15. bei Hitler gewesen war, ganze acht Tage also vor seiner plötzlichen Erkrankung und dreizehn Tage vor seinem Tod. In jenen acht Tagen nach seiner Heimkehr aber war König Boris noch völlig auf dem Posten gewesen, wie einwandfreie Schilderungen beweisen³⁰. Bei seiner Rückkehr am 16. August hatte er sich gänzlich gesund gefühlt, nur etwas erschöpft von dem doch anstrengenden Rückflug. Am 17. August hatte er sich in seine Sommerresidenz Zarska Bistritza bei Tschamkorja im Rila-Gebirge begeben. Dort bestieg er am Tage darauf in Begleitung seines Bruders, zum Teil zu Pferde, zum Teil zu Fuß, den Gipfel des 2923 m hohen Musalla, wobei er sich in glänzender Laune mit anderen Touristen unterhielt. Am folgenden Donnerstag und am Freitag machte er mit Freunden Spaziergänge in die Umgebung. Am Nachmittag des 20. August empfing er den bulgari-

²⁸ Botschafter v. Papen bat bereits am 28. August um schleunige propagandistische Gegenaktionen (Tel. an AA Nr. 1214 v. 28. 8. 43 – NG-2609).

²⁹ So noch im Figaro v. 15. 12. 48 u. a., vgl. Nikolaev, a. a. O., S. 92f.

³⁰ VB v. 1. 9. 43; Nikolaev, a. a. O., S. 85ff. Das gleiche berichtet die Königin Joanna in ihren Memoiren. Auch der später hingerichtete Iwan Sewoff, von Beruf Architekt und als engster Vertrauter des Zaren damals von manchen der „bulgarische Rasputin“ genannt, bezeichnete, als er im November 1944 einem Zellengefährten im Polizeigefängnis von Sofia die Vorgänge um den Tod des Königs schilderte, den damaligen Gesundheitszustand des Königs als normal. Gut freilich sei er niemals gewesen: Boris, der in seiner Jugend recht unmäßig gelebt hätte, habe stets an Verdauungsstörungen gelitten und immer eine Anzahl Medikamente bei sich geführt. (Mitteilung von Dr. Reinhard Guthschmidt an den Verf. v. 6. 8. 61.)

schen Gesandten in Berlin, Professor Zagoroff, am Tage darauf ging er auf die Hirschjagd. Am Sonntag kam die Familie des Königs nach Zarska Bistriza, worauf am Nachmittag, nachdem Boris zwei Stunden mit dem Kriegsminister, Generalleutnant Michoff, konferiert hatte, eine gemeinsame Fahrt im offenen Wagen unternommen wurde. Der König saß selbst am Steuer und war bei guter Laune, das Wetter war prächtig, und das Publikum applaudierte lebhaft.

Am nächsten Morgen – es war Montag, der 23. August – kehrte der König nach Sofia zurück. Den Tag über arbeitete er mit verschiedenen Regierungsbeamten. Gegen sieben Uhr abends telefonierte er mit seiner Schwester. Er schien erschöpft, und seine Stimme war müde. Auf Anfrage sagte er, daß er sich nicht wohl fühle, nur mit Mühe atme und einen Druck in der Brust empfinde. Wenige Minuten nach diesem Gespräch brach der König die Arbeit ab, klagte wieder über sein Befinden und meinte, daß er sich noch nie so schlecht gefühlt habe. Nur mit Mühe erreichte er sein Schlafzimmer, erbrach sich etwa eine halbe Stunde lang und verlor dann das Bewußtsein. Die Diagnose der herbeigerufenen Ärzte lautete – wie erwähnt – zunächst auf Gallenkrämpfe, später hieß es dann: Thrombose der linken Koronararterie³¹.

Alle diese Einzelheiten der letzten Tage vor der Erkrankung tragen nicht dazu bei, eine heftige Erregung oder gar eine Vergiftung gewissermaßen mit Zeitzündler als Todesursache glaubhaft zu machen, selbst wenn man einmal die Möglichkeit eines Giftgases unterstellt, das bei einmaliger Verabreichung erst nach einer Woche zu wirken beginnt und erst nach einer weiteren Woche den Exitus herbeiführt. Trotzdem schienen dahinzielende Gerüchte eine gewissermaßen autoritative Bestätigung zu finden, als der Bruder des Zaren, Prinzregent Kyrill, im Januar 1945 anlässlich seines Schauprozesses vor dem kommunistischen „Volksgericht“ entsprechende Aussagen machte. Sprach er zunächst nur von einer zu starken Dosis Sauerstoff, welche die Atemmaske des Königs enthalten hätte, so phantasierte er zwei Tage darauf, der Zar „sei seinerzeit von den Deutschen im Flugzeug bei seiner Rückkehr aus dem Führerhauptquartier umgebracht worden. Man habe ihm plötzlich eine Chloroformmaske übers Gesicht gestülpt, wie bei Operationen üblich, die jedoch Giftgas ausgeströmt habe“³².

Man kann diesen zweifelhaften Aussagen eines zumindest terrorisierten Angeklagten wohl kaum irgendwelchen Beweiswert beimessen. Es ist immerhin auffällig, daß selbst nachfolgende kommunistische Historiographie mit bemerkenswerter Wortkargheit schlicht und ohne nähere Details vom „Tode des Zaren Boris im August 1943“ spricht³³. Auch ein angeblicher Bericht von Hitlers Leibpiloten Baur, der in den Räumen der deutschen Botschaft gefunden worden sein soll und der drei Jahre nach dem Krieg im Pariser „Figaro“ veröffentlicht wurde³⁴, ist

³¹ Nikolaev, a. a. O., S. 88.

³² Neue Zürcher Zeitung v. 14. 1. 45 und 15. 1. 45 (Morgenausgabe).

³³ Vgl. z. B. I. B. Walew: Aus der Geschichte der Vaterländischen Front Bulgariens, Berlin 1952, S. 37.

³⁴ Der bei Nikolaev und in den Erinnerungen der Königin erwähnte Artikel („Figaro“ v. 14./15. 12. 48) hat dem Verf. nicht vorgelegen.

wenig geeignet, diese Version zu stützen: er, der Pilot – so heißt es hier –, sei gemäß erhaltenen Befehlen mehrmals senkrecht auf 8000 m gestiegen und dann im Sturzflug wieder auf Bodennähe herabgegangen (gewiß beachtliche Manöver für die Ju 52). Dieser Höhenwechsel habe, verbunden mit dem Gift in der Sauerstoffmaske, den späteren Tod des Königs herbeigeführt. Dazu ist einmal zu sagen, daß sich Boris, der ja von solchen Dingen auch etwas verstand und ein Flugzeug führen konnte, eine derartige Behandlung kaum hätte gefallen lassen. In ihren jetzt veröffentlichten Memoiren berichtet nun aber die ehemalige bulgarische Königin Joanna, ihr Gatte habe Baur am Tag nach seiner Ankunft Geschenk und Dank übermitteln lassen, bei welcher Gelegenheit er seine beiden Kinder mitgeschickte, die eine Stunde lang mit Baur im Inneren des Flugzeuges herumkletterten. Im übrigen hält ebenfalls die Königin – sonst vom gewaltsamen Tod des Zaren Boris überzeugt – die Geschichte von dem Mord per Flugzeug für unglaublich³⁵. Hinzu kommt, daß ein Teilnehmer des Fluges, der Privatsekretär der Königin Slavtcho Balan, auf Befragen die Möglichkeit eines derartigen Attentats lebhaft bestritten hat. In der Kabine hätten auf einem Tischchen einige Sauerstoffmasken gelegen, von denen sich jeder Passagier bei Erreichen entsprechender Flughöhe – es galt die Karpaten zu überfliegen – wahllos eine genommen und nach Gebrauch wieder zurückgelegt habe. Es sei dabei durchaus möglich gewesen, daß man beim zweiten Male eine andere Maske ergriffen habe als vorher³⁶.

Scheinbar gewichtiger ist, was über die politischen Ansichten des Zaren im Sommer 1943 bekannt geworden ist. Der Journalist Wolfgang Bretholz etwa, Redakteur des Berliner Tageblatts bis 1933 und seitdem Emigrant in verschiedenen Ländern, traf am 13. September 1944, vier Tage also nach dem Staatsstreich und fünf Tage vor dem Einmarsch der Roten Armee, aus der Türkei kommend in Sofia ein³⁷. Er trug dann zusammen, was damals und dort über den gerade ein Jahr zurückliegenden Tod des Königs zu hören war, wobei erwiesene gute Beziehungen zu den neuen Herren aller Färbungen eine gewisse Gewähr für zuverlässige Journalistenarbeit bieten. Seinen Ermittlungen zufolge soll nun der König nach seiner Rückkehr Vertrauten erzählt haben, Hitler habe von ihm mit massiven Drohungen eine klare Entscheidung gegen die Sowjetunion verlangt. Durch die ausweglose Lage bedrückt, soll Boris angeblich am Tage seiner Rückkehr geäußert haben: „Zum zweiten Male stehen wir auf der falschen Seite und werden zu den Besiegten gehören.“ Und er scheint – so hörte Bretholz – mit dem Gedanken gespielt zu haben, den deutschfreundlichen Filoff zu verabschieden³⁸ und sich auf die Seite der West-

³⁵ „Oggi“, a. a. O. – Die Erinnerungen von Flugkapitän Hans Baur („Ich flog Mächtige der Erde“, Kempten 1956) sind hierfür kaum zu gebrauchen, da sie Daten und Ereignisse ziemlich durcheinanderwerfen (vgl. S. 236 ff., 244 und 246 f.). Er spricht jedenfalls von „herrlichem Wetter“ auf dem Rückflug, der König habe sich von dem „Erlebnis beglückt“ gezeigt.

³⁶ Mitteilung von Dr. Reinhard Guthschmidt an den Verf. v. 6. 8. 61.

³⁷ Bretholz, a. a. O., S. 40 ff. und 144 ff.

³⁸ An dieser Stelle, S. 48, fügt Bretholz ein: „... mit Hilfe der Armee die Regierungsgewalt an sich zu reißen ...“, – obwohl nicht recht ersichtlich ist, was ein autoritärer Herrscher noch an Regierungsgewalt an sich reißen könnte.

mächte zu schlagen, obwohl er angesichts der deutschen Besetzung seines Landes von der militärischen Sinnlosigkeit eines solchen Unternehmens wußte. Hinweise dieser Art gibt es neben dem Bretholz-Bericht noch mehrere. In den Erinnerungen der Königin werden ähnliche Überlegungen und Absichten angeführt und auch die letzten Besprechungen des Zaren mit Zagoroff und General Michoff damit in Zusammenhang gebracht. Und Prinz Kyrill erklärte in der bereits erwähnten Verhandlung vor dem „Volksgericht“, Boris sei aus dem Wege geräumt worden, weil er sich geweigert habe, der deutschen Forderung auf Entsendung bulgarischer Truppen nach Griechenland zu entsprechen³⁹.

In diese Richtung zielt auch eine 1952 erschienene Biographie aus der Umgebung des Königs, die allerdings voller Entstellungen und allzu offensichtlich von dem Bestreben geleitet ist, Boris als aufrechten Demokraten zu schildern, ihn von Hitler zu distanzieren und zu einer Art Widerstandskämpfer umzustilisieren⁴⁰. Danach hätte Boris nach ernsthaften Vorstellungen einiger nichtkommunistischer Politiker Ende Juli 1943 die Absicht gehabt, das Kabinett Filoff durch eine anti-deutsche Regierung prominenter Politiker der alten Parteien unter der Leitung des Sozialdemokraten Pastukoff zu ersetzen. Am 20. August seien dann bulgarische Elitetruppen um Sofia zusammengezogen worden, wobei die für den folgenden Tag angesetzten Manöver nur einen Vorwand darstellten, während sie in Wirklichkeit eine deutsche Intervention bei dem vorgesehenen Kabinettswechsel hätten verhindern sollen. Mitten in dieser gespannten Lage sei der König plötzlich am 21. August erkrankt (tatsächlich geschah das indessen erst am Abend des 23.). In diesen Zusammenhang fügen sich dann auch die letzten Worte ein, die Boris am Abend seiner Erkrankung zu seinem Sekretär über die acht Tage zurückliegende Konferenz mit Hitler geäußert haben soll: „Oh, diese Begegnung war fürchterlich. Stundenlang mußte ich gegen Hitler und seine Umgebung kämpfen, um Bulgarien aus ihren Krallen zu reißen, aber schließlich gelang es mir. Sie werden es nicht dahin bringen, mein Vaterland zu Grunde zu richten, selbst wenn ich dafür mit meinem Leben bezahlen müßte“⁴¹.

Aus solch allzu gut zusammenpassenden Indizien wagt freilich nicht einmal die erwähnte Darstellung den Schluß auf eine deutsche Urheberchaft zu ziehen. Zur Sache ist zunächst einmal festzustellen, daß der deutsche Diktator den bulgarischen König – wie Dolmetscher Schmidt bemerkt hat⁴² – recht sympathisch fand, jedenfalls für einen Monarchen. Gewiß ist anzunehmen, daß sich Boris Mitte 1943 über die Lage seines Landes seine eigenen Gedanken gemacht, daß der bevorstehende

³⁹ Neue Zürcher Zeitung v. 15. 1. 45 (Morgenausgabe).

⁴⁰ Nikolaev, a. a. O., S. 82f., 88 und 115.

⁴¹ Nach den Erinnerungen der bulgarischen Königin bestand diese angebliche Äußerung zu dem Sekretär Gruëff nur aus dem einen Satz: „Gewiß, diese Unterredung war doch sehr anstrengend.“ Das weitere dürfte denn auch in das Reich der Fabel gehören. Von den Truppenbewegungen zwecks Verhinderung eines deutschen Coups spricht allerdings auch die Königin, vermutlich aber auf Grund der Angaben Nikolajeffs.

⁴² Dr. Paul Schmidt: Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45, 86. bis 115. Tausend, Bonn 1953, S. 584.

Seitenwechsel des verwandten italienischen Königshauses seine Befürchtungen verstärkt und daß er wohl auch nach Kontaktmöglichkeiten mit London und Washington Ausschau gehalten hat, – aber bei der notorischen Suggestivwirkung Hitlers ist es nicht gerade wahrscheinlich, daß solch sorgenvolle Gedanken sich nach einem Zusammentreffen mit Hitler krisenhaft gesteigert haben sollten. Es ist im Gegenteil auch für den bulgarischen König bezeugt, daß er nach seinen Besuchen bei Hitler von der Richtigkeit der deutschen Auffassungen bestärkt zu sein pflegte.

Wird nun aber behauptet, Hitler habe dem König scharf zugesetzt, um den Bruch Bulgariens mit Rußland zu erzwingen – nach Erinnerung der Königin soll er ihn deshalb in einem „unvorstellbaren Wutausbruch angefallen“ haben –, so ist das Gegenteil zwar mangels Zeugen nicht zu beweisen⁴³, aber es steht immerhin fest, daß das Reich ein aktives Eingreifen Bulgariens in den deutsch-russischen Krieg nicht unbedingt gewünscht hat. Es sollte vielmehr die bulgarische Karte gegen eventuelle türkische Ambitionen in der Hinterhand gehalten werden. So mußte etwa die Waffen-SS noch in den letzten Tagen des Jahres 1942 ihren Plan, bulgarische Freiwillige zu werben, nach Vortrag bei Hitler fallenlassen, weil die bulgarischen Streitkräfte für ihre Aufgaben gegen die Türkei so stark wie möglich erhalten werden sollten⁴⁴.

Das schließt allerdings nicht aus, daß der Zar gewiß öfter zu einem offenen Bruch mit der Sowjetunion und vor allem zum Abbruch der mit recht scheelen Blicken angesehenen diplomatischen Beziehungen mit Moskau gedrängt worden ist, jedoch hat er stets mit dem Hinweis parieren können, das bulgarische Volk werde nie gegen das Land kämpfen, dem es seine Befreiung vom türkischen Joch verdanke. Daß nun aber der Druck Hitlers an jenem 15. August sich zu einem Ultimatum verstärkt haben soll, ist höchst unwahrscheinlich. Denn schließlich ist selbst der nachfolgende bulgarische Regentschaftsrat, dessen Prestige gewiß nicht an das des Königs heranreichen konnte, hierin nicht zu Zugeständnissen gezwungen worden.

Wenn man gar noch behauptet, der König sei – weil er sich den Forderungen Hitlers widersetzt habe – unter deutscher Regie beiseitegeräumt worden, so steht dem, wie gesagt, entgegen, daß zumindest die Wilhelmstraße in der Existenz des Zaren eine Gewähr für die Fortsetzung des bisherigen Kurses sah⁴⁵. In der Tat

⁴³ Da Boris fließend deutsch sprach, war kein Dolmetscher zugegen, und Aufzeichnungen über seine Unterredungen mit dem bulgarischen König soll Hitler nicht für erforderlich gehalten haben (Schmidt, a. a. O., S. 584). Wie Königin Joanna berichtet, ist aber der bulgarische Kriegsminister Michoff bei diesem Gespräch zugegen gewesen. Im – von ihr in Moskau vermuteten – Tagebuch des später von den Kommunisten exekutierten Generals mußte nach Meinung der Königin die Lösung des Rätsels um den Tod des Zaren zu finden sein.

⁴⁴ Schreiben des Ges. v. Erdmannsdorff (AA) an SS-Ogruf. Wolff (Pers.Stab RFSS) v. 23. 12. 42 (NG-3665).

⁴⁵ Auch etwa der Gesandte Bulgariens in Madrid, Draganoff, befürchtete nach dem Ableben des Königs politische Schwierigkeiten und Bemerkbarwerden anderer Strömungen. Der Tod des Königs sei ein schwererer Schlag für die gemeinsame Sache als eine eventuelle alliierte Landung auf dem Balkan. (Tel. Dt.Botsch. Madrid an AA (Nr. 5017) v. 30. 8. 43; Polit. Archiv AA, a. a. O.)

erweisen die ziemlich ratlosen deutschen Bemühungen um die Zusammensetzung der Regentschaft ebenso wie die vergebliche Einflußnahme auf die Regierungsbildung mit aller Deutlichkeit, daß man deutscherseits nach dem Tode des Zaren praktisch nur noch die Möglichkeit hatte, unter verschiedenen Übeln das kleinste zu fördern.

Der Tod des Königs war allen ärztlichen Bemühungen zum Trotz am Sonnabend, dem 28. August 1943, 16.22 Uhr, eingetreten, wie der deutschen Gesandtschaft am Abend mitgeteilt wurde⁴⁶. Der Tag zuvor hatte noch eine leichte Besserung des Allgemeinbefindens gebracht⁴⁷, jedoch war eine Komplikation im Gehirn aufgetreten, die Sajitz als Blutleere diagnostizierte, Eppinger jedoch ernster beurteilte⁴⁸. Beide hatten die Hinzuziehung des Berliner Neurologen de Crinis⁴⁹ für erforderlich gehalten, der dann auch mit einer telefonisch bei Göring erbetenen Sondermaschine am Todestag, 9 Uhr morgens, in Sofia eintraf⁵⁰.

Währenddessen hatte man der bulgarischen Öffentlichkeit den Ernst der Lage vorenthalten. Noch am Mittag des 26. August wußten neben der nächsten Umgebung lediglich der Ministerpräsident und der Kriegsminister davon, auch die Königin war erst am Abend zuvor über die Schwere der Krankheit unterrichtet und von Zarska Bistriza nach Sofia gerufen worden. Die Ärzte lebten im Palais praktisch als Gefangene, und die deutscherseits befaßten Stellen wurden von den Bulgaren um strengste Geheimhaltung gebeten, da man bei einem Bekanntwerden vor allem innenpolitische Komplikationen befürchtete⁵¹. Trotzdem mußte man sich noch am 26. zu einem kurzen, inhaltslosen Kommuniqué bequemen,

⁴⁶ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1285) v. 28. 8. 43, 20.20 Uhr (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

⁴⁷ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1266) v. 27. 8. 43, 12.52 Uhr, dass. Nr. 1267 v. 27. 8. 43, 17.36 Uhr (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

⁴⁸ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1270) v. 27. 8. 43, 19.20 Uhr (Polit. Archiv AA, a. a. O.). – An diesem Tage hatte Ministerpräsident Filoff die bulgarischen Ex-Premiers zu einer Besprechung empfangen, an der Muschanoff, General Zlateff und Zankoff teilnahmen. Toscheff war krank, Georgieff in der Provinz. An zwei weiteren Konferenzen am 31. August und 1. September nahm dann auch Georgieff teil. (Neue Zürcher Zeitung v. 27. 8. [Abendausgabe], 30. 8. [Morgenausgabe] und 1. 9. 43 [Abendausgabe].)

⁴⁹ Es handelte sich um Prof. Maximilian de Crinis, seit 1938 als Nachfolger von Geheimrat Karl Bonhoeffer Direktor der Psychiatrischen und Nervenkl. der Universität Berlin. Prof. de Crinis nahm sich am 2. 5. 45 mit Zyankali das Leben, als seine Flucht aus Berlin scheiterte. – Mit Sicherheit sind lediglich diese drei deutschen Ärzte zur Behandlung des Königs zugezogen worden. Wenn Bretholz (a. a. O., S. 48) behauptet: „Hitler, der sofort durch den deutschen Botschafter Beckerle von der Erkrankung des Königs verständigt worden war, schickte Professor Sauerbruch und seinen Leibarzt Karl Brandt nach Sofia, aber auch sie waren ratlos...“ – oder etwa auch Papen (a. a. O., S. 571) als behandelnden Arzt neben Eppinger Sauerbruch anführt, so ist das nicht zutreffend. Flugkapitän Baur (a. a. O., S. 247) erzählt noch von einem – bulgarischerseits abgelehnten – Angebot Hitlers, seinen Wunderdoktor Morell nach Sofia zu schicken; eine diesbezügliche Anfrage in Sofia ist jedoch nicht bekannt.

⁵⁰ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1277) v. 28. 8. 43, 10.30 Uhr (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

⁵¹ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1256) v. 26. 8. 43, 13.25 Uhr (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

nachdem die Sperrung der Umgebung des Palastes für den Kraftwagenverkehr zu Gerüchten Anlaß gegeben hatte. Es erregte im amtlichen Sofia jedoch Unwillen, als Reuter am Abend über jenen dünnen Text hinaus – angeblich nach DNB – die Meldung verbreitete, es handle sich um eine Angina pectoris und der Zustand des Königs rufe schwere Besorgnis hervor⁵².

In Deutschland freilich las man überhaupt erst am Todestag des Königs etwas über seine Erkrankung in der Zeitung. Allerdings, man hatte in dieser aufregenden Zeit auch genug andere Sorgen: da war etwa der Generalstabschef der Luftwaffe, Generaloberst Jeschonnek, kurz zuvor – wie man lesen konnte – „seinem schweren Leiden erlegen“, die Räumung Siziliens wurde in diesen Wochen als „gewaltige militärische und organisatorische Leistung“ gefeiert, die ominöse Vokabel „Abwehrerfolg“ ließ sich endgültig in den Spalten der deutschen Presse nieder, und der SS-Chef Himmler war gerade in jenen Tagen Innenminister geworden. Selbst vom Tode des bulgarischen Königs nahm man daher nur flüchtig Notiz, obwohl die Begleitumstände dieses Todes eigentlich zu denken gaben.

Was das medizinische Detail betraf, so wurde zunächst überhaupt keine Todesursache verlautbart. Die Proklamation, die Ministerpräsident Filoff nach mehrstündiger Vorbereitung durch „ernsteste Musik“ acht Uhr abends im bulgarischen Rundfunk verlas, beschränkte sich auf folgende unverbindliche Mitteilung:

„Seine Majestät der König, Zar Boris III., der Einiger, ist nach kurzer und schwerer Krankheit heute am 28. August 1943 um 16.22 Uhr im Kreise seiner Familie verschieden. Unermeßlich ist der Schmerz Bulgariens und des bulgarischen Volkes. Wir alle haben die heilige Pflicht, sein Vermächtnis zu erfüllen und einig und unbeirrt den von ihm vorgezeichneten Weg weiterzuschreiten.“⁵³

Unter „kurzer und schwerer Krankheit“ konnte jeder verstehen, was er wollte. Immerhin hielt es aber die offizielle bulgarische Nachrichtenagentur bereits am Tage nach dem Tode für notwendig, „alle Berichte, wonach die Erkrankung des Königs auf äußere Ursachen zurückzuführen sei, kategorisch zu dementieren; diese Meldungen seien reine Phantasieprodukte“⁵⁴. Erst zwei volle Tage nach dem traurigen Ereignis freilich, erst am 30. August, wurde die Todesursache bekanntgegeben. Dafür entschädigte aber der unter diesem Datum vom bulgarischen Justizministerium herausgegebene Sterbeakt gleich durch eine stattliche Anzahl plausibler Gründe:

„Der Tod erfolgte durch Verstopfung der linken Herzerterie, durch eine doppelte Lungenentzündung und durch Anschwellung der Lunge und des Gehirns“⁵⁵.

⁵² Tel. Dt. Ges. Sofia an AA (Nr. 1275) v. 27. 8. 43, 19.40 Uhr; dass. Nr. 1278 v. 28. 8. 43, 12.20 Uhr (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

⁵³ VB v. 29. 8. 43.

⁵⁴ Bretholz, a. a. O., S. 48f.; Neue Zürcher Zeitung v. 30. 8. 43 (Morgenausgabe). – Zu einem weiteren Dementi der von „einer Reihe ausländischer Zeitungen und Agenturen neuerdings verbreiteten falschen, frei erfundenen Meldungen über die Ursachen des Ablebens von König Boris“ sah sich die Agence Bulgare am 7. September veranlaßt (Neue Zürcher Zeitung v. 7. 9. 43 – Morgenausgabe).

⁵⁵ VB v. 31. 8. 43.

Obwohl medizinisch gewiß korrekt, beging die bulgarische Regierung hiermit – die „Gallenkrämpfe“ kamen ja noch hinzu – vielleicht den Fehler, des Guten etwas zu viel zu tun. Um jedenfalls den wilden Gerüchten entgegenzutreten und auch dem letzten Balkanbauern die offizielle Lesart einzuhämmern, ergänzte sie daher dieses für den Laien etwas verwirrende Überangebot pathologischer Details am folgenden Tage mit einem auf menschliches Mitgefühl abgestellten Bericht. An jenem 31. August nämlich versammelte Professor Filoff die erreichbaren Pressevertreter um sich und diktierte ihnen ein breites Feuilleton über die letzten Lebenstage des Monarchen. Der Bericht des VB-Korrespondenten begann folgendermaßen:

„Der bulgarische Ministerpräsident Professor Filoff gab am Dienstagnachmittag vor der bulgarischen Presse eine Darstellung des Lebens und der Erkrankung des Königs Boris. Einleitend teilte er mit, daß sich der verstorbene Herrscher eine Woche vor seiner Erkrankung im Kurort Tschamkorja im Rila-Gebirge aufhielt.“

Es folgte eine Schilderung der letzten Beschäftigungen des Königs, der Bergbesteigung, der Wanderungen und der Ausflüge, Ausfahrten und Jagden⁵⁶. Dann verbreitete sich das Bulletin über den Tag der Rückkehr nach Sofia, den 23. August, und fuhr fort:

„Während des Nachmittages erstattete der Chef der Privatkanzlei des Königs Grueff, einen Bericht und legte ihm einige Erlasse zur Unterschrift vor. Am gleichen Tage um 19.31 Uhr [!] traten die ersten Anzeichen einer Erkrankung beim König auf, die auf nervöse Erkrankung durch Überarbeitung schließen ließen. Der Hofarzt Dr. Daskaloff und die übrigen Ärzte waren sich sofort über die Diagnose der Krankheit klar und trafen die entsprechenden ärztlichen Maßnahmen. Der König aber zeigte sich schon müde und schlummerte zeitweilig. Am Freitag trat eine gewisse Besserung in seinem Befinden ein, die sich, wie bekannt, als nur vorübergehend herausstellte⁵⁷.“

Dieses sichtlich zur Beschwichtigung bestimmte Kommuniqué war veranlaßt worden durch einen Besuch Beckerles bei Filoff am 30. August, bei welcher Gelegenheit der Gesandte auf die mit dem plötzlichen Tod des Königs zusammenhängenden deutschfeindlichen Gerüchte hinwies⁵⁸. Der Ministerpräsident bemerkte gleichsam nebenbei, wie unsinnig doch alle derartigen Redereien seien, daß ganz im Gegenteil von einem Tod durch Vergiftung, woran man „natürlich“ auch bulgarischerseits zunächst gedacht habe und in welcher Richtung auch Ermittlungen angestellt worden seien, gar keine Rede sein könne. Darüber wären sich auch „alle bulgarischen und deutschen Ärzte vollkommen einig“. Sie hätten vielmehr Erkrankung und Tod des Königs als „klassisches Beispiel für einen solchen Krankheitsfall und seinen Verlauf gekennzeichnet, der neben dem Verlauf als Folge von Erkältung [sic!] vor allem auch als Folge von starken Ermüdungen und Anstrengungen eintreten könne“. Nicht umsonst habe er – Filoff – den König ja immer gewarnt, weil er sich stets übernommen habe. Die Besteigung des Musalla sei geradezu unverant-

⁵⁶ Vgl. oben S. 391f.

⁵⁷ VB v. 1. 9. 43.

⁵⁸ Tel. Dt.Ges. Sofia an RAM (Nr. 1304) v. 30. 8. 43, 18.20 Uhr (NG-2609).

wortlich gewesen. Immerhin erfährt man aber doch aus der Niederschrift über diese Besprechung, daß die „Einleitung“ der Filoffischen Pressemitteilung weiter zurückgriff, als es nach der in Deutschland veröffentlichten Fassung erschien. In Wirklichkeit hatte Filoff vielmehr zum Unbehagen des Gesandten darauf bestanden, auch den „nun fast allgemein bekannten“ Besuch des Königs im Führerhauptquartier zu erwähnen, von dem er nach in „vollem und herzlichem Einverständnis“ geführten Besprechungen „erfreut und zufrieden“ zurückgekehrt sei.

Als der Gesandte Beckerle dieses Gespräch für Ribbentrop resümierte, versah er die Bemerkung, alle bulgarischen und deutschen Ärzte seien sich völlig einig gewesen, mit einem Ausrufungszeichen. Dies bezog sich auf ein von ihm am Vortage nach Berlin abgesetztes Telegramm⁵⁹. Er hatte nämlich am 29. die drei deutschen Ärzte vor ihrem Abflug nach Deutschland zu sich gebeten, sich mit ihnen (nachdem er ihren Begleiter, Luftattaché Oberst von Schoenebeck, hinauskomplimentiert hatte) über den Tod des Zaren unterhalten und dabei allerdings ganz andere Angaben erhalten, als die offizielle bulgarische Version vom Tage darauf sie enthielt.

Die Mediziner hatten dem Gesandten zunächst erzählt, daß es ihnen während der ganzen Zeit leider unmöglich gewesen sei, mit ihm Fühlung zu halten, da man sie im Palais „sozusagen gefangengehalten“ habe, um das Heraussickern auch der geringfügigsten Nachricht zu verhindern. Selbst am vergangenen Tage, nach Eintritt des Todes, sei darin keine Änderung eingetreten. Was nun die Krankheit selbst anlange, so habe man ihnen praktisch die ganze Diagnose überlassen, während sich die bulgarischen Kollegen sehr zurückgehalten hätten. Im Gegensatz zu der später landläufigen Auffassung⁶⁰ berichtete Dr. Sajitz, er habe den König noch bei vollem Bewußtsein gesprochen. Der Zar sei sich über die Schwere seines Zustandes völlig klar gewesen und habe gemeint, daß es ihn diesmal gepackt hätte, daß er eine Angina pectoris habe und wohl nicht mehr mit dem Leben davonkommen würde. Und es ist ferner interessant, daß bei dieser Gelegenheit Boris selbst sein Leiden den Anstrengungen des Ausflugs auf den Musalla zugeschrieben hat.

Solche Äußerungen des Königs und die erwiesene Tatsache, daß Dr. Sajitz und wohl auch Professor Eppinger den Kranken noch gesprochen haben, daß also die Hinzuziehung der deutschen Ärzte wenn schon nicht auf Veranlassung des Patienten, so doch gewiß nicht gegen seinen Willen erfolgt ist – diese Fakten sind weiter geeignet, die These von der Ermordung des Zaren der Bulgaren durch deutsche Hände zu erschüttern. Hätte Boris nämlich mit Hitler wirklich solche Auseinandersetzungen gehabt, wie dies behauptet wird, so wäre er wohl kaum ohne Mißtrauen gewesen und hätte es sich schwerlich gefallen lassen, ausgerechnet in der Hand deutscher Ärzte zu sein. Auch wenn er zu beiden persönlich volles Vertrauen

⁵⁹ Tel. Dt.Ges. Sofia an RAM (Nr. 1292) v. 29. 8. 43, 19.45 Uhr (NG-2609).

⁶⁰ Bretholz (a. a. O., S. 48) wurde 1944 in Sofia berichtet, der König sei von dem Augenblick seines plötzlichen Zusammenbruchs am 23. August an bis zu seinem Tode nicht mehr zu vollem Bewußtsein gelangt.

gehabt hat, wäre eine solche Reaktion beinahe unvermeidlich gewesen. Da sie allem Anschein nach ausgeblieben ist, liegt es nahe, daß wenigstens Boris selbst völlig arglos gewesen sein muß.

Im weiteren Verlauf seiner Unterredung mit den drei Ärzten hatte der Gesandte dann jene Frage gestellt, die damals die Gemüter bewegte: ob sie es nämlich für möglich hielten, daß irgendeine äußere Einwirkung – also etwa eine Vergiftung – Ursache der Krankheit und des Todes sein könne. Diese Frage, die das amtliche Kommuniqué vom gleichen und die Erklärung des Ministerpräsidenten vom folgenden Tage „kategorisch“ verneinten, wurde hinter den verschlossenen Türen der deutschen Gesandtschaft von den drei Herren auf Grund des allgemeinen Verfalls des Kranken sofort und ohne zu überlegen einstimmig bejaht, wobei Professor Eppinger sogar von einem „typischen Balkantod“ sprach (wie auch de Crinis gleich bei seinem Eintreffen am Krankenbett des Königs seinen Kollegen gegenüber geäußert haben soll, man stünde hier den Folgen einer Vergiftung gegenüber⁶¹). Beckerle drang daraufhin weiter vor: Ob man wohl noch mehr sagen, ob diese Todesursache als wahrscheinlich unterstellt werden könne? An dieser Stelle allerdings lenkten die drei Jünger Askulaps mit der bekannten Vorsicht ihres Berufsstandes ein: mit Bestimmtheit könne dies nicht behauptet werden, da dazu eine Sektion erforderlich gewesen wäre. Sie hätten daher auch eine Autopsie des Gehirns nahegelegt, ja sogar gefordert. Dieses Ansinnen sei jedoch zunächst gänzlich abgelehnt worden, später habe man zwar die Sektion zulassen wollen, aber erst nach der Balsamierung der Leiche. Da dies dann allerdings keinen Wert mehr gehabt hätte⁶², sei von ihnen nicht darauf bestanden worden.

In diesem Punkt besteht insofern Unklarheit, als der erwähnte Journalist Brettholz im Herbst 1944 in Sofia einen Arzt gesprochen hat, der an einer Sektion teilgenommen haben wollte. Nach seiner Erzählung habe man damals keine organische Krankheit feststellen können, die den Tod verursacht hätte, wohl aber die Spuren eines unbekannten und langsam wirkenden Giftes, von dem das Herz zum Stillstand gebracht worden sei⁶³. Im Gegensatz dazu will der Biograph Nikolajeff einige Stunden nach dem Tode des Zaren eine lange Unterhaltung mit einem der zur Behandlung des Kranken zugezogenen Spezialisten gehabt haben⁶⁴, wonach in einer heimlichen Autopsie der Leiche die – dann offiziell verkündete – Diagnose voll bestätigt worden sei. Man habe festgestellt, daß Boris unter einer Thrombose

⁶¹ Nikolaev, a. a. O., S. 90.

⁶² Bei einer Einbalsamierung werden nicht nur Formalin und ähnliche Lösungen in den Kreislauf gepumpt, die dann als Eiweißgifte die Zellen verändern, sondern es werden auch die inneren Organe entfernt, so daß also Organveränderungen sowohl makroskopischer wie auch mikroskopisch-histologischer Art nicht mehr zu bestimmen sind. Feine Zell- und Gewebsveränderungen, die für eine Sektionsdiagnose „Vergiftung“ entscheidend sind, lassen sich nach einer Behandlung der Leiche mit Strömen von Formalin nicht mehr feststellen. Lediglich eine Vergiftung mit anorganischen, etwa metallischen Giften wie Blei, Quecksilber, Arsen usw. kann auch nach einer Einbalsamierung noch nachgewiesen werden.

⁶³ Bretholz, a. a. O., S. 49.

⁶⁴ Nikolaev, a. a. O., S. 91 f.

der linken Koronararterie gelitten habe, als deren Folge sich eine bilaterale Pneumonie sowie ein Lungen- und ein Gehirnödem entwickelt hätten. Dazu habe jener Arzt noch bemerkt, daß eine Thrombose zwar bei so relativ jungen Menschen verhältnismäßig selten sei, dann jedoch beinahe stets zu letalem Ausgang führe. Die Möglichkeit eines plötzlichen Auftretens bei einem bisher Gesunden habe der Arzt bejaht, die Möglichkeit der Verursachung durch irgendein Gift zwar für denkbar gehalten, jedoch mit dem Hinzufügen, daß ihm weder ähnliche Fälle noch ein geeignetes Gift bekannt seien.

Die Wahrheit hinsichtlich dieser Obduktion wird wohl kaum mehr festgestellt werden können. Daß Hof und Regierung ohne Wissen oder auch nach Abreise der deutschen Ärzte, jedenfalls aber vor der Einbalsamierung, doch noch eine Autopsie haben vornehmen lassen, ist gut möglich. Ja, es ist sogar wahrscheinlich, daß man sich bei den vorliegenden Verdachtsmomenten erst einmal die Ausländer, die sowieso schon zuviel gesehen haben mochten, vom Halse schaffte⁶⁵. Die Geschichte von dem geheimnisvollen Gift klingt zwar dunkel, würde aber die These vom „Balkantod“ weiter belegen, wobei man nur für die Vergiftung nicht einen bestimmten und bereits viele Tage zurückliegenden Zeitpunkt in Anspruch nehmen darf.

Jedenfalls gewann der deutsche Gesandte, wenn sich die drei Mediziner auch nicht festlegen ließen, doch den Eindruck, daß sie innerlich von einem gewaltsamen Tod des Zaren überzeugt waren. Seine Gesprächspartner betonten, daß sie im Hinblick auf ihr Berufsgeheimnis eigentlich bereits zuviel gesagt und nur ihm gegenüber solche Vermutungen überhaupt geäußert hätten, daß sie sich sonst aber nach ihrer Rückkehr auf die allgemeinen, im Krankheitsbefund enthaltenen Angaben beschränken müßten. Beckerle bestärkte sie noch in dieser Auffassung, indem er die Geheimhaltung der suspekten Tatsachen als über das ärztliche Berufsgeheimnis hinausgehende Staatsverpflichtung bezeichnete. Sollte sich jedoch die Notwendigkeit ergeben, würden sie wohl auf Anordnung von höchster Stelle nochmals darüber gehört werden.

Der Gesandte selbst war gegen eine solche Weiterverfolgung der Angelegenheit. Da der tote Herrscher doch nicht wieder lebendig zu machen sei, komme es jetzt darauf an – riet Beckerle seinem Minister –, die künftige bulgarische Außenpolitik im deutschen Sinne sicherzustellen und Regenten zu lancieren, die sich vollkommen im Sinne der deutschen Kriegführung festlegten. Der tiefere Grund solcher Zurückhaltung war wohl, daß jede überflüssige Betriebsamkeit in diesem prekären Fall den neuen Herren, die ja irgendwie ihre Finger im Spiel haben mochten, nur unangenehm sein konnte.

⁶⁵ Auch die Königin erwähnt in ihren Memoiren, es sei eine Autopsie vorgenommen worden, – und dies merkwürdigerweise, obwohl sie ihre Zustimmung verweigert hätte und ohne daß sie von dem Ergebnis unterrichtet worden wäre. Überhaupt scheint die Gattin des Kranken bzw. Toten von den Ärzten, über deren „übermäßige Geheimhaltung“ sie klagt, mehr oder weniger mit den offiziellen Bulletins abgespeist worden zu sein; und nicht einmal jetzt, 18 Jahre danach, will sie von ihrem nunmehrigen Hausarzt Dr. Sajitz Genaueres erfahren können.

Ribbentrop allerdings antwortete dem Gesandten⁶⁶, daß auf Grund seines Berichts über die ärztlichen Enthüllungen „bestimmte Maßnahmen von uns hier angeordnet“ worden seien. Welcher Art diese waren, darüber geben die Akten des Auswärtigen Amtes keine Auskunft. Einen Fingerzeig jedoch gibt das Goebbels-Tagebuch⁶⁷. Über die im Führerhauptquartier kolportierten Vermutungen enthält es am 10. September folgende Notiz:

„In Bulgarien stehen die Dinge absolut unsicher. Der Führer erzählt mir, daß es jetzt als feststehend erachtet werden müsse, daß König Boris vergiftet worden sei. Die deutschen Ärzte haben das festgestellt. Man hat ihn mit Schlangengift vom Leben zum Tode befördert. Wer der Giftmischer gewesen ist, ist noch nicht heraus. Die deutschen Ärzte wollten eine Obduktion des toten Königs vornehmen; die bulgarische Regierung war damit einverstanden, aber die Königsfamilie hat das abgelehnt. Es wäre gar nicht ausgeschlossen, daß das Giftattentat von italienischer Seite aus unternommen worden ist. Nach dem jüngsten Verrat traue ich dem Regime Badoglio und überhaupt den Italienern alles zu.“⁶⁸

Am nächsten Tage heißt es weiter:

„Der Führer hat die Absicht, dem Prinzen Cyrill das Urteil der deutschen Ärzte über die Vergiftung des Zaren Boris zukommen zu lassen. Der Führer ist der Meinung, daß diese Vergiftung wahrscheinlich vom italienischen Hof aus inspiriert worden ist. Verdächtig ist nämlich, daß die Prinzessin Mafalda, das größte Rabenaas des italienischen Königshauses, sich schon wochenlang vor dem Tode des Königs Boris in Sofia aufgehalten hat. Sie ist bekanntlich eine Schwester der bulgarischen Königin.“⁶⁹

Und am gleichen 11. September folgt noch die Bemerkung:

„Der Führer gibt noch einmal seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Prinzessin Mafalda das geriebenste Aas aus dem italienischen Königshaus ist. Er traut ihr zu, daß sie ihren Schwager Boris vom Leben zum Tode befördert hat.“⁷⁰

Die unsinnigen Verdächtigungen gegen „das Rabenaas“ Mafalda⁷¹, die Gattin des bis dahin gern als Sonderbotschafter nach Rom verwendeten, nun jedoch seit einigen Tagen inhaftierten Prinzen Philipp von Hessen, erklären sich aus dem

⁶⁶ Tel. RAM an Dt. Ges. Sofia (Nr. 1297) v. 1. 9. 43, 3.20 Uhr (NG-2609).

⁶⁷ Das Goebbels-Tagebuch setzt mit dem 8. September 1943 wieder ein, während die Aufzeichnungen aus dem Monat August und den ersten sieben Septembertagen bedauerlicherweise verlorengegangen sind. Als Ersatz dafür bietet das Tagebuch Rudolf Semmlers, eines Mannes aus der Umgebung Goebbels', unter dem 29. August die Eintragung: „König Boris von Bulgarien ist tot. Eine wichtige Stütze unserer Balkanpolitik ist zerbrochen. „Dieser Sommer bringt eine schlechte Nachricht nach der anderen“, sagt Goebbels seufzend bei Erhalt der Meldung.“ (Rudolf Semmler: Goebbels – the man next to Hitler, London 1947, S. 100. Hier Rückübersetzung aus dem Englischen.)

⁶⁸ Goebbels-Tagebuch, Archiv IfZ, Bl. 2663 f.

⁶⁹ A. a. O., Bl. 2703 f.

⁷⁰ A. a. O., Bl. 2710.

⁷¹ Nach ihrer Rückkehr aus Sofia und nach Bekanntgabe der italienischen Kapitulation wurde Prinzessin Mafalda durch einen Trick nach Deutschland gelockt, wo sie am 27. 8. 44 bei einem Luftangriff auf das KZ Buchenwald umgekommen ist.

Sturz Mussolinis und der wenige Tage zuvor erfolgten Kapitulation Italiens und brauchen nicht weiter erörtert zu werden⁷². Interessant jedoch ist neben der angeblichen Schlangengift-Diagnose der deutschen Ärzte das beabsichtigte Herantreten an den Prinzen Kyrill. Leider sind keine Unterlagen darüber vorhanden, ob dieser Schritt in Sofia durchgeführt worden ist und welche Resultate er gegebenenfalls gezeitigt hat.

Was an deutscher Aktivität bekannt geworden ist, liegt im Rahmen einer Gegenpropaganda, wie sie von Beckerle gefordert und durchgeführt wurde. Dieser kam es sehr zustatten, daß die feindlichen Radiosendungen, deren Störung der deutsche Gesandte deshalb auch ausdrücklich untersagte, unverhohlen ihrer Freude über den Tod des Zaren Ausdruck gaben. Es wurden daher von deutscher Seite derartige Darlegungen unkommentiert in Form einer Druckschrift, die so den Anschein feindlicher Provenienz zu erwecken suchte, weiterverbreitet. Darüber hinaus veranlaßte Beckerle noch, daß vom bulgarischen Rundfunk, durch entsprechende Presseartikel wie auf dem Wege der Flüsterpropaganda darauf hingewiesen wurde, daß der Gegner schon seit Monaten den Tod des Königs gefordert habe und daß auch tatsächlich nur die Feindseite Interesse am Tode des Königs haben könnte. Übrigens sei politischer Mord ja immer ein Hauptmittel des Secret Service gewesen⁷³.

Daß die deutsche Gegenpropaganda sich so hart mühen mußte, braucht nicht unbedingt zu bedeuten, sie hätte die schlechte Sache vertreten. Wäre es der deutschen Regierung damals gar möglich gewesen, zu ihrer Verteidigung all die Schwierigkeiten und Pannen anzuführen, die ihr allein schon die Bildung der bulgarischen Regentschaft bescherte, so hätte das vielleicht bereits genügt, ihre Unschuld in der Affäre Boris zu beweisen.

Unmittelbar nach dem Tode des Zaren hatten die bulgarischen Funktionäre begonnen und noch einen ganzen weiteren Tag damit zugebracht, die Hinterlassenschaft nach einem Testament zu durchforschen, jedoch mit negativem Erfolg⁷⁴. Verfassungsmäßig mußte jedenfalls die Wahl zum Großen Sobranje ausgeschrieben werden, was allerdings wegen der zu erwartenden Agitation der mit frischem Auftrieb versehenen aufgelösten Parteien unerwünscht schien. Vielmehr war der Re-

⁷² Goebbels hatte übrigens – falls die Datierung des Semler-Tagebuchs zuverlässig ist – gleich nach Erhalt der Todesnachricht selbst schon derartige Verdächtigungen ausgesprochen, längst bevor irgendwelche Anhaltspunkte hätten greifbar sein können: „Goebbels behauptet, Beweise zu haben, daß Boris nicht eines natürlichen Todes gestorben sei. In Wirklichkeit habe ihn seine Frau, die Königin Joanna, eine Tochter des italienischen Königs, vergiftet. Marie [im dt. Original vielleicht spöttisch „Mariechen“?] soll das Oberhaupt einer Verschwörergruppe sein, die seit langem in Bulgarien arbeite. Englische und italienische Offiziere hätten bei diesem Attentat eine maßgebliche Rolle gespielt.“ (Semmler, a. a. O., S. 100, Aufz. v. 29. 8. 43.)

⁷³ Tel. Dt.Ges. Sofia an RAM (Nr. 1304) v. 30. 8. 43, 18.20 Uhr (NG–2609).

⁷⁴ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1289) v. 28. 8. 43; dass. Nr. 1296 v. 30. 8. 43 (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

gierung daran gelegen, die Regentschaftswahl durch die normale Volksvertretung schnell („im Schatten des toten Königs“) voranzutreiben und eine verfassungsmäßige Sanktionierung durch das Große Sobranje bis nach Kriegsende zurückzustellen. Der deutsche Gesandte bestärkte Filoff, der ihm diese Kalamitäten schilderte, in seiner Auffassung: man könne doch daraus, daß das Großsobranje seit 30 Jahren nicht mehr einberufen worden sei, daß Zar Boris seinen Eid auch nur vor dem Kleinen Sobranje abgelegt und überdies doch die Parteien aufgelöst habe, auf ein „gewisses staatliches Gewohnheitsrecht“ schließen –, was dem bulgarischen Gesprächspartner auch einleuchtete.

Andere „deutschfreundliche Bulgaren“, mit denen Beckerle am gleichen Tage konferierte, gingen über solche Verfassungsmanipulationen sogar noch hinaus: es sei wohl das beste – rieten sie –, das Testament des Königs, wenn es schon nicht schriftlich vorhanden sei, doch als mündlich erfolgt zu unterstellen, da der König gewiß irgendwann einmal zu irgend jemandem geäußert habe, daß er eines Tages diese oder jene Persönlichkeit zum Regenten berufen werde, und in der Verfassung nichts darüber gesagt sei, in welcher Form das Testament „erfolgen solle“⁷⁵!

Am 4. September traf dann die deutsche Delegation für die Trauerfeierlichkeiten in Sofia ein, darunter Staatssekretär Baron Steengracht für das Auswärtige Amt. Am 5. September, dem Tage der Beisetzung des Königs, erhielt er telegrafische Weisung von Ribbentrop, „so lange in Sofia zu bleiben, wie Sie es für erforderlich halten, um auf die Zusammensetzung des Regentschaftsrates und die Ernennung des Ministerpräsidenten im Sinne der Ihnen fernmündlich übermittelten Weisung Einfluß zu nehmen“⁷⁶. Zwei Tage später kam Steengracht jedoch zu der Auffassung, daß durch ihn „in diesem Stadium nichts mehr veranlaßt werden“ könne, „wenn es nicht den Eindruck erwecken soll, als wollten wir bei dem ersten Schritt, den die neuen Männer tun, Vormund von ihnen sein“⁷⁷. Inzwischen allerdings war versucht worden, was nur möglich war.

Noch in Berlin und noch vor dem Tode des Königs hatte der Staatssekretär die Lage bereits als nicht ausgesprochen rosig beurteilt⁷⁸. Für den Regentschaftsrat glaubte man fest mit dem Metropoliten und mit dem Präsidenten des Kassationshofes rechnen zu können. Da es sich bei beiden um unpolitische Persönlichkeiten handelte, erschien die Bestimmung des dritten der formal gleichberechtigten Regenten von ausschlaggebender Bedeutung. Gegen den für diesen Posten in erster Linie in Frage kommenden, gewiß deutschfreundlichen Ministerpräsidenten Filoff aber hatte man in Berlin einzuwenden, er sei „– wie alle Ministerpräsidenten unter König Boris – keine Führerpersönlichkeit“.

Die daraus möglicherweise entstehende Gefahr verhehlte man sich im Amt nicht, gab man sich doch hinsichtlich der Stärke der oppositionellen Kräfte in Bulgarien

⁷⁵ Tel. Dt.Ges. Sofia an AA (Nr. 1307) v. 30. 8. 43 (Polit. Archiv AA, a. a. O.).

⁷⁶ Tel. RAM an StSchr. Steengracht Sofia (Nr. 1317) v. 5. 9. 43, 2.40 Uhr (NG-092).

⁷⁷ Tel. StSchr. Steengracht Budapest an RAM (Nr. 1659) v. 7. 9. 43, 2.50 Uhr (NG-116).

⁷⁸ Aufz. UStSchr. Pol. 483 v. 27. 8. 43, als Fernschreiben an Sonderzug RAM (NG-2609).

kaum Illusionen hin. Da waren – wie man in der Wilhelmstraße urteilte – einmal die Kommunisten, keine eigentlich bodenständige Partei, sondern in der Hauptsache unzufriedene Elemente. Immerhin glaubte man ihre Zahl auf etwa fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung beziffern zu müssen. Weiter hatte man mit einer verhältnismäßig starken großslawisch beeinflussten Schicht von liberalen Intellektuellen zu rechnen. Obwohl das Auswärtige Amt auf der anderen Seite Militär und Polizei mit der oben erwähnten Einschränkung als deutschfreundlich beurteilte und auch die wirtschaftliche Festigung des bulgarischen Bauerntums infolge der Umsiedlung von Kleinstbauern in die mit deutscher Hilfe neuerworbenen Gebiete als staatserhaltenden Faktor in die Rechnung einzusetzen bereit war, glaubte man sich doch noch weiterer Verbündeter versichern zu sollen. Und hierzu schienen in erster Linie einige politische Gruppen geeignet, die bisher unter dem Regime des Königs in die Illegalität verdrängt gewesen waren: die ausgesprochen großbulgarischen Nationalisten, die sogenannten Mazedonier⁷⁹, auch wenn diese es an Popularität bei weitem nicht mit dem Monarchen aufnehmen konnten.

Die bedeutendste Gruppe dieser Art war die IMRO, die „Innere mazedonische revolutionäre Organisation“, die in der Vergangenheit des öfteren und nicht immer zum Heile sowohl in die Innenpolitik wie vor allem störend in die Jugoslawienpolitik Bulgariens eingegriffen hatte, bis sie 1934 durch die der groß-südslawischen Idee anhängende Regierung Georgieff aufgelöst worden war. Mit diesen Leuten, deren Führer Iwan Michailoff⁸⁰ zur Zeit als Verbannter in der kroatischen Hauptstadt Agram lebte, rechtzeitig Fühlung aufzunehmen, um ein Gegengewicht gegen „anglophile oder bolschewistische Tendenzen“ zu schaffen, empfahl das Amt seinem Minister.

Nicht die unwichtigsten derartigen Kontakte sollte die deutsche Trauerdelegation herstellen. Vielleicht weil Steengracht als Experte in Balkanfragen galt⁸¹, hatte Ribbentrop zu seinen Gunsten auf die von ihm zunächst erwogene und beabsichtigte Teilnahme an der Reise nach Sofia als Führer der Delegation und Vertreter Hitlers verzichtet⁸². Als Delegationschef fungierte daher der seit Anfang des Jahres beschäftigungslose – nunmehrige „Admiralinspekteur der Kriegsmarine“ – Großadmiral Raeder, und in seinem Gefolge befanden sich ein Generalfeldmarschall (Keitel), ein Staatssekretär (Steengracht) und ein Botschafter (Graf Schulenburg),

⁷⁹ Der Anschluß Mazedoniens, dessen Bewohner von Bulgarien stets als bulgarischer Volkstamm in Anspruch genommen worden sind, war ständig Punkt 1 des nationalistischen Programms gewesen.

⁸⁰ Im Dokument irrtümlich und offenbar in Verwechslung mit dem serbischen Tschetnikführer „Mihailowic“ geschrieben. – Zur IMRO vgl. Haucke, a. a. O., S. 47 ff.

⁸¹ Bereits 1939, ein halbes Jahr nach seiner am 21. September 1938 erfolgten Ernennung zum Legationssekretär also, war Steengracht bereits Inhaber je eines ungarischen, rumänischen, jugoslawischen und bulgarischen Ordens. – Vgl. auch seine Personalakten in NG-2877 und NG-2598.

⁸² Fernschreiben AA/Prot. an Sonderzug RAM v. 27. 8. 43 betr. Maßnahmen für den Fall des Ablebens des Königs von Bulgarien (NG-2609).

zwei Generalobersten (Löhr und Lindemann) sowie einige Kommandierende Generale und Gesandte I. Klasse.

Am 5. September, einem Sonntag, fanden die Beisetzungsfeierlichkeiten in der Alexander-Newski-Kathedrale zu Sofia statt, woran sich die Überführung des Leichnams in das abgelegene Rila-Kloster anschloß⁸³. Teilnehmer waren neben der deutschen Abordnung und verschiedenen weiteren Sondergesandten neutraler und verbündeter Mächte auch der Herzog von Bergamo und die Prinzessin Mafalda, Vetter und Tochter also des italienischen königlichen Schwiegervaters⁸⁴, der zwei Tage zuvor – was vorläufig allerdings noch geheim blieb – kapituliert hatte. Mögen diese beiden auch mit Augurenmiene das abrollende Schauspiel brüchiger Achsenpartnerschaft betrachtet haben, die präsentierende Ehrenkompanie der italienischen Wehrmacht ahnte wohl kaum, wie nahe sie dem Arbeitseinsatz in Deutschland war⁸⁵.

Unmittelbar vor Beginn der Trauerfeier erhielt Steengracht zwei Telegramme aus dem Sonderzug seines Vorgesetzten übermittelt. In dem einen konkretisierte der Minister – wie gewöhnlich „citissime mit Vorrang“ – erneut seine Wünsche hinsichtlich der zukünftigen Verwendung bulgarischer Politiker. Er wollte etwa nach Möglichkeit Alexander Zankoff, Ex-Ministerpräsident mit einwandfrei autoritären Tendenzen⁸⁶, erneut auf diesen Posten bringen, da er „auf unserer Linie liegt und als starker Mann mehr als alles andere Garantie für die Kontinuität der bulgarischen Politik und eines weiteren klaren Zusammengehens unserer Länder auf Leben und Tod bietet“⁸⁷.

Was Georg Kiosseiwanooff anbetraf, mit dessen Unterstützung Zar Boris 1935 bis 1940 sein autoritäres Regime installiert hatte, so wünschte der Reichsaußenminister Zurückhaltung. Es lägen ihm Nachrichten vor, wonach „Kiosseiwanooff den Russen gegenüber eine weiche Hand habe und stark unter westlichem Einfluß steht, da er in Frankreich erzogen wurde“. Möglicherweise behagten Ribbentrop auch die Gerüchte nicht, Kiosseiwanooff sei seinerzeit mit der Art, wie sein Innenminister die Wahlen von 1939 manipuliert habe, nicht restlos einverstanden gewesen⁸⁸. Erschwerend kam aber auf jeden Fall hinzu, daß der ehemalige Ministerpräsident augenblicklich als Gesandter in Bern wirkte, auf einem Posten, der neben der Gesandtschaft in Ankara a priori vorsichtiger Kontaktnahme mit den Alliierten ver-

⁸³ Die kommunistische Regierung ließ später den Leichnam des Zaren – dem Publikum unzugänglich – im Park von Vranja begraben.

⁸⁴ Zar Boris III. hatte 1930 die italienische Prinzessin Giovanna, die dritte Tochter König Viktor Emanuels III., geheiratet.

⁸⁵ Es wäre zu untersuchen, inwiefern die Anwesenheit dieser beiden Angehörigen des italienischen Königshauses im deutschen Machtbereich eventuell mit zu dem italienischen Bemühen beigetragen hat, die Veröffentlichung der am 3. September 1943 geheim vollzogenen Kapitulation zu verzögern.

⁸⁶ Siehe oben S. 386.

⁸⁷ Tel. RAM an StSchr. Steengracht Sofia (Nr. 1317) v. 5. 9. 43, 2.40 Uhr (NG-092).

⁸⁸ Haucke, a. a. O., S. 53.

dächtig war. Daß der jetzt verstorbene König vor einigen Wochen noch Kiosseiwanooff hatte kommen lassen, um sich „über die politische Lage zu informieren“, konnte getrost als Symptom seiner Besorgnis bewertet werden. Und wenn Filoff Steengracht am Tage darauf zu überzeugen versuchte⁸⁹, daß der Berner Gesandte die deutschen Siegesaussichten wie Reserven im Kontrast zu den Schwierigkeiten der Gegner sehr positiv beurteilt hätte, so spricht das vermutlich mehr gegen die Wahrheitsliebe Filoffs als gegen den politischen Instinkt Kiosseiwanooffs.

Jedenfalls hielt Ribbentrop es nicht für opportun, in Gesprächen direkt ein negatives Urteil über letzteren abzugeben. Nach seiner Auffassung sollte lieber positiv zum Ausdruck gebracht werden, daß man es in Deutschland gern sehen würde, wenn Prinz Kyrill, Filoff und der Chef des Kassationshofes Awramoff zu Regenten ernannt würden und – dies war der Kernpunkt – Zankoff zum Ministerpräsidenten. Die Nominierung Awramoffs und Filoffs lag dabei verfassungsrechtlich nahe, die Einsetzung eines Mitglieds der königlichen Familie als Regent hingegen war an sich verfassungswidrig⁹⁰. Jedoch hatten sich inzwischen bereits in Sofia die hohen Militärs auf die Person des Prinzen Kyrill geeinigt –, und die Verfassung Bulgariens litt sowieso chronisch unter dem Schicksal, sowohl balkanischer Kurzlebigkeit als auch autoritären Zweckmäßigkeitserwägungen unterworfen zu sein. War bisher stets die rechte Mehrheit zur rechten Zeit zur Stelle gewesen, warum sollte man nun irgendwelche Widerstände befürchten müssen?

Die Abgeordneten waren denn auch – das sei hier gleich vorweggenommen – in der Tat willfährig genug, wobei es sich erweisen sollte, daß das Land zum autoritären Eldorado prädestiniert war. Genügte doch als Erklärung für die eklatante Umgehung des ausdrücklichen Gebots, daß kein Mitglied eines Regentschaftsrates der herrschenden Dynastie angehören dürfe, die im Regierungsorgan „Dnes“ am 8. September veröffentlichte, in ihrer schlichten Einfalt verblüffende, jedoch zur Beruhigung der Gewissen allem Anschein nach ausreichende Begründung, die bulgarische Verfassung habe eben nicht in Betracht gezogen, daß der verstorbene König einen erwachsenen Bruder haben könnte⁹¹!

Bevor noch Steengracht nach Absolvierung der protokollarischen Pflichten anläßlich seines Abschiedsbesuches bei Filoff Gelegenheit zu einer längeren Aussprache fand, hatten die „Ratnitzi“, eine Gruppe der rechtsradikalen Opposition, den Deutschen einen vertraulichen Bericht in die Hände gespielt⁹². Hierin prokla-

⁸⁹ Tel. StSchr. Steengracht Budapest an RAM (Nr. 1658) v. 6. 9. 43, 21.15 Uhr (NG-116).

⁹⁰ Die Neue Zürcher Zeitung meldete am 3. September (Abendausgabe), in Sofia erwäge man die Änderung einiger Bestimmungen der bulgarischen Verfassung, um die Wahl des Prinzen Kyrill in den Regentschaftsrat zu ermöglichen. Weitere Kandidaten seien der Hofminister Pomenoff und der Ex-Ministerpräsident Kiosseiwanooff. Am 8. September (Abendausgabe) hieß es dann, Pomenoff habe eine Kandidatur abgelehnt, in Frage kämen nun Filoff, Kiosseiwanooff und die Präsidenten des Obersten Gerichtshofes sowie des Verwaltungsgerichts, Awramoff und Georgieff.

⁹¹ Keesings Archiv der Gegenwart 1943, S. 6084.

⁹² Tel. AA an StSchr. Steengracht Sofia (Nr. 1518) v. 5. 9. 43, 2.40 Uhr (NG-092).

mierten sie angeblich für die gesamte Rechtsopposition und für das Militär ihren eigenen Regentschaftskandidaten, den Kriegsminister des Kabinetts Zankoff von 1923, General Wolkoff, der – wie sie rühmend empfahlen – beim damaligen Sturz des Bauernführers Stambulijski „10 000 Kommunisten liquidiert“ habe. Demgegenüber prangerten sie abschreckend die lauen Regierungskandidaten an, denen selbst die prowestlich-demokratische Linksopposition unter dem Ministerpräsidenten der liberalen Ära von 1931/34, Nikolaus Muschanoff, die in den letzten Tagen alle Register ziehe und offenbar über große Summen verfüge, ihren Segen erteilt habe. Politiker der Mitte wie Filoff, sein „starker“ Innenminister Gabrowsky und andere würden sich ja doch stets dem stärkeren Drucke beugen. Und das sei um so gefährlicher, als die Volksstimmung in der letzten Woche völlig zuungunsten Deutschlands umgeschlagen sei, nicht nur in den „labilen Kreisen der städtischen Massen und Intelligenz, sondern vor allen Dingen auf dem Lande“. Bis in die letzten Bauerndörfer fänden Muschanoffs Bestrebungen Unterstützung. Grund hierfür aber sei letzten Endes die „ungeheuer geschäftige Stimmungsmache gegen die Deutschen im Zusammenhang mit den Gerüchten über den Tod des Königs“. Kurz: die Zeit schreie geradezu nach einem starken Mann – und in General Wolkoff sei dieser zur Stelle.

Hierzu bemerkten nun die deutschen Beobachter im Lande⁹³, es sei unrichtig, von einem völligen Stimmungsumschwung zu sprechen. Die Gerüchte, die das Ableben des Königs auf das deutsche Konto gesetzt hätten, seien bereits wieder im Abflauen. Die Linksopposition mache zwar weiterhin mit allen Mitteln gegen das Reich Stimmung, das sei wahr; eine akute Gefahr aber bilde sie nicht. Momentan sei sie vielmehr bereit, Prinz Kyrill „aus Rücksicht auf die im Volk stark verankerten dynastischen Gefühle, die sich auch während der Beisetzungsfeierlichkeiten in eindrucksvoller Weise zeigten, zu akzeptieren“. Als Regentschaftsmitglied habe sie ferner zwar formal den Demokratenführer Muschanoff präsentiert, sich jedoch bereits auf die Unterstützung der aussichtsreicheren Kandidatur Kiosseiwannoffs zurückgezogen. Dieser aber – obwohl nicht recht faßbar belastet – zähle schließlich eindeutig zu den Autoritären, gehöre er doch sogar zu den verdienten Vätern jener Staatsform.

Von ihm, seinem Vorgänger und ehemaligem Regierungschef⁹⁴, berichtete auch Filoff in der erwähnten Unterredung mit Steengracht am 6. September⁹⁵, er habe in letzter Zeit viel Terrain gewonnen. Er sei loyal und Anhänger des autoritären Kurses ebenso wie Deutschlands. Westliche Erziehung dürfe man schließlich nicht mit westlicher Ausrichtung verwechseln, Kiosseiwannoff habe vielmehr rechtzeitig „das Genie des Führers“ erkannt. Als Ministerpräsident jedenfalls würde er der

⁹³ Tel. StSekt. Steengracht Sofia an AA (Nr. 1359) v. 6. 9. 43, 3.00 Uhr (NG-092).

⁹⁴ Prof. Bogdan Filoff war 1938 als Unterrichtsminister in das Kabinett Kiosseiwannoff eingetreten, bevor er im Februar 1940 selbst Regierungschef wurde.

⁹⁵ Telegramme StSekt. Steengracht Budapest an RAM (Nr. 1658 und 1659) v. 6. 9. 43, 21.15 Uhr, und 7. 9. 43, 2.50 Uhr (NG-116).

geeignetste Mann sein und ein angenehmer und kluger Mitarbeiter überdies, wenn er nicht aus innenpolitischen Gründen seine Kandidatur wohl leider werden aufgeben müssen. Er habe sich nämlich die Mazedonier zu unversöhnlichen Feinden gemacht, indem er im Januar 1937 den Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien abgeschlossen hätte. Käme KiosseiwanoFF deshalb als Kandidat für die Ministerpräsidentenschaft nicht in Frage, so scheide er ebenfalls als präsidenter dritter Regent aus. Auch auf diesem Gebiet habe man ja glücklicherweise völlig freie Hand, denn – so behauptete Filoff guten Mutes – einmal seien die verfassungsrechtlichen Bestimmungen so vage und zum anderen ließen sich auch aus dem Gewohnheitsrecht keine Normen dafür ableiten, so daß man „mehr oder minder frei von Bindungen“ jetzt einen Rat berufen könne, der „den außen- wie den innenpolitischen Erfordernissen entspreche“.

Sichere Kandidaten seien der Prinz Kyrill und er selbst, hinsichtlich des dritten Mitgliedes dagegen sei man über das Stadium der Prüfung noch nicht hinausgekommen. Sachlich allerdings läge der Fall klar: es käme nur eine Persönlichkeit in Frage, die den bisherigen Kurs des Königs Boris und das autoritäre System bejahe, nach Möglichkeit den Zaren bereits zu Lebzeiten aktiv unterstützt und sich dabei bewährt habe. Denn dieser Kurs würde uneingeschränkt fortgesetzt. Das Volk habe doch – so behauptete Filoff mit autoritärer Unbefangenheit – durch die in ihrer Größe für unvorstellbar gehaltenen Trauerkundgebungen⁹⁶ die eindeutigste Zustimmung zu dem bisherigen autoritären Kurs gegeben, einer erneuten Abstimmung darüber bedürfe es daher nicht. So kämen für das Regentenamt an erster Stelle die Mitglieder der augenblicklichen Regierung in Frage, jedoch hätte sich von ihnen bisher keiner – vor allem nicht für das Volk sichtbar – einen besonderen Namen gemacht.

Der deutsche Gast hielt es bei dieser vermeintlichen Andeutung von Ratlosigkeit für angebracht, auf den Busch zu klopfen und seine beiden weiteren Kandidaten zu präsentieren. Ob denn nicht eine vielleicht weniger politische, aber durch ihre Stellung im Volk angesehene Persönlichkeit einen Ausweg bieten würde, – er denke da etwa an den Präsidenten des Kassationsgerichtshofes. Aber Filoff zeigte sofort die kalte Schulter: Awramoff kenne er als Ministerkollegen von früher, – es sei schwer, mit ihm zurechtzukommen. Für ein reibungsloses Arbeiten des Rates aber sei ein klares Vertrauensverhältnis der Mitglieder untereinander erforderlich. Und aus eben diesen Gründen lehnte er auch Awramoffs Amtsvorgänger ab.

Die beiden Herren kamen dann zum Thema Zankoff, und es stellte sich heraus, daß dieser bereits bei Filoff seine Aufwartung gemacht und sich als geeigneten Ministerpräsidenten empfohlen hatte. Wenn Zankoff auch „aus dem Wettbewerb“ noch nicht endgültig ausgeschieden sei, bemerkte Filoff sportlich, so erscheine seine

⁹⁶ Das allerdings war wohl zutreffend; nach einer VB-Meldung vom 4. 9. 43 hatten täglich etwa 80 000 Menschen die „Wallfahrt zum toten Zaren“ angetreten. Insgesamt seien bis zum 3. September ungefähr 300 000 Personen am König vorübergezogen. Mögen diese Zahlen auch großzügig aufgerundet sein, so ist doch die Trauer großer Teile der bulgarischen Bevölkerung um den volkstümlichen Monarchen vielfach bezeugt.

Berufung doch ziemlich unmöglich, weil er bisher das autoritäre System à la Boris bekämpft und die vom König durchgeführte Verfassungsänderung abgelehnt habe. Es sei ferner dem Volke bekannt, daß König Boris und Zankoff sich gegenseitig nicht gemocht hätten, – und zu allem Überfluß sei er auch alt und ohne nennenswerten Anhang.

Wenn Steengracht so zwar einen doppelten Mißerfolg einstecken mußte, tröstete Filoff ihn andererseits damit, daß selbstverständlich auch Muschanoff oder ein anderer Demokrat ebenso indiskutabel seien wie etwa irgendein geistlicher Würdenträger. Der Staatssekretär warf daraufhin den Namen seines Ersatzmannes in die Diskussion, über den er in der Zwischenzeit mit positivem Erfolg in Sofia recherchiert hatte. Zur besseren Vorbereitung machte er seinem Gegenüber dabei zunächst einige Komplimente über seine Erfolge bei der Verwaltung der neuerworbenen Gebiete und brachte dann die Sprache geschickt auf den dortigen Vollzieher des Filoffschen Willens, den Innenminister Gabrowsky. Hier aber hatte er das Pech, eine offenbar allergische Stelle des Bulgaren zu berühren, denn dieser lobte den Angeführten zwar als energischen Mann, lehnte es jedoch ab, den Punkt weiter zu vertiefen. Gerade jene Energien und Ambitionen waren es wohl, denen der Ältere mißtraute, da er sie als auf seine eigene Position gerichtet ansah.

Alles in allem nahm der deutsche Staatssekretär den Eindruck mit, daß Filoff sich bemühte, die Widerstände gegen eine Berufung Kiosseiwanoffs zum Ministerpräsidenten zu beseitigen. Um ihn abzudecken und gleichsam zu kompensieren, schien er deshalb einen Mazedonier als drittes Mitglied des Regentschaftsrates zu suchen und dabei möglicherweise an Kimon Georgieff zu denken, den Kriegshelden von 1914/18 und zweimaligen Staatsstreichler von 1923 und 1934. Diese Überlegungen Steengrachts haben einiges für sich; es scheint, daß Filoff ebenso wie König Boris die Gefahr fühlte, von der das Land bedroht war, und daß er in Kiosseiwanoff und seinen in Bern angeknüpften Verbindungen eine Möglichkeit erhoffte, diese Schlinge noch rechtzeitig zu zerschneiden. Ob er dabei in der Erwägung eines mazedonischen Regentschaftskandidaten tatsächlich an jenen Georgieff gedacht hat, unter dessen zweiter Ministerpräsidentenschaft dereinst die Monarchie beseitigt und er selbst mit seinen beiden Mitregenten, zwei weiteren Ministerpräsidenten, 22 Ministern, acht königlichen Beratern und 68 Abgeordneten des Sobranje in den Morgenstunden des 2. Februar 1945 auf dem Friedhof von Sofia hingerichtet werden sollte⁹⁷, – das dürfte heute kaum mehr nachweisbar sein.

Was schließlich die allgemeine politische Lage Bulgariens anlangte, so zerstreute Filoff etwaige Bedenken hinsichtlich der kommunistischen Tätigkeit, handele⁹⁸ es sich doch hierbei lediglich um etwa vierhundert in den Wäldern verborgen lebende Terroristen⁹⁸. Allerdings wäre die Lieferung von Beutewaffen für die bulgarische

⁹⁷ Zahlen nach Keesings Archiv der Gegenwart 1945, S. 73. – Bretholz (a. a. O., S. 149) spricht von 17 Ministern und 66 Abgeordneten. Hier (S. 150) findet man auch die scheußlichen Einzelheiten dieses Blutbades vom 2. Februar 1945.

⁹⁸ Eine akute Gefahr sah man damals freilich z. B. in der Türkei, wo – wie die Neue Zürcher Zeitung in ihrer Morgenausgabe vom 2. September meldete – erhebliche Besorgnis

Polizei sehr erwünscht. Außenpolitisch dagegen fürchte man sich vor angeblichen türkischen Aspirationen auf bulgarisches Gebiet wie auch vor einer eventuellen Landung sowjetischer Truppen, die bekanntlich im Kaukasus bereits dafür ausgebildet würden.

Lächelnd verwies Steengracht solch unverständlichem Kleinmut gegenüber auf die blutigen Opfer, die der Krieg täglich die Sowjetunion kostete, und auf die deutschen operativen Reserven, die stets zur Verfügung ständen. Die beiden Herren tauschten noch ihre Erfahrungen und Meinungen „über die schnell schwindende Kampfkraft der Russen“ aus, wobei sich Steengracht – im September 1943! – zu der Behauptung verstieg, daß die deutschen Truppen „sich dem Gegner turmhoch überlegen fühlten und den Russen in keiner Weise als ebenbürtigen Gegner betrachteten“. Überdies würde die U-Bootwaffe dem Feind in kürzester Zeit „Verluste beibringen, wie sie ihm bisher kaum bekannt“ gewesen seien, und die Luftwaffe würde „England bald lehren, wie dieser Krieg in Wirklichkeit aussehe“.

Nachdem man solcherart sachliche Mißerfolge mit hohlen Prahlerien aufgewogen hatte, verabschiedete Filoff seinen Gast mit der Versicherung seiner „unbedingten Loyalität gegenüber dem Führer“. Und jener reiste denn auch in der Überzeugung ab, daß die Ausführungen des bulgarischen Staatsmannes durchaus ernst gemeint seien und er sich auch bemühen würde, sein Wollen in die Tat umzusetzen. Filoff – so folgerte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit einem für die Hintergründigkeit nationalsozialistischer Politik bemerkenswerten Argument – könne man wohl vertrauen, da er ja durch die Ausführung der antijüdischen Maßnahmen festgelegt sei. Dennoch war Steengracht allerdings der Meinung, der also gelobte Komplize würde „stets einer starken Leitung unsererseits“ bedürfen, da er zu sehr ein Mann des Wagens sei, um „im richtigen Augenblick mit Tatkraft das Richtige zu tun“.

Mit solchen Eindrücken also verließ Steengracht Sofia. Den SA-Obergruppenführer Beckerle und den zu seiner Unterstützung sowie zur weiteren Beobachtung der Lage noch in der bulgarischen Hauptstadt zurückbleibenden AA-Vertreter in Athen, den gewissermaßen „aktiven“ Gesandten Altenburg⁹⁹, versah er vor seiner Abreise mit der Weisung, die mazedonische Opposition gegen Kiosseiwanoﬀ „in geeigneter Weise und mit allen Mitteln“ zu verstärken und seine Wahl „nach Möglichkeit zu verhindern“. Denn die Wilhelmstraße hielt trotz der schmeichelfhaften Schilderung Filoffs einen völlig auf den deutschen Kurs festgelegten Ministerpräsidenten für weitaus vorteilhafter, – zumal dann, wenn zur Erreichung einer Präsidenschaft Kiosseiwanoﬀs womöglich noch irgendein ungewisser Konzessions-

herrschte, da sich in Bulgarien die Kommunisten in günstiger Position befänden. Würde die neue Regentschaft die Zügel nicht fest in die Hand nehmen, so seien die Anarchie oder aber eine deutsche Besetzung des Landes zu befürchten.

⁹⁹ Gesandter Günther Altenburg war im Gegensatz zu den Leuten vom „Büro Ribbentrop“ oder etwa zu den fünf sogenannten SA-Gesandten im Südosten alter AA-Angehöriger. 1944/45 betreute er dann in Wien und Alt-Aussee die bulgarische und die rumänische Exilregierung („Büro Altenburg“).

schulze in die Regentschaft aufgenommen werden mußte. Deshalb ordnete Steengracht an, die Kandidatur Zankoffs und Gabrowskys weiterhin zu betreiben, wobei „unsere Intentionen aber verdeckt“ bleiben sollten. „Gabrowsky sowohl wie Prinz Kyrill – fuhr die Weisung fort – müssen in der Zukunft stark gefördert werden, finanzielle und andere Vorteile wären zur Verfügung zu stellen.“ Über die angekündigten und sicher recht interessanten „präzisen Vorschläge in dieser Richtung“ geben die Akten leider keine Auskunft, da diese ihres delikaten Charakters wegen „mündlich unterbreitet“ worden sind. Jedenfalls hielt man aber eine „ständige Einflußnahme“ auf den Prinzen für erforderlich, um ihn „unter unserer Kontrolle zu halten“. Und kontrollieren schließlich sollten die beiden Gesandten ferner, ob die Steengracht von Filoff vorgezeichnete Linie auch wirklich eingehalten würde, hingegen sofort eingreifen und „unsere Belange für die Zukunft sicherstellen“, wenn sich „andere Einflüsse geltend machten“. Der kritische Punkt allerdings würde wohl erst dann eintreten, wenn Bulgarien einmal seine Wehrmacht aktiv im Kampf einsetzen müßte, – Befürchtungen, die sich auf den Tag genau ein Jahr später als richtig herausstellen sollten.

Wie also vorauszusehen war, mußte sich die leidgeprüfte bulgarische Verfassung bei der „Wahl“ der Regenten erneut gewisse Manipulationen gefallen lassen¹⁰⁰. Bis zur Regelung der Regentschaftsfrage hatte zunächst der Ministerrat die Leitung Bulgariens übernommen. Nachdem am Tage zuvor die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung publiziert worden waren, wurde noch am 30. August bekanntgegeben, das Große Sobranje würde „alsbald“ zur Wahl der Regenten einberufen werden. Es sollte zusammentreten, sobald das Parlament auf Vorschlag des Ministerrates hierüber Beschluß gefaßt hätte. Als jedoch am 8. September die Außerordentliche Session des Parlaments eröffnet wurde, legte die Regierung folgende Entschließung vor:

1. Das Sobranje soll Regenten wählen, die . . .
2. Das Große Sobranje soll einberufen werden, nachdem die Schwierigkeiten, die heute einer Einberufung entgegenstehen, beseitigt sind, damit gemäß der Verfassung die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden können.

Selbstverständlich leuchteten die der Einberufung „entgegenstehenden Schwierigkeiten“ allen ein. Am folgenden Tage versammelten sich die aus 140 von insgesamt 160 Sobranje-Abgeordneten bestehende „Regierungsmehrheit“, um – ebenso wie eine Stunde später unter „stürmischen Beifallskundgebungen“ das durch die „Opposition“ der Zwanzig ergänzte Plenum des Hohen Hauses – die Regenten zu küren, die übrigens am gleichen Tage des nächsten Jahres wieder „amtsenthoben“ werden sollten.

Bei dieser „Wahl“ stellte es sich heraus, daß sich weder die Intentionen Filoffs noch die der Reichsregierung völlig hatten realisieren lassen. Dritter Regent nämlich wurde – offenbar als ausgesprochene Verlegenheitslösung – der bisherige Kriegsminister und vorher noch nie ernsthaft in Erwägung gezogene Generallaut-

¹⁰⁰ Zum folgenden vgl. Keesings Archiv der Gegenwart 1943 sowie VB u. a. Zeitungen.

nant Nikola Michoff –, einer von den Leuten also, die sich bisher „noch keinen besonderen Namen gemacht“ hatten. Und zum Ministerpräsidenten schließlich avancierte am 14. September ein weiterer „Namenloser“, der bisherige Finanzminister des zweiten Kabinetts Filoff, Dobri Boschiloff¹⁰¹, bei dessen Regierungsbildung vor allem auffiel, daß er den bisherigen Gesandten in Ankara, Kiroff – einen der prominenten Zieher also des „Drahtes nach London und Kairo“ –, als Außenminister nach Sofia holte.

Diese Entwicklung entsprach nun freilich nicht den deutschen Wünschen, wenn man auch angesichts der im Lande befindlichen deutschen Wehrmacht keine offene Brückierung durch die Bulgaren zu befürchten brauchte. Goebbels diktierete am 15. September ohne große Begeisterung in sein Tagebuch:

„In Bulgarien ist der Finanzminister Boschiloff zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Seine Regierung besteht ausschließlich aus Freunden des ehemaligen Ministerpräsidenten, jetzigen Mitglieds des Regentschaftsrates Filoff. Im großen und ganzen können wir mit dieser Regierung zufrieden sein. Sie trägt zwar kein ausgeprägtes und starkes Gesicht, ist immerhin aber ausgesprochen deutschfreundlich¹⁰².“

Und vier Tage darauf fügte er tröstend hinzu:

„Die neue bulgarische Regierung hat eine Erklärung abgegeben. Diese entspricht durchaus unseren Wünschen. Sie basiert auf der Treue Bulgariens zur bisherigen Politik der Freundschaft mit dem Reich und seinen Bundesgenossen und einem loyalen Verhältnis zu den neutralen Staaten. Wenn Bulgarien nach diesem Programm Politik betreibt, so können wir durchaus zufrieden sein¹⁰³.“

Vielleicht hätte man sich aber doch in Berlin noch etwas mehr bemüht, wäre nicht inzwischen ein schon lange gefürchtetes anderes außenpolitisches Ereignis eingetreten, das Bulgarien und seine Regentschaft wie Regierung in den Hintergrund gerückt hatte: die Kapitulation Badoglio-Italiens war am 8. September bekannt und wirksam geworden. Die Stabilisierung der Lage in Italien und vor allem die Neutralisierung der Folgeerscheinungen dieses Zusammenbruchs der „Achse“ nahmen nun den gesamten Rest an Aufmerksamkeit in Anspruch, der dem deutschen Außenminister angesichts der ewigen Kompetenzreibereien mit seinen Nachbarressorts noch verfügbar war. Der Gesichtspunkt des gekränkten Ressortpartikularismus scheint Herrn von Ribbentrop sowieso bei dem gesamten Komplex des bulgarischen Thronwechsels der weitaus wichtigste gewesen zu sein. In einer Rüge, die er seinem Gesandten in Sofia am 1. September telegrafisch erteilte¹⁰⁴, hieß es:

¹⁰¹ Von den kommunistischen Machthabern wurde dem Kabinett Boschiloff denn auch fünf Vierteljahre später vorgeworfen, es sei illegal gewesen, da es von einem ungesetzlichen Regentschaftsrat unter Mißachtung der Verfassung ernannt worden sei (Keesings Archiv der Gegenwart 1945, S. 74). Seine Mitglieder befanden sich ebenso wie die des Kabinetts Filoff geschlossen unter den Opfern des Massakers vom 2. Februar 1945.

¹⁰² Goebbels-Tagebuch, Archiv IfZ, Bl. 2767 f.

¹⁰³ A. a. O., Bl. 2822.

¹⁰⁴ Tel. RAM an Dt. Ges. Sofia (Nr. 1297) v. 1. 9. 45, 3.20 Uhr (NG-2609).

„Der Führer hat seine Überraschung zum Ausdruck gebracht, daß die Nachrichten von Ihnen während der Krankheit des Königs Boris, für die sich der Führer ganz besonders interessiert hat, so spärlich und nicht ausführlich genug eingelaufen sind. Auch mir ist es gleich von Anfang an aufgefallen, daß Sie die Behandlung der Angelegenheit in erster Linie dem dortigen Luft-Attaché überlassen haben, anstatt daß Sie selber an mich, als die hierfür zuständige Stelle, über die Krankheit des Königs berichtet, die Herbeiholung der Ärzte durch uns veranlaßt hätten usw. – Im Falle einer solchen Erkrankung des dortigen Staatsoberhauptes wäre es richtig gewesen, daß Sie als Missionschef die Sache hundertprozentig selbst in die Hand genommen und über die Krankheit selbst und alle dort etwa in diesem Zusammenhang von den Bulgaren vorgebrachten Wünsche hierher berichtet hätten, damit ich dem Führer laufend Meldung machen und ihm Ihre Vorschläge bezüglich ärztlicher oder sonstiger Hilfe hätte unterbreiten können, welche letztere der Führer natürlich nach jeder Richtung hin gern erfüllt haben würde. So ist in diesem Falle alles über die Luftwaffe gelaufen, anstatt, wie es richtig gewesen wäre, über Sie als den Reichsvertreter und über mich an den Führer.“

Und in diesem Stil ging es weiter: Es ist mir nicht verständlich . . ., ich verstehe nicht recht, wie das möglich ist . . . und so fort.

„Ich bitte Sie,“ lautete am Ende das Resumé, „sich den Luftattaché vorzunehmen und entsprechend der Dienstanweisung darauf hinzuweisen, daß alle politischen Dinge, besonders so hochpolitische wie die Erkrankung und der Tod des Königs, ausschließlich durch Sie behandelt würden und daß alle ihm in diesem Zusammenhang zugehenden Meldungen nicht von ihm an die Luftwaffe oder den Reichsmarschall Göring, sondern an Sie als seinen Vorgesetzten und allein politisch Verantwortlichen (siehe Dienstanweisung) weiterzugeben sind, der dann diese politischen Nachrichten an die allein hierfür zuständige Stelle, nämlich das Auswärtige Amt, und über den Außenminister an den Führer weiterzugeben hat. Sie bitte ich, in Zukunft die politische Berichterstattung fest in Ihre Hand zu nehmen und nicht zu dulden, daß von irgendeiner anderen Seite eine solche Berichterstattung erfolgt!¹⁰⁵“

Solcherart waren die Sorgen, die im Jahre 1943 ein doch immerhin nicht unbedeutendes politisches Ereignis in Berlin hervorrief! Dies, die eifersüchtige und schon bald pathologische Wahrung jedes Zipfelchens seiner „Zuständigkeit“, war Ribbentrops Domäne, die er besessen verteidigte; wie überall – so auch in diesem Falle. Sachlich hingegen gelang es ihm – wie wir gesehen haben – nicht recht, seine Ziele zu erreichen. Gerade dieses – streng genommen – Versagen aber führt den Historiker vielleicht näher an die Wahrheit heran, die jene dunklen Ereignisse umgibt, als es etwa eine elastische und souveräne Parierung auch ungünstigster Zwischenfälle zulassen würde.

¹⁰⁵ Beckerle rechtfertigte sich am Tage darauf (Tel. Nr. 1333 v. 2. 9. 43, Polit. Archiv AA, a. a. O.), er habe sein Möglichstes getan, jedoch habe v. Schoenebeck (wie dieser behauptete, ständig von den Adjutanten Görings gedrängt) den Reichsmarschall durch Funkblitzgespräche orientiert, welcher Weg ihm – dem Gesandten – verschlossen sei. Im übrigen habe er bereits Monate zuvor seine Bedenken gegen die Person des Luftattachés geäußert. Nach dieser erneuten Illoyalität sei er bereits vor Erhalt des Ribbentrop-Telegramms entschlossen gewesen, nach Beendigung der Krise um Prüfung dieser Angelegenheit zu bitten, da eine weitere Zusammenarbeit mit v. Schoenebeck unmöglich erscheine.

Wenn jedenfalls König Boris 1943 eines gewaltsamen Todes gestorben ist – und die Wahrscheinlichkeit dafür besteht –, so spricht nichts dafür, amtliche deutsche Hände im Spiel zu vermuten. Der Auswärtige Dienst zumindest als naheliegender Beteiligter und wenigstens Mitwisser scheidet ohne Zweifel aus; er hatte im Gegenteil alle Mühe und scheiterte letzten Endes dabei, die Folgen jenes Ereignisses völlig aufzufangen. Aber auch für einen eventuellen Alleingang des SD oder für irgendeine Direktaktion auf höchsten Befehl lassen sich keine Anhaltspunkte – was an sich wenig zu sagen hat –, aber auch kaum Motive, dagegen immerhin einige Gegenargumente finden. (Wobei man vielleicht als zusätzliches Indiz anführen kann, daß der politische Mord dieser Art gar nicht zum nationalsozialistischen Repertoire gehörte, – wie übrigens auch nicht zum kommunistischen.)

Denn es läßt sich abschließend folgendes feststellen: Ein Anschlag auf den Zaren im Zusammenhang mit seinem Besuch im Führerhauptquartier – wie er bislang stets behauptet wurde, wo von deutscher Täterschaft die Rede war – dürfte infolge technischer und medizinischer, physiologischer wie toxikologischer Unwahrscheinlichkeiten, wenn nicht gar Unmöglichkeiten völlig auszuschließen sein. Aber auch für eine vielleicht anderweitige deutsche Urheberschaft läßt sich wenig vorbringen. Wenn nämlich Hitler wirklich – wie man behauptet – dem König an jenem 15. August 1943 die Forderung nach Kriegseintritt gegen Rußland in ultimativer Form gestellt und dieser ein derartiges Ansinnen zurückgewiesen hätte, so gibt es keinen ersichtlichen und plausiblen Grund, warum Hitler den schwächeren Nachfolgern gegenüber plötzlich von seiner Forderung abgewichen sein sollte. Andererseits mußte selbst ein langsam weich und unsicher werdender Boris, auch wenn dessen Haltung von jeher weniger pro-deutsch als vielmehr „pro-Boris“ gewesen war¹⁰⁶, für die deutsche Politik nützlicher sein als die auf ihn folgende Häufung von Unsicherheitsfaktoren. Allein der König mit seinem Prestige und seiner politischen Routine bot eine auf die Dauer und auch in Krisenmomenten wenigstens einigermaßen verlässliche Sicherung gegen die aktiv werdenden Oppositionsgruppen. Die Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes noch während der Krankheitstage sagte daher eindeutig: Keine Gefahr zu Lebzeiten des Königs, – mit Sicherheit zu erwartende Krisen dagegen unter seinen Nachfolgern, wer immer sie sein mögen. Und auf den schließlich eingetretenen Tod des Monarchen reagierte die deutsche Außenpolitik denn auch ziemlich hilflos und verstört. Es lag für diesen Fall nicht etwa eine Idealkonzeption vor, auf die man zielbewußt hinarbeiten konnte, vielmehr zeigen die Dokumente ein recht schüchternes Lavieren und die mehr oder weniger resignierende Förderung des kleinsten Übels.

Das Rätsel um den Tod des Zaren wird sich vorläufig nicht lösen lassen. Immerhin gilt es zu bedenken, daß es im eigenen Lande genügend Leute gegeben hat, denen er im Wege stand, und daß er schon des öfteren das Objekt von Attentaten gewesen war, obwohl dieser bescheidene und fähige Monarch zweifelsohne die

¹⁰⁶ Nikolaev, a. a. O., S. 65.

Sympathie und Zuneigung des überwältigenden Teiles seines Volkes besaß. Es spricht viel dafür, in dieser Richtung die Urheber der plötzlichen Erkrankung des Königs zu suchen, wobei etwaige ausländische Drahtzieher – sofern es sie überhaupt gegeben hat – kaum im deutschen Lager zu finden sein dürften. Denn wer auch immer das Gift gemischt haben mag: das Ergebnis war, daß Bulgarien ein Jahr darauf einer der kritischsten Situationen seiner Geschichte führerlos gegenüberstand.

Miszelle

MARTIN BROSZAT

BETRACHTUNGEN ZU „HITLERS ZWEITEM BUCH“

I

Aus dem Charakter der „charismatischen Herrschaft“ Hitlers folgt, daß authentische Zeugnisse über Ziel, Weltanschauung und Struktur des Nationalsozialismus letzten Endes immer wieder bei Hitler selbst zu suchen sind. Deshalb hat „Mein Kampf“ als umfangreichstes schriftliches Produkt des Verfassers ungeachtet seiner literarischen Mediokrität für die zeitgeschichtliche Bestandsaufnahme notgedrungen den Rang einer Primärquelle erhalten. Dies um so mehr, als erst nach 1945 voll zu ersehen war, daß hier nicht nur allgemeines sogenanntes „Gedankengut“ aufbewahrt, sondern ein Arsenal konkreten und „unabänderlichen“ politischen Willens fixiert war. Gerade die Außen- und Kriegspolitik Hitlers ergibt im Lichte von „Mein Kampf“ eine frappante Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis.

Mit dem aus dem Nachlaß des Eher-Verlages herausgegebenen Manuskript Hitlers aus dem Jahre 1928 („Hitlers Zweites Buch“) besteht nun eine verbreiterte Quellengrundlage für die Urteilsbildung in dieser Hinsicht. Hitlers außenpolitische Vorstellungen, die in „Mein Kampf“ nur relativ knapp (im 2. Teil in den Kapiteln 13 und 14) abgehandelt wurden, sind in diesem Manuskript erheblich ausführlicher dargestellt. In der originalen, kaum verbesserten Diktatfassung, in der es uns überliefert ist, läßt es überdies das Grundsätzliche der außenpolitischen Intentionen Hitlers vielfach schärfer und konkreter hervortreten. So findet z. B. die „berühmte“ und vielzitierte Stelle in „Mein Kampf“, wo Rußland expressis verbis als Ziel und Objekt nationalsozialistischer Bodenpolitik genannt ist¹, erneute und kräftigere Bestätigung. Sogar der Umfang des im Osten zu erwerbenden Neulands wird in Ziffern andeutungsweise ausgedrückt: Hitler rechnete damals (1928) mit einer annähernden Verdoppelung deutschen Gebietes², um „in großzügigster Weise ... die Raumnot unseres Volkes“ zu beenden (S. 218). Bedürfte es noch weiterer Stützung, daß Hitlers Außenpolitik grundsätzlich nicht auf der Linie nationaler Revisionspolitik lag, sondern ohne Rücksicht auf historisch-nationale Legitimation

¹ Im 2. Band Kap. 14 (Volksausgabe 1936, S. 742): „Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit ... und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“

² Ebenda S. 102: „500 000 qkm mehr“ oder (Hitlers Zweites Buch): eine Million statt 560 000 qkm Boden; ferner auch S. 105, wo davon die Rede ist, daß das einzige befriedigende Kriegsziel im ersten Weltkrieg hätte darin bestehen müssen, „sowohl 100 000 qkm den Kämpfen der Front oder für die allgemeine Kolonisation durch Deutsche zur Verfügung zu stellen“.

völkische Macht erstrebte, so liefert das „Zweite Buch“ dutzendfache Belege. Unmißverständlich betont Hitler, daß die von ihm gemeinte und beabsichtigte Außenpolitik mit den „stümperhaften Grenzregulierungen“, die das A und O der bürgerlich-deutschnationalen Politik ausmachten, ja selbst mit dem Zusammenschluß aller deutschbewohnten Gebiete, worauf sich – wie er ironisch vermerkt – die „kühnsten Pläne“ des deutschen Bürgertums richteten, nichts gemein habe, sondern „immer eine Raumpolitik sein“ werde (S. 78), geleitet von rassistisch-völkischen Erkenntnissen. Die Absicht einer Wiederherstellung der Grenzen von 1914 sei, da sie auf „die geschlossene Phalanx“ der ehemaligen Gegner Deutschlands stoßen müsse, „die allerdümmste außenpolitische Zielsetzung“ (S. 113) und „doppelt dumm und gefährlich, weil sie in Wirklichkeit gar kein irgendwie nützliches und erstrebenswertes Ziel umschließt“ (S. 114). Sie bleibe „ungenügend vom nationalen Standpunkt aus, unbefriedigend vom militärischen“ und „unmöglich vom in die Zukunft blickenden völkischen“ Programm aus (S. 163). Von bürgerlicher Nationalstaatspolitik sowie „von allen weltindustriellen und welt-handelspolitischen Versuchen“ und der Flottenpolitik der Vorkriegszeit habe Deutschland sich abzuwenden und stattdessen „zu einer klaren, weitschauenden Raumpolitik überzugehen“ und „alle seine Kräfte“ auf die Erlangung „eines genügenden Lebensraumes für die nächsten 100 Jahre“ zu konzentrieren. Die „Bildung einer ausschlaggebenden Macht zu Lande“ und „große militärische Machtmittel“ seien dazu vonnöten (S. 163).

Das „Zweite Buch“ verdeutlicht dabei, daß dieselbe schwindelerregende Grund- und Voraussetzungslosigkeit, welche derartige Endziele aufzustellen erlaubte, Hitler im „Vorfeld“ außenpolitischen Taktierens und Paktierens einen Spielraum für geschickte und überraschende Schachzüge eröffnete, durch die er später seinen Vorgängern in der Wilhelmstraße und seinen Gegenspielern durch unbedenkliche Nur-Zweckmäßigkeit zeitweilig in konkreten Situationen überlegen war. Bezeichnenderweise zielt Hitler schon 1928 vor allem auf die Schwächen und Fehlkonstruktionen des an sich konstruktiven Ordnungswillens des Völkerbundes und seiner Abrüstungsbestrebungen ab, um die deutsche Außenpolitik in Richtung auf das raumpolitische Endziel flottzumachen. Als vordringliche Schritte empfiehlt er: erstens Aufrüstung, damit Deutschland nicht weiterhin Objekt der Außenpolitik bleibt und als Bündnispartner Gewicht erlangen kann, zweitens Herausbrechen eines oder mehrerer Verbündeter aus dem System des Völkerbundes zwecks Bildung einer neuen Interessengruppe und Mächtekombination, deren Spitze sich insbesondere gegen den „Erbfeind“ Frankreich richten soll (S. 170). Das faschistische Italien, mit dem eine auf kontinental-osteuropäische Expansion eingestellte Außenpolitik in keinerlei Konflikte geraten würde, aber auch das (laut Hitler) nur maritim interessierte England sind dabei, wie schon in „Mein Kampf“, als mögliche Verbündete Deutschlands oder doch zumindest als Partner gegenseitiger Interessenabgrenzung ins Auge gefaßt. Hier zeigen sich sofort auch die Grenzen solchen grobschlächtigen Zweckmäßigkeitsdenkens. Durch eine imperialistische Komplizengemeinschaft mit dem britischen Weltreich, so wie Hitler es versteht, glaubt er

„gemeinsam der Weltgeschichte die weitere Entwicklung vorschreiben“ zu können (S. 171), – jener Idealtraum Hitlers, dessen Verwirklichung seiner Meinung nach schon im wilhelminischen Zeit hätte angestrebt werden müssen, ein Traum, an den sich Hitler bis zu seinem naiven Generalangebot an Großbritannien vom August 1939 hartnäckig und kurzsichtig geklammert hat.

Auch die innenpolitischen Konsequenzen einer auf völkischer Rassendoktrin aufgebauten Politik werden in Hitlers „Zweitem Buch“ bereits theoretisch vorweggenommen. Es sei „Aufgabe der sich als Erzieher eines Volkes berufen fühlenden Menschen, . . . ihr Wissen praktisch anzuwenden, ohne Rücksicht auf Einsicht, Verständnis, Unkenntnis oder auch Ablehnung durch die Masse“ (S. 71). Charakteristisch für die sinnverkehrende Dialektik der „schlagenden“ Beweise Hitlers ist dabei, daß er die Gewalt als „historisches Recht“ ausgibt, die gewaltsame Aufoktroierung von Ideen postuliert, die doch von selbst wirkende und elementare Lebensgesetze sein sollen (mithin solcher Nachhilfe gar nicht bedürftigen) und schließlich gar einen Ausweis der Größe der nationalsozialistischen Bewegung darin sieht, daß sie bereit sei, ihre Weltanschauung mit Gewalt durchzusetzen:

„Die nationalsozialistische Bewegung hätte kein Recht, sich als eine wahrhaft große Erscheinung im Leben des deutschen Volkes ansehen zu wollen, wenn sie nicht den Mut aufbrächte, die von ihr vertretenen Lebensgesetze allen Widerständen zum Trotz dem deutschen Volke aufzuzwingen“ (S. 71).

Mochte es bisher zuweilen methodisch mißlich erscheinen, daß als Beleg für die politischen Maximen Hitlers immer wieder in so starkem Maße „Mein Kampf“ herangezogen werden mußte, dann verschafft uns das „Zweite Buch“ – die vorstehenden Zitate zeigen es – eine sicherere Basis. Wenn dabei dieses zweite Buch gegenüber dem ersten wenig Neues bringt, sondern dieses fast überall voll bestätigt und meist nur in anderen Wendungen und Wiederholungen neu akzentuiert und verdeutlicht, so ist das für sich allein schon bemerkenswert genug. Die Bedeutung der Edition von „Hitlers Zweitem Buch“ im Jahr 1961 dürfte allerdings noch in etwas anderem liegen, das über solche wissenschaftlichen Bedürfnisse der Vervollständigung der Quellengrundlage hinausgeht: Zur Geschichte des Buches „Mein Kampf“ gehört es, daß es von den Gläubigen, Kritikern und Gegnern bis 1945 kaum gelesen und ernst genommen worden ist. Insbesondere nach 1935 erlitt die Millionenaufgabe des dickleibigen, schlechtgeschriebenen Buches das Schicksal aller Pflicht- und Ehrenliteratur. Man hielt es, erhielt es und behielt es – im Bücherschrank. Die Bibel des Dritten Reiches blieb eines der unbekanntesten Bücher, schon ehe sie 1945 aus dem öffentlichen Verkehr gezogen wurde. Seitdem haben Historiker „Mein Kampf“ vornehmlich als Fundgrube für Belege und Zitate hervorgeholt, die eigentliche Antwort auf das Buch, die Analyse seines Wesens sind sie aber letztlich schuldig geblieben. Die vorausgegangene Massenverabreichung von „Mein Kampf“ mag erneuten Rückgriff auf das allzu abgegriffene „Werk“ des Führers nicht sonderlich attraktiv gemacht haben. Mehr noch lag es aber wohl am Gegenstand selbst, an Hitlers monologischem Reden, daß kritisches Denken dort keinen rechten Zugang fand: Zu verwirrend

war das Gemisch von Phrase, polemischer Ratio und weltanschaulichem Wahn, jene „Sachlichkeit aus Dunst“ (Karl Kraus) oder, wie es Hermann Broch als Kennzeichen weltanschaulich drapierten politischen Massenwahns diagnostiziert hat, „jenes merkwürdig unmittelbare Herauswachsen affektbeladener dämonischer Irrationalität aus logischer Spitzfindigkeit“, das „Bild einer sich selbst zerstörenden, selber magisch gewordenen Ratio“³. Hitlers Zweites Buch stellt die Aufgabe neu, über Zitate hinaus etwas vom Wesen dieses Denkens und seinen Hintergründen zu erfassen.

II

Ein Wort im Sprachschatz Hitlers, das durchgängig vor allem in seiner außenpolitischen Argumentation und der von ihm so gern geübten Auslegung historischer Beispiele anzutreffen ist, ist das Wort von der „realen“ Politik, ihren „realen“ Möglichkeiten oder Notwendigkeiten. Der ihm innewohnende Sinn des Nur-um-jeden-Preis-real-sein-Wollens spiegelt nicht nur manches schicksalhaft Verkrampfte deutschen politischen Denkens im Zeitalter des Nationalismus wider. Er stellt sich auch dar als äußerstes, robustes Resultat der Entwicklung der deutschen Vorstellung von Realpolitik, welche in der Gegenwendung zum deutschen Idealismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts aufkam und bei der sich zwischen Ideologie und Realität ein merkwürdig verschränktes Verhältnis ergab. Der *Prinzipien*-Rigorismus, etwa bei Fichte, schlägt ins verwandte Gegenteil des *Realitäts*-Rigorismus um, bei dem im Extrem biologisches Sein, als der vermeintlich realste Bestimmungsgrund des Menschen, Angelpunkt nationalsozialistischer Weltanschauung wird⁴. Nach den Enttäuschungen des deutschen bürgerlichen Liberalismus hat sich seit Ludwig von Rochau der deutsche Geist, und gerade auch die Historie, fasziniert mit der Realpolitik befaßt und schließlich zu einem Verständnis der Realpolitik geführt, in dem (so bei Treitschke) Macht- und Waffentatsachen ebenso verabsolutiert zu werden begannen wie einst die Ideen. Triebkraft war dabei auch der herrschende Zeitgeist des Positivismus, der gleicherweise in der Marxschen Umkehr der Philosophie Hegels ins Real-Ökonomische wie in der biologisch-rassentheoretischen Umformung der romantischen Volksgeistlehre (durch Gobineau und seine Schüler) Ausdruck fand. Es lag aber wohl an der besonderen Verfassungssituation Preußen-Deutschlands nach 1870, dem Zustand eines annähernd äußerlich realisierten Nationalstaates, der aber kaum im Innern die politisch handelnde und mündige Nation verwirklicht, die Politisierung vielmehr zunehmend auf den Weg plebiszitärer Akklamation und theoretisch-emotionaler Teilhabe abgedrängt hatte, daß nun in Deutschland Realpolitik so wenig praktisch, sondern stark prinzipiell, wissenschaftlich und weltanschaulich genommen wurde. Der Zugang zur politischen Praxis blieb weitgehend gehemmt, Macht und reale Politik wurden von außen,

³ Hermann Broch: *Massenpsychologie*. – Zürich 1959, S. 88.

⁴ Vgl. hierzu vor allem Hans Rothfels: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen zum Problem der Realpolitik* in: *Zeitgeschichtliche Betrachtungen* – Göttingen 1959, S. 179ff.

als Bild, als ästhetisch-moralisches Phänomen und geschichtliche Größe betrachtet, ins Grundsätzliche gewendet. Man suchte Historisch-Politisches in seiner Systemhaftigkeit zu ergründen, betont den „Primat der Außenpolitik“ oder die „Staatsraison“, verlieh dem erfolgreichen Umgang mit „realen“ Machtmitteln das Attribut des „Genialen“. Die auf solche Heroisierung gestimmte politische Mentalität und die Realitätsvorstellung des Positivismus, seine Beschränkung auf das konkret Erfassbare, Zähl- und Meßbare, unterliefen aber innerhalb der entstehenden modernen Massengesellschaft zunehmender Simplifizierung. Hitlers politisch-weltanschauliches Denken ist weitgehend Exponent des hieraus in den geistigen Niederungen seiner Zeit resultierenden Mißverständnisses: das Allerhandgreiflichste, das Simpel-Primitive allein – Blut, Boden, Schwert – gelten hier als das politisch Reale, werden nun zum Fetisch, zu lapidaren Symbolen einer Weltanschauung umgemünzt, wodurch man aber gerade die komplexe menschlich-politische Realität verfehlt und sich ihr ideologisch entfremdet. Ein Beispiel ist Hitlers Glaube, daß die „ursprünglichen“, „natürlichen“, „triebhaften“ Strebungen des Menschen konkreter und realer seien als z. B. die „blassen“ und „abstrakten“ Friedensbedürfnisse. Er verkennet, daß die Zivilisation nicht minder real ist als die Barbarei, sonst hätte sich die Entwicklung von dieser zu jener nie vollzogen.

In den einleitenden Abschnitten des Manuskripts von 1928, in denen Hitler das weltanschauliche Fundament seiner außenpolitischen Grundsätze aufzeigen will, kommt die Simplifikation seiner Realitätsvorstellung – übrigens auch in sprachlicher und logischer Platitude – besonders kraß zum Ausdruck. „Hunger und Liebe“ als „die mächtigsten Triebe des Lebens“ (S. 46) werden unterschiedslos auf Tier und Mensch bezogen und auf die Bedürfnis-Situation des Menschen im 20. Jahrhundert wörtlich, d. h. in ihrem ganz primitiven Sinn der Nahrungssuche und des Sexualtriebes, angewandt. Dabei bleibt jeder andere, unter Umständen viel stärkere Motor menschlichen Handelns – Ehrgeiz, Zivilisations- und Friedensbedürfnis, ganz zu schweigen von ästhetisch-moralischem oder religiösem Antrieb – als unerheblich ausgeklammert. Rein biologisches Sein, welches als solches, d. h. unsublimiert durch Bewußtsein, im Menschen gar nicht wirksam ist, gilt als einzig real, und alle Merkmale des Humanen werden auf diese Weise eingeebnet. Gedankenlose Simplizität verwechselt mit dem ihr eigenen Selbstbewußtsein den in der Menschheit überall vorhandenen Rohstoff des Natürlichen und Biologischen immerfort mit dem Metaphysischen, erhebt das Ungeistig-Formlose biologischer Substanz zum Absoluten und diffamiert den prägenden Geist als Entartung. Derartige Reduzierung auf das „Natürliche“ gibt sich außerdem als grundlegende Einfachheit der Erkenntnis. Das Banale wird zur Weltanschauung systematisiert, die aufgeblähte Phrase zur theoretischen Formel geschraubt. So etwa, wenn Hitler zusammenfassend erklärt, Politik sei „die Kunst der Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes um die Selbst- und Forterhaltung“, ihre Aufgabe „die Erhaltung einer Substanz aus Fleisch und Blut; ihr Erfolg ist die Ermöglichung dieser Substanz, ihr Mißerfolg ist die Vernichtung, also der Verlust dieser Substanz“ (S. 47). Als Konsequenz solcher Banalisierung des Realen entsteht eine Theorie

der Politik, die von der Vorstellung volksbiologischer Substanzvermehrung beherrscht ist und in ihr Sinn und Ziel nationaler Politik erblickt. Vom Staat als Bezugspunkt alles Politischen, von Ordnung, Formgebung und Sinngefüge als Inhalt jeder Politik, die diesen Namen verdient, ist bei Hitler nicht die Rede. Krieg und Frieden sind ihm nur „formale“, „in ein Nichts versinkende“ Unterscheidungen (S. 48): ein einziges Jahr Geburtenbeschränkung schädige die Volkssubstanz mehr als viele Kriege; eine Humanität, die das Erbkrankte am Leben lasse und pflege, sei die eigentliche „Dienerin der Schwäche“ eines Volkes und damit die „grausamste Vernichterin seiner Existenz“ (S. 56). Geistiges, Ideen, erfahren Hitlers Wertschätzung nur, sofern sie mit dieser Realitätsvorstellung vom natürlichen Lebenskampf in Einklang stehen:

„Ideale sind nur solange gesund und richtig, als sie mithelfen, die innere und allgemeine Kraft eines Volkes zu stärken, so daß diese im letzten Grunde doch wieder der Durchführung des Lebenskampfes zugute kommen kann. Ideale, die dem Zweck nicht dienen, sind, und mögen sie tausendmal äußerlich schön erscheinen, dennoch von Übel, denn sie entfernen ein Volk immer mehr von der Wirklichkeit seines Leben“ (S. 53).

Das ist beileibe nicht zynisch gesagt, sondern mit einer primitiven Überzeugtheit, der nie in den Sinn gekommen zu sein scheint, daß Ideale, welche die Bedingung einer bestimmten Nützlichkeit, oder „Gesundheit“ erfüllen müssen, per definitionem nicht Ideale, sondern Propaganda oder – was auf das gleiche hinauslaufen kann – Emotionen, Leidenschaften o. ä. sind. Es nimmt deshalb auch gar nicht wunder, daß Hitler mit Selbstverständlichkeit von Idealen als von Dingen spricht, die man einem Volk „gibt“ und die dergestalt – hier zeigt sich der instinktsichere Demagoge – gar „als Ersatz für materielle Güter zu dienen vermögen“ (S. 53).

III

Für Hitler gab es, das macht sein „Zweites Buch“ erneut sichtbar, nur einige wenige formelhafte Fixpunkte politisch weltanschaulicher Argumentation, an denen er stets festgehalten hat und die stereotyp in seinen Reden und Schriften wiederkehren. Sie ergeben sich sämtlich aus dem Grundschemata naturgesetzlichen Kampfes um Fort- und Selbsterhaltung der Arten, geschichtlich-politisch verstanden als Kampf verschiedenwertiger Rassen bzw. der sie repräsentierenden, je nach Rassenwert und -zahl stärkeren oder schwächeren Völker. Am Ende kreist dabei alles um den Ausgang dieses Kampfes, d. h. darum, wer der Stärkere ist. Außen- und Innenpolitik haben sich hier gegenseitig zu stützen und voranzutreiben: die eine, indem sie durch Bevölkerungs-, Rasse- und Gesundheitspolitik sowie auch durch umfassende propagandistisch-ideelle Einwirkungen Zahl, natürliche Kraft und Rassenwert des Volkes mehrt, die andere, indem sie durch vorsorgliche Bodenpolitik, d. h. Landgewinn, Raum für die wachsende Bevölkerungszahl und die Voraussetzung für einen „gesunden Volkskörper“ schafft:

„Außenpolitik ist die Kunst, den jeweils nötigen Lebensraum in Größe und Güte zu sichern. Innenpolitik ist die Kunst, einem Volke den dafür notwendigen Machteinsatz in Form seines Rassenwertes und seiner Zahl zu erhalten.“ (S. 62.)

Raumnot und Übervölkerung, das ergibt sich schon hieraus, sind nicht objektive Gegebenheiten, welche von sich aus auf die von Hitler geforderte Bodenpolitik hindrängen, sie erhalten diesen ihren Sinn erst von der Lebenskampftheorie her. Es handelt sich bei Hitlers Bodenpolitik nicht um einen Ausweg aus einem nun einmal bestehenden, anders nicht befriedigend lösbaren Dilemma der Übervölkerung, sondern die große Volkszahl, die einerseits das „heilige Recht“ des Bodenerwerbs begründet (S. 55), ist selbst wiederum angestrebtes Ziel derselben Politik. Raum- und Bevölkerungspolitik kurbeln sich gegenseitig an, sie stellen, wenn man Hitler wörtlich nimmt, eine Schraube ohne Ende dar. Als ihr einziges faßbares Ziel bleibt auch wieder nur: Vermehrung der völkischen Stärke und Substanz. In diesem Sinne doziert Hitler, daß es für das Leben eines gesunden, d. h. zahlenmäßig wachsenden Volkes notwendig sei, „von Zeit zu Zeit“ zu überprüfen, ob der Lebensraum noch in einem „natürlichen“ und „gesunden“ Verhältnis zur Volkszahl stehe oder ob er durch Bodenerwerb, welcher „Kampfentschlossenheit und Bluteinsatz“ erfordere, erweitert werden müsse (S. 54). Ebenso dialektisch auswechselbar ist der hierbei verwandte Begriff der Gesundheit. Die Gesundheit eines Volkes wird einerseits abhängig gemacht von einer bestimmten, übrigens von Hitler nie näher spezifizierten Relation von Volkszahl und Raum (z. B. S. 54/55), anscheinend also von einer objektiven Norm, andererseits hebt Hitler mehrfach hervor, daß die Bereitschaft zum Bodenerwerb Kennzeichen eines gesunden Volkes sei: „Zumindest ein gesundes Volk [an anderer Stelle heißt es deutlicher ein *kraftvolles* Volk] wird stets versuchen, die Befriedigung seiner Bedürfnisse in eigenem Grund und Boden zu finden“ (S. 53) bzw. „die Wege finden, seinen Boden der wachsenden Volkszahl anzupassen“ (S. 55). Gesundheit und Natürlichkeit sind demnach ähnlich wie die Volkszahl abwechselnd Beweggrund und Ziel der Bodenpolitik, sie lösen sich als Begriffe auf in eine dynamische Spirale, als Scheinargumente eines Willens, der allein auf Akkumulation völkischer Vitalität konzentriert ist.

Im Aufbruch zum Bodenerwerb, gesehen gleichsam im Bilde der zu ewigem Erobern gezwungenen Stämme der Völkerwanderungszeit, sieht Hitler den Ausdruck der Kraftentfaltung eines Volkes. Auch dies ein Rückgriff auf Urtümliches, eine Vorstellung, aus leergewordener Vergangenheit heraufgeholt, Beschwörung einer wirkungsvollen Kraft- und Siegesmagie, die sich mit Zweckmäßigkeitserwägungen dürftig wappnet: Allein im Bodenerwerb, nicht aber durch wirtschaftsfriedliche Expansion könne ohne Einbuße an Macht das Problem der Übervölkerung gelöst werden. Ohne gesicherte Ernährungsautarkie bliebe die völkische Kraft geschmälert, außerdem schüfen übermäßige Industrialisierung und Verstädterung nur Quellen ungesunden Lebens, aller Laster und Untugenden, „Brutstätten der Blutsvermischung und Bastardisierung“. Die industriellen Arbeitszentren seien „Abszesse am Volkskörper, . . . eitrige Herde, in denen die internationale jüdische Völkermade gedeiht und die weitere Zersetzung endgültig besorgt“ (S. 61/62).

Die Völker würden dann „in einem lasterhaften Pazifismus geschwächt, nicht mehr bereit sein, mit Bluteinsatz für den Absatz ihrer Waren zu kämpfen“ (S. 62); ähnlich würde durch Beschränkung auf innere Kolonisation „der gewöhnliche ehrsame Bürger dann wirklich glauben, durch Fleiß, Emsigkeit und gerechte Bodenverteilung sein tägliches Brot auch zu Hause finden zu können, statt zu erkennen, daß die Kraft eines Volkes zusammengefaßt werden muß, um neuen Lebensraum zu gewinnen“ (S. 59). Zwar hat Hitler die Raumpolitik auch in ihrer Bedeutung für die Großräumigkeit des inneren Wirtschaftsmarktes und dadurch sich bietender industrieller Rationalisierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten erwähnt, aber dies war nie ein vorherrschendes Motiv für ihn. In der Wirtschaft sah er nur eine „sekundäre Angelegenheit im Völkerleben“, gebunden „an die primäre Existenz eines kraftvollen Staates“: „Vor dem Pflug hat das Schwert zu stehen und vor der Wirtschaft eine Armee“ (S. 124). Aus diesem Grund hat Hitler auch den Großraumgedanken der Paneuropabewegung der 20er Jahre als indiskutabel abgelehnt (S. 128f.).

Raumpolitik ist im Zusammenhang Hitlerischen Denkens der Inbegriff vollkommener völkischer Existenz, weil – vermeintlich – sie allein unabhängig macht von Fremdeinflüssen:

„Jeder andere Zustand ist krank und gefährlich... Welthandel, Weltwirtschaft, Fremdenverkehr usw. sind abhängig von Faktoren, die z. T. außerhalb des Ermessens, zum anderen außerhalb der Macht eines Volkes liegen. Die sicherste Grundlage für die Existenz eines Volkes war zu allen Zeiten der eigene Grund und Boden.“

Beherrschende Zielvorstellung ist: Erlangung voller Autarkie als der Bedingung, die es einem Volk erlaubt, exklusiv nur es selbst zu sein. Hier treffen sich Raumpolitik und Rassepolitik als Versuch nationaler Selbstverwirklichung unter Abschüttelung alles Fremden, einer Selbstverwirklichung *ohne* die Welt. Wohl nicht zufällig existiert das Wort „Weltpolitik“ bei Hitler nirgends im Zusammenhang seiner raumpolitischen Doktrin. Schon theoretisch ist Hitlers außenpolitische Zielsetzung eines künftigen Großraums der Deutschen im Osten rigoros *gegen* die Welt, *gegen* Zeit und Wirklichkeit gedacht. Es dominiert die irrealer Vorstellung leeren Raumes, einer sozusagen ausgeklammerten Welt. Hitler denkt die Welt in das Schema permanenter Völkerwanderung um, eines ewigen Stoß- und Druckgefälles, wobei überlegene Bevölkerungszahl und Rassenwert den Motor des Geschehens ausmachen und der Lebensraum der minderwertigen Völker Vakuum ist für das höherwertige Volk. Die Rassenideologie macht so theoretisch aus dem slawischen Osten einen leeren, offenstehenden Raum. Oder umgekehrt: Es bedurfte ihrer, d. h. der geistig vorweggenommenen Vergewaltigung bestimmter Völker, um einen gegen Zeit und Wirklichkeit der Welt erdachten deutschen Großraum im Osten überhaupt projektieren, um eine nicht vorhandene Schneise in die Welt, das Loch in die Weltgeschichte hineinkonstruieren zu können.

Solche weltanschauliche Vergewaltigung der Wirklichkeit, Konstruktion einer Welt durch „Schau“, erreicht in „Hitlers Zweitem Buch“ ihren wohl sicht-

barsten Ausdruck bei der Deutung und Prognose der russischen Verhältnisse, also der Gegebenheiten in jenem Raum, welcher primäres Objekt der geplanten Raumpolitik war. Rassetheoretische Spitzfindigkeiten und Hintertreppengeschichten, die Hitler seitenlang verbreitet (S. 156ff.), müssen herhalten, um einleuchtend zu machen, daß Rußland das gegebene Vakuum für künftige Landnahme sei, daß dieses „gigantische Landgebiet“ Szenerie einer neuen Völkerwanderung und einer „Periode unruhevoller Veränderungen“ sein werde (S. 159). Was es an Stabilität russischer Staatlichkeit gegeben habe, sei allein der germanischen Oberschicht im Zarenreich zuzuschreiben gewesen. Diese habe es schon vor 1914 mit der anarchistisch-nihilistischen „blutsmäßigen Opposition des wirklichen Russentums“ zu tun gehabt, durch die bolschewistische Revolution sei sie aber endgültig beseitigt worden. Nunmehr bestehe für Rußland nur noch die Alternative: *entweder* Destruktion der russischen nationalen Kraft durch das im Zusammenhang mit der Revolution hochgekommene jüdische „Ferment der Dekomposition“ *oder* Zerfall durch das zu staatlicher Gestaltung unfähige nationalrussische Slawentum (S. 158). Damit ist aber in jedem Falle der Weg frei für die Realisierung deutscher Bodenpolitik:

„Es ist ein Glück, daß diese Entwicklung so stattgefunden hat, weil dadurch ein Bann gebrochen ist, der uns verhindert hätte, das Ziel der deutschen Außenpolitik dort zu suchen, wo es einzig und allein liegen kann: Raum im Osten.“ (S. 159.)

Die rassische Unzulänglichkeit des Russentums setzte in Hitlers Augen auch die sonst für Rußland außerordentlich günstige Relation von Raum und Bevölkerungszahl außer Kraft. Wäre das nicht der Fall, so argumentiert er, „dann würde für Europa Rußland mindestens ebenso gefährlich sein“ wie Amerika (S. 128). Er redet sich ein:

„Der Zahl der russischen Volkes liegt kein solcher innerer Welt bei, daß diese Zahl zu einer Gefahr für die Freiheit der Welt werden könnte. Zumindest nie im Sinne einer wirtschaftlichen und machtpolitischen Beherrschung der anderen Erde, sondern höchstens in dem einer Überschwemmung mit Krankheitsbazillen, die zur Zeit in Rußland ihren Herd haben“ (S. 128).

Das Wunschdenken Hitlers ist hier mit Händen zu greifen. Die Brücke aber von solcher irrealen Wunschwelt zu ihrer Verwirklichung ist dann allemal die Gewalt. Zwangsmaßnahmen haben die Richtigkeit der Weltanschauung zu erhärten. Wo das östliche Vakuum nicht vorhanden ist, muß es geschaffen werden. Hitler nimmt sich nur selbst beim Wort, wenn er erklärt, ein völkischer Staat, der Boden erwirbt, müsse sich entschließen, die dort lebenden „rassisch fremden Elemente“ entweder „abzukapseln“ oder „sie überhaupt kurzerhand zu entfernen“ (S. 81). Der Beiläufigkeit, mit der theoretisch Verpflanzungen ganzer Völker als nur natürliche Formen eines Bioprozesses gewertet werden, entspricht genau die beiläufig-bürokratische Art und Weise der späteren Realisierung völkischer Herrenrassen-Politik im eroberten Polen oder Rußland. Weltanschaulich ertrotzte Wirklichkeitsvorstellung bedingt folgerichtig eine Politik der Maßnahmen, die das Vorgestellte mit rationaler Organisation und zweckmäßiger Gewalt zu erzwingen sucht. Nur ist es

nicht die Folgerichtigkeit der Vernunft, die dabei herrscht, sondern die eines medialen Vermögens, das fähig ist, bedenkenlos „aus Illusion in Tat zu stürzen“.

IV

Rassenpolitik, Bevölkerungspolitik und autarkistische Bodenpolitik sind die verschiedenen Wege zum vollkommenen Selbstsein der Nation, zu absoluter Unabhängigkeit und Souveränität, die als Höchstmaß völkischer Freiheit verstanden wird. Hier berührt sich Hitlers Denken mit einem allgemeinen Mißverständnis politischer Freiheit. Nachdrücklich hat vor einiger Zeit Hannah Arendt auf die fatale Identifizierung von Freiheit und Souveränität in der Politik hingewiesen⁶, die letztlich der Herkunft des Freiheitsbegriffs aus der philosophisch-idealistischen Konstruktion der Willensfreiheit zuzuschreiben ist. Politische Freiheit aber kann nie durch Willensfreiheit charakterisiert sein; denn Freisein im Politischen vollzieht sich stets nur im Handeln mit anderen, es ist immer dialogisch, d. h. gerade unter der Bedingung der Nicht-Souveränität. Menschen, Gruppen oder Völker, die souverän sein wollen, sind geradezu gezwungen, die Freiheit des Handelns und der Partnerschaft abzuschaffen. Am Extrem nationalsozialistischer Vorstellungswelt, an der dort postulierten rassisch-völkischen Exklusivität und wirtschaftlichen Autarkie wird vollends deutlich, daß solche immer nur als Souveränität und Selbstsein verstandene nationale Freiheit notwendig Negation der Welt, Feindlichkeit ihr gegenüber bedeutet; als ein unausgesetzt monologisches Nur-um-sich-selbst-Kreisen macht sie alles und jedes zum Fangball egozentrischen Willens und löst Wirklichkeit und Welt in Subjektivität auf.

An der nationalsozialistischen Ideologie wird dies zunächst einmal kenntlich an der sich hier zeigenden Auflösung der Normen und Begriffe, ja der Sprache selbst zu einem Zirkel agitatorischer Willkür und Entstellung. Einige Beispiele für den dynamisch wechselnden, einmal dies, dann wieder jenes meinenden Sinn der Begriffe Hitlers sind schon aufgeführt worden.

Bemerkenswerterweise herrscht solche logische Unstimmigkeit aber gerade auch dort, wo Hitler zentrale Themen seiner sogenannten Weltanschauung, etwa das der Rasse, behandelt (S. 64ff.). „Rassenwert“ und „Würdigung des Rassenwertes“, der objektive Wert also und das subjektive Werten, werden hier unterscheidungslos miteinander vertauscht. Hitler spricht, auf das eigene Volk bezogen, nicht einfach von Rassenwert, sondern von der Bedeutung, der Bewußtmachung und der Würdigung seines Rassenwertes. „Die Bedeutung eines Bluts Wertes eines Volkes“, so führt er aus, sei „erst dann restlos wirksam, wenn dieser Wert von einem Volk erkannt und gebührend geschätzt wird“. Völker, die ihren Bluts Wert nicht bewußt oder instinktmäßig würdigen, „beginnen ihn damit auch sofort zu verlieren“; jeder vorhandene Rassenwert eines Volkes sei solange wirkungslos, „als nicht bewußt ein Volk sich seiner erinnert und ihn mit aller Sorgfalt pflegt“. Der „Todfeind dieses Wertes“ sei aber „die internationale Gesinnung“ (S. 66). Rassenwert

⁶ Hannah Arendt: Freiheit und Politik; in: Die Neue Deutsche Rundschau, 1958, S. 670.

ist hier auffällig an subjektives Bewußtsein und Gesinnung gebunden, und so fallen denn auch Rassen- und Gesinnungsfeinde zusammen zum Universalfeind des „jüdischen Internationalismus“, zum „Juden in jeder Form“, wie Hitler (S. 66) bezeichnenderweise sagt. So wenig er auf der einen Seite daran rüttelt, daß jüdisches Blut ein unabänderlicher, objektiver Makel sei, so sehr scheint ihm die rassische Hochwertigkeit des deutschen Volkes vom Faktor nationalsozialistischer Bewußtseinsbildung abhängig zu sein. Rasse-haben wird aber dann wesentlich zum Rasse-haben-wollen, zur Angelegenheit propagandistischer Einwirkung und Schulung, die den Einzelnen auf ein instinkthafes Sein zurückwirft, in Affekthaltungen versetzt und zu massentümlicher (als gesundes Volksempfinden deklamierter) Triebentfesselung ermutigt. Hitler hat zweifellos instinktiv erfaßt, daß es primär Aufgabe propagandistisch-psychologischer Behandlung des Volkes, einer Hypertrophierung seines Nationalbewußtseins, nicht aber Aufgabe rassentheoretischer Züchtung ist (eine Sache des emotionalen Bewußtseins, nicht des biologischen Seins), jene Selbstmythisierung der Masse durch die Rassendoktrin zu erreichen. Entbehrt diese Widersprüchlichkeit – Rasse als Bewußtseinsinhalt einerseits und als objektives Sein andererseits – des logischen Sinnes, so erhält sie Sinn jedoch vom Zusammenhang des Agitatorischen her, wo für den benötigten Feind die unumstößliche Feindtheorie objektiver Minderwertigkeit, für die eigene nationale Kraftentfaltung aber vor allem die psychologisch-organisatorische Umschmelzung des Volkes zur totalitären Gefolgschaft benötigt wird, der das Rassenbewußtsein als Vehikel dient.

Die Schlüssigkeit Hitlerschen Redens ergibt sich nicht vom Sinn-Gehalt seiner Worte und Argumente her, sondern von ihrer agitatorischen Dynamik. Noch in seiner schriftlichen Fassung ist das „Zweite Buch“ Hitlers, ebenso wie „Mein Kampf“ ganz Rede. Trotz einer gewissen thematischen Einheit bleibt es weit von logischer Systematik und Gliederung entfernt. Deutlich zeigen die einzelnen Abschnitte, daß Hitler sich in sein Thema immer mehr hineingeredet, es zusammenge-redet hat. Die Südtirol- und Italien-Frage, der Hauptanlaß des Buches, werden im Verlauf dieses weitausholenden Redens über Allgemeines und Grundsätzliches ziemlich an den Rand gedrängt. Auch sonst finden sich alle Merkmale Hitlerscher Rhetorik: die zahlreichen, inhaltlich ermüdenden, doch als Rezitativ zweifellos beabsichtigten Abwandlungen und Wiederholungen ein und desselben Gedankens; die langen Exkursionen ins Arsenal der Geschichte, in dem sich Hitler auskennt und wo er um Deutungen nie verlegen ist; regelmäßig eingeblendete, sich überstürzende Polemik an die Adresse der innenpolitischen Gegner mit einer Flut von Diffamierungen; schließlich auch einzelne, geschickt auf Heiterkeitserfolg zielende Parodien, deren Objekt Hitler immer auf die gleiche Weise erst künstlich selbst aufbläst, um es dann platzen zu lassen. – Motorisches Drängen beherrscht vor allem Hitlers Sprache. Der monotone, oft geradezu ärmliche Wortschatz bleibt ohne jegliche Differenziertheit. Die fast gänzliche Verkümmernug des Verbalen zugunsten gehäufte Nominalklötze läßt alle Bewegung zum Gegenstandswort erstarren. Das So und Wie eines Geschehens wird gestellt und festgestellt, Sinn und Gedankenfluß durch die Trommel von Nominalkonstruktionen in

ein oft kaum noch syntaktisch gebundenes Nacheinander von Formeln und Ausrufen zerhackt. Wenn Hitler von einem gesunden Volk spricht, das sich vermehrt und wachsende Ansprüche an das Leben stellt, so heißt das bei ihm (S. 53/54): „Die Zahl eines Volkes wird bei einem gesunden Volke eine steigende sein, damit ist aber auch die Forderung an Lebensgütern eine wachsende.“ Solche Sprache ist nur noch Motor der Feststellung, sie drückt vom Wesen der Sache, hier dem Leben eines Volkes, kaum noch etwas aus; sie wird zum Zugriff, der das Volk zur statistischen Größe macht. Das Modale, Qualitative geht verloren zugunsten unanschaulicher abstrakter Physik von Nominalfaktoren. So läßt Hitler „die Zahl eines Volkes einer Beschränkung unterliegen“, seinen inneren Wert „eine Steigerung erfahren“ (S. 56), die „Begrenzung der Wohnstätten einem Wandel ausgesetzt“ sein (S. 55). Er spricht von der „Nahrungszusichnahme“ des Menschen (S. 55), ferner – in gehäufte Genitivverbindung – von der „Unmöglichkeit dieser Begründung der Notwendigkeit des Durchhaltens des Krieges“ (S. 105), oder davon, daß die Volksvermehrung „eine sichtbar schnelle“ (S. 84), die bürgerliche Regierungszeit „eine ebenso kurze wie unanständig erbärmliche“ sei (S. 82) und ähnliches mehr. Das ist keine Sprache des Sagens und Mitteilens mehr, sondern vorwärtstreibende Stimme, oft Wortüberfall, unzusammenhängend und unverbindlich wie das „Gedankengut“.

Kehren wir zu diesem noch einmal zurück. Von verschiedenen Aspekten aus ergab sich, daß auch den zentralen Fixpunkten der Weltanschauung Hitlers, sieht man hinter ihre rationale Vordergründigkeit, keine logisch-normative Bedeutung zukommt. „Rasse“ erweist sich nicht als objektive und feste Bestimmung eines Seienden, sondern als nur scheinhaft ins Objektive gewendete Formel für exklusives Selbstsein und Mobilisation der völkischen Kraft; die als natürliches Gesetz stipulierte gesunde Relation von Bevölkerungszahl und Raum stellt sich heraus als dynamische Umschreibung des Willens zur Vermehrung völkischer Substanz um ihrer selbst willen. Tatsächlich geht der Inhalt der nationalsozialistischen Welterkenntnis genau genommen nicht über ihr erstes Wort hinaus: Lebenskampf in dieser oder in jener Umschreibung, ohne jede stichhaltige Bestimmung des Wofür und Wozu. Vermeintliche Grundprinzipien wie Blut, Boden usw. dienen kaum rationaler Aussage, sondern haben eher magische Symbolbedeutung, sind selbst Triebkräfte der Bewegung. „Weltanschauung“ und „Bewegung“ des Nationalsozialismus sind zwei Seiten derselben Sache, sie werden von Hitler auch abwechselnd so oder so genannt. Das In-Bewegung-sein verbürgt die Existenz der Weltanschauung und umgekehrt. Einsätze und Maßnahmen der organisierten Bewegung haben eo ipso Weltanschauungscharakter, „beweisen“ die Ideologie. Die „Entschlossenheit“ ersetzt die Richtigkeit der Theorie und – in der Praxis – die objektiven Gegebenheiten. „Was an Erfolgsmöglichkeiten“ fehlt, erklärt Hitler, müsse „durch Energie der Durchführung ersetzt werden“ (S. 75). Oder noch deutlicher: „Ich werde versuchen, das, was an Erfolgswahrscheinlichkeit . . . fehlt, durch größere Entschlossenheit noch aufzuwiegen und diesen Geist auf auch die von mir geführte Bewegung zu übertragen“ (S. 77). „Geist der Entschlossenheit“, das und nicht mehr ist der Kern

der Weltanschauung. Ihre Worte und Sätze sind fixierte topoi und Zielformeln für Trieb- und Energieentfesselung, daher auch bis zu einem gewissen Grade austauschbar. Ein bestimmter Bestand fester Weltanschauungssätze muß in diesem Bewegungsstrom allerdings „unerschütterlich“ sein, sonst höbe sich dieser selbst auf.

Derartige Bewegung schlechthin ist unvereinbar mit Ruhe und Frieden. Ihr Hauptfeind ist der Pazifismus und Neutralismus. Hitler erblickt darin eine „Seuche“, ein „Laster“, eine Kraft der „Fäulnis“. Im Verzicht auf Kampf sieht er eine „Zerstörung aller moralischen Faktoren“ (S. 143). Hitlers prinzipielle Bejahung des Krieges als zwar nicht alleinigen, aber auf jeden Fall regelmäßig immer wieder notwendigen Mittels einer gesunden Politik ist a priori bestimmt durch das Wesen der Weltanschauungs-Bewegung, die er repräsentiert. Verglichen mit dieser prinzipiellen Haltung, ist die Frage konkreter Entschlüsse Hitlers zu Kriegshandlungen beinahe sekundär. Die Deklamation der Rasse- und Bodenpolitik ist an sich schon Kriegsankündigung; denn ohne Gewalt ist sie nicht durchführbar. Die Militarisierung liegt hier in der Weltanschauung. Mit Betonung stellt Hitler in seinem „Zweiten Buch“ fest, daß die eigentliche Schwäche Deutschlands nicht in seiner Waffenlosigkeit und der Beschränkung seiner Armee auf 100 000 Mann liege, sondern in der „pazifistisch-demokratischen Vergiftung“ (S. 64). Hitler selbst hat nach 1933 völlig zu Recht als entscheidende Tatsache der Aufrüstung Deutschlands nicht die Waffenproduktion und Wiederherstellung der Wehrhoheit, sondern den umfassenden Prozeß der nationalsozialistischen Volkserziehung und -organisation angesehen. Dieser stellte bis in die Symbole, die Kulturgüter, die Uniformen und die Organisationsstrukturen hinein nichts anderes dar als eine allumfassende Imprägnierung des Lebens der Nation mit Kampf- und Siegideologie, mit den beherrschenden Vorstellungen von immer neuen Einsätzen und immer neuer Mobilisierung der Kräfte, um irgendwelcher Triumphe willen. Noch die schöpferische Kulturleistung sieht Hitler im Lichte solcher Kategorien; jede kulturelle Tat, so sagt er, sei eine „Besiegung“ der Barbarei (S. 65). Auch die Rassentheorie als Mythos des Volkes von sich selbst und die urtümliche Landnahmenvorstellung der Bodenpolitik sind im Grunde Sieg-Symbole. Massenpsychologisch stellen sie sich der als Flucht der ihrer selbst und der bisherigen Werte unsicher gewordenen Massen in eine überwältigende Sieg-Ekstase. Auf sie läßt sich Wirkung und Wesen Hitlers weitgehend reduzieren. Hermann Broch schreibt von ihr:

„Es ließe sich geradezu behaupten, daß im Massengeschehen die Siegesekstase die gleiche Stelle einnimmt wie die Sexualekstase im Individualgeschehen, d. h. jene Stelle, von der aus das Ekstasebedürfnis des Menschen am bequemsten, am handgreiflichsten, also mit dem geringsten Aufwand von Sublimierungen zu befriedigen ist . . . Die Vorstellung vom Siege samt der von seinen überwältigenden Zielen und Früchten ist Sieg um des Sieges willen, und gerade seine Verbrämung mit exakterster, virtuosenhaft exekutierter Technik enthüllt die dämonische Nichtigkeit seiner Bestechung, die herauschende Verleitung zum schieren Nichts.“

⁶ Hermann Broch: a. a. O., S. 123.

Dokumentation

ZUR GESCHICHTE DES „PREUSSENSCHLAGS“ AM 20. JULI 1932

Vorbemerkung

Vorgeschichte, Ablauf und Folgen der Aktion des Reiches gegen Preußen am 20. Juli 1932 bilden in ihrer politisch-juristischen Gemengelage zusammen mit der immer noch in Fluß befindlichen Diskussion um Hintergründe und Zwangsläufigkeiten dieses Ereignisses, um das feststellbare bzw. entschuldbare Maß von Schuld und Irrtum auf seiten der Beteiligten und Betroffenen einen neuralgischen Punkt der zeitgenössischen Geschichtsschreibung. Die Literatur zum „Preußenschlag“ – wir vermeiden den Terminus „Staatsstreich“ – ist in beängstigender Weise angeschwollen. Dabei ist die eingehende und kritische Darstellung von Bracher¹ nach wie vor grundlegend. Während sich die beiden jüngsten Arbeiten zu dieser Frage² auf weiteres Material stützen konnten³, ist der Aktenbestand der Reichskanzlei über die Preußenaktion bis heute nicht ausgewertet worden⁴. Nun liegt es nicht in unserer Absicht, auf Grund dieser wichtigen Quelle neue Ergebnisse zur Geschichte dieser „Exekution nach vorheriger Unterrichtung der zu Exekutierenden“⁵ auszubreiten. Das mag späterer Auswertung im Rahmen einer größeren Edition überlassen bleiben⁶.

Aus den einschlägigen Akten der Reichskanzlei „betreffend die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen“ sollen daher hier zunächst nur drei Dokumente veröffentlicht werden, die den äußeren Ablauf der Papen-Aktion verdeutlichen und

¹ Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. 2. Aufl. Stuttgart und Düsseldorf 1957, S. 559 ff., bes. S. 582 ff.

² Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey. Düsseldorf 1960, S. 127 ff.; Hermann von Lindheim, Zu Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Jg. 11, 1960, S. 154 ff.

³ Earl R. Beck, The Death of the Prussian Republic. A Study of Reich-Prussian Relations, 1932–1934 (Florida State University Studies No. 31), Tallahassee 1959, ist für unsere Fragestellung unergiebig, ebenso Joachim Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: Zeitschr. für Geschichtswissenschaft Jg. 4, 1956, S. 1146 ff.

⁴ Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumsparlei, in dem in Anm. 2 genannten Sammelwerk, S. 513 Anm. 42: Über die „unmittelbare Vorgeschichte und Durchführung“ der von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen „sind aus den Akten der Reichskanzlei sowie aus den Protokollen der Sitzungen des Reichskabinetts und des preußischen Kabinetts neue Erkenntnisse zu gewinnen“.

⁵ Diese Formulierung verdanke ich Dr. Eberhard Pökar.

⁶ Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn bereitet im Rahmen ihrer Quelleneditionen eine Dokumentation über die innenpolitische Entwicklung der Jahre 1932/33 vor, bei der insbesondere das Vorgehen des Reiches gegen Preußen berücksichtigt werden soll.

neues Licht auf die Technik moderner Gewaltanwendung⁷, die mit dem Anspruch der „Legalität“ auftritt, werfen⁸.

Im Mittelpunkt der Dokumentation steht das als Nr. 1 gedruckte Kalendarium, das für den internen Gebrauch der Reichskanzlei angefertigt ist. Es enthält keinen Hinweis auf seinen Verfasser – wahrscheinlich Oberregierungsrat Thomsen – und auf das genaue Datum der Niederschrift, die bereits am 1. August „z. d. A.“ geschrieben wurde. Diese Aufzeichnung bildete vermutlich die Grundlage der von Bracher benutzten kürzeren und zweckbestimmten „Darstellung der Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. Juli 1932“, die bei den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof als Manuskript in einem „Anlageheft zu der Gegenerklärung der Reichsregierung“ vom 5. August vorlag⁹. Die Niederschrift und die ihr angefügten beiden Dokumente lassen in minuziöser Deutlichkeit den Ablauf jenes „Sprungs nach Preußen“¹⁰ – der seit dem 11. Juli beschlossene Sache war¹¹ – verfolgen, über dessen ungewöhnlich reibungslosen Ablauf („programmatisch und ohne Zwischenfälle“¹²) nicht nur die Mitglieder der Reichsregierung in höchstem Grade überrascht waren¹³. Carl Severings nachträgliches resignierendes Zeugnis ist richtig: Der „Apparat“ funktionierte in der Tat gut¹⁴, derjenige Preußens – so möchte man ergänzen – versagte auf der ganzen Linie.

Rudolf Morsey

⁷ In einer Besprechung des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers v. Gayl mit preußischen Provinzialbevollmächtigten zum Reichsrat am 2. August erklärte Gayl, „es sei notwendig gewesen, vorübergehend die Machtmittel des Reichs und Preußens zu vereinigen. Die Lage sei an sich klar.“ – Die hier und in den folgenden Anmerkungen genannten Quellen befinden sich, sofern sie nicht eigens bezeichnet sind, in dem erwähnten Aktenbestand der Reichskanzlei.

⁸ Vgl. dazu Ulrich Scheuner, Die nationale Revolution, in: Archiv des öffentlichen Rechts NF. 24, 1934, S. 280 (in dem Kapitel: „Die Auflösung der Weimarer Verfassungsordnung“): „Das Vorgehen der Reichsregierung am 20. Juli 1932 war verfassungsrechtlich durchaus begründet.“ S. 281: „Aber es lag in der Tat vom 20. Juli zugleich auch etwas von einem revolutionären Wagnis, weil es hier . . . um die Ergreifung der realen Macht im Staate ging.“

⁹ Bracher, Auflösung, S. 583 Anm. 123.

¹⁰ Diese Formulierung stammt von Reichsjustizminister Gürtner in der Ministerbesprechung vom 12. Juli.

¹¹ Gayl hatte in einer Ministerbesprechung am 11. Juli ausgeführt, daß jetzt für die Reichsregierung der „psychologische Moment zum Eingreifen“ und die „historische Stunde“ gekommen seien, „um die Beziehungen zwischen dem Reich und Preußen zu regeln“. Vgl. Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 130 Anm. 19.

¹² So Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse. München 1952, S. 218. Ähnlich Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. 19. Aufl. München 1937, S. 151 (20. Juli): „Alles rollt programmatisch ab.“

¹³ In der in Anm. 11 erwähnten Ministerbesprechung am 11. Juli hatte Reichsarbeitsminister Warmbold Bedenken geäußert über die „Durchführung der ganzen Aktion“, die er sich „nicht einfach“ vorstelle.

¹⁴ Mein Lebensweg, Bd. 2. Köln 1950, S. 350.

Dokument Nr. 1

Aufzeichnung der Reichskanzlei über den Ablauf der „Aktion gegen die Preußische Staatsregierung“ am 20. Juli 1932

Bundesarchiv Koblenz, R 43 I/2280, S. 221–231, Maschinenschrift¹⁵.

Mittwoch, den 20. Juli 1932.

Die an diesem Tage einsetzende Aktion gegen die Preußische Staatsregierung wickelte sich, rein technisch gesehen, folgendermaßen ab:

Herr Staatssekretär Planck war bereits um 8 Uhr im Amtszimmer¹⁶.

Um 9 ½ Uhr erschien Herr Oberbürgermeister Bracht, dem das Zimmer des zur Zeit beurlaubten Ministerialrats Feßler zur Verfügung gestellt wurde. Er hatte zu sich gebeten Polizeipräsident Melcher aus Essen und Polizeioberst Poten. Herr Regierungsrat Dr. Gritzsch von der Reichszentrale für Heimatdienst wurde ihm als persönlicher Referent zuerteilt.

Herr Staatssekretär Planck beauftragte Herrn Oberregierungsrat Thomsen, um 9.45 Uhr ein Gespräch mit Herrn Minister Freiherrn von Eltz in Karlsruhe zu führen, im Anschluß daran ein Gespräch mit Herrn Baron von Lersner in München, Hotel Regina, und gegen 10 Uhr ein Gespräch mit Herrn Ministerialdirektor Widmann in Stuttgart, Reichsbahn-Hotel, um den 3 Herren mitzuteilen, daß alles, wie verabredet, sich abwickeln werde¹⁷. Sie möchten um 10.15 Uhr ihre Aufträge bei den 3 Ministerpräsidenten ausführen. Die Herren wurden dahin verständigt, daß der Staatsminister Klepper nicht gleich seines Amtes enthoben werden solle, sondern zunächst nur die Herren Ministerpräsident Braun und Staatsminister Severing¹⁸. Herr Thomsen hat diesen Auftrag zu den angegebenen Zeiten ausgeführt¹⁹.

Es erschienen kurz nach 10 Uhr die Herren Staatsminister Dr. Hirtsiefer und

¹⁵ Am oberen linken Rand befindet sich der Vermerk: „Z.d.A. Th[omsen] 1. 8. W[ienstein] 5. 8.“. Thomsen war als Oberregierungsrat, Wienstein als Ministerialrat in der Reichskanzlei tätig.

¹⁶ In der Reichskanzlei.

¹⁷ Der Vertreter der Reichsregierung bei den süddeutschen Regierungen, Kurt Frhr. von Lersner, und der württ. Ministerialdirektor und stellv. württ. Gesandte in Berlin, Rudolf Widmann, waren am Vortag – ähnlich wie Reichsminister Frhr. Eltz von Rübenach – von Papen instruiert worden, am anderen Morgen um 10 Uhr der bayerischen, württembergischen und badischen Landesregierung die unmittelbar bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen mitzuteilen. Vgl. Waldemar Besson, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1935*. Stuttgart 1959, S. 291 und Dok. Nr. 14 (S. 405 ff.).

¹⁸ Vgl. Widmanns Aufzeichnung vom 20. Juli, bei Besson, *Württemberg*, S. 407. Über Lersners Mission in München vgl. Karl Schwend, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur*. München 1954, S. 456. Ferner Erwein von Aretin, *Um Krone und Ketten*. München o. J., S. 116: Lersner sei in Papens Auftrag nach München geflogen, „um Bayern während der Berliner Auseinandersetzungen zu chloroformieren“.

¹⁹ Über das Ergebnis seiner Stuttgarter Mission berichtete Widmann am 21. Juli telefonisch nach Berlin. In der entsprechenden Aufzeichnung der Reichskanzlei (ORR Thomsen) heißt es, Widmann habe den ihm vom Reichskanzler erteilten Auftrag „gestern vormittag programmäßig ausgeführt. Herr Staatspräsident Bolz habe die Mitteilung zur Kenntnis genommen und sich im übrigen seine Stellungnahme vorbehalten. Er habe ferner ihm gegenüber ernste Bedenken und Sorgen wegen Einhaltung der Reichsverfassung geäußert.“

Dr. Severing und Herr Staatsminister Klepper²⁰, obwohl er für seine Person abgesagt hatte. Ferner erschien Ministerialdirektor Nobis²¹.

Von Reichsseite nahmen an der im Kabinettszimmer stattfindenden Besprechung der Herr Reichskanzler, Herr Reichsminister Freiherr von Gayl, Herr Staatssekretär Planck und Herr Ministerialrat Wienstein als Protokollführer teil. Der Herr Reichskanzler machte den preußischen Herren Mitteilung von der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli²², nach der der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden ist, und daß er auf Grund dieser Ermächtigung die Mitglieder der Preußischen Staatsregierung Ministerpräsident Dr. Braun und Staatsminister Dr. Severing ihres Amtes enthoben habe²³, und daß er auf Grund der Ermächtigung die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten übernommen und mit der Führung des Preußischen Ministeriums des Innern als Kommissar des Reichs den Oberbürgermeister Dr. Bracht betraut habe.

An diese Eröffnung knüpfte sich eine erregte Erwiderung der preußischen Herren. Herr Minister Severing erklärte, daß er nur der brachialen Gewalt weichen würde, blieb aber sachlich, wenn auch innerlich sehr erregt. Die Unterredung dauerte von 10.08–10.28 Uhr²⁴.

Nach dieser Besprechung wurde sogleich Herrn Preußischen Ministerpräsidenten seine Enthebung vom Amt durch Hofrat Katerbitz in seiner Wohnung, Zehlendorf, zugestellt²⁵.

Der ursprüngliche Plan, daß nach dieser Unterredung Herr Oberbürgermeister Bracht sogleich in das Preußische Innenministerium einziehen sollte, war durch die Weigerung Severings hinfällig geworden.

Die Herren Reichskanzler, Reichsminister von Gayl, Staatssekretär Planck und Oberbürgermeister Bracht traten sofort zu einer Besprechung zusammen. Es wurde nunmehr der militärische Ausnahmezustand für Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Die Notverordnung hierüber war schon bei dem letzten Vortrag in Neudeck in Aussicht genommen und vollzogen worden²⁶.

Etwa um 1/211 Uhr bezog eine militärische Wache unter Führung eines Leutnants die Reichskanzlei, um erforderlichenfalls für die Sicherheit zu sorgen. Später meldete sich der Kommandant von Berlin Herr General von Witzendorff beim Herrn Staatssekretär.

²⁰ Am 18. Juli hatte Papen die drei Minister zu dieser Besprechung gebeten. Vgl. Severing, Lebensweg, Bd. 2, S. 348. – Die „Einladung“ war bereits vorher im Kabinett beschlossen worden. Vgl. Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 131 Anm. 19.

²¹ Vgl. Bracher, Auflösung, S. 582 Anm. 120: Severing wußte nicht, „daß auch dieser Beamte [Ministerialdirektor im preuß. Staatsministerium] sich eben jetzt zu den künftigen Machthabern schlug“.

²² In einer Ministerbesprechung vom 16. Juli hatte Gayl mitgeteilt, Hindenburg habe – nach seinem Vortrag (am 14. Juli in Neudeck) „über die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen“ – dem Reichskanzler „Blankovollmacht“ erteilt und eine Verordnung „über die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen sowie eine Verordnung über den Belagerungszustand ohne Datum vollzogen. Der Belagerungszustand solle zunächst nur für Berlin und die Mark Brandenburg gelten.“ Im Original der Verordnung des Reichspräsidenten ist das Datum „20.“ von Papen eingesetzt.

²³ Vgl. demgegenüber die in diesem Punkt abweichende Wiedergabe von Nobis (s. Anm. 37).

²⁴ S. Dok. Nr. 2 und Bracher, Auflösung, S. 583, der sich auf zwei Aufzeichnungen über diese Sitzung von Hirtsiefer und Severing stützen kann.

²⁵ Vgl. Otto Braun, Von Weimar zu Hitler. New York 1940, S. 407 („Hofrat K.“), wo auch der Wortlaut des kurzen Schreibens mitgeteilt ist.

²⁶ S. oben Anm. 22.

Von 11.10–11.30 Uhr war Presseempfang, bei dem Staatssekretär Planck für die inländische Presse Erklärungen abgab²⁷.

11.05–11.25 Uhr hatte der Herr Reichskanzler Herrn Präsidenten Luther zu sich gebeten, um ihm Erklärungen abzugeben, damit die Bankwelt nicht beunruhigt würde.

11.35 Uhr erschien Staatssekretär Meissner im Zimmer des Herrn Reichskanzlers, um in Gegenwart von Herrn Minister Gayl und Herrn Bracht die Frage aufzuwerfen, ob nicht der Herr Reichspräsident für den Fall der Erklärung eines Generalstreiks den militärischen Ausnahmezustand über ganz Deutschland verhängen sollte. Er wäre bereit, die Ermächtigung telefonisch in Neudeck einzuholen. Der Auftrag wurde ihm erteilt, die Ausführung war aber im Verlaufe des Tages nicht mehr erforderlich.

Der Herr Reichskanzler empfing zu den nachfolgenden Zeiten die Vertreter des Reichsrats, um sie über die Maßnahmen der Reichsregierung kurz zu unterrichten: 11.35–11.50 Uhr Herrn Staatsrat Quarck²⁸ – Vertreter Bayerns.

11.50–12 Uhr Für den Vertreter Badens – Oberfinanzrat Stöckinger.

12 –12.14 Uhr Für Sachsen – Graf Holtzendorff.

12.15–12.30 Uhr Herrn Minister Münzel – Vertreter Thüringens.

12.30–12.45 Uhr Für den beurlaubten Gesandten Nuß (Hessen) Oberfinanzrat Schäfer.

12.45– 1.15 Uhr Für den beurlaubten Gesandten Hamburgs Herrn Bürgermeister Petersen, der zufällig in Berlin ist.

Um 12 Uhr teilte Herr Ministerialdirektor Nobis mit, daß Herr Ministerpräsident [Braun] ihm erklärt habe, er würde ins Staatsministerium kommen, um sich verhaften zu lassen²⁹. Daraufhin wird ein kleines Militärkommando von der Reichskanzlei zu dem Pförtner des Staatsministeriums geschickt, um Herrn Braun zu verhindern, das Staatsministerium zu betreten³⁰.

Etwa um 12.20 Uhr teilte Herr Nobis mit, daß die preußischen Minister zu einer Staatsministerialsitzung im preußischen Innenministerium versammelt seien und daß der Herr Ministerpräsident Braun ihn habe wissen lassen, daß er das Staatsministerium nicht betreten werde.

Herr Ministerialdirektor Nobis hatte nach der Besprechung am frühen Vormittag vom Herrn Reichskanzler von Papen als Kommissar des Landes Preußen den Auftrag erhalten, zu einer Staatsministerialsitzung die Herren preußischen Minister auf Nachmittag 5 Uhr in die Reichskanzlei einzuladen. Diese Sitzung fand nicht statt, weil die

²⁷ Vgl. Schulthess 1932, S. 120ff.; Bracher, Auflösung, S. 387.

²⁸ Vgl. den unten in Anm. 44 erwähnten Bericht Quarcks über diese Besprechung.

²⁹ Abweichend davon heißt es bei Braun, Von Weimar, S. 409: „Urlaub abbrechen und nach Berlin eilen, war mein erster Gedanke [nach dem Empfang des Briefes von Papen; vgl. Anm. 25]. Ich telefonierte mit meinem Amt und erhielt die Nachricht, soeben seien die Gebäude des Staatsministeriums von Reichswehrtruppen besetzt worden, die den Befehl hätten, mich nicht einzulassen; das Auto dürfe auch nicht ausfahren.“

³⁰ Dazu vgl. den Schluß des von dem bayerischen Gesandten in Berlin, Franz Sperr, nach München telefonierte Bericht über seine Besprechung mit Nobis am Mittag des 20. Juli (s. unten Anm. 37): Die Antwort auf die von Nobis an Bracht übermittelte telefonische Durchsage, daß sich Braun auf dem Wege zum Staatsministerium befinde und ebenfalls „nur der Gewalt“ weichen werde, sei die Entsendung „eines Leutnants und 3 Mann“ gewesen, die sich bei Nobis meldeten und ihm, Sperr, „eine weitere Unterhaltung unmöglich“ gemacht hätten. ~ Die „Kölnische Volkszeitung“ Nr. 198 vom 21. Juli schrieb, für das Vorgehen des Reichs sei nichts bezeichnender als die Tatsache, „daß ein Leutnant und zwei Mann“ um 12 Uhr im preußischen Ministerium erschienen seien „und die Büros vorläufig für geschlossen“ erklärt hätten.

Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums unter Führung von Herrn Staatsminister Hirtsiefer in einem Briefe vom 20. Juli, der in den Nachmittagsstunden gegen 3 Uhr bei dem Herrn Reichskanzler einging, erklärt hatten, sie betrachteten die Verordnung des Reichspräsidenten für rechtsungültig³¹, würden Klage beim Staatsgerichtshof erheben und zu der Staatsministerialsitzung nicht erscheinen.

Später teilte Herr Ministerialdirektor Nobis fernmündlich mit, daß den Beamten des Staatsministeriums, die sonst an den Sitzungen des Staatsministeriums teilzunehmen haben, durch Herrn Minister Hirtsiefer eröffnet worden sei, daß er es ihnen verbiete, an der geplanten Sitzung teilzunehmen. Sollte dagegen die Reichsregierung zu einer allgemein gehaltenen Besprechung einladen, dann wäre es ihre Pflicht, dieser Einladung zu folgen. Auf Grund des vorgenannten Briefes und der telefonischen Mitteilung von Herrn Nobis wurde die Staatsministerialsitzung abgesagt.

Um 3.45 Uhr versammelten sich bei dem Herrn Reichskanzler die Herren Reichsminister Freiherr von Gayl, Staatssekretäre Zweigert, Schlegelberger, Planck, Ministerialdirektor Gottheiner. In dieser Sitzung wurde zunächst die Absetzung sämtlicher preußischer Minister erörtert und in der von 6–7 Uhr stattfindenden Ministerbesprechung endgültig beschlossen³². Es wurden auch Verhandlungen aufgenommen mit Persönlichkeiten, die als Staatssekretäre die abgesetzten Staatsminister ersetzen sollten³³; so

von 4.40–4.50 Uhr Herr Staatssekretär Mussehl, der es übernahm, als beauftragter Staatssekretär das preußische Landwirtschaftsministerium zu übernehmen,

5.50–6.10 Uhr Ministerialdirektor a. D. Bail, der es aber ablehnte, das Handelsministerium zu übernehmen, weil er zuviel Privatangelegenheiten zu betreuen hätte.

Dagegen übernahm Herr Reichsbankkommissar Dr. Ernst, der ebenfalls gebeten wurde (7.30 Uhr), das Preußische Handelsministerium als beauftragter Staatssekretär.

Die Minister Hirtsiefer (Wohlfahrt), Klepper (Finanz), Schmidt (Justiz), Grimme (Kultus), Schreiber (Handels), Steiger (Landwirtschaft) sowie die Staatssekretäre Dr. Krüger (Landwirtschaft) und Staudinger (Handelsministerium) wurden brieflich ihrer Ämter enthoben. Die Briefe wurden den Herren durch Ministerialamt-männer der Reichskanzlei in ihren Wohnungen persönlich zugestellt.

7–7.15 Uhr spricht der Herr Reichskanzler auf der deutschen Welle³⁴.

In den Nachmittagsstunden entwickelte sich die Amtsentsetzung der Herren Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Weiss und Polizeikommandeur Heimannsberg etwa folgendermaßen:

Es wurden ihnen bereits am Vormittag ihre Verabschiedungsbriefe zugestellt durch Hauptmann Berthold. Die Herren erklärten, daß die Schreiben rechtsungültig seien und daß sie nur der Gewalt weichen würden. Infolgedessen setzte sich in den Nachmittagsstunden, etwa gegen 4 Uhr, von Moabit aus auf Veranlassung des Wehrkreis-kommandanten Reichswehr nach dem Polizeipräsidium in Marsch. Die 3 Herren weigerten sich auch jetzt noch, freiwillig ihre Ämter niederzulegen. Infolgedessen wurden sie verhaftet und in das Kameradschaftshaus in Moabit überführt. Kurze Zeit danach wurde auf Anregung von Ministerialdirektor Klausener nach Einholung einer

³¹ In dem Schreiben hieß es, die Staatsregierung betrachte die den drei Ministern in der Reichskanzlei am Vormittag „eröffneten Maßnahmen der Reichsregierung“ sowohl als eine „Verletzung der Reichsverfassung wie der preußischen Verfassung“.

³² S. Dok. Nr. 3.

³³ Bereits in der Ministerbesprechung vom 13. Juli waren die ersten personalpolitischen Fragen besprochen worden.

³⁴ Als WTB-Meldung Nr. 1532 verbreitet; vgl. auch Schulthess 1932, S. 121 ff.; Bracher, Auflösung, S. 589.

Zustimmung des Wehrkreiskommandanten den Herren ein Revers vorgelegt, wonach sie nunmehr bereit seien, ihre Amtsgeschäfte niederzulegen. Nach Unterschriftsleistung wurden die Herren um 7.20 Uhr aus der Haft entlassen.

Herr Oberbürgermeister Bracht hatte Herrn Minister Severing um 4 Uhr in seinem Ministerium aufgesucht und ihn nochmals gebeten, doch das Amtszimmer freiwillig zu verlassen. Herr Minister Severing weigerte sich, war aber bereit, mit Herrn Bracht über die Art und Weise seiner Amtsenthebung zu verhandeln. Es wurde vereinbart, daß um 8 Uhr Herr Bracht in Begleitung des Polizeipräsidenten Melcher und eines Polizeihauptmanns nochmals zu Herrn Minister Severing kommen sollte³⁵. Dieses erfolgte. Es wurde ihm die Eröffnung gemacht, daß, wenn er nicht freiwillig sein Amtszimmer verlassen würde, er durch den anwesenden Polizeihauptmann dazu genötigt werden würde. Nach dieser Eröffnung verließ Herr Minister Severing freiwillig sein Amtszimmer und begab sich in seine Wohnung. Die Unterredung um 4 Uhr spielte sich in durchaus einwandfreien Formen ab, ebenso die kurze Unterredung um 8 Uhr.

Auf Grund des ruhigen Verlaufes des Tages ordnete Staatssekretär Planck an, daß die militärische Wache der Reichskanzlei um 6 Uhr am nächsten Morgen das Haus wieder verlassen sollte.

Im Verlauf der Abendstunden wurde mitgeteilt, daß in Essen und Wuppertal vollkommene Ruhe herrsche. Die Gewerkschaften haben in ihrer Vorstandssitzung beschlossen, nicht den Generalstreik zu proklamieren, sondern sich erst nach den Wahlen erneut mit der Frage zu beschäftigen.

Dokument Nr. 2

20. Juli 1932, 10 Uhr: Besprechung des Reichskanzlers mit Vertretern der preußischen Staatsregierung

Bundesarchiv a. a. O., S. 119–123, Maschinschrift mit eigenhändigen Korrekturen des Protokollführers Wienstein³⁶.

Niederschrift

über die Besprechung in der Reichskanzlei
am 20. Juli 1932 vormittags 10 Uhr.

Anwesend: Reichskanzler von Papen, Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, Staatssekretär Planck, Ministerialrat Wienstein (als Protokollführer).

Staatsminister Dr. h. c. Hirtliefer, Staatsminister Dr. e. h. Severing, Staatsminister Klepper, Ministerialdirektor Dr. Nobis³⁷.

³⁵ Vgl. demgegenüber die anders akzentuierte Wiedergabe bei Severing, *Lebensweg* Bd. 2, S. 352. Die „Kölnische Zeitung“ vom 21. Juli, Morgenausgabe, schrieb: „In dieser Aussprache versicherten sich, wie wir hören, beide Männer gegenseitig ihrer persönlichen Hochschätzung und Eignung für das Amt des Ministers des Innern.“

³⁶ Eine Abschrift dieser Aufzeichnung, die im Or. von Staatssekretär Planck abgezeichnet ist, wurde von Wienstein am 5. August dem Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium Gottheiner mit dem Bemerkens übersandt, daß die Niederschrift „in dieser Fassung“ von Planck gebilligt worden sei.

³⁷ Wir besitzen neben den in Anm. 24 erwähnten Aufzeichnungen Severings und Hirtliefer auch von Nobis einen Bericht über diese Besprechung (bereits erwähnt in Anm. 50), den er um 12 Uhr im Staatsministerium dem bayerischen Gesandten in Berlin, Sperr, gab. Dieser berichtete über Nobis' Ausführungen sofort telefonisch nach München (maschinenschriftl. Aufzeichnung; Bayer. Geh. Staatsarchiv, MA 1943 D.R., Nr. 322). Sein Bericht

Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung und führte aus, daß er aus Anlaß der Entwicklung der innenpolitischen Zustände in Preußen den Herrn Reichspräsidenten um den Erlaß einer Verordnung, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen, habe bitten müssen.

Sodann verlas der Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen, vom 20. Juli 1932 (Reichsgesetzbl. Teil I S. 377).

Der Reichskanzler gab weiter bekannt, daß er auf Grund des § 1 der Verordnung den preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und den preußischen Minister des Innern Dr. Severing ihrer Ämter enthoben habe.

Staatsminister Dr. e. h. Severing erklärte, daß er gegen diese Maßnahme³⁶ energisch protestiere. Er halte die Verordnung vom 20. Juli für verfassungswidrig. Die Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung seien bestimmt nicht erfüllt. Die Sicherheit und Ordnung sei in Preußen nicht geringer als in den anderen deutschen Ländern. Wenn es in Preußen vielleicht häufiger zu Zusammenstößen gekommen sei als in anderen deutschen Ländern, so liege das daran, daß in Preußen sich am meisten Unruheherde befänden. Kein anderes deutsches Land habe Industriegebiete nach der Art des Ruhrreviers aufzuweisen.

Er werde nur der Gewalt weichen oder dann gehen, wenn er durch eine ausdrückliche Anordnung des Reichspräsidenten oder durch einen Beschluß des Landtages abgesetzt werde.

Der Reichskanzler betonte, daß es den preußischen Ministern nicht verwehrt werden könne, den Staatsgerichtshof anzurufen. Der Staatsgerichtshof müsse dann über die Rechtmäßigkeit der erwähnten Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli d. Js. entscheiden. Ein Bürgerkrieg werde nur entstehen, wenn er von Minister Severing hervorgerufen werde infolge des Vorgehens der Reichsregierung³⁷.

Er richtete sodann an Staatsminister Severing die Frage, was er unter Anwendung von Gewalt verstehe.

Staatsminister Dr. e. h. Severing erwiderte, daß er nur der Brachialgewalt weichen werde. Er betonte nochmals, daß die Verordnung vom 20. Juli 1932 verfassungswidrig sei³⁸.

Staatsminister Dr. h. c. Hirtsiefer betonte, daß es sich um ein ganz ungewöhnliches Vorgehen gegen das größte deutsche Land handle. Weshalb habe die Reichsregierung nicht Preußen gegenüber gemäß Art. 15 der Reichsverfassung die Mängel gerügt, die nach seiner Ansicht zu rügen seien? Weshalb habe insbesondere das Reichsministerium des Innern nicht mit dem Preußischen Innenministerium in dieser Hinsicht Fühlung genommen? Wie würden die anderen Länder über diesen Schritt des Reiches denken?

Der Reichskanzler wies nochmals darauf hin, daß der Staatsgerichtshof über die Rechtmäßigkeit der Verordnung vom 20. Juli entscheiden werde. Er bat Minister

ergänzt die anderen Wiedergaben nicht unwesentlich: Nach Nobis hat Papen erst auf eine Äußerung von Severing hin, nur der Gewalt zu weichen, „eine – schon bis auf das Datum vorbereitete – Verordnung“ des Reichspräsidenten ausgefüllt, „mit der der Ausnahmezustand über Brandenburg-Berlin verhängt wurde“. [So auch in Brechts Ausführungen vor dem Staatsgerichtshof; vgl. Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof. Berlin 1933, S. 19.] Papen habe „sodann als erste Amtshandlung“ Braun und Severing ihrer Ämter enthoben. (Der Schluß des Berichts ist bereits oben in Anm. 30 zitiert.)

³⁶ Von Wienstein berichtet aus: „Mitteilung“.

³⁷ Der letzte Satz eigenhändig eingefügt.

³⁸ Der an dieser Stelle ursprünglich folgende Satz „Gegen Verfassungsbrecher müsse mit Polizeigewalt vorgegangen werden“ ist nachträglich von Wienstein durchgestrichen worden.

Severing, keine Schwierigkeiten zu machen und sein Amt freiwillig zu verlassen. Wenn er jedoch nur der Gewalt weichen wolle, so könne er vielleicht angehen, was er unter Gewalt verstehe.

Staatsminister Dr. Severing erklärte, er werde sich jetzt sofort in sein Amtszimmer begeben und dem Kommissar des Reichs erklären, er werde das Amtszimmer nur räumen, wenn er verhaftet werde.

Persönlich sei er übrigens stets bereit gewesen, von seinem Posten zu scheiden. Das Interesse des Landes Preußen habe jedoch sein Verbleiben auf dem Posten notwendig gemacht. Niemals habe er seine Pflichten als preußischer Minister des Innern verletzt. Auch habe er die Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben, zumal er behaupten könne, auch in der Beamtenschaft durch seine Leistungen sich weitgehende Sympathien erworben zu haben.

Der unterzeichnete Protokollführer verließ sodann auf Wunsch des Herrn Staatssekretärs in der Reichskanzlei die Sitzung, um Oberbürgermeister Dr. Bracht, der in der Reichskanzlei wartete, von dem Verlauf der Besprechung zu unterrichten.

Wie der Protokollführer hinterher erfahren hat, ist die Sitzung kurz darauf beendet worden, ohne daß die beiderseitigen Standpunkte sich angenähert hätten⁴¹.

Für⁴² die Niederschrift:

Wienstein 26. 7.

Dokument Nr. 3

20. Juli 1932, 18 Uhr: Ministerbesprechung

Bundesarchiv a. a. O., S. 129–133, Durchschlag, Auszug.

Beratungsgegenstand: Innenpolitische Lage.

Der Reichskanzler berichtete über die Entwicklung der Situation in Preußen und verlas das anliegende Schreiben der Minister Hirtsiefer, Severing usw. an ihn vom 20. Juli. Er teilte mit, daß er die Vertreter der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und Hamburg im Laufe des heutigen Tages über das Vorgehen gegen Preußen unterrichtet habe. Von Hamburg sei gerade Bürgermeister Petersen anwesend gewesen, den er genau ins Bild habe setzen können.

Lediglich der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung bei der Reichsregierung, Staatsrat Dr. Quarck, habe Protest gegen das Vorgehen der Reichsregierung im Namen der Bayerischen Staatsregierung erhoben⁴³.

⁴¹ In einer Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder in Stuttgart am 23. Juli erklärte Papen u. a., „erst durch die Äußerung Severings, daß er sich nur der brachialen Gewalt unterwerfen werde“, sei die Reichsregierung in die Lage versetzt worden, den Ausnahmezustand über Berlin und die Mark Brandenburg zu verhängen: „Diese Maßnahme falle deshalb lediglich [!] Herrn Minister Severing zur Last.“ Zitiert nach dem Protokoll in den Akten der Reichskanzlei, a. a. O.; vgl. auch Schwend, Bayern, S. 461 und Besson, Württemberg, S. 294.

⁴² Das Folgende eigenhändig.

⁴³ Vgl. Schwend, Bayern, S. 457. Aus einer Aufzeichnung des bayerischen Staatsministeriums vom 20. Juli (Bayer. Geh. Staatsarchiv, MA 1943 D.R., Nr. 322, Maschinenschrift) geht hervor, daß Quarck über seine Unterredung mit dem Reichskanzler, die um 11.30 Uhr stattfand, sofort telefonisch nach München berichtete. Der letzte Satz seines Berichtes lautete: „Ich habe dem Reichskanzler gegenüber unter Verweisung auf die früheren Erklärungen den Protest der bayerischen Regierung erneuert und insbesondere betont, daß die Maßnahmen auf Art. 48 RV. nicht wohl gestützt werden könnten.“ Dieses Telefonat teilte

Der Reichskanzler machte sodann den anwesenden Oberbürgermeister Dr. Bracht mit den Mitgliedern des Reichskabinetts bekannt und sprach Dr. Bracht den wärmsten Dank der Reichsregierung dafür aus, daß er sich für das schwere Amt des Reichskommissars für das Preußische Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt habe. Er richtete an Oberbürgermeister Dr. Bracht die Bitte, ständig an den Sitzungen des Reichsministeriums teilzunehmen.

Oberbürgermeister Dr. Bracht berichtete über seine Unterredung mit Staatsminister a. D. [!] Severing. Er betonte, daß die Unterredung in freundschaftlichen Formen verlaufen sei. Heute abend gegen 8 Uhr werde Severing das Amtszimmer im Preußischen Ministerium des Innern räumen, nachdem er, Dr. Bracht, in Gegenwart des Polizeipräsidenten Melcher und eines Polizeioffiziers ihn zum Verlassen des Dienstzimmers aufgefordert habe⁴⁴.

Es werde wohl notwendig sein, daß die Staatssekretäre Dr. Staudinger im Handelsministerium und Krüger im Landwirtschaftsministerium ausschieden, vielleicht könnten mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs der Reichsbankkommissar, Ministerialdirektor Dr. Ernst, und Staatssekretär Mussehl beauftragt werden.

An Oberpräsidenten würden die Herrn Kürbis, Lüdemann, Haas und Dr. Falk beurlaubt oder zur Disposition gestellt werden müssen; an Regierungspräsidenten die Herren Dr. Simons, von Harnack, Fitzner und Amelunxen. Die Maßnahmen in den Provinzialstellen hätten jedoch vielleicht noch etwas Zeit.

Der Reichswehrminister [v. Schleicher] wies darauf hin, daß besonders die Besetzung der Polizeipräsiden wichtig sei. Im Polizeipräsidium von Berlin sei Oberregierungsrat von Werder eine besonders geeignete und tüchtige Kraft. Notfalls müsse der Belagerungszustand ausgedehnt werden.

Der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts waren sich darüber einig, daß am zweckmäßigsten Reichsbankkommissar Ministerialdirektor Dr. Ernst mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Preußischen Handelsministerium, Staatssekretär Mussehl mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Preußischen Landwirtschaftsministerium zu beauftragen seien⁴⁵.

Ministerialrat Sommer in der bereits zusammengetretenen Sitzung des bayerischen Staatsministeriums mit [vgl. das Protokoll a. a. O. MA 1946 B 19], das den Beschluß faßte, gegen die Notverordnungen in Berlin „förmliche Rechtsverwahrung“ einzulegen und gleichzeitig Klage beim Staatsgerichtshof zu erheben. Das geschah am folgenden Tage.

⁴⁴ Nach der „Kölnischen Zeitung“ vom 21. Juli, Morgenausgabe, räumte Severing nach dieser Unterredung sein Amtszimmer „und suchte seine im gleichen Hause befindliche Privatwohnung auf“.

⁴⁵ Vgl. die Zusammenstellung der entlassenen, beurlaubten und versetzten Beamten bei Cuno Horkenbach, *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*, Berlin 1953, S. 253f. Dazu Preußen contra Reich, S. 90ff. (Brecht) und Bracher, *Auflösung*, S. 590.

Notizen:DIE JUSTIZ DER BUNDESREPUBLIK
UND DIE SÜHNE NATIONALSOZIALISTISCHEN UNRECHTS

ERWIN SCHÜLE

Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Eichmann in Israel wird häufig die Frage gestellt, warum denn Eichmann nicht von den deutschen Strafverfolgungsbehörden zur Rechenschaft gezogen worden sei, und was denn in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfolgung solcher Personen überhaupt geschehe oder geschehen sei.

Um diesen Fragenkomplex erschöpfend beantworten zu können, muß man auf den 8. Mai 1945 – den Tag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands – zurückblenden. Die totale militärische Niederlage hatte einen völligen Zusammenbruch des Staatslebens zur Folge. Von diesem Zusammenbruch blieb auch das deutsche Gerichtswesen nicht verschont. Erst im Laufe des Jahres 1945 nahmen die deutschen Gerichte in den verschiedenen Besatzungszonen ihre Arbeit wieder auf, wobei betont werden muß, daß ihnen jahrelang die Aburteilung der Kriegsverbrecher durch die Alliierten entzogen war. In diesem Zusammenhang muß in erster Linie auf den Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg in der Zeit vom 14. 11. 1945 bis 1. 10. 1946 hingewiesen werden. An diesen Prozeß schlossen sich weitere Verfahren vor den nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 gebildeten amerikanischen, britischen und französischen Militärtribunalen in der Bundesrepublik an. In der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands wurde u. a. das leitende Personal der Konzentrationslager Buchenwald, Flossenbürg, Dachau und Mauthausen in Großverfahren abgeurteilt. In der britischen Zone wurden u. a. Großverfahren gegen das Personal der Kon-

zentrationenlager Bergen-Belsen und Ravensbrück durchgeführt. Zahlreiche Verfahren fanden vor dem französischen Militärtribunal in Baden-Baden, Rastatt und Tübingen statt. Nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß zur selben Zeit zahlreiche Verfahren gegen Kriegsverbrecher vor Gerichten in Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, Griechenland, Jugoslawien, Norwegen, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der UdSSR durchgeführt worden sind. Bei den erwähnten französischen Militärtribunalen von Baden-Baden, Rastatt und Tübingen waren beispielsweise 2245 Verfahren anhängig, davon kamen 1146 vor den Gerichten zur Verhandlung, während der Rest eingestellt wurde. In 896 dieser Fälle erfolgten Verurteilungen, in 227 Freisprüche. In noch größerem Umfang erfolgten Verurteilungen durch die amerikanischen und britischen Militärgerichte. Diese Verfahren richteten sich ausnahmslos gegen deutsche Staatsangehörige, die sich Straftaten gegenüber Angehörigen der alliierten Staaten schuldig gemacht hatten.

Sobald die deutschen Gerichte die rechtliche Möglichkeit hatten, solche Straftaten selbst zu verfolgen, machten sie davon Gebrauch, wobei in erster Linie die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland begangenen Straftaten geahndet wurden. Warum Straftaten, die in den ehemals von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten durch Gestapo und SD begangen worden waren, zunächst nicht verfolgt werden konnten, wird später noch auszuführen sein. Um einen Begriff vom Umfang der von den deutschen Gerichten durchgeführten Verfahren zu bekommen, mögen einige amtliche Zahlenangaben dienen.

In Baden-Württemberg wurden von 1945 bis 15. 3. 1961 in 684 Verfahren insgesamt 1508 Beschuldigte verfolgt. In 585 Fällen erfolgten rechtskräftige Verurteilungen, teilweise zu lebenslangem Zuchthaus, teilweise zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. In 267 Fällen erfolgte Freispruch aus Rechtsgründen durch die ordentlichen Gerichte. In anderen Fällen mußte das Verfahren entweder aus tatsächlichen oder aus rechtlichen Gründen (Amnestie, Verjährung) schon durch die Staatsanwaltschaft eingestellt werden.

In Bayern waren in der Zeit von 1945 bis 15. 3. 1961 insgesamt 2013 Verfahren mit 6232 Beschuldigten anhängig. Davon wurden 1986 Personen entweder zu lebenslangem Zuchthaus oder zu langen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. In 696 Fällen erfolgten Freisprüche durch die ordentlichen Gerichte. In den übrigen Fällen mußte das Verfahren aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen durch die Staatsanwaltschaft eingestellt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Ländern der Bundesrepublik.

Schon diese wenigen Zahlenangaben zeigen wohl mit aller Deutlichkeit, daß die deutsche Justiz, sobald sie wieder aktionsfähig war, sich um die Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrecher intensiv bemüht hat.

Es wurde bereits ausgeführt, daß es sich bei den vorerwähnten Verfahren vorwiegend um solche Straftaten gehandelt hat, die im Gebiet der Bundesrepublik begangen worden waren. Die in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten durch die Gestapo und den SD begangenen Straftaten waren nach Art und Umfang nicht allgemein bekannt geworden. Ferner gingen die deutschen Strafverfolgungsbehörden zunächst davon aus, daß diese Straftaten entweder durch die alliierten Gerichte in Nürnberg oder durch die nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 gebildeten Militärgerichte und durch die Gerichte der Länder, in denen die Straftaten begangen worden waren, restlos abgeurteilt worden seien.

Erst durch die Ermittlungen in einem im Jahre 1958 vor dem Schwurgericht Ulm/Donau im Lande Baden-Württemberg durchgeführten Prozeß gegen ehemalige Angehörige der Geheimen Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) Tilsit wurde die Erkenntnis gewonnen, daß die Alliierten in Nürnberg und die bereits erwähnten Militärtribunale nur einen Teil der im Ausland begangenen Straftaten erfaßt und gesühnt hatten. Gerade die im vorgenannten Ulmer Prozeß gewonnenen Erkenntnisse veranlaßten die Justizminister der deutschen Bundesländer, auf einer Konferenz in Bad Harzburg im Oktober 1958 in einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu treten. Die bei dieser Konferenz angestellten Überlegungen führten zu dem Ergebnis, daß nur durch eine zentrale Aufklärung eine restlose Erfassung der von den nationalsozialistischen Gewaltgehabern im Ausland in den Jahren 1939 bis 1945 begangenen Verbrechen möglich sei. Da die Justizhoheit infolge des föderalistischen Aufbaus der Bundesrepublik bei den einzelnen Ländern liegt, konnte zur Aufklärung und Verfolgung solcher Straftaten eine zentrale Staatsanwaltschaft nicht geschaffen werden. Dagegen war es möglich, eine gemeinsame Institution ins Leben zu rufen. Diese mit Richtern und Staatsanwälten besetzte Stelle sollte die systematische Erforschung solcher im Ausland begangenen Taten durchführen und das Ergebnis ihrer Nachforschungen an die jeweils zuständige Staatsanwaltschaft zur weiteren Durchführung der Strafverfolgung abgeben. Die Justizminister der deutschen Bundesländer schlossen eine Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen“. Nachdem diese Verwaltungsvereinbarung die Zustimmung sämtlicher bundesdeutscher Landesregierungen gefunden hatte, wurde am 1. 12. 1958 in Ludwigsburg, Baden-Württemberg, die Zentrale Stelle errichtet.

Diese Dienststelle, die in sich ein

Stück Justizhoheit jedes deutschen Bundeslandes vereinigt, stellt ein absolutes Novum in der deutschen Rechtsgeschichte dar. Als sie am 1. 12. 1958 ihre Tätigkeit begann, stand sie, auch nach der Ansicht von Fachleuten, vor einer beinahe unlösbaren Aufgabe. Um es vorweg zu sagen, sie hat die in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllt.

Zunächst mußte ein Überblick über die von den nationalsozialistischen Gewalthabern befohlenen und von ihrem Vernichtungsapparat im Ausland begangenen Massenverbrechen gewonnen werden. Dazu war es nötig, zuerst die in- und ausländische Fachliteratur zu beschaffen und auszuwerten. Danach mußte versucht werden, an die in der Literatur zitierten Beweismittel (Zeugen und Dokumente) heranzukommen, und schließlich Nachforschungen nach den für diese Verbrechen Verantwortlichen einzuleiten. Es erscheint in diesem Zusammenhang erforderlich, auf die weiterhin unbekannte Tatsache hinzuweisen, daß die nationalsozialistischen Gewalthaber ihre Vernichtungsbefehle unter strengsten Geheimschutz gestellt hatten und daß die an der praktischen Durchführung der Verbrechen beteiligten Personen zu strengstem Stillschweigen verpflichtet worden waren. Nur so ist es zu erklären, daß dem Großteil der deutschen Bevölkerung der Umfang der in den besetzten Gebieten begangenen Verbrechen unbekannt geblieben ist. Sowohl von der deutschen Bevölkerung als auch von den deutschen Justizbehörden wurde deshalb die irrije Auffassung vertreten, die Alliierten hätten in den Nachkriegsprozessen die Verantwortlichen restlos zur Rechenschaft gezogen, und damit sei das gesamte im Ausland begangene Unrecht gesühnt worden. Hinzu kam, daß das gesamte dokumentarische Beweismaterial, das den Alliierten in die Hände gefallen war, nach Durchführung der Nürnberger Prozesse in die Archive der einzelnen alliierten Länder für Zwecke der Geschichtsforschung gebracht worden war. Erst in dem bereits erwähnten Prozeß vor dem Schwurgericht Ulm/

Donau gegen ehemalige Angehörige des Einsatzkommandos der Geheimen Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes Tilsit stießen die deutschen Strafverfolgungsbehörden auf die sogenannten Ereignismeldungen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, in denen u. a. mit peinlicher Genauigkeit die Massenerschießungen dieses Kommandos, aber auch anderer solcher Gruppen, aufgezeichnet waren.

Zur Beschaffung des über die halbe Welt zerstreuten Dokumentenmaterials mußten zunächst Verbindungen zu den verschiedensten Instituten und Archiven des Auslandes geschaffen werden. Nach Überwindung des teilweise vorhandenen Mißtrauens gelang es, sehr gute Beziehungen zu den Nationalarchiven der Vereinigten Staaten in Washington, der Wiener Library in London, dem Centre de Documentation Juive Contemporaine Paris, dem Institut Yad Washem in Jerusalem, dem Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie (Netherlands State Institute for War Documentation) Amsterdam, dem Document Center der US-Mission in Berlin und vielen anderen historischen Instituten und Archiven herzustellen und mit ihnen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu kommen. Im Sommer 1960 war es Angehörigen der Zentralen Stelle möglich, in den Nationalarchiven der Vereinigten Staaten, insbesondere in der World War II Records Division in Alexandria/Va. mit Unterstützung der amerikanischen Behörden zu arbeiten.

Die Ermittlungen der Zentralen Stelle haben unter anderem ergeben, daß die Geheime Staatspolizei im Frühjahr 1945 an ihre Angehörigen in großer Anzahl falsche Personalakten verteilt hat. Mit Hilfe dieser Papiere gelang es vielen an Verbrechen beteiligten Personen, unbekannt in der Bundesrepublik unterzutauchen oder ins Ausland zu flüchten. Damit ist auch die Erklärung dafür gefunden, warum es beispielsweise weder den Alliierten noch den deutschen Justizorganen gelungen ist, Eichmann ausfindig zu machen und vor Gericht zu stellen.

Seit ihrem Bestehen konnte die Zentrale Stelle in systematischer Arbeit insgesamt etwa 900 Verfahren gegen Hauptbeschuldigte einleiten. Über die Hälfte dieser Verfahren ist bereits an die zur Weiterverfolgung zuständigen Staatsanwaltschaften und Gerichte abgegeben worden. Allein im Lande Baden-Württemberg sind 105 solcher Verfahren anhängig, ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen Bundesländern. Um diese Zahlenangaben etwas zu veranschaulichen, sei nur darauf hingewiesen, daß allein in einem dieser Verfahren, das die Straftaten im Konzentrationslager Auschwitz zum Gegenstand hat, gegen 950 ehemalige Angehörige der Lagerverwaltung Auschwitz Ermittlungen geführt werden. Dieses Beispiel ist wohl am besten geeignet, die Arbeitsweise der Zentralen Stelle aufzuzeigen. Durch die Untersuchung des gesamten Tatgeschehens vom Zeitpunkt der Errichtung dieses Konzentrationslagers bis zu dessen Ende im Frühjahr 1945 soll gewährleistet werden, daß das Schwurgericht, welches diese Straftaten abzuurteilen hat, nicht nur einen Überblick über die dort begangenen Straftaten, sondern auch über die Organisation und Verwaltung und die Stellung des einzelnen Beschuldigten in dieser Verwaltung erhält. Nur so ist es möglich, die so lange

Zeit zurückliegenden Straftaten aufzuklären und der individuellen Schuld jedes einzelnen Täters gerecht zu werden. In gleicher Weise werden, um nur noch einige Beispiele aufzuführen, die Straftaten, die in Warschau, Belzec, Treblinka, Sobibor, in Ungarn und anderswo begangen worden sind, untersucht.

Gerade die Errichtung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zeigt eindeutig, wie ernst es den Justizbehörden der deutschen Bundesländer ist, die Aufklärung der von den nationalsozialistischen Machthabern begangenen Straftaten zu betreiben und sie zu sühnen. Nicht ein von außen kommender Druck auf die Bundesregierung hat, wie bereits dargestellt wurde, zur Bildung der Zentralen Stelle geführt, sondern allein die Erkenntnis der deutschen Justizbehörden, daß eine große Anzahl von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen noch ungesühnt ist. Die Tätigkeit der Zentralen Stelle dient aber nicht nur der Sühne dieses Unrechts, sondern darüber hinaus auch der Unterrichtung des deutschen Volkes. Erst jetzt, durch diese systematischen Ermittlungen, erfährt das deutsche Volk, mit welcher ungeheuerlichen Verbrechen die nationalsozialistischen Gewaltverbrecher den deutschen Namen belastet haben.